

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Fincht gegliedert:** Unter den Schüssen von „DDR“-Grenzposten konnte ein 17-jähriger Jugendlicher mit Hilfe einer Leiter über die Mauer in den Westberliner Bezirk Neukölln flüchten. Beim Sprung von der Mauerkrone erlitt er eine Fußverletzung.

**Kommunalwahlen:** Nach der Niederlage der SPD in Baden-Württemberg ist nicht auszuschließen, daß der Landesvorsitzende Lang abgelöst wird. (S. 4)

**Polen:** Als Teil eines „antikommunistischen Polit-Kreuzzugs“ des Westens sieht Regierungssprecher Urban die geplante Westhilfe für die Landwirtschaft. (S. 12)

**Umwelt:** Auch schadstoffarme Diesel-Pkw sollen von der Kfz-Steuer befreit werden, allerdings nur halb so lang wie abgasarme Benzinfahrzeuge, fordert Finanzminister Stoltenberg. Innenminister Zimmermann will eine gleich hohe Steuerbefreiung. (S. 13)

**Populismus:** Im Fall des wahrscheinlich ermordeten Priesters geht der polnische Innenminister Kwasniewski von der Hypothese aus, daß die drei Täter möglicherweise mächtige Anstifter gehabt haben. Damit wären die Widersprüche bei den Vernehmungen zu erklären. Sie hofften offenbar auf Hilfe von irgend jemandem. (S. 12)

**Chile:** Staatschef Pinochet hat am ersten Tag eines erneuten nationalen Protestes damit gedroht, über den Ausnahmezustand hinaus den Belagerungszustand über das gesamte Land zu verhängen. Zudem wurden 135 Oppositionelle in die Verbannung in den Norden des Landes geschickt. (S. 2)

**Wahlhilfe:** Eine Woche vor den US-Wahlen greifen jetzt auch die großen Zeitungen des Landes massiv ein und enthalten ihre politische Präferenz. (S. 7)

**Heute:** Beginn der Konferenz der Nordsee-Anrainer in Bremen.

### Adenauers „Teegespräche“

Konrad Adenauer nutzte seine „Teegespräche“ mit Journalisten, um in vertraulicher Runde auszusprechen oder anzudeuten, was er dachte, was ihn bewegte, was er plante. Er gab Impulse in Richtung öffentliche Meinung und nahm von dort Impulse entgegen. Der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wollte das Denken beeinflussen, und er tat dies in der werbenden und zugleich kritischen Art, die ihm als Meister der Politik zu Gebote stand. Die Medien waren für ihn zündender Werkstoff. Seite 8

### WIRTSCHAFT

**Saarstahl:** Die EG-Kommission hat ihr Veto gegen die weitere Subventionierung des Unternehmens aufgehoben. Damit kann das Saarland die Beihilfetranche von 77 Millionen DM auszahlen.

**Luftfahrt:** Lufthansa-Vorstandsmitglied Eser wurde neuer Generalsekretär der IATA.

**WELT-Report Südafrika:** Anfang 1985 wird das Land nach Ansicht der wichtigsten Banker die Rezession überstanden haben. Sie empfehlen, nur kurzfristig in den Dol-

lar, langfristig wieder in Gold zu investieren. (S. 14)

**Öko-Versand:** Der Jahresüberschuß des Konzerns erhöhte sich im Geschäftsjahr 1983/84 auf 123,6 Millionen DM von 107,8 Millionen im Vorjahr. (S. 16)

**Börse:** Gut erholt zeigte sich gestern der deutsche Aktienmarkt. WELT-Aktienindex 156,6 (154,9). Auch der Rentenmarkt war freundlich. Dollar-Mittelkurs 3,8555 (3,8642) Mark. Goldpreis je Feinunze 335,50 (336,25) Dollar.

### ZITAT DES TAGES



„Das italienische Volk, das, wie das deutsche, erst spät seine Einheit gefunden hat, versteht deshalb im besonderen Maße eine deutsche Politik, die darauf gerichtet ist, die schmerzlichen Folgen der Teilung und Trennung zu überwinden.“

Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem Beitrag für den WELT-Parade-Report Italien, der der heutigen Ausgabe beiliegt. FOTO: KLAUS MEINER

### KULTUR

**Staatstheater:** Mit Mozarts „Don Giovanni“ wird das Große Haus der württembergischen Staatstheater morgen wiedereröffnet. Die originalgetreue Renovierung des 1912 eröffneten Theaterbaus von Max Littmann hatte 43,2 Millionen Mark gekostet.

**Modigliani:** Im Zusammenhang mit der Affäre um die drei gefälschten Modigliani-Skulpturen von Livorno ist der Leiter der römischen Nationalgalerie für moderne Kunst, Professor Dario D'Amico, abgesetzt worden. Er hatte die Skulpturen für echt erklärt.

### SPORT

**Fußball-Bundesliga:** Fortuna Düsseldorf fand auf seiner Jahreshauptversammlung keinen neuen Präsidenten. Der Klub wird nun vorläufig von einem Notvorstand geführt. (S. 11)

**Leichtathletik:** Hochspringer Thrinhardt wechselte die Schuhfirma. Er trägt jetzt ein japanisches Fabrikat. Die Gage: 120 000 Mark im Jahr (geschätzt), Auto und Manager-Posten. (S. 11)

### AUS ALLER WELT

**Mayo-Klinik für Tiere:** Eine Pioniertat in der Tiermedizin meldet das New Bolton Center bei Philadelphia, das als eine Art Mayo-Klinik für Großtiere gilt: Erstmals wurde einem Pferd ein Herzschrittmacher eingesetzt.

**Obdachlos:** Bei einem schweren Orkan in Buenos Aires kamen acht Menschen ums Leben; 2000 Familien wurden obdachlos.

**Wetter:** Im Norden unbeständig, im Süden freundlich. Bis 18 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Südafrika: In Sebokeng gibt es wenig Beifall für die Gewaltproteste. S. 2

**Butter:** Auch Weltmächtigen und die Sowjetunion können den Berg nicht abtragen. S. 3

**Deutschland:** Welche Rechte haben die Alliierten noch? - Experten zur Souveränität. S. 4

**Hans Apel:** Berlin Motor aller Deutschlandspolitik - Neutralismus unrealistisch. S. 5

**Forum:** Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT - Wort des Tages. S. 6

**Nicaragua:** Sandinisten hoffen die amerikanische Presse - FR-Agentur berät. S. 7

**Forschung:** „Mit USA Schritt halten“ - ESA plädiert für Beteiligung an Raumstation. S. 12

**Fernsehen:** Lenin in Zürich - Träume eines zu kurz gekommenen russischen Bourgeois. S. 22

**Internationale Bananensammlung:** Huldigung an Friedrich Gilly - Griff nach den Sternen. S. 23

**Verkehr:** Athens rollender Schrott - Technische Kontrollen nach TÜV-System geplant. S. 24

An Allerheiligen (Donnerstag), in einigen Bundesländern gesetzlicher Feiertag, erscheint die WELT zu gewohnten Stunden. Sie wird unseren Abonnenten jedoch nicht überflüssig am selben Tag zugestellt werden können. Verlag und Redaktion bitten um Verständnis.

## Bonn und Paris verstärken Zusammenarbeit im Weltraum

Kohl und Mitterrand wollen Europäische Union energisch vorantreiben

B. CONRAD, Bad Kreuznach

Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand haben gestern in Bad Kreuznach übereinstimmend ihren Willen bekundet, das Projekt einer europäischen politischen Union energisch voranzutreiben. Sie einigten sich ferner grundsätzlich über eine engere technologische Zusammenarbeit und über weitere Maßnahmen zur Erleichterung der Abfertigung an der deutsch-französischen Grenze.

Im Mittelpunkt der zweitägigen Konsultationen im Kurhaus von Bad Kreuznach stand die Klärung der beiderseitigen Positionen in der Frage der Weltraumtechnik. Wie in einer abschließenden Pressekonferenz mitgeteilt wurde, einigten sich Kohl und Mitterrand prinzipiell über eine europäische Beteiligung an der bemannten amerikanischen Weltraumstation „Columbus“, über die Weiterentwicklung der europäischen Träger Rakete „Ariane“ und über eine deutsche Beteiligung am Bau eines französischen militärischen wetterunabhängigen Aufklärungssatelliten „besten Quali-

tät mit fortgeschrittener Technologie“. Eine Expertenkommission wurde beauftragt, die technischen und finanziellen Voraussetzungen für das Projekt des Aufklärungssatelliten in aller nächster Zeit zu klären.

Bonn und Paris wollen ferner bei der technologischen Entwicklung der Massenmedien, der Filmförderung und der Video-Entwicklung zusammenarbeiten. 1988/89 soll in beiden

SEITE 2:  
Zwei Geschwindigkeiten

Ländern ein gemeinsames Autotelefon eingeführt werden.

Kritische Hinweise, dies seien wenig konkrete Beschlüsse, wehrte Mitterrand entschieden ab: „Unsere Zusammenarbeit funktioniert überall da, wo es erforderlich ist, Programme zu entwickeln“, betonte der Präsident. Die Expertenkommission habe die Weisung, das Projekt „des Aufklärungssatelliten zum Erfolg zu führen“. Mitterrand zog die Bilanz: „Wir haben das Gefühl, Fortschritte zu machen.“

Der Kanzler dankte dem Staatsprä-

sidenten für dessen „freundschaftliche Gesinnung und Hilfe“ und fügte hinzu: „Die deutsch-französische Freundschaft ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Deshalb gehören unsere Konsultationen inzwischen auch zur Normalität unserer Völker.“

„Mit Befriedigung“ nahmen Kohl und Mitterrand einen Bericht ihrer persönlichen Besatzungen über die Verwirklichung des deutsch-französischen Abkommens vom 13. 7. 1984 zur Erleichterung der Grenzkontrollen entgegen. Positiv beurteilt wurden insbesondere die erfolgreiche Realisierung eines vereinfachten Verfahrens an der Grenze mit Sichtkontrolle ohne Wartezeit, die Einrichtung von gemeinsamen Grenzkontrollstellen und die intensivierte Zusammenarbeit der Polizei- und Zollstellen beider Länder.

Kanzler und Staatspräsident stimmten den im gemeinsamen Bericht vorgeschlagenen weiteren Maßnahmen zu:

1. Zusammenlegung weiterer zwölf Grenzkontrollstellen;  
2. Fortsetzung Seite 12

## London: Kreml mischt sich in Streik ein

Sowjetisches Brennstoff-Embargo „unfreundlicher Akt“ / Wirtschaft gibt sich gelassen

DW/mk, London/Bonn

Zur Unterstützung der streikenden britischen Bergarbeiter hat die Sowjetunion ein „totales Embargo“ für Brennstofflieferungen an Großbritannien verkündet. Die Entscheidung wurde von dem Gewerkschaftsfunktionär Alexander Belousov im sowjetischen Fernsehen bekanntgegeben. Sie ist, wie gestern in Moskau bestätigt wurde, bereits wirksam geworden. Ein offizieller Sprecher sagte weiter, die Embargo-Entscheidung sei auf Antrag der Bergarbeitergewerkschaft der UdSSR von den zuständigen Handelsorganisationen gefällt worden.

In Großbritannien wurde mit Gelassenheit reagiert. Allerdings sprachen Regierungskreise von einer unverhüllten politischen Einmischung der Sowjets in den britischen Arbeitskampf. In der Parteizentrale der Konservativen hieß es: „Das ist ein unfreundlicher Akt.“

Der sowjetische Stopp von Brennstofflieferungen an Großbritannien wurde in Kreisen des deutschen Außenhandels mit einem Lächeln abgetan. „Wie stumpf der Handel als politische Waffe ist, hätte besser gar nicht demonstriert werden können“, heißt es. Zwar habe die Sowjetunion Ölprodukte nach Großbritannien geliefert. Aber ein Land, das selbst im Öl schwimme und zudem noch den Preisverfall auf den internationalen Märkten mit ausgelöst habe, könne so nicht erpresst werden.

Überdies sei der Ölmarkt weltweit ungesichert. Die Verbraucher bestimmten wieder mehr das Geschehen. Die jüngste Opec-Konferenz in Genf habe dies nur noch einmal unterstrichen. Selbst wenn die Sowjets ihre Lieferungen in die Bundesrepublik Deutschland einstellen würden, so gäbe es keine Probleme. Dafür sei das Angebot auf den Märkten zu reichlich. Im Wirtschaftsministerium

wird darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung stets darauf geachtet habe, daß auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit keine Abhängigkeiten entstünden.

Darüber könne auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, daß mehr als 80 Prozent der deutschen Bezüge aus der Sowjetunion auf Energierohstoffe entfielen. Allein Erdgas, Kraft- und Schmierstoffe machten in diesem Jahr 57 Prozent der deutschen Bezüge aus, auf Rohöl entfielen noch einmal 24 und auf Teerstoffe 1,2 Prozent. Allerdings: Am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik haben die sowjetischen Lieferungen nur einen Anteil von rund fünf Prozent.

Ende dieses Jahrzehnts dürfte bei Erdgas die Sowjetunion rund 30 Prozent gegenüber heute 20 Prozent des deutschen Verbrauchs decken. Aber selbst für diesen Zeitpunkt weisen die Firmen eine Abhängigkeit zurück.

## Andreotti vor dem Rücktritt?

DW, Rom

Der italienische Außenminister Andreotti wird zu einer immer stärkeren Belastung für die Regierung und seine Partei. Zwar haben die Regierungsparteien gestern Anträge zurückgewiesen, der Christdemokrat solle die Konsequenzen aus seiner möglichen Verwicklung in die Mafiaschanden der inhaftierten Mafiosi Sindona ziehen, doch wächst die Furcht, daß die Attacken gegen den Außenminister die Regierungskoalition in Rom erschüttern könnten. Die Kommentatoren der großen italienischen Zeitungen waren sich gestern einig darin, daß eine bislang erwartete Kandidatur Andreottis zum Nachfolger von Staatspräsident Pertini nicht mehr möglich ist.

Der Außenminister bestreitet die gegen ihn gerichteten Vorwürfe. Er soll den in den USA wegen betrügerischen Bankrotts verurteilten und inzwischen an Italien ausgelieferten Sindona politisch gedeckt haben.

## Weizsäcker: Keine Krise des Staates

DW, Bonn

Der Staat befindet sich nach Auffassung von Bundespräsident Richard von Weizsäcker „nicht in der Hand der Wirtschaft“. In einem Interview der Wochenzeitung „Die Zeit“ betonte der Bundespräsident, das System der Kräftegleichgewichte funktioniere „im großen und ganzen“, wir hätten es nicht mit einer Krise des Staates „im ganzen“ zu tun. Es könne wohl sein, daß es Firmenvertreter gebe, die glaubten, Politiker und Politik wären zu kaufen. Er glaube aber, „daß sie sich irren - nicht in jedem Einzelfall, aber auf Ganze gesehen doch“. Die Kraft der Demokratie bestehe darin, Unredlichkeiten aufzudecken und offen zu sein für Reformen und Selbsterneuerung. Erneut regte Weizsäcker an, bei den Parlamenten einen sogenannten Ehrenrat, zusammengesetzt aus vertrauenswürdigen Bürgern, zu schaffen, der sich den Einkommensverhältnissen der Mandatsträger äußern könne.

## Ostblock muß Energie sparen

DW, Havanna

Die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen Ostblock-Staaten müssen Energie sparen und zugleich die Rohstoffherzeugung bremsen. Auf der 39. RGW-Jahresversammlung in Havanna sagte der sowjetische Ministerpräsident Tschornow den Mitgliedsstaaten zu, weiter sowjetisches Öl und Gas zu liefern, ohne Angaben über Mengen zu machen. Die von der UdSSR subventionierten Lieferungen haben im vergangenen Jahrzehnt die Struktur der Wirtschaftsorganisation abgestützt.

Tschornow skizzierte auch Pläne für eine erweiterte industrielle und technische Zusammenarbeit der RGW-Mitglieder. Er nannte ein Programm zum Bau von Kernkraftwerken, den Bau einer Eisenzer-Anreicherungsfabrik in der Ukraine, eine Erdgasleitung von Nordisibirien nach Osteuropa und die Erschließung eines Ölfeldes am Kaspischen Meer.

## Geißler: Spenden „entkriminalisieren“

„Gläserne Taschen“ für Abgeordnete / CDU distanziert sich von Einflußnahmen

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Verwirrung in der Öffentlichkeit um Zulässigkeit von Spenden an politische Parteien muß nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler rasch beendet werden. Dazu forderte die CDU:

- Einführung des Prinzips „gläserne Taschen“ für alle Mandatsträger,
- klare „Distanzierung von jedem Versuch, durch Geld oder wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse auf politische Entscheidungen Einfluß zu nehmen“,
- Trennung der bisher vermengten Diskussion über unterschiedliche Sachverhalte wie Parteispenden, persönliche Abhängigkeiten und dem Gesamtkomplex der Steuerbefreiung im Falle Flick.

Die „Entkriminalisierung“ der Parteispenden, die weder verboten noch moralisch bedenklich, sondern verfassungspolitisch erwünscht seien, um die Staatsunabhängigkeit der Parteien zu bewahren.

In einem Entwurf für die Beratungen des CDU-Bundesvorstandes, der sich am Montag mit diesem Problem befassen wird, nennt Geißler als Beispiel für die Politik „gläserner Ta-

schen“ die USA, wo jeder Bewerber um ein öffentliches Mandat oder Amt seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse offenlegen hat. Geißler verlangt, daß die „Verhaltensregeln“ für Bundestagsabgeordnete - entsprechend auch in den Landtagen - dazu neu gefaßt und vor allem verbindlich gemacht werden müßten.

In dem Entwurf verweist Geißler darauf, daß der CDU-Vorsitzende

SEITE 2:  
Die Selbstgerechten

Kohl bereits 1975 die Neuregelung der Parteienfinanzierung gefordert hatte, wie sie seit Januar 1984 gelte. Dagegen hätten sich jedoch die Sozialdemokraten gewehrt.

Die „Bundes-CDU“ jedenfalls habe seit dem „Marstellenden Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts von 1979 über die steuerliche Behandlung von Spenden nur solche Beträge akzeptiert, die „aus ziviler von den Spendern versteuerten Einkommen“ stammten. Alle Verfahren wegen angeblicher Steuerhinterziehung behrten Vorgänge aus dem davor lie-

genden, von Rechtsunsicherheit geprägten Zeitraum.

Geißler sprach sich dafür aus, „möglichst bald“ in einer Bundestagsdebatte „alle Vorgänge um den Flick-Untersuchungsausschuß“ und alle Fragen der Parteienfinanzierung zu erörtern. Die Debatte solle nicht zu gegenseitigen Schuldvorwürfen führen, sondern den Konsens der Parteien wiederherstellen. Durch „die Spendenpraxis der Firma Flick“ seien alle demokratischen Parteien in eine „Vertrauenskrise“ geraten. Er sei aber davon überzeugt, daß sich hier auch eine „Chance zur Selbstreinigung und zur Erneuerung“ aufbiete.

Geißler appellierte an die SPD, „die Rolle führender SPD-Politiker wie Helmut Schmidt und Willy Brandt“ bei der Steuerbefreiung für Flick aufzuklären. Die CDU wende sich entschieden „gegen den Versuch der SPD und der Grünen, die von der SPD-Regierung zu verantwortende Steuerbefreiung“ mit der Frage nach der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Spenden zu vermengen. Dies sei ein „durchsichtiger und schäbiger Versuch“, CDU und Bundesregierung „zu diffamieren“.

## DER KOMMENTAR

### Politische Energie

HERBERT KREMP

Das kann man nicht auf die leichte Schulter nehmen: Die Sowjetunion hat gestern zur Unterstützung der streikenden britischen Bergarbeiter ein totales Embargo für Brennstofflieferungen an Großbritannien in Kraft gesetzt. Dabei geht es um Erdöl und Kohle. In einer Menge, die London nicht kratzt. Die 2,7 Millionen Tonnen Erdöl zum Beispiel, die britische Firmen nach sowjetischer Darstellung im ganzen Jahr 1983 bezogen haben, entsprechen der Opec-Produktion eines einzigen Tages. Aber das ist nicht der Clou der Sache. Der sowjetische Entschluß hat prinzipielle Bedeutung: Die Methode der Intervention läßt sich gegen jeden anwenden, der von sowjetischen Energie-Lieferungen auch nur in irgendeiner Weise abhängig ist.

Der Fall betrifft indirekt deutsche Interessen. Die Regierung Schmidt hat mit Moskau das sogenannte Erdgas-Röhrgeschäft abgeschlossen. Es besteht darin, daß Moskau gegen die Lieferung von Röhren und Kompressorstationen wachsende Mengen Erdgas an die Bundesrepublik liefert. Um dieses Geschäft hatte es ernste Diskussionen gegeben, die zeitweilig die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu belasten schienen. Der amerikanischen Warnung vor einer „politischen Abhängigkeit“ von sowjetischen Primärenergie-Lieferungen war

entgegengeworfen worden, daß wir angesichts eines Anteils von rund fünf Prozent, den die Bundesrepublik für ihren Gesamtverbrauch an Energie aus der Sowjetunion beziehe, nicht erpressbar seien. Selbst wenn wir am Ende des Jahrhunderts 30 Prozent des immer wichtiger werdenden „sauberen“ Erdgases aus dem Osten bezögen, bliebe für den „Fall der Fälle“ die Unabhängigkeit gewahrt.

Was immer man über Versorgungskalkulationen denken mag - die Diskussion ist damals unter einem gewissen Mangel an Phantasie. Man konnte und wollte sich nämlich nicht vorstellen, daß Moskau eines Tages aus irgendeinem Grund „den Hahn drehen“ werde. Genau dies tut die Sowjetunion jedoch seit gestern im Falle der Briten. Sie zeigt ein Folterwerkzeug vor, das man nach Art der Garotte enger schließen kann - wie eng und aus welchen Gründen, bleibt Moskau überlassen. Im britischen Fall geschieht es aus „internationalistischer Solidarität“ gegenüber einer in einem anderen Land streikenden Gewerkschaft. Diese Einmischung wird sich Frau Thatcher, wie wir sie kennen, verbitten. Bedenklich stimmen muß das sowjetische Vorgehen aber jedes Land, das in irgendeiner Weise und in irgendeinem Maße an einer sowjetischen Energiequelle hängt.

## Mubarak für EG-Initiativen im Nahen Osten

DW, Bonn/Paris

Kaisers Forderung nach einer Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaft steht im Mittelpunkt der Gespräche, die Ägyptens Staatspräsident Mubarak seit gestern in der Bundesrepublik Deutschland führt. Im Gegensatz zu Israel, das sich in der Nahost-Frage gegen neue EG-Vorstöße gewandt hat, will Mubarak engere Zusammenarbeit. Während seiner Visite in Frankreich hatte die Wiederbelebung gemeinsamer Pläne zur Lösung des Nahost-Konflikts im Zentrum der Gespräche mit Staatspräsident François Mitterrand gestanden. Mubaraks Überlegungen stehen vor dem Hintergrund, daß er wenig Hoffnung sieht, die dringenden Nahost-Probleme auf Dauer zusammen mit den arabischen Nachbarn zu lösen. So hatte er in Paris unterstrichen, sein Land werde aber auch nicht die kleinste Anstrengung unternehmen, wieder Mitglied der in sich zerstrittenen Arabischen Liga zu werden. Diese Organisation sei für ihn „gestorben“.

Nach einem Empfang bei Bundespräsident Richard von Weizsäcker trifft er heute mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Morgen spricht er mit Außenminister Genscher, Finanzminister Stoltenberg, Wirtschaftsminister Bangemann und dem bayerischen Regierungschef Franz Josef Strauß. Im Mittelpunkt dieser Beratungen dürfte die Erweiterung der Exportwirtschaft sowie der Bau des ersten ägyptischen Atomkraftwerks stehen, um den sich die Kraftwerksunion (KWU) bewirbt.

Seite 8: Rücksicht üben

## Sowjet-Maschine bei Kabul abgeschossen?

WALTER H. RUEB, Bonn

In der Nähe der afghanischen Hauptstadt Kabul ist nach Agenturberichten am Sonntag ein sowjetisches Flugzeug mit 240 Soldaten der Roten Armee abgeschossen. Gestern verläutete aus Neu-Delhi, das Flugzeug sei von afghanischen Widerstandskämpfern abgeschossen worden. Für diese Version spricht die jüngste Entwicklung des Krieges in Afghanistan.

Das brutale Vorgehen der Sowjets mit Bombardierungen, Hubschrauber- und Panzerangriffen, Fallschirmjäger-Überfällen und Geheimdienstgreteln gegen Freischärler und Zivilbevölkerung des Landes wird von Widerstand mit ähnlicher Erbarmungslosigkeit beantwortet.

Bereits im Mai und im Juni hatten Widerstandskämpfer den sowjetischen Militärflugplatz Bagram nördlich von Kabul angegriffen. Sie zerstörten 67 MIGs und Hubschrauber, ferner drei Panzer, schossen Munitionsdokumente, Treibstofftanks und militärische Unterkünfte in Brand und töteten mehr als 200 Rotarmisten. Der Luftstützpunkt mußte tagelang geschlossen bleiben.

In Kabul ist die Aktivität der Freischärler besonders groß. Seit die Muschahidin über eine größere Zahl von Boden-Luft-Raketen verfügen, werden in Kabul wichtige Ziele beschossen: Amtssitz und Regierungsgebäude von Babrak Karmal, die Botschaft der Sowjetunion, der frühere Palast des Königs, die kommunistische Parteizentrale, Polizeiakademie, Polytechnikum, Busdepot und sowjetische Wohnviertel.

Reisen Sie mit dem guten Gefühl, daß es noch internationale Hotels gibt, deren Luxus nicht genormt ist.

DÜSSELDORF  
TELEFON 0211/6216-0  
TELEX 8586435

HAMBURG  
TELEFON 040/341810  
TELEX 2162983

KARLSRUHE  
TELEFON 0721/371710  
TELEX 7825699



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Zwei Geschwindigkeiten

Von Jürgen Liminski

Deutsche und Franzosen haben sich allemal etwas zu sagen, gerade in Zeiten strategischer Veränderungen. In solchen Zeiten leben wir, wenn wir die Folgen der neuen technologischen Revolution bedenken, von der Märchenhafte aus Japan und Amerika zu uns herüberdringt. Mitterrand und Kohl kennen nicht nur die Apologetik der Technokraten. Sie wissen die Möglichkeiten dieser Revolution auch aus eigener Anschauung politisch einzuordnen. Und das haben sie in Bad Kreuznach getan.

Für die Nachfahren de Gaulles und Adenauers ergeben sich aus dem Vormarsch der Mikroprozessoren Sachzwänge, denen sich Europa stellen muß, wenn der Blick der Alten Welt über den Rand der Obst- und Gemüseteller hinausreichen soll. Es ist dabei Nebensache, ob das deutsch-französische Satellitenprojekt eine Milliarde und mehr oder das Beteiligungsticket an der amerikanischen Weltraum-Station 4,5 Milliarden und mehr kostet. Europas Zukunft ist nicht konvertibel. Es sei denn, man halte ein europäisches Fellachenleben tatsächlich für erstrebenswert, etwa nach grünen Vorstellungen.

Mitterrand und Kohl haben erneut ihre Willenskraft unter Beweis gestellt, Europa als gestaltendes Element der Weltpolitik zur Geltung zu bringen. Sie wollen den strategischen Innovationsdruck wagen. Denn für Europa ist die engere technologische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich auch eine Frage der Sicherheit und der Zukunft innerhalb der Allianz.

Die beiden Regierungschefs haben den Hebel ihrer gemeinsamen europäischen Vision auch bei der Süd-Erweiterung der EG angesetzt. Durch den Beitritt der iberischen Länder wird die Gemeinschaft noch sperriger, als sie ohnehin heute schon ist. Wer sich dennoch, wie die zwei in Bad Kreuznach, für den Beitritt so stark macht, der erzeugt auf lange Sicht für die politische Union Europas einen weiteren Sachzwang: Je schwerfälliger die Gesamt-EG, um so notwendiger wird die Anwendung der Theorie von den zwei Geschwindigkeiten für den Einigungsprozeß in Europa. In diesem Punkt sind Bonn und Paris offenbar nicht für ein Tempo-Limit zu haben.

## Achtzehn Attentate

Von Günter Friedländer

Seit dem Mai des vergangenen Jahres haben die Parteien und Gewerkschaften der Opposition in Chile mit den sogenannten friedlichen Protesten nur die Verhärtung des Regimes Pinochet erreicht. Dem jetzt angekündigten „Wartstreik“ ging ein Tag voller Unruhe voraus, an dem achtzehn Bombenattentate gegen die Eisenbahn, elektrische Anlagen, Banken, Industrien und Autobusse im ganzen Land gezählt wurden. Sie zeigten einmal mehr, daß die radikale Linke immer wieder die demokratischen Proteste benutzt, um die Gewalttätigkeit auf die Straßen zu tragen.

General Pinochet hat gedroht, den gegenwärtig herrschenden Dringlichkeitszustand in den Belagerungszustand zu verwandeln, mit dem er fünf Jahre nach dem Sturz Allendes (1973) regierte. Das würde das Verbot aller öffentlichen Kundgebungen und die Kontrolle aller Medien bedeuten. Schon jetzt erhalten die Zeitungen Anweisungen.

Am von fünf Gewerkschaften der Linken organisierten Streik nehmen die Arbeiter der Kupferminen und die Fahrer der Lastkraftwagen nicht teil, was ihn wirkungslos machen dürfte. Aber die demokratische Opposition verliert wieder einmal die Kontrolle über die Ereignisse und gibt die Straße an die Allendistas ab.

Chiles Massen freilich wollen keine Nachfolger Allendes in der Regierung sehen. Ihre Teilnahme an Kundgebungen ist nicht so sehr politischer Natur. Sie fordern vielmehr einen Mindestlohn, der etwa 310 DM im Monat entspricht, und niedrigere Preise für lebenswichtige Waren. Ein vor kurzem vorgenommener neuer Wechsel in der Leitung der Wirtschaftspolitik kam diesen Forderungen zwar nicht ganz nach, aber doch mit einer Gehaltserhöhung entgegen.

Eine Lösung der chilenischen Krise ist nur auf dem Weg der Verständigung zwischen den demokratischen Parteien und Pinochet möglich, der ihnen mit dem Innenminister Onofre Jarpa einen gutwilligen Partner gab. An die Stelle von Maximalforderungen müssen Verhandlungen über ein Minimalprogramm treten. Diesen Weg haben die Parteien bisher nicht beschritten, der Leidtragende ist weniger Pinochet als Chile.

## Kehrseite des Rechtsstaats

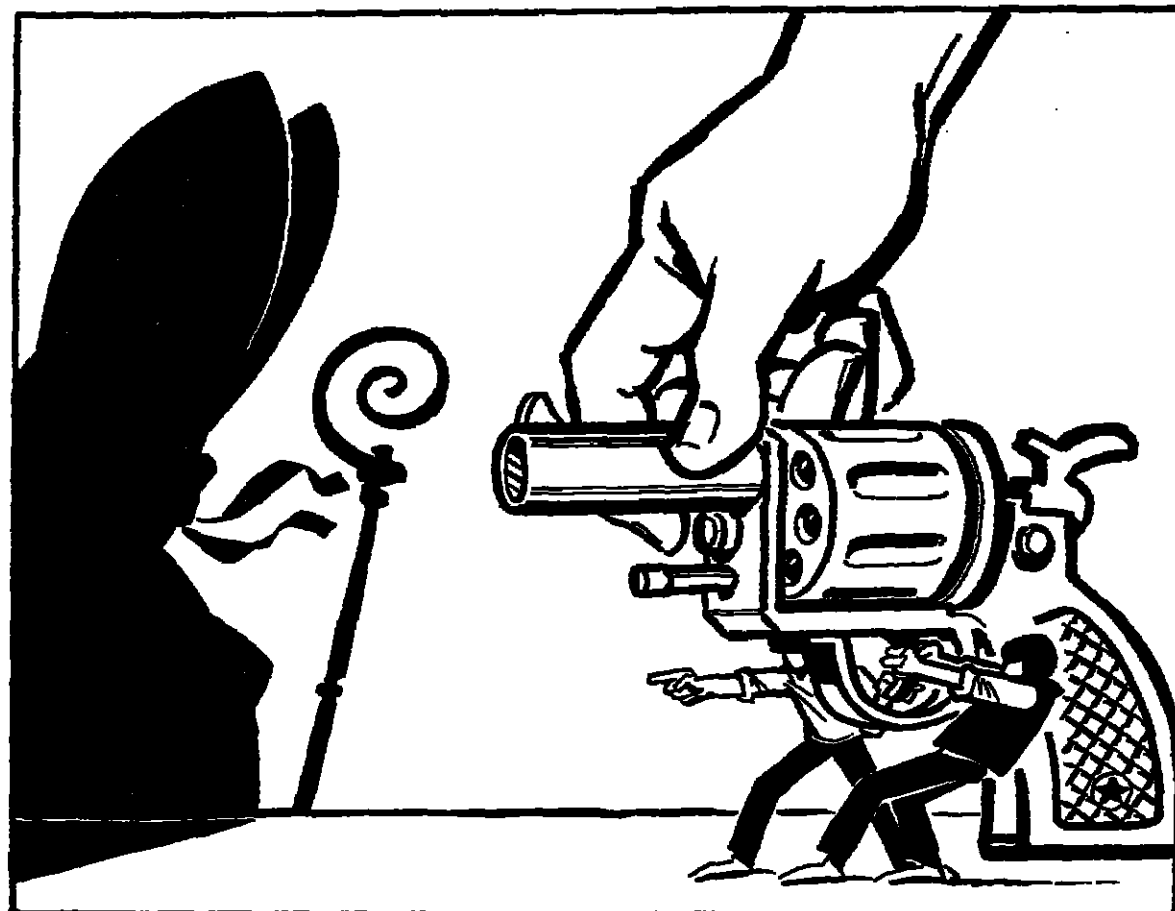
Von Enno v. Loewenstern

Ein regionales Blatt fühlte „böse Erinnerungen an die Massenverhaftung von 130 Jugendlichen im Nürnberger ‚Komm‘“ wach werden und lamentierte: „Ist das der Dialog mit der Jugend? Vermittelt man so einem Achtzehnjährigen das Wesen der Rechtsstaatlichkeit?“ Der Aufschrift galt einem Bonner Amtsrichter, der 32 meist jugendliche Zuschauer wegen Mißachtung des Gerichts zu Haftstrafen zwischen drei und fünf Tagen verknackst hatte.

Es waren Sympathisanten eines jungen Herrn aus Pünkerle, der sich vor einem Jahr bei den „Friedensaktionen“ gegen die Nachrüstung der Nötigung und des Widerstandes schuldig gemacht haben soll und gegen den Strafbefehl über achtundert Mark Einspruch eingelegt hatte. Die Freunde zeigten ihr Verhältnis zum Wesen der Rechtsstaatlichkeit, indem sie beim Eintreten des Richters sitzenblieben und ihm nach mehrfacher Aufforderung zum Aufstehen in wohlgestuhter Geschlossenheit die zweiunddreißigfache Kehrseite wiesen. Noch am selben Abend wurden sie mit diversen grünen Minnas über die Strafanstalten des rechtsrheinischen Raumes verteilt. Bonns Kittchen hatte keine Zimmer frei.

Prompt fand sich denn auch der unvermeidliche Professor-Vater, der angeblich nicht verständig worden war, in welches einschlägige Institut man sein geliebtes Kind eingeleitet hatte. Die (schon damals in Nürnberg aufgetauchte) Gefenfrage, warum er sich nicht lieber vorher um den Verbleib des Herrn Sohnes gekümmert hat, brauchte er natürlich nicht zu beantworten; wir leben ja in einem freien Land.

Vermerkt werden muß noch, daß dies nicht der erste Termin war; die lieben Freunde hatten schon eine Verhandlung durch Tumulte gestört. Beim zweiten Male nun griff der Richter durch. Ja, vermittelt man einem Achtzehnjährigen das Wesen der Rechtsstaatlichkeit so – oder dadurch, daß man ihn auf der Nase des Rechtsstaats herumtrampeln läßt? Seit der „Komm“-Lektion hat es in Nürnberg und im ganzen bayerischen Sprachraum keine Straßenkrawalle mehr gegeben. Aber aus emanzipatorischer Sicht besteht wohl gerade darin die böse Erinnerung.



Bulgarische Zielsetzungen

KLAUS BÖHL

## Die Selbstgerechten

Von Manfred Schell

Politisches Kalkül ist zuweilen auf den Griff nach Schnellvorurteilen angelegt. Die Art, wie sich die SPD der Flick-Affäre stellt, verrät diesen Hang zur Kurzsichtigkeit. Die Sozialdemokraten stecken ebenfalls tief drin. Aber ihre Führung macht in Selbstgerechtigkeit und schimpft auf alle, die Zweifel an ihrer Saubermann-Rolle wecken.

Aber es bringt der SPD nichts, ihre Gesamtverantwortung zu ignorieren. Die Flick-Affäre hat zu einer Vertrauenskrise um die demokratischen Parteien, auch um die SPD, geführt. Die Union hat das erkannt. Wer will, kann es unbarmherzig nennen, wie „schnell“ sie Rainer Barzel fallenließ; oft klagen darüber dieselben, denen es vorher nicht schnell genug ging. Jedenfalls aber hätte ein Aufschub dem Amt des Bundespräsidenten und dem dem Ansehen der Republik nichts mehr genutzt.

Gesamtverantwortung – erklären wir den Begriff aus dem Gegenbeispiel in der Praxis: Die SPD spricht von einem „tiefen Sumpf“, wenn von den Flickzahlungen an die Union die Rede ist. Sie spricht von „Kritikwürdigem“, wenn von Flickzahlungen wg. SPD die Rede ist. Sie ist zweifellos geschickter in solchen Dingen als die Union. Flick hat in großem Stil Sozialdemokraten finanziert; Millionen sind geflossen, teils direkt in die Parteikasse, teils in die Töpfe der Ebert-Stiftung, teils an sozialdemokratische Blätter und Pressedienste.

Nun waren Spenden aus der Industrie viele Jahre üblich, keine Partei hat ihre Abschaffung verlangt. Auch die SPD hat kassiert und nicht lamentiert. Sie hat sogar von Flick zu einem Zeitpunkt Millionen kassiert, als es nicht allgemein um marktwirtschaftliche Politik, sondern um einen millionenschweren Antrag des Sponsors an die SPD-geführte Regierung ging. Brandt und Schmidt haben um diese Zeit, 1978, alte Silbergegenstände im Wert von 15 000 bzw. 19 000 Mark als Geburtstagsgeschenke entgegengenommen. Man hat noch nichts davon gehört, daß sie etwas von alledem zurückgezahlt oder zurückgegeben hätten. Daraus muß man vernünftigerweise doch wohl schließen, daß die Partei kein schlechtes Gewissen hat. Warum sucht sie dann den anderen und dem demokratischen Rechtsstaat

eins einzureden? Und Willy Brandt hatte bei seiner Anhörung vor dem Untersuchungsausschuß Erinnerungsflücken. Das ist kein Vorwurf, denn kein vielbeschäftigter Politiker kann sich aus dem Stand heraus an alle Ereignisse in zurückliegenden Jahren erinnern. Nur: Dann darf die SPD daraus gegen Unionspolitiker keine Verdächtigungen konstruieren. Oder: Auf der Flick-Spendenliste stehen neben Brandt, Matthöfer, Lahtsstein noch viele SPD-Namen. Allesamt bestreiten sie, Geld bekommen zu haben. Warum aber nimmt die SPD dies dann nicht auch Unionspolitikern ab?

Brandt hat vor dem Ausschuß gesagt, vielleicht habe Flick Journalisten bestochen, etwa um Erhard Poppler zu bekämpfen. Für diesen Verdacht sollte er Beweise vorlegen, wenn er nicht selber in den Verdacht der falschen Aussage zur Irreführung des Ausschusses geraten will.

Zur Verschärfung der Debatte gehört, daß die Dinge sauber auseinandergehalten werden. Da geht es einmal um die Frage, ob der Flick-Konzern Einfluß auf die Entscheidung der Bundesregierung genommen hat, ihm mehr als acht-hundert Millionen Mark Steuern zu erlassen. Die Bundesregierung wurde damals von Helmut Schmidt geführt. Helmut Kohl und die damalige Opposition hatten damit nichts zu tun.

Wohl aber gab es innerhalb der



Damals sah er manches wohl anders: Brandt FOTO: JUPP DACHINGER

SPD vielfältige, auch kontroverse Diskussionen. Brandt hat sich, wie sein Vertrauter Markschefel schreibt, damit befaßt und gesagt, das gehe „in Ordnung“. Die Gründe, die für die SPD ausschlaggebend waren, dem Steuerriß zuzustimmen, sind honorig. Die einen wollten den Koalitionspartner FDP nicht verprellen, andere hatten Sorge um die Arbeitsplätze; aus Brandts Hinweis an Markschefel, man solle keine „Lex Flick“, geht jedenfalls hervor, daß er selber die Steuerbefreiung nach der Rechtslage veranlaßt sah.

Der zweite Komplex betrifft die Parteispendenpraxis an sich. Nicht nur hat die SPD wie andere Parteien Riesensummen angenommen (und nicht nur von Flick – der frühere Bundesbankpräsident Klagen hat in einem Brief darauf hingewiesen, was er und andere für die SPD von Unternehmen akquiriert haben; der SPD-Schatzmeister hat Millionen Spenden ohne Namensangabe verbucht), sie hat sich auch, als die Angelegenheit anrührend wurde, gegen saubere Lösungen gesperrt. Erst Kohl hat diese dann durchgesetzt.

Und drittens taucht die Frage nach der Unterstützung aus anderen Kreisen auf, etwa den Gewerkschaften. Dabei geht es nicht nur um bares Geld. Wahlkämpfe werden auch durch Agitation unterstützt. Politische Streiks gehören ebenfalls dazu. Der vielmillionenfache „Wert“ dieser Unterstützung ist kaum abzuschätzen.

Dies alles muß, wie gesagt, in vernünftige Relationen gerückt werden, ohne Vertuschung, aber auch ohne Hysterie. Die SPD und ihre Freunde in gewissen Medien versuchen, daraus eine Staatskrise zu machen. Es ist keine. Der mündige Bürger weiß seit Jahren, daß die Industrie offen und die Gewerkschaften noch viel offener die Parteien unterstützen. Durch geschickte Detailorchestrierung soll ihm jetzt suggeriert werden, da sei finstere Heimlichkeit im Gange gewesen. Auf ihn wirkt das kaum, aber auf seine Söhne und Töchter. Wenn die SPD wenigstens den Vorteil davon gehabt hätte! Aber Baden-Württemberg hat ihr gezeigt, daß ihre Agitation schlimmer als eine Übelkeit ist: Sie ist eine Dummheit.

## In Sebokeng gibt es wenig Beifall für die Gewaltproteste

Bilanz einer Aktion: Warum kam die Polizei nicht früher? / Von Monika Germani

Die Unruhen in den Schwarz-Städten des Industriegebietes von Südafrika, die sich im sogenannten „Vaal-Dreieck“ südlich von Johannesburg konzentriert haben, begannen Ende August – nicht unerwartet – während der Wahlen zu den farbigen und indischen Parlamenten gemäß der neuen Verfassung, die im September in Kapstadt eingeführt wurde.

Die Aktivität richtete sich gegen das Privateigentum und staatliche Einrichtungen. Häuser wurden niedergebrannt, Geschäfte geplündert, schwarze Beamte und Stadträte mit Steinen beworfen. Der Schaden beläuft sich in der Zwischenzeit auf schätzungsweise 35 bis 40 Millionen Rand (rund 70 bis 75 Millionen Mark). Es kam zu schweren Krawallen, als die Polizei mit Tränengas, Schlagstöcken und Hartgummigeschossen einschritt. Die Zahl der Toten wird offiziell mit mehr als dreißig angegeben, sie dürfte jedoch erheblich darüber liegen. Schullehrerinnen, großenteils mit „weißen“ Steuergeldern

finanziert, wurden zerstört. Einer der erschütterndsten Vorfälle war der Tod eines wenige Wochen alten Kindes, als seine Mutter mit ihrer Hausangestellten, für die sie eine Arbeitslaubnis besorgen wollte, durch eine schwarze Stadt fuhr und ihr Auto unter einen Hagel von Steinen geriet.

Die Polizei ging schließlich in einer großangelegten Aktion gegen die immer wieder neu aufflackernden Unruhenherde in der Stadt Sebokeng vor. Mit Hilfe der südafrikanischen Armee, die einen Korridor um ein dreißig Quadratkilometer großes Gebiet legte, wurden bei Hausdurchsuchungen Waffen und Munition sowie größere Mengen von Rauschgift beschlagnahmt. Die Polizei fand viel kommunistische Literatur, die sie aus Gründen des Kampfes gegen die Subversion mitnahm, und viel pornographische Literatur, die sie aus Gründen des Kampfes für die Sittlichkeit mitnahm. Ob letzteres in diesem Kontext viel Sinn ergibt, kann dahingestellt bleiben; die Republik Südafrika ist auf strenge bürische

Moralvorstellungen gegründet und läßt sie auch beim Vorgehen gegen politisch inspirierte Gewalttaten nicht außer acht.

Ein weltweiter Aufschrei der Medien verurteilte die Aktion, besonders den Einsatz der Armee. Dabei wurde übersehen, daß die Armee nur zur Unterstützung der Polizei, die unter chronischem Personalmangel leidet, eingesetzt wurde und keineswegs selbst Hausdurchsuchungen vornahm. In Pretoria weist man darauf hin, daß in den USA die Nationalgarde bei Unruhen aufgebunden wird und britische Truppen ständig in Nordirland stationiert sind.

Sprecher der „United Democratic Front“ und anderer schwarzer Organisationen ebenso wie Vertreter des südafrikanischen Kirchenrates – dem Generalsekretär Bischof Desmond Tutu wird im November der Friedensnobelpreis überreicht – verurteilten die Aktionen auf das schärfste. Die UDF, ein Arm der kommunistischen Untergrundbewegung ANC, warnt, in Südafrika seien durch den Einsatz

## IM GESPRÄCH Igor Andropow

### Ein Sohn macht Karriere

Von Ladislaus Hory

Nur selten findet man Kinder der proletarischen Nomenklatur an der Werkbank. Unter den Privilegierten-Posten wiederum bevorzugt sie Auslandsstipendien – da lebt man am besten. Breschnevs Sohn Juri ist auf dem internationalen Parkett als Handelsattaché sowohl in Stockholm als auch in Rom und Paris derart ausgereizt, daß er aus dem Verkehr gezogen werden mußte. Man hat ihn auf das Abstellgleis des Ersten Stellvertretenden Außenhandelsministers abgeschoben. Der Sohn des Marschalls im Zweiten Weltkrieg Gorbachow hat mehr Glück gehabt: Der 60jährige General Wladimir Leonidowitsch Gorbachow wurde zum jüngsten Stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt.

Kossygin Tochter Ludmila Gwischewski, ferner Sergei Mikoyan, Anatoli Gromyko, Nikolai Ustinow, Aleksandr Gritschin, Elena Tschernenko und Michail Tschigun gehören zu den Kindern aus gutem Hause, die gepolsterte Arbeitsplätze erlangten. Besonders weit vorn im Rampenlicht steht zur Zeit der Sohn des letzten Generalsekretärs Juri Andropow, der 43 Jahre alte Igor Andropow, als Botschafter in Athen.

Athen ist ein neuralgischer Horchposten auf dem Balkan. Einmal, weil dort die meisten Fäden aus den arabischen Ländern zusammenlaufen. Zum anderen, weil Premier Papandreu kein Hehl daraus macht, daß er die Beziehungen seines Landes mit der NATO lockern will. Der Griechenland-Verantwortliche des Politbüros, Wladimir Dolgich, vertrat im Mai 1984 höchstselbst beim Pank-Kongreß das sowjetische Zentralkomitee auf der Ehrentribüne. Und jedermann kennt die Affäre um den KGB-Einfluß auf die Athener Zeitung „To Ethnos“.

Seit Herbst 1979 wirkte in Athen der erfahrene Diplomat Wladimir Kachschkin (66), der als Spezialist für arabische Probleme bekannt war. Und nun tritt er zugunsten eines Mannes zurück, dessen Vater die „To Ethnos“-Beziehungen eingefädelt hat.

Igor Andropow stammt aus der ehemaligen Karelich-Finnischen Sowjetrepublik, aus dem Städtchen Pudozsch in Karelien, wo sein Vater seinerzeit der erste Mann in der Jugend-



Wollte eigentlich Schauspieler werden: Igor Andropow, am 22. Oktober Papandreu sein Begleitungs-schreiben überreichend FOTO AP

massenorganisation Komsomol war. Der Sohn kam auf die vornehmste Schule, die es in der UdSSR gibt, das Institut für Internationale Beziehungen des Außenministeriums. Moskaus Diplomatschule. Igor freilich war nicht begeistert – er wollte vielmehr mit seiner Schwester Schauspieler werden! Der junge Mann meldete sich bei Juri Ljubimow im Tchaikowsky-Theater an. Aber der (kurzlich ausgebürgerte) große Moskauer Theaterdirektor riet ihm ab – ob aus genialischer Einsicht in einen Talentmangel seines potentiellen Schülers oder weil Papa ihm einen diskreten Wink gegeben hatte, weiß niemand.

Seinen ersten ausländischen Posten bekam er in den USA, wo er seine Doktorarbeit über die amerikanische Arbeiterbewegung schrieb. Ende der siebziger Jahre wurde er nach Budapest versetzt, im November 1982 arbeitete er in Madrid an der Vorbereitung der Helsinki-Nachfolge-Konferenz mit, im Oktober 1983 erschien er in Helsinki, wo die Konferenz für Vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung inszeniert wurde. Anfang 1984 war er schon stellvertretender Delegationschef der Konferenz in Stockholm. Seine Frau trat wiederholt als Sonderkorrespondentin der Zeitschrift „Sowjetskaja Kultura“ im Ausland auf.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Wahl in Baden-Württemberg beschäftigt viele Zeitungen:

### LE QUOTIDIEN DE PARIS

Selbst wenn wir als unheilbare Reaktionen erscheinen, so scheuen wir uns nicht vor der Feststellung, daß der Flick-Skandal nur eine wahrlich kleine Angelegenheit gegenüber der wirklichen Gefahr ist, die die Bundesrepublik über die nach 1945 festgelegten Grenzen hinaus bedroht. Die wahre Gefahr ist grün. Warum? Weil zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte eine offene totalitäre Parlamentsfraktion gegründet worden ist. Und das mit dem unsinnigen heimlichen Einverständnis der Sozialdemokratie.

### THE TIMES

Es sind die Grünen, die den schrillen Ton der gegenwärtigen Debatte gesetzt haben. Aber die Auseinandersetzungen sind mittlerweile dermaßen von Gefühlen überlagert worden, daß Deutschland in Gefahr ist, von einer Art Öko-Hysterie heimgesucht zu werden. (London)

### Lübecker Nachrichten

Wenn es noch eines Beweises für die Annahme bedurfte, die grüne Bewegung sei im Grunde ihres Wesens weniger naturverbunden als

theoriebesessen, so haben ihn wiederum die baden-württembergischen Kommunalwahlen geliefert. Die Grünen errangen keineswegs auf dem Land ihre größten Erfolge. Dort, wo die Bürger tatkräftig gegen die Zivilisationskrankheiten ihrer Umwelt ankämpfen... Sie führten das große Wort und errangen demgemäß ihre Wahlerfolge in den großen Städten, die heute fast ausnahmslos auch eine Universität oder Hochschule beherbergen.

### Frankfurter Allgemeine

Vor allem die SPD hat an die grüne Partei Stimmen verloren, bei der CDU ist es wohl eher so, daß die Abkömmlinge des Bürgerturns sich den in ihrem Falle risikofreien Luxus einer Absage an die inzwischen Langweilende erzeugende Industriegesellschaft leisten, ohne auf deren Vorteile verzichten zu wollen. Die Verluste der CDU wären damit zu erklären, daß ihr die normalerweise nachrückenden Wähler fehlen: für die Partei schimmern genug.

### Schwäbische Zeitung

Die Sozialdemokraten werden zu unterschätzen haben, ob der von Willy Brandt geförderte Hang zu den Grünen ihnen wirklich Wähler aus dieser Richtung bringt. (Leutkirch)



# Was sind die Zinsen wirklich wert?

Freude hier, Enttäuschung dort über den Rückgang der Kapitalmarktzinsen von acht Prozent Anfang August auf heute 7,3 Prozent. Doch diese Zahlen allein sagen nicht alles aus, denn zu berücksichtigen ist die Geldwert-Entwicklung.

Von CLAUD DERTINGER

Wenig begeistert sind die Kapitalanleger. Lange Zeit von achtprozentigen und zeitweilig noch viel höheren Zinsen verwöhnt, empfinden sie die derzeit erzielbaren Renditen als ausgesprochen mager. Die privaten Sparer tun sich besonders schwer, sich an die neue Zinslandschaft zu gewöhnen. So rasch und zu stark war der Rutsch. So breitet sich denn eine Art Käuferstreik aus, eine Zurückhaltung beim Engagement in Festverzinslichem, die zum Teil auch von der Erwartung mitgeprägt ist, daß in absehbarer Zeit vielleicht doch wieder eine attraktive Verzinsung winken könnte.

Freude über den Zinsrückgang empfinden alle, die Fremdkapital brauchen. Der Verband privater Hypothekendarlehen sieht bereits günstige Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Baukonjunktur und der Immobilienmärkte, weil die Hypothekenzinsen - derzeit mit etwa 8 1/2 Prozent bei zehnjähriger Zinsfestschreibung und 8 Prozent bei fünfjähriger - deutlich unter den langjährigen Durchschnitt gesunken sind.

Alle diese Argumente erscheinen

jedoch etwas zu vordergründig, weil die aktuelle Zinshöhe nicht an der richtigen Stelle gemessen wird. Man darf schließlich bei Zinsbetrachtungen die Inflationsrate nicht außer acht lassen, und die ist heute ebenfalls weitaus niedriger als in den letzten Jahren, ja sie ist sogar die niedrigste seit Ende der sechziger Jahre.

Die Entwicklung des Geldwertes ist letztlich ausschlaggebend dafür, ob eine längerfristige festverzinsliche Anlage zu einem guten oder schlechten Investment wird und ob eine Hypothek preiswert ist oder teuer. Denn was nützen dem Sparer die schönsten Zinsen, wenn sie von der Geldentwertung aufgezehrt werden und wenn der Kaufkraftschwund auch noch das Kapital anknabbert?

Die Anleger verlangen daher mit gutem Recht einen Zins, der nicht nur die Geldentwertung ausgleicht, sondern der über der aktuellen und der für die Zukunft erwarteten Inflationsrate liegt, also eine Realverzinsung. Daß alle Schuldenmacher dafür entsprechend zu Kasse gebeten werden, ist klar. Und sie sind auch bereit, um so höhere Zinsen zu schlucken, desto mehr das Geld an Kaufkraft verliert, denn sie spekulieren darauf, in gutem Geld aufgenommenen Schulden später mit schlechterem Geld zurückzahlen zu können. Hauslehaber zum Beispiel wiegen sich lange in Sicherheit, hohe Zinsen bald mit Leichtigkeit aus inflationsbedingtem raschem steigenden Einkommen zahlen zu können. Eine Spekulation freilich,

die inzwischen für viele mit einem Desaster endete.

Weil Anleger und Schuldner seit Ende der sechziger Jahre immer mehr auf eine Beschleunigung der Inflation gesetzt hatten, stiegen die Zinsen am Kapitalmarkt deutlich stärker als die Inflationsrate, damit erhöhte sich auch der Realzins (Nominalzins abzüglich Inflationsrate). Er kletterte von 2,8 Prozent im Jahresdurchschnitt 1977 (Nominalzins 6,4 Prozent bei 3,6 Prozent Inflationsrate) auf 4,3 Prozent 1981 (Nominalzins 10,5 Prozent bei 6,3 Inflation).

Nun hätte man eigentlich erwarten können, daß bei der inzwischen erreichten Geldwertstabilisierung auch der Realzins wieder sinkt. Doch davon kann keine Rede sein. Er ist, wenn man die für 1985 erwartete Geldentwertung von etwa 2 Prozent unterstellt, mit über 5 Prozent sogar noch höher als damals. Da fragt man sich dann doch, warum heute so viele Sparer über zu magere Zinsen lamentieren. Das wäre noch zu verstehen, wenn später wieder ein Antraben der Inflation befürchtet werden müßte.

Doch dagegen spricht einiges: Mit der Abflachung des konjunkturellen Wachstumstempos bei uns auch weltweit erscheint ein zyklischer Anstieg der Inflationsrate und der Zinsen sehr unwahrscheinlich. Auch die sich nach bitteren Erfahrungen in immer mehr Ländern durchsetzende Erkenntnis, daß Inflation Wirtschaftswachstum nicht fördert, sondern behindert, und die bisherigen weitestgehenden Erfolge beim Kampf gegen die

Inflation lassen für die Zukunft eher mehr Preisstabilität erhoffen.

Hauptursache für die im historischen Vergleich hohen deutschen Realzinsen ist vor allem die bislang nur unvollkommen geglättete Zinsabkopplung von den USA. Daß diese Konstellation den deutschen DM-Renten-Anlegern einen Realzins-Sonderbonus beschert, hat sich aber offenbar noch nicht herumgesprochen. Statt dessen trauern viele Sparer sehnsüchtig dem Achtprozenter nach.

Nicht nur die Kapitalmarktzinsen sind heute höher als früher bei einer so niedrigen Inflationsrate. Auch die Baufinanzierung ist entsprechend teuer. Ein Hypothekenzins, der einen Aufschlag von rund 6 Prozent auf die Teuerungsrate enthält, wurde wohl noch nie zuvor verlangt. Nun könnte man zwar einwenden, für den Hauslehaber sei dies reine Theorie. Doch er spürt das indirekt, denn mit der Geldwertstabilisierung verlangsamt sich auch der Anstieg der (nominalen) Einkommen. Ihre frühere inflationsbedingte Zunahme hatte dagegen die Zinslasten im Laufe der Zeit immer leichter tragen gemacht. Unter diesem Aspekt und unter der Prämisse weitgehender Preisstabilität auch in Zukunft relativiert sich denn auch das Bild von den günstigen Hypothekenzinsen. Sie können freilich ebenso wie die Anleihezinssätze noch sinken, wenn sich der noch ungewöhnlich hohe Realzins einmal wieder normalisiert.



30 000 Tonnen Butter kamen 1982 auf den Markt, doch der Butterberg wuchs weiter

FOTO: DPA

## Auch Weihnachten und Moskau tragen den Butterberg nicht ab

Der Europäischen Gemeinschaft bleibt angesichts der riesigen Butterberge nichts anderes übrig, als tief in die Kasse zu greifen. Und zwar nicht nur für verbilligte Weihnachtbutter, sondern auch für den Export in die Sowjetunion.

Von H.-J. MAHNKE

Thomas Schlier, der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher und unermüdlicher Kämpfer für mehr Rationalität in der EG-Agrarpolitik, hat wieder einmal für Unruhe gesorgt und die Gemüter aufgeschreckt. „Die bevorstehende Weihnachtsbutteraktion wird, wie sich jetzt herausstellt, von den EG-Landwirtschaftsministern als Feigenblatt benutzt, um den Russen eine noch größere Freude zu machen: Für die Sowjets wird das Halbpfund-Päckchen bis auf 35 Pfennig verbilligt, selbstverständlich zu Lasten der EG-Steuerzahler“, schürte er sämtliche Vorurteile. Aber ganz so ist es nun doch nicht.

Allerdings auch nicht ganz so, wie es Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle darstellt, der von einer „guten Nachricht für die Verbraucher“ spricht. Die hätten nämlich mehr verdient, zumal da sie als Steuerzahler für die jetzige Wohlfahrt bereits kräftig bezahlt haben.

Wie ist nun die Situation? Vor einer Woche lagerten in den Kühlhäusern der EG 1,234 Millionen Tonnen Butter, davon 421 847 Tonnen in der Bundesrepublik. Gewaltige Mengen. Der Gemeinschaftsvorrat entspricht dem, was die 270 Millionen Bürger der zehn EG-Staaten noch nicht einmal in zehn Monaten konsumieren. Der deutsche Verbrauch wäre damit für mehr als drei Jahre gedeckt. Auf dem Weltmarkt wird gerade pro Jahr ein Viertel dessen umgeschlagen, was die Gemeinschaft sich zusammensubventioniert hat.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Butter immer älter wird. Dazu trägt bei, daß die EG-Agrarminister im Frühjahr den Garantienpreis, zu dem die staatlichen Stellen Butter aufkauften, um zehn Prozent gesenkt

haben. Die Ernährungswissenschaftler hätten dagegen Sturm laufen müssen. Während nämlich Fett billiger wurde, setzten die Minister den Preis für Eiweiß, für Magermilchpulver entsprechend herauf. Für die Molkeleien ist es dadurch weniger interessant geworden, gleich für die staatlichen Lagerhäuser statt für den Verbraucher zu produzieren.

Die Preissenkung hat den Butterabsatz angeregt, in der Bundesrepublik um rund acht Prozent. Und das, obwohl bisher ein Zusammenhang zwischen Preis und verkaufter Menge offiziell verneint wurde. Da auch die Mengenregulierung auf dem Milchmarkt zu greifen beginnt, stagnieren gegenwärtig die Vorräte, von einem Abschmelzen kann nicht die Rede sein.

Wohin mit den Mengen? „Die Vorräte können nicht verworfen werden“, müssen verkauft werden“, meint ein deutscher Händler. Bereits im September hatte die EG-Kommission eine Verbilligungsaktion für den Export gestartet, wobei sie sich an die internationale Abmachung hielt. Damals griff niemand zu. Mitte Oktober wurde nachgebessert.

Mehr noch: 200 000 Tonnen, davon 50 000 Tonnen für die Bundesrepublik, sollen zum Weihnachtstfest mit 3,60 Mark das Kilogramm bezuschußt an Verbraucher abgegeben werden. Diese Butter gibt es in deutschen Läden vom 23. November an für 1,50 Mark das halbe Pfund Päckchen. Gesamtkosten für die EG-Kasse: 720 Millionen Mark. Dabei ist der Mehrabsatz recht fraglich. Selbst Optimisten rechnen allenfalls mit 70 000 Tonnen.

Der Export soll mit einem Kopplungsgehalt auf Touren gebracht werden. Wer an die Sowjetunion und die Länder der Mittleren Ostens Butter verkauft, der kann die gleiche Menge von mehr als 18 Monate alter Ware zum Schleuderpreis von 35 Pfennig das Päckchen, wie von Schlier angegeben, erhalten. Aber eben nur, wenn er auch die etwas teurere Exportware, die aber auch nur rund 85 Pfennig kostet, abnimmt. Der Mischpreis liegt also bei 60 Pfennig. Zum Vergleich: In deutschen

Supermärkten kostet Butter jetzt rund zwei Mark.

Die alte Butter, die Schlier zum Backen gern auch für die deutschen Verbraucher hätte, was die Margarineindustrie mit Sicherheit zum Gerichtshof getrieben hätte, kaufen nur die Sowjets, heißt es im Markt. Wenn sie 100 000 Tonnen insgesamt abnehmen, kostet das die EG 312 Millionen Mark. „Theoretisch könnten wir das Geschäft machen“, kommentiert ein deutscher Händler. Aber die Sowjets kaufen nur bei ihrem roten Baron Doumenque in Frankreich, einem der wichtigsten Finanziers der dortigen KP.

Einen Vorwurf an die Brüsseler Kommission wollen die deutschen Händler daraus nicht ableiten. „Wer kauft denn schon auf dem Weltmarkt in diesen Mengen Butter? Das sind doch nur die Sowjets mit ihrer ständigen Agrammierung“, heißt es. Und von den alten Vorräten müsse die Gemeinschaft nun einmal herunter.

Auf den Plan hat die Aktion allerdings andere Exportländer wie die Amerikaner und die Neuseeländer gerufen. Sie haben bereits offiziell dagegen protestiert, daß Geschäfte außerhalb des Rahmens abgewickelt werden sollen, auf die sich alle Beteiligten zur Stabilisierung des Weltmarktes verständigt hätten.

Die Europa-Abgeordneten Reinhold Bocklet und Isidor Früh, die beiden Unionspolitiker gelten als Mitinitiatoren der Aktion, treibt etwas ganz anderes um. Sie haben Ignaz Kiechle gemahnt, die Weihnachtbutter nicht „technokratisch und lieblos“ in die Läden zu bringen, sondern festlich in Weihnachtspapier verpackt. „Die Weihnachtbutter soll in ihrer Aufmachung nicht auch noch an die Läger erinnern, die im Rahmen der Intervention entstanden sind, und damit negative Einstellungen verfestigen“, haben sie dem Minister geschrieben. Vielmehr gehe es darum, beim Verbraucher über die massive Preisreduzierung als Kaufanreiz hinaus ein Stück Sympathiewerbung für die Europäische Gemeinschaft zu betreiben und die Wohltaten aus der EG-Kasse auch verbraucherfreundlich zu verpacken.

## Haiti – die soziale Kluft wird größer

Noch nie waren die Gegensätze zwischen Arm und Reich auf Haiti so groß wie heute. Doch der Staat tut wenig. Entwicklungshelfer klagen: „Wir müssen hier alles machen.“

Von WERNER THOMAS

Die dicken deutschen Limousinen beherrschen am Wochenende die Straße zwischen der Hauptstadt und den Stränden. Es wird gerast wie auf einer Rennstrecke. Die Fahrer und ihre Passagiere sitzen hinter hochgekurbelten Scheiben, der Innenraum ist klimatisiert. Die Kennzeichen identifizieren die Autos oft als Eigentum der Regierung oder der Armee.

Haiti war schon immer ein Land krasser sozialer Gegensätze. Noch nie wirkte jedoch die Kluft zwischen arm und reich so tief. Ein Deutscher, der seit fast zwanzig Jahren in diesem karibischen Inselstaat lebt, nannte einen der Gründe: „Wer Geld hat, führt heute seinen Reichtum zur Schau.“ Die Spitzenprodukte der deutschen Automobilindustrie sind Statussymbole. Selbst die Jeeps müssen von Mercedes sein.

Port au Prince demonstriert jedem Besucher, was bittere Armut bedeutet. Es wimmelt von Menschen. Um den eisernen Markt, mit der roten Kuppelkonstruktion ein architektonisches Wahrzeichen der Stadt, kann sich der Fahrzeugverkehr nur mühsam einen Weg durch die Menge bahnen. Eine ohrenbetäubende Geräuschkulisse: Hühner gackern, ausgelegte Hunde bellen, die bunt bemalten Busse, „Tap Taps“ genannt, hupen. An den Straßenkreuzungen betteln Krüppel und Blinde. Die

Freiheitskassette verbreitet einen penetranten Gestank.

Die an einer malerischen Bucht gelegene Metropole platzt aus allen Nähten. Sie zählt mittlerweile eine Million Einwohner, ein Ergebnis der massenweisen Landflucht in den letzten Jahren. Die meisten Leute, mehr als 600 000, hausen in schlimmen Stummwärdern. Das schlimmste, La Saline, unten in der Hafengegend, erschüttert auch hartgesottene Westeuropäer. Manche Hütten bestehen aus Holzstaken und Pappkartons, Plastiksäcke dienen als Dächer. Die nackten Kinder tragen aufgeblähte Bäuche und vernarbte Gesichter. Tausende schlafen nachts im Freien zwischen Müll und Ratten. Der frühere Diktator François Duvalier (Papa Doc) wollte in La Saline einmal eine Stummwärdern vornehmen: Er ließ die Hütten einfach anzünden.

Haiti, sechs Millionen Menschen, 27 750 Quadratkilometer, ist das am dichtesten besiedelte und ärmste Land des amerikanischen Kontinents. Die Statistiken verraten das Elend: 80 Prozent der Bevölkerung verdienen weniger als 100 Dollar im Jahr. 75 Prozent können weder lesen noch schreiben. 70 Prozent sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 50 Jahre. Darm- und Infektionskrankheiten zählen zu den häufigsten Todesursachen.

Die Reichen wohnen oben in Petionville, einer Bergstadt mit kühlen Temperaturen. Sie wohnen hinter hohen Mauern, die tropische Gärten und Swimming-pools verbergen. Sie tätigen ihre Einkäufe in örtlichen Boutiquen oder in Miami. Sie speisen in noblen Restaurants wie Chez Gérard, La Lanterne und La Belle

Epoque. Sie halten sich einen Stab von Hausangestellten und schicken ihre Kinder auf Privatschulen.

Wer reich ist, unterhält enge Kontakte zu Regierungskreisen oder hält sich fern von der Politik. „Man kann sich hier alles leisten“, erklärt ein erfahrener Anwalt. „Man darf sich nur nicht in die Politik einmischen.“ Die Politik wird von Jean-Claude Duvalier bestimmt, dem 32-jährigen Präsidenten auf Lebenszeit, der wie ein Monarch regiert. Der amerikanische Kolumnist Jack Anderson hat einmal behauptet, der junge Mann sei 300 Millionen Dollar schwer. Er lebt jedenfalls auf großem Fuß.

Immer wieder wird gefragt: Wo kommt das Geld her? Gerüchte kursieren, daß der Drogenhandel schnell die Kassen füllt. Aber auch von Korruption ist die Rede und in diesem Zusammenhang fällt das Stichwort Entwicklungshilfe. Viele Regierungsvertreter geraten in Verdacht, sich bereichert zu haben. Der Internationale Währungsfonds (IWF) stellte einmal fest, daß 20 Millionen Dollar zweckentfremdet wurden.

Diese arme Nation hält sich nur durch ausländische Gaben über Wasser. Seit 1973 flossen mehr als eine Milliarde Dollar ins Land. In diesem Jahr kommen 140 Millionen Dollar zusammen, darunter zehn Millionen aus der Bundesrepublik, die fast das Haushaltsvolumen von 200 Millionen Dollar erreichen. 100 Millionen Dollar im Jahr schicken Exil-Haitianer an ihre Familienangehörige in der Heimat – eine Summe, die selbst die Kaffe-Ausfuhr übertrifft, den besten Exportartikel.

Die Ausländer bauen Straßen, bohren Wasser, forsten auf, helfen bei der

Slumsanierung (darunter auch die Deutschen), stellen Lehrer, Ärzte und Krankenschwestern. Hotels wie das Montana existieren fast nur von Entwicklungshelfern. „Wir müssen hier alles machen“, klagt einer dieser Leute. „Die Regierung tut wenig, die Reichen kümmern sich um überhaufte nichts. Aber wenn wir nicht aktiv wären, würde es den Armen noch schlechter gehen.“

Haiti befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise, deren Auswirkungen besonders die unteren Bevölkerungsschichten spüren. Dazu kam die Schweinepest-Epidemie, die die Notschlachtung von 1,2 Millionen Tieren notwendig machte, und schließlich die Touristenflaute. Die Angst vor der verhängnisvollen Aids-Krankheit und die hohen Preise lähmen den Fremdenverkehr. Selbst das legendäre Oloffson-Hotel, das in dem Haiti-Roman Graham Greenes („Die Stunde des Komödianten“) eine Rolle spielte, wirkt heute leer. Im letzten Jahr kamen nur 40 000 Besucher, 99 000 weniger als 1980.

Anfang 1983 detonierte Dynamit in der Nähe des Präsidentenpalastes, zehn Personen wurden getötet. Ende Mai gab es Hungerrevolten in Gonaïve und anderen Städten des Landes, mindestens vier Menschen kamen ums Leben. Die Demonstranten schrien: „Nieder mit Duvalier.“ Duvalier reagierte mit Lebensmittel-Lieferungen, Arbeitsbeschaffungs-Programmen und strafferen Zügel. Plötzlich hoffte er wieder die Militärverbände, die „freiwilligen der nationalen Sicherheit“ (VNS), der 30 000 Männer angehören. Er läßt politische Gegner einschüchtern und überwachen.

## Oberstudienrat Meintrup lehrt höhere Mathematik. Aber mit wem kann er bei der Ausbildungsfinanzierung seiner Kinder rechnen?



Thorsten (12) und Jens-Uwe (14) haben schon jetzt etwas vom Vater geerbt: ein kluges Köpfchen. Das wird teuer: „1 x Physiker + 1 x Arzt = 24 Semester“, kalkuliert Vater Meintrup. Seine Frau und er sind froh, daß sie bereits im ABC-Schützenalter ihrer Kinder mit uns über deren Ausbildung gesprochen haben. So schlossen sie für unser „Sparen mit Zuschlag“ einen Sparvertrag ab und zahlten das Kindergeld von Anfang an darauf ein. Zusätzlich rieten wir den Meintrups zu einer Ausbildungsversicherung. Mit diesem „Startpaket“ sind Junioren rundherum abgesichert. Und auch eine lange, teure Ausbildung bleibt keine Gleichung mit zu vielen Unbekannten. Oberstudienrat Meintrup brauchte sich nur an uns zu wenden, um seinen Kindern bessere Zukunftschancen zu ermöglichen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

**Der Verbund: Alles aus einer Bank.** Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Geldgdinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen. Und dies überall, denn

die Volksbanken und Raiffeisenbanken haben mit 19.667 Bankstellen das größte Bankennetz in Deutschland.

**Ihre Sache ist unsere Sache.** Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,7 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK  
Deutsche Genossenschaftsbank

B regionale Zentralbanken  
+ Sparkassen  
Schwäbisch Hall

DG HYP  
Deutsche Genossenschaftsbank  
Hypothekendarlehen

DIFA  
Deutsche Immobilien Fonds AG

Münchener Hypothekendarlehen eG

R + V Versicherung  
Union-Investment-Gesellschaft



**Volksbanken Raiffeisenbanken**

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.



## Der langsame Abstieg des Ulrich Lang

Nach den SPD-Verlusten bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg droht eine neue Personaldiskussion

XING-HU KUO, Stuttgart  
Erhard Eppler könnte sich, würde ihm dies die christliche Nächstenliebe, nicht verbieten, schadenfroh die Hände reiben. Denn der langjährige umstrittene ehemalige Landesvorsitzende der baden-württembergischen SPD wurde seinerzeit von den eigenen Genossen ratenweise entmachteter, weil die Partei im Südwesten immer schlechtere Wahlergebnisse erzielte. Der letzte Tropfen, der die Geduld der Genossen zum Überlaufen brachte, war die Landtagswahl 1980: Die SPD errang ganze 32,5 Prozent aller Stimmen. Eppler trat zurück, zunächst als Fraktionschef, 1981, in Aalen, gab er auch den Landesvorsitz auf.

Mit dem relativ unbeschränkten Blatt Ulrich Lang, 51, glaubten die Genossen in Baden-Württemberg, langsam aber sicher den „Karren aus dem Dreck“ zu ziehen. Lang und seine neue Mannschaft, allen voran der äußerst aktive „Chefideologe“ Siegmund Mosdorf (Landesgeschäftsführer), entwickelten immer wieder neue Ideen, um die verlorenen Wähler-schichten (Facharbeiter, Techniker, Hausfrauen, Arbeitnehmer) zurückzugewinnen. Gerade deshalb setzte die SPD große Hoffnung auf die

Kommunalwahl am vergangenen Sonntag, bei der sie jedoch nach bisherigen Erkenntnissen der größte Verlierer geworden ist. Der „Sturm auf die Rathäuser“ wurde auf die Fahnen der Wahlkämpfer geschrieben. Kommunalpolitik bekam – im Gegensatz zu den Epplerschen Neigungen zur Bundes- und Weltpolitik – wieder den ersten Rang. Zahlreiche Veranstaltungen („Ortsvorsitzendenkonferenzen“) belegten, daß die SPD auf der Suche nach den verlorenen Schichten war.

Zum dritten Mal hat das neue Konzept Ulrich Langs nicht nur das Klassenziel verfehlt, sondern die Landes-SPD ist erneut tief in der Wählergunst gesunken. Bereits nach den vorangegangenen, für die Landes-SPD ungünstig ausgefallenen Wahlen wurde, zunächst zaghaft, dann immer lauter, die Frage in der SPD aufgeworfen, ob die Wahl Langs zum Eppler-Nachfolger wohl der Weisheit letzter Schluss gewesen sei. Und damit wurde das Problem einer Lang-Nachfolge mal leiser, mal lauter in die Diskussion gebracht.

Der erste Schock für die erneuerte Landes-SPD war die Bundestagswahl vom 6. März 1983: Die Südwest-Sozialdemokraten verloren im bun-

desweiten Vergleich am meisten, nämlich 6,1 Prozent der Stimmen. Sie kamen auf magere 31,1 Prozent, nur in Bayern gab es ein niedrigeres Ergebnis für die SPD. Dabei hatte Lang, erklärt, erstmalig seine Partei in Baden-Württemberg die „40-Prozent-Marke“ an.

Alle Kräfte wurden jetzt mobilisiert; mit zum Teil durchaus attraktiven Ideen sollten wenigstens bei der Landtagswahl im März dieses Jahres bessere Ergebnisse erzielt werden. Lang und die Genossen wollten der CDU „in Bonn und Stuttgart“ einen „Denkzettel“ verpassen. Die absolute Mehrheit der Südwest-CDU müsse und könne gebrochen werden, lauteten die Parolen. Aber auch diesmal konnte die SPD nicht einmal das magere Epplersche Ergebnis von 32,5 Prozent (1980) halten. Die Partei büßte zwar nur geringfügige 0,1 Prozent ein, aber die 32,4 Prozent waren für Lang und die „erneuerte linke Volkspartei“ nicht gerade überwältigend.

Erneut begann eine Diskussion darüber, ob hier nicht der Kopf der Partei repariert bzw. ausgetauscht werden müsse. Namen wurden gehandelt, die auch heute wieder auf-tauchen. Etwa Frau Herta Däubler-

Gmelin – im „Schattenkabinett“ Langs, das er zur Landtagswahl aufgestellt hatte, als Justizminister vorge-sehen – sein Stellvertreter und Umweltpolizist Uli Maurer und andere. Die ehemalige Bonner Prominenz aus Baden-Württemberg steht nicht mehr zur Verfügung: Die Ex-Minister Volker Hauff (OB-Kandidat für Frankfurt), Rainer Offergeld (OB in Lärach) oder der Ex-Staatssekretär Rolf Böhme (OB in Freiburg) sehen ihre politischen Chancen offenbar nicht auf dem wackligen Stuhl des Stuttgarter Parteivorsitzenden.

Am Montag wurde in der Partei-zentrale heftig diskutiert, daß es nach der Kommunalwahl eine erneute Personaldiskussion gebe. Fast zur gleichen Minute erklärte der Landes-Jusocheff Michael Guggenmos, nach dieser Wahlschlappe sei eine „persönliche und inhaltliche Erneuerung“ nötig. Stuttgarter SPD-Chef Dieter Blessing ging zum Gegenangriff über: Auf die Erklärung Langs, die schlechten Ergebnisse der SPD in den Großstädten (Stuttgart, Tübingen usw.) seien möglicherweise auf „mangelnde persönliche Ausstrahlung“ zurückzuführen, meinte Blessing, man solle doch dies „auf Landesebene untersuchen“.

## Jäckel: Natürlich war ich fasziniert

Historiker wollte „Tagebücher“ Forschung zugänglich machen

UWE RAHNSEN, Hamburg

Mit dem Auftritt des Stuttgarter Zeithistorikers Professor Eberhard Jäckel nahm der Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher gestern zeitweilig den Charakter eines wissenschaftlichen Kolloquiums an. Der 53jährige Zeuge, einer der vier Direktoren des Historischen Instituts an der Stuttgarter Universität, bemühte sich erkennbar, durch möglichst präzise Antworten auf die Fragen des Gerichts, der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung zur Aufklärung der Vorgänge um Konrad Kujau-Fälschungen beizutragen.

Ebenso erkennbar war freilich auch, daß Jäckel seine Aussagen darauf abstellte, seinen wissenschaftlichen Ruf vor Beeinträchtigungen zu schützen und sich von dem Odium freizuhalten, er sei ein Bestandteil der Szene von Militaria- und NS-Devotionaliensammlern. Der Name des Sammlers Fritz Stiefel beispielsweise, mit dem er intensiven Kontakt hatte, kommt dem Professor heute nur noch so schwer über die Lippen, daß er ihn in der Verhandlung gern mit dem Wort „man“ umschrieb, was den Vorsitzenden Richter Hans-Ulrich Schroeber zu der Bemerkung veranlaßte: „Sie sollten Herrn Stiefel ruhig beim Namen nennen.“

Ausführlich schilderte Jäckel dem Gericht, wie er selbst zu einem der unfreiwillig Beteiligten an den Vorgängen wurde, die schließlich in den Tagebuch-Skandal kulminierten. Der Ausgangspunkt dabei war ein zeit-historisches Projekt – eine wissenschaftliche Edition der Aufzeichnungen Adolf Hitlers von 1905 bis 1924. In der Presse hatte Jäckel, ein renommierter Spezialist für die NS-Zeit, um entsprechende Hinweise gebeten und damit auch Erfolg gehabt, freilich nur in begrenztem Ausmaß – es waren kleinere Bestände, auf die er hingewiesen wurde.

Erst durch den Kontakt mit dem Sammler Fritz Stiefel, den der einstige Münchner Gymnasialprofessor und Hitler-Handschriftenexperte August Priessack vermittelt hatte, glaubte Professor Jäckel auf eine Fundgrube gestoßen zu sein – eben die Sammlung Stiefel.

So kam es zu einer Begegnung, die

in dem gesamten Fall Kujau-Heide-mann eine gewisse Schlüsselrolle spielt. Am 21. September 1979 kamen in Stiefels Haus in Waiblingen wirkliche unvermeidliche Experten zusammen: Professor Eberhard Jäckel, Dr. August Priessack, der von 1935 bis 1939 im Hauptarchiv der NSDAP in München tätig gewesen war, Haus-herr Stiefel und Konrad Kujau, letzterer als Konrad Fischer auftretend. Stiefel führte die Gäste durch seine Sammlung von Dokumenten, Urkunden und anderen Exponaten und offerierte Jäckel dann das in seinen Augen wertvollste Stück der Sammlung – das erste der (von Kujau gefertigten) Tagebücher Hitlers, das die zweite Hälfte des Jahres 1935 behandelt.

Der Professor räumte in seiner Aussage ein: „Natürlich war ich fasziniert; man kann sich nicht jähling mit Hitler beschäftigen, ohne in einem solchen Fall erregt zu sein. Ich hatte durchaus Interesse, das Tagebuch zu veröffentlichen, um es vor die Augen der Forscher zu bringen.“ Jäckel schilderte dem Gericht, mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft habe er sich seit 1970 mit Hitler-Schriften beschäftigt. Dabei habe er jedoch lediglich als Historiker gearbeitet. Militaria-Sammlungen widerstrebten mir zu-tiefst.

Die Frage nach der Herkunft der zeit-historischen Kostbarkeiten, die Stiefel anscheinend zusammengetragen hatte, beschäftigte den Historiker Jäckel schon, und er stellte sie auch, doch die Auskünfte, die er erhielt, waren eher nebulös. Der Professor erklärte, ihm sei die von Stiefel geschilderte Herkunft der Hitler-Texte aus der „DDR“ als plausibel erschienen. Stiefel habe überdies darauf hingewiesen, man könne aus Sicherheitsgründen nicht mehr über die Quelle erfahren, und er, Jäckel, habe dies in der Hoffnung auf weiteres Material auch akzeptiert: „Man machte mir Andeutungen, ich dürfte nicht genauer fragen, was ich in Erreichung meines Zieles auch nicht tat.“ Im übrigen sei er selbst kein Schriftsachverständiger und könne nur die inhaltliche Echtheit von Dokumenten überprüfen.

## Börner lehnt den Medienbeschluß der Länder ab

rtt, Wiesbaden

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner hat sich gestern im Landtag von dem Kompromiß der Länderregierungschefs über die Zulassung privater Rundfunkprogrammbieter distanziert. In einer aktuellen Stunde des Landtags sagte Börner, er halte die medienpolitische Entwicklung „persönlich für verhängnisvoll“. Aus „gesamtsstaatlicher Verantwortung“ habe er aber am 19. Oktober in Bremerhaven eine Einigung an seiner Position nicht scheitern lassen wollen, zumal auch in seiner eigenen Partei, der SPD, eine Mehrheit für die Nutzung der neuen Möglichkeiten sei. Börner lehnte es weiter ab, den Hessischen Rundfunk zu einem Verzicht zu bewegen, von 1985 an im Dritten Fernsehprogramm Werbung auszustrahlen. Die Entscheidungen des Hessischen Rundfunks seien autonom. Erst nach Abschluß eines Staatsvertrages änderten sich die Konditionen für den Sender.

## 17jähriger flieht über Berliner Mauer

dpa, Berlin

Unter den Schüssen von „DDR“-Grenzposten ist in der Nacht zum Dienstag ein 17jähriger Junge geflüchtet. Nach Angaben der Polizei überwand der junge Mann mit Hilfe einer Leiter die Sperranlagen südlich des innerstädtischen Übergangs Sonnenallee im Bezirk Neukölln. Beim Sprung von der mehr als drei Meter hohen Mauer verletzte er sich leicht am Fuß. Die Schüsse der Grenzposten verletzten den Flüchtling nicht.

## Rückführung von Asylanten verschoben

rtt, Berlin

Berlins Sozialsenator Ulf Fink hat die für heute geplante Rückführung von Asylbewerbern aus Sri Lanka und Ghana „vorerst verschoben“. Finks Pressesprecher, Axel Göritz, sagte am Dienstag, ein neuer Termin stehe noch nicht fest. Fink hatte vergangene Woche angekündigt, daß heute die ersten etwa 100 Asylsuchenden mit Linienmaschinen nach Bombay und Aklur ausgeflogen würden. Göritz bestätigte, daß bei den indischen Behörden noch keine Visa beantragt worden seien, weil die Innenverwaltung die Rückführung als problemlos bezeichnet habe. Doch könne kein Termin ohne Visum nach Indien einreisen. Das Deutsche Rote Kreuz hat am Montag mitgeteilt, daß fünf Asylsuchende sich zur freiwilligen Rückkehr bereit gefunden hätten. Unter ihnen befände sich nur ein Tamil. Das Bundesverwaltungsgericht wollte noch am Dienstag zur Asylberechtigung der Tamilen urteilen.

## Neuer Prozeß für ukrainischen Dichter

DW, Bonn

Der 43jährige ukrainische Bürgerrechtler und Dichter Mykola Horbal, Mitglied der vom Regime zerschlagenen ukrainischen Helsinki-Gruppe, ist nach Verbüßung einer fünfjährigen Lagerstrafe nicht, wie vorgesehen, am 24. Oktober entlassen worden. Als seine Frau am ursprünglich festgesetzten Tag der Entlassung im Lager eintraf, um Horbal abzuholen, teilte ihr die Lagerleitung mit, ihr Mann sei ins Gefängnis der ukrainischen Stadt Nikolajew überstellt worden. Ihn erwarte ein neuer Prozeß wegen „Verleumdung der Sowjetunion“. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation „Kontinent“ hat Horbal bisher insgesamt zwölf Jahre als politischer Häftling in Lagern und Gefängnissen verbracht.

## In Hamburg doch „Laternengaragen“

rtt, Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat das in Hamburg geltende Verbot aufgehoben, öffentliche Wege als sogenannte Laternengaragen zu benutzen. In dem am Dienstag veröffentlichten Urteil stellte der Zweite Senat fest, daß der Bund die Parkordnung in der Straßenverkehrsordnung erschöpfend und verfassungsgemäß geregelt habe. Dem Land Hamburg habe dar-um nicht das Recht zugestanden, eine gesonderte Regelung zu erlassen. Das Hamburger Wegegesetz von 1961 hatte jedoch Anlieger verboten, öffentliche Wege zum Abstellen von Fahrzeugen zu benutzen. Als einem Busunternehmer aufgrund dieses Gesetzes untersagt worden war, seine Omnibusse in bestimmten Straßen zu parken, kam es zur Klage. (AZ: 2 BvL 108/83)

DIE WELT (ISSN 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollars 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 160 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ. POSTMASTER: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 160 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Freie Wählergemeinschaften blühen auf dem Lande

zhf, Stuttgart

Während in den großen Städten Baden-Württembergs die Grünen die stärksten Zuwächse bei der Kommunalwahl in Baden-Württemberg haben, sieht es auf dem Lande etwas anders aus. Nach einer Zwischenbilanz des Stuttgarter Innenministeriums bei der Auswertung der Stimmzettel in 530 vorwiegend kleineren Gemeinden (oder 48 Prozent der 1110 Gemeinden im Lande) sind die Freien Wählervereinigungen die stärksten Gewinner.

Das Innenministerium betont jedoch, daß bei dieser Auswertung von etwa 30 Prozent aller Wahlberechtigten „keine zuverlässige Basis“ für einen abschließenden Vergleich mit der Gemeinderatswahl 1980 vorhanden sei, insbesondere weil die Wahlergebnisse zu größeren Gemeinden noch nicht einbezogen seien. Wegen des komplizierten Wahlverfahrens

sind kleine Gemeinden im allgemeinen mit dem Zählen und Addieren schneller fertig als größere Orte.

Die Freien Wählervereinigungen, die in Baden-Württemberg und Bayern traditionell bei Kommunalwahlen eine große Rolle spielen, konnten die Zahl ihrer Gemeinderäte in den 530 Orten um 8,8 Prozent verbessern. Die Freien Wähler erzielten 44,1 Prozent der Mandate gegenüber 35,3 im Jahre 1980.

Unter den politischen Parteien sind die Grünen, dem bisherigen Trend folgend, einzige Gewinner. Von 0,3 Prozent stieg die Zahl ihrer Vertreter in den kleinen Ortsparlamenten um 1,4 auf 1,7 Prozent. Stärkster Verlierer ist in diesem Fall die SPD: Die Zahl ihrer Mandatssträger sank von 19,8 auf 14,9 oder um 4,9 Prozentpunkte. Aber auch die CDU mußte in den 530 kleinen Gemeinden kräftig Federn lassen: ihre Mandate

sanken um 4,3 oder von 35,6 auf 31,3 Prozent. Die FDP bestätigte den landesweiten Trend nach unten: Die Zahl ihrer Mandate sank von 1,8 Prozent vor vier Jahren auf 1,3. Damit haben die Grünen auch im ländlichen Raum die FDP als drittstärkste Kraft überholt.

Auf dem flachen Lande war die Wahlbeteiligung, ähnlich wie in den Ballungszentren, um etwa zwei Prozent niedriger als vor vier Jahren, nämlich 60,8 Prozent gegenüber 62,6. Von den fast zwei Millionen Wahlberechtigten in den untersuchten 530 Gemeinden gingen lediglich 1,18 Millionen tatsächlich an die Wahlen.

Als erste Gliederung hat die SPD in Tübingen durch einen Sprecher erklären lassen, daß ein Konsens für eine Zusammenarbeit im Gemeinderat mit den Grünen „möglich und wünschenswert“ sei. In der Universitätsstadt haben die Grünen, wie be-

richtet, mit 20,9 Prozent die SPD bereits überholt, die nur 20 Prozent schaffte.

In Freiburg, einer weiteren grünen Hochburg, hat der SPD-Kreisvorsitzende Gernot Eiler signalisiert, seine Partei habe nichts gegen die Wahl eines grünen Bürgermeisters. Freiburgs Oberbürgermeister, Rolf Böhme, ist SPD-Mitglied.

In Stuttgart ist nach der Verdrängung der grünen Mandate im Gemeinderat (von drei auf neun) die Diskussion entbrannt, ob die Grünen einen der Bürgermeister stellen sollen oder nicht. Oberbürgermeister Manfred Rommel und die CDU-Fraktion sind bisher gegen einen Wechsel in einem der Bürgermeisterämter. Gleichzeitig wolle er, Rommel, versuchen, mit der neuen, starken ökologischen Fraktion wenigstens „einigermaßen“ zusammenzuarbeiten.

## Welche Rechte haben die Alliierten noch?

Experten zur Souveränität der Bundesrepublik Deutschland

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

„Souveränität ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“ Dieser Satz des Rechtshistorikers Carl Schmitt wurde auf einer wissenschaftlichen Fachtagung des Göttinger Arbeitskreises zitiert, die dem Thema gewidmet war: „Die Deutschlandfrage im Jahre 1955 – Souveränität, Bündnisbindungen und Genfer Vier-Mächte-Konferenzen“. Eindeutig konnte allerdings die konkrete Frage nicht beantwortet werden, ob die Bundesregierung das Recht habe, den Ausnahmezustand zu verkünden. Der Würzburger Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz erläuterte in einem Referat über: „Die Wiederherstellung der deutschen Souveränität durch die Bundesrepublik Deutschland und ihre Begrenzung durch die alliierten Vorbehaltsrechte“ die Souveränitätsproblematik der Bundesrepublik.

Im Art. 1 Abs. 2 des Deutschlandvertrages werde zwar ausdrücklich erklärt, daß die Bundesrepublik Deutschland ein souveräner Staat sei, doch Souveränitäts-Erklärungen und deren Wiederholung seien „typisch für schwache Staaten“. Blumenwitz wies in diesem Zusammenhang auf die im Art. 2 Abs. 9 des Deutschlandvertrages aufgeführten alliierten Vorbehaltsrechte hin, durch welche die Souveränität der Bundesrepublik eingeschränkt sei. Über diese Rechte sei auch mit der Bundesregierung nicht verhandelt worden, weil sie als originäre Siegerrechte gar nicht zur Verfügung gestanden hätten.

Die Rechte und die Verantwortung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges überlagerten die Souveränitätsrechte der Bundesrepublik und seien zugleich eine „rechtliche Klammer“ für die Weiterexistenz des Deutschen Reiches. Der Fortbestand der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland in seiner Gesamtheit hänge auch nicht vom Alliierten Kontrollrat als Institution dieser Verantwortung ab.

## Zur Problematik der Siegerrechte

Der Fortbestand dieser Verantwortung sei ferner durch die Erklärung der Westmächte zum Abschluß des Moskauer und des Warschauer Vertrages deutlich geworden. Mit den in den beiden Vertragswerken enthaltenen „Unberührtheitsklauseln“ sei zum Ausdruck gebracht worden, daß die Rechte der Westmächte in bezug auf Deutschland als Ganzes durch die Verträge nicht tangiert würden.

Jede Unberührtheitsklausel zielt nach den Worten von Blumenwitz auf

den Fortbestand der Rechte der Siegermächte für Deutschland als Ganzes. Daher sei trotz der Aufnahme der Bundesrepublik und der „DDR“ in die UNO als „gleichberechtigte und friedliche Staaten“ die Feindstaatenklausel weiterhin in Kraft, soweit sie die Rechte der Siegermächte auf Deutschland als Ganzes berührten.

Zur Problematik der Siegerrechte und der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland in seiner Gesamtheit erklärte Blumenwitz, daß diese Verantwortlichkeit sowohl als Instrument zur Wiederherstellung der deutschen Einheit als auch zur Verhinderung der Wiedervereinigung genutzt werden könne. Deutschland-Politik könne sich daher nicht allein auf den Vorteil der Bundesrepublik beschränken, „nicht ganz souverän zu sein“. Die Berufung auf den Souveränitätsmangel könne keineswegs als „Genialität“ einer deutschlandpolitischen Konzeption angesehen werden.

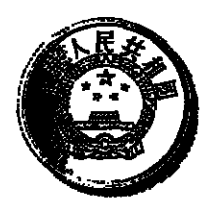
## Was Bulganin Antony Eden sagte

Der Göttinger Historiker Zieger und Boris Meissner, der bei den Genfer Verhandlungen als Ostexperte der Bundesregierung beratend zur Seite stand, zeichneten die Linie der sowjetischen Politik auf diesen Konferenzen nach. Während Zieger darauf hinwies, daß die Sowjetunion auch nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen in ihrer Deutschlandpolitik auf zwei Gleisen fuhr – Betonung der Zweistatigkeit bei gleichzeitiger Offenhaltung der Möglichkeiten eines Gesamtdeutschlands (Kontinuitätstheorie) –, befaßte sich Meissner mit der machtpolitischen Situation im Kriege zur damaligen Zeit. Bulganin und Chruschtschow seien die Vertreter einer „schärferen Linie“, die Verfechter der Zweistatigkeit gewesen und hätten damit die Deutschlandfrage von der staats- auf die völkerrechtliche Ebene gehoben. Malenkov und Molotow, die als Vertreter eines deutschlandpolitischen Konzepts galten, das die Wiederherstellung der Einheit nicht ausschloß, hätten demgegenüber an Einfluß verloren.

Meissner berichtete über ein Gespräch zwischen dem britischen Außenminister Antony Eden und Bulganin während der Genfer Konferenz, bei dem letzterer erklärt habe, er könne nicht von Genf nach Hause fahren und dem sowjetischen Militär, dem Volk und der Regierung erklären, daß er einer Wiedervereinigung zugestimmt habe. Vor allem das Militär sei der schärfste Gegner der Wiedervereinigung Deutschlands, habe Bulganin gegenüber Eden erklärt.

VOLKSREPUBLIK CHINA  
35

## DAS IST IHRE CHANCE, EIN KOSTBARES STÜCK CHINESISCHER GESCHICHTE ZU BESITZEN!



Die lange verborgene Grabstätte des Kaisers Qin Shi Huang und seiner Terrakotta-Armee ist die archäologische Entdeckung des Jahrhunderts. Dadurch angeregt, gibt die Volksrepublik China eine kostbare, streng limitierte Auflage prächtiger neuer Gold- und Silbermünzen nach den Entwürfen chinesischer Künstler heraus. Diese Münzen – in Feingold und Feinsilber – sind in China gültiges Zahlungsmittel. Die Vorderseite zeigt jeweils das Staatswappen der Volksrepublik China und die entsprechende Legende in chinesischen Schriftzeichen, sowie das Ausgabejahr 1984. Auf den Rückseiten der Silbermünzen finden sich die Bildnisse eines Generals, eines Offiziers, eines Reiters und eines Bogenschützen aus der Armee des Kaisers Qin Shi Huang. – Diese 4 Silbermünzen sind nur als Satz erhältlich. Jede 5-Yuan Münze, in der Prägequalität „Polierte Platte“, wiegt 22,22 g und hat einen Feinsilbergehalt von 900/1000. Limitierte Auflage: 30.000 Sätze weltweit.

Die Rückseite der Goldmünze zeigt eine wahrhaft meisterliche Darstellung des Kaisers Qin Shi Huang. Dieser vitale und dynamische Herrscher beendete die lange Periode der Gesetzlosigkeit der „Streitende Reiche“ und war der erste, dem es gelang, das riesige geteilte Land zu vereinen. Die 22-karätige 100-Yuan Goldmünze in „Polierte Platte“ wiegt 11,318 g und ist aus 916/1000 Feingold, legiert mit 84/1000 Feinsilber. Limitierte Auflage: 25.000 Münzen weltweit.

Diese Münzen, angeboten in einem erlesenen chinesischen Lackkästchen, werden in den kommenden Jahren eine echte Kostbarkeit darstellen, die man außerordentlich schätzt und gern präsentieren wird.

Nach dem 31.12.1984 werden keine weiteren Exemplare geprägt.



NUMCOLINTAS



ZU BEZIEHEN BEI BANKEN, SPARKASSEN UND IM MÜNZHANDEL.



## „Bei den Tarifverhandlungen Privilegien im öffentlichen Dienst berücksichtigen“

Von ARMIN FEIT

In den nächsten Wochen werden in Stuttgart Entscheidungen fallen, die für unsere öffentliche Finanzwirtschaft von größter Bedeutung sind. Derzeit werden dort die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst geführt.

Schon im Vorfeld legte die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) ihre Forderungen auf den Tisch: Lohnerhöhung von fünf Prozent, Jahresarbeitszeitverkürzung durch zehn freie Tage und Vorruhestandsregelung. Die Forderungen an den öffentlichen Arbeitgeber.

Die Tarifverträge für die Angestellten und Arbeiter sind am 31. August abgelaufen. Seither besteht für die Gewerkschaften keine Friedenspflicht mehr. Gestützt auf die neueste Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, könnten die Gewerkschaften versuchen, die Tarifverhandlungen „mit Warnstreiks zu begleiten“.

Den Forderungen stehen konkrete Vorgaben der öffentlichen Arbeitgeber gegenüber. Bereits 1982 legte der Besoldungsgesetzgeber fest, daß nach einer Erhöhung zur Mitte des Jahres 1983 die Beamtenbesoldung erst wieder 1985 angehoben werden sollte. Eine Übertragung auf den Tarifbereich wurde angestrebt.

Zwischenzeitlich sind die öffentlichen Arbeitgeber von ihren Vorgaben abgerückt und haben ein Angebot unterbreitet. Danach sollen die öffentlichen Bediensteten Einkommensverbesserungen von 2,8 Prozent vom 1. Januar 1985 an, sowie für die Monate September bis Dezember 1984 einen Festbetrag von 180 Mark erhalten.

Nun steht außer Zweifel, daß ein gut funktionierender öffentlicher Dienst selbstverständlich Anspruch auf einen angemessenen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg hat. Das gebietet Gerechtigkeit und Vernunft. Denn kein vernünftiger Steuerzahler

kann an einer schlecht funktionierenden öffentlichen Verwaltung interessiert sein. Es wäre also völlig falsch, den öffentlichen Dienst zum Sparschwein der Nation degradieren zu wollen.

Andererseits gehören die Forderungen der ÖTV in die Kategorie maßlos und völlig überzogen. Nach Berechnungen unseres Karl-Bräuer-Instituts würde die geforderte Gehaltserhöhung von fünf Prozent für den gesamten öffentlichen Dienst zusätzliche Personalkosten in Höhe von 11,7 Milliarden DM verursachen.

Daneben würde die geforderte Verkürzung der Jahresarbeitszeit um zehn bezahlte Tage 13,4 Milliarden DM an weiteren zusätzlichen Personal- und Sachkosten nach sich ziehen, wenn der mit der Arbeitszeitverkürzung verbundene Arbeitsausfall voll durch Neueinstellungen ausgeglichen würde.

Allein diese beiden Hauptforderungen würden somit höhere Personal- und Sachkosten von 25,1 Milliarden DM im öffentlichen Gesamthaushalt auslösen.

Rechnet man die Minderausgaben beim Arbeitslosengeld, bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer und der Sozialversicherung gegen, dann würden die beiden ÖTV-Forderungen Nettokosten von insgesamt 17,1 Milliarden Mark verursachen. Unter Einbeziehung der von der ÖTV geforderten Vorruhe-

standsregelung würden die Nettokosten im öffentlichen Gesamthaushalt bei einer vollen Wiederbesetzung rund zwanzig Milliarden Mark betragen.

Aber nicht nur die hohen Kosten sind bei einer Beurteilung der Forderungen heranzuziehen. Die Gerechtigkeit gegenüber den Arbeitnehmern in der privaten Wirtschaft gebietet es auch, bei der Bemessung der Bezüge im öffentlichen Dienst dessen Privilegien zu berücksichtigen.

Zu nennen sind vor allem die weitgehende Unkündbarkeit, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Sicherheit der monatlichen Gehaltszahlung, die hohe Altersversorgung und vielfach auch der geringere Leistungsdruck.

In diesem Ausmaß und diesen Annehmlichkeiten sind solche Vorteile in keinem anderen Bereich unserer Volkswirtschaft anzutreffen. Sie machen eine zurückhaltende Besoldungs- und Tarifpolitik vertretbar und auch zumutbar.

Ohnedies gibt es im öffentlichen Dienst auch bei Verzicht auf lineare Erhöhungen automatisch mehr Geld für die Bediensteten. Ihre Gehälter steigen nämlich auf Grund der Dienstalterszulage bei den Beamten, der Lebensalterszulage bei den Angestellten und der Dienstalterszulage bei den Arbeitern alle zwei Jahre bis zum Erreichen des Endgrundgehaltes. Dadurch erfahren die Beamten eine jährliche Zusatzserhöhung ihrer Grundgehälter um durchschnittlich 1,7 Prozent, die Angestellten um 1,8

Prozent und die Arbeiter um 0,9 Prozent. Zwar gibt es solche automatischen Steigerungen auch in der Wirtschaft. Sie erreichen aber bei weitem nicht das Ausmaß wie im öffentlichen Dienst.

Hinzu kommt, daß durch die Forderungen der ÖTV die Personalzahl erneut emporschnellen würde. Es ist ein höchst gefährlicher Ansatz, wenn man glaubt, das Arbeitsmarktarium der Industriegewerkschaften sei ohne weiteres auf den öffentlichen Dienst übertragbar.

Die Rechnung, man verkürze die Arbeitszeit der Bediensteten um x Stellen, erhöhe damit die Produktivität und könne dann neue Mitarbeiter konstanteinstellen, geht so nicht auf. Denn eine Personalausweitung im öffentlichen Dienst ist keineswegs automatisch mit einer Effizienzsteigerung verbunden; vielmehr besteht die Gefahr einer Überbürokratisierung, die noch mehr Verwaltungsabläufe erfordert und letztendlich mit einem Effizienzverlust verbunden ist.

Auf Grund dieser Tatsachen ist nachdenkliches Besinnen angebracht. Die ÖTV muß sich sagen lassen, daß sie mit ihren maßlosen Forderungen den Bogen überspannt, den Staatshaushalt in arge Bedrängnis bringt. Sollte sie zur Durchsetzung ihrer Forderungen zum Streik aufrufen, so wird sie in großen Teilen der Bevölkerung kein Verständnis finden.

Im öffentlichen Gesamthaushalt ist nur ein eng begrenzter Spielraum für Lohn- und Gehaltsanpassungen vorhanden. Denn die eingeleitete Haushaltskonsolidierung darf nicht an überzogenen Forderungen der Gewerkschaft scheitern. Vor allem darf die längst überfällige Steuer-Tariff-Form nicht gefährdet werden, die ja auch dem öffentlichen Dienst zugute kommt und eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Erholung darstellt.



Armin Feit, Präsident des Bundes der Steuerzahler  
FOTO: TELMO-PRESS

## „DDR“-Kirchenzeitung gegen Gewissensprüfung für Bausoldaten

Etwa 1000 junge Männer mit dem Spatensymbol verrichten Wehrdienst ohne Waffen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

20 Jahre nach ihrer Zulassung durch eine Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der „DDR“ unter Walter Ulbricht gehören knapp 1000 Soldaten mit dem „Spaten“-Symbol unter den 170 000 Volksarmisten zum täglichen „DDR“-Erscheinungsbild. Offenbar wächst bei der NVA jedoch die Tendenz, junge Männer, die den gesetzlich verankerten waffenlosen Dienst ansuchen, eingehenden Gewissensprüfungen zu unterziehen.

Dagegen wandte sich jetzt indirekt die „Mecklenburgische Kirchenzeitung“ in einem Beitrag. Er enthält für „DDR“-Verhältnisse ungewöhnlich umfangreiche Details über den Bausoldatendienst. Die Möglichkeit, den Wehrdienst auch ohne Waffe, aber unter einem vom NVA-Fahnenfeld inhaltlich kaum entfernten „Gelöbnis“ zu leisten, war 1964 nach Verhandlungen führender Vertreter der evangelischen Kirche mit der SED einge-räumt worden.

### Einzige Ausnahme

Innerhalb der Armeen des Warschauer Pakts gibt es nirgends sonst eine derartige Ausnahme. Bis Mitte der siebziger Jahre führten jährliche Einberufungen von rund 250 Wehrpflichtigen kaum dazu, das Thema „waffenloser Dienst“ in der Öffentlichkeit zu tragen. Mit der zunehmenden Militarisierung des Alltagslebens und der durch die Friedensproblematik geschärften Bewußtseinsbildung vieler „DDR“-Jugendlicher nahm die „Spaten“-Soldatenzahl sprunghaft zu. Heute werden etwa 1000 Wehrpflichtige zu diesen streng isolierten Einheiten eingezogen.

Auf der jüngsten Bundessynode der Evangelischen Landeskirchen in Greifswald spielte die Lage der Bausoldaten neben vielen anderen innenpolitischen Themen eine Rolle. In einem Brief an die Synode führten Bausoldaten darüber Klage, zum Bau

von Rollbahnen, Abschußrampen und anderen militärischen Einrichtungen herangezogen zu werden. Ähnliche Schreiben sind offenbar auch an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker gerichtet worden.

Unmittelbar vor der Bundessynode ging Mitte September nun die „Mecklenburgische Kirchenzeitung“ auf das Bausoldaten-Thema ein und druckte, leicht gekürzt, einen Beitrag aus der thüringischen Wochenzeitung „Glaube und Heimat“ nach. Darin setzt sich das Blatt in zurückhaltender, aber merkbarer Form mit dem Versuch der NVA-Musterungsstellen auseinander, die Gewissensentscheidung des künftigen Bausoldaten zu erforschen und sich das Recht zu nehmen, sie auch zu verwerfen.

Die Zahl der jungen „DDR“-Männer, die waffenlosen Dienst leisten wollen, liegt mit Sicherheit erheblich höher als die Zahl der tatsächlich Einberufenen. Die NVA besitzt anscheinend nur ein bestimmtes Platzkontingent nicht mit den „normalen“ Wehrpflichtigen in den üblichen Kasernen untergebracht werden. Ist das Kontingent erschöpft, werden weitere Antragsteller offenbar unter Druck gesetzt, ihr Begehren aufzugeben, oder sie werden ohne weiteres trotz Protestes zum allgemeinen Waffen-Wehrdienst eingezogen.

In der Kirchenzeitung heißt es unter Berufung auf den offiziellen „DDR“-Verfassungskommentar, wonach der „sozialistische Staat auf Gewissenskonflikte Rücksicht“ nehme: „Dabei ist es der Gewissensentscheidung wesensgemäß, daß sie nicht prüfbar ist. Sicher wird gegen eine Offenlegung von Beweggründen durch den Betroffenen nichts einzuwenden sein, doch kann eine solche Offenlegung weder gegen den Willen des Betroffenen verlangt oder gar erzwungen werden, noch kann eine

Entscheidung etwa im Sinne einer Anerkennung oder Nichtanerkennung des Gewissenskonflikts getroffen werden.“

Seit der in der „DDR“ immer umfassender und offener geführten Debatte über einen „sozialen Friedensdienst“ anstelle der Bausoldaten ging die Volksarmee dem Vernehmen nach dazu über, den christlichen Hintergrund des Antragstellers zu erforschen, um Ablehnungsgründe zu haben. Gemeinden und Kirchenleitungen wurden befragt, ob der Kandidat denn auch in der Kirche tatsächlich „aktiv“ sei oder ihr zumindest angehöre. Andernfalls sanken die Chancen des Antragstellers rapide.

### „Wegbereiter“

Daß sich die SED-Führung innerhalb ihrer Kompromiß-Politik mit der Kirche allmählich mit den ungeliebten Soldaten mit dem silbernen Spatensymbol arrangiert, zeigte die erste offizielle Erwähnung der Bausoldaten durch Armeegeneral Heinz Hoffmann im vergangenen Juli. Bei einer Inspektion der Baustelle des deutsch-sowjetischen Militärhafens Mukran auf Rügen nannte er die Bausoldaten, die dort unter schlechten Bedingungen hart arbeiten müssen. „Wegbereiter“ der „Brücke der Freundschaft ins Land Lenins“.

Was die Partei im Prinzip über Bausoldaten denkt, war schon 1982 im Funktionsorgan der vormilitärischen „Gesellschaft für Sport und Technik“ unmißverständlich nachzulesen: „Allen wehrfähigen Bürgern muß im Interesse der Friedenshaltung klar sein, daß derjenige, der im Sozialismus nicht bereit ist, das Gewehr des Friedens anzufassen und es für das Glück und das Wohl des Volkes zu gebrauchen, objektiv das stärkste Antikriegs-Potential – der realen Sozialismus – schwächt und den menschenfeindlichen Kriegskurs des Imperialismus unterstützt.“

## Finanzamt bremst Sender „Freies Afghanistan“

Stuttgarter Behörden verweigern „Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität“ die Gemeinnützigkeit

WALTER H. RUEB, Stuttgart

Am 13. Juli 1984 wurde in Stuttgart die „Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität“ gegründet. Die Gesellschaft will dem afghanischen Widerstand gegen sowjetische Besetzung und Unterdrückung durch Sach- und Geldspenden humanitäre Hilfe leisten und in Zusammenarbeit mit dem von Wladimir Bukowski initiierten „Radio free Kabul“ mit dem Rundfunksender „Stimme freies Afghanistan“ ein weiteres Medium installieren und damit an den Völkermord am Hindukusch erinnern, seine Urheber öffentlichem Druck aussetzen und ihre Aggression stoppen.

Genau hundert Tage nach ihrer Gründung aber wurde die Stuttgarter Gesellschaft durch eine Entscheidung des Stuttgarter Finanzamts in ihrer Wirksamkeit erheblich gebremst: die Behörde verweigerte ihr den Status der Gemeinnützigkeit. Dadurch können Spenden an die Gesell-

schaft steuerlich nicht abgesetzt werden.

„Eine Katastrophe für uns“, sagte Bundeswehr-Major Erik Kothny, Gründer und Vorsitzender der Gesellschaft zur WELT. „Der Schaden wird groß sein. Eine fest zugesagte Spende von 10 000 Mark wird beispielsweise nicht gezahlt. Aber wir machen weiter, nur eine Nummer kleiner. In einer Mitglieder-Versammlung am 13. November sollen der Bau eines tragbaren und mit Solarenergie betriebenen Mini-Radiostudios und der Aufbau eines Informationssystems im Innern Afghanistans diskutiert und beschlossen werden.“

Kothny und seine Freunde in der neuen Gesellschaft sind empört. Der streitbare Offizier erinnerte an Bundeskanzler Helmut Kohls Kritik am westlichen Opportunismus und an der Feigheit, sich für das freie Afghanistan zu engagieren. Beim Finanzamt Stuttgart aber verweist man auf Paragraph 5 Absatz 1 Nr. 9 Körperschaftsteuergesetz, wo es unter an-

derem heißt: „Eine Körperschaft ist nur dann steuerbefreit, wenn sie ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgt... Verfolgt ein Verein neben gemeinnützigen auch politische Zwecke, so schließt dies die Steuerbefreiung aus... Politische Zwecke verfolgt ein Verein dann, wenn er sich durch parteiübergreifende Stellungnahmen aktiv an weltpolitischen Auseinandersetzungen beteiligt.“

Unter dem Aktenzeichen SG IV 23-10-1984 teilte das Finanzamt Stuttgart der Gesellschaft schließlich mit: „Die Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität steht auf der Seite des unterdrückten afghanischen Volkes und wirbt um die Solidarität aller freien Menschen. Schon allein dadurch überschreitet sie die für gemeinnützigen Handelnden gesetzten Grenzen...“

Erik Kothny bezeichnete die Begründung als Zynismus, eine weitere Absage aus dem Finanzamt Stuttgart als Böswilligkeit. Die Behörde hatte auf Anfrage umgehend mitgeteilt,

daß die Gesellschaft die erstrebte Gemeinnützigkeit auch durch eine Satzungsänderung nicht erlangen könne...

Eine Änderung der Zielsetzung seiner Gesellschaft kommt für den Offizier beim Wehrbereichskommando V in Stuttgart nicht in Frage. Selbst die Erinnerung an das heftige Medien-Tromelfeuer der in- und ausländischen Linkspresse nach seinem Afghanistan-Trip von 1982 und starkem Engagement im Kampf gegen die SS 20 als Initiator des „Fellbacher Kreises“ schreckt Erik Kothny nicht.

Die Hetze von „Prawda“ und Tass in Moskau, von „UZ“ in West-Berlin sowie „Volksarmee“ und „Horizont“ in Ost-Berlin gegen den Gegner sowjetischer Raketen und Freund des afghanischen Widerstandes ließ Kothny sagen: „Die Reaktionen zeigten, wo totalitäre Regime verwundbar sind. Ein Grund mehr, dem freien Afghanistan durch die Einrichtung eines Radiosenders eine Stimme zu verschaffen.“

## „Neutralismus ist unrealistisch“

Für SPD-Spitzenkandidat Apel bleibt Berlin der Motor aller Deutschlandpolitik

hrk. Berlin

Die besondere, historische Bedeutung Berlins für die Deutschen in Ost und West hat der SPD-Spitzenkandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters Hans Apel vor ehemaligen sozialdemokratischen Häftlingen aus „DDR“-Zuchthäusern betont. Er sprach auf einer Arbeitstagung dieses Arbeitskreises in Berlin. Apel nannte dabei drei „zentrale Grundwerte“, denen sich die Deutschen verpflichtet fühlen: „Freiheit, Frieden und Einheit.“

Realistischerweise und aus historischer Verantwortung heraus könne dabei die Einheit der Deutschen keinen Vorrang vor Freiheit und Frieden genießen. Apel definierte drei Grundlagen für die heutige Deutschlandpolitik:

● Die deutsche Nation ist seit Jahrhunderten eine von der Teilung unabhängige Realität, die sich im Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten ausdrückt. Die Einheit der Nation

kann durch vermehrte Begegnungen, die Verwirklichung des Rechts auf Freizügigkeit und die Wahrnehmung der Verantwortung für den Frieden in Europa erhalten und gefestigt werden. Sie ist nicht identisch mit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

● Voraussetzung gestaltender Deutschlandpolitik ist die Stabilität der in Europa bestehenden Lage. Sie muß von der Grundlage ausgehen, daß beide deutschen Staaten in ihr je weiliges Bündnis fest eingebunden sind. Die Idee eines deutschen Sonderweges – sei es eines vereinten Deutschlands oder nur der Bundesrepublik – in die Neutralität ist unrealistisch. Er würde die politische Stabilität in Europa gefährden und ist deshalb ausgeschlossen.

● Deutschlandpolitisches Handeln kann deshalb nicht zum Ziel haben, den anderen deutschen Staat aus seinem Bündnis herauszubrechen. Bei einer solchen Absicht risse der Ge-

sprächsfaden mit der „DDR“ sofort ab.

Die „Vollendung der Einheit“, wie sie das Grundgesetz fordere, könne nicht durch eine Änderung von Grenzen, sondern nur durch deren Überwindung erreicht werden“, sagte Apel. Berlin zwingt allein durch seine Existenz die beiden deutschen Staaten, „zum politischen Umgang miteinander“. Mindestens die Hälfte aller Abmachungen und Vereinbarungen zwischen Bonn und Ost-Berlin erklärten sich ausschließlich aus der Vorhandensein der Stadt in ihrer besonderen Lage.

Vor den von der SED verfolgten Sozialdemokraten betonte Apel nachdrücklich: „Man kann nicht hinnehmen, daß die West-Berliner sich mit der gegenwärtigen Lage abfinden sollen. Was sie wollen, ist langfristig die Versöhnung mit dem Umland, ohne Preisgabe der inneren und äußeren Freiheit und der Bindungen an die Bundesrepublik und den Westen.“

# Nur wer präzise steuern kann, beherrscht den Strom

Für diese Aufgaben haben wir zuverlässige Energieverteiler, betriebssichere Steuerungen und bedienungssichere Schaltgeräte entwickelt. Sie nennen uns Ihr Problem, wir liefern Ihnen die Lösung. So einfach ist das für uns; Immerhin sind wir seit 85 Jahren auf diesem Spezialgebiet mit Erfolg tätig. Heute ist jedes fünfte in der Bundesrepublik hergestellte

Schaltgerät von Klöckner-Moeller. Über 6000 Mitarbeiter in 22 Werken produzieren leistungsfähige und preisgünstige Produkte vom Drucktaster über speicherprogrammierbare Steuerungen bis zur Energieverteilungsanlage. Unser Angebot reicht von der Maschinenausrüstung bis zur schlüsselfertigen Großanlage.

Rufen Sie uns an – eines von über 300 Technischen Außenbüros im In- und Ausland ist immer in Ihrer Nähe. Dort finden Sie Ihren Partner mit dem Know-How für Qualität.

Klöckner-Moeller, Postfach 1880, D-5300 Bonn 1, Tel. 0228/602-1.

**KLÖCKNER-MOELLER**

denn Spezialisten schalten schneller.



Elektrische und elektronische Anlagen, Systeme und Geräte für Automatisierung und Energieverteilung. Wir planen, bauen, montieren und nehmen in Betrieb.



## Andreotti im Senat unter scharfem Beschuß

Kritik auch von Koalitionspartnern / Der Fall Sindona

FRIEDRICH MEICHNER, Rom  
Italiens christdemokratischer Außenminister Giulio Andreotti sah sich am Montag und Dienstag im Senat nicht nur schweren Angriffen aller Oppositionsparteien, sondern auch scharfer Kritik der zum Regierungslager gehörenden Republikaner und Liberalen ausgesetzt. Zur Debatte stand die Rolle, die der Minister in den siebziger Jahren als Regierungschef im Fall Sindona gespielt hat.

Kommunisten, Radikale, Neofaschisten und Linksunabhängige warfen ihm vor, den Mafia-Bankier Michele Sindona auch dann noch gedeckt zu haben, als gegen diesen schon ein Haftbefehl wegen betrügerischen Bankrotts erlassen worden war. Sie forderten in vier getrennten Mißtrauensanträgen die Regierung Craxi auf, die Konsequenzen zu ziehen und den Minister abzulösen.

Die Republikaner und die Liberalen kündigten zwar an, daß sie nicht für diese Mißtrauensanträge votieren würden, machten sich aber in der Sache die Kritik der Opposition weigend zu eigen und appellierten indirekt an Andreotti, von sich aus die Konsequenzen zu ziehen, also zurückzutreten.

Die schärfste Attacke gegen den Minister, der noch bis vor kurzem als der bevorzugte Ansprechpartner der KP innerhalb der Democrazia Cristiana gegolten hatte, ritt der kommunistische Senator Macaluso. Er beschuldigte Andreotti, den er als den „nach Statur und Geschichte hervorragendsten Politiker der DC“ apostrophierte, der wissenschaftlichen und fortwährenden Komplizenschaft mit dem Mafia-Bankier. Der Minister, dessen Außenpolitik die KP durchaus positiv beurteilte, müsse sich im klaren sein, daß sein Widerstand (gegen alle Rücktrittsaufforderungen) „Ursache einer Trübung der politischen Lage und Quelle von Zweifeln, Erpressungen, dunklen Machenschaften und demütigenden Anpassungen“ sei.

Der neofaschistische Senator Rastrelli bezeichnete Andreotti als den „Hauptbezugspunkt der Sindona-Affäre“, als einen „Gummimann, von dem alle Anklagen wieder zurückgestoßen werden“. Er wies darauf hin, daß Sindona dem Administrationssekretariat der DC 15 Millionen Lire (damals über 30 000 DM) überwies und der Partei für ihre Kampagne gegen die Ehescheidung einen Kredit in Höhe von 2 Milliarden Lire gewährte. Außerdem hätten der Partei nahe stehende Firmen von den Finanztransaktionen der sizilianischen Bankiers profitiert. Das alles ergebe ein Bild politischer Geschäftsmascherei, ein „Dreieck“, dessen Ecken Sindona, die Geheimloge P2 und die DC gewesen seien. Die Regie habe Andreotti geführt.

Der republikanische Senator Ferrarini stellte dem zwielichtigen Verhalten Andreottis in der Sindona-Affäre die Entschiedenheit gegenüber, mit der der verstorbene republikanische Parteisekretär Ugo La Malfa seinerzeit als Schatzminister allen Pressionen widerstanden habe, dem Bankier eine sanierende Staatshilfe zu gewähren. Er bezog sich ausdrücklich auf die Rede des Kommunisten Macaluso und bezeichnete diese als „ausgezeichnet und dramatisch“.

In einem am Dienstag veröffentlichten Interview mit dem „Giornale“ wies der Minister alle gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurück. Er sagte: „Gewiß, ich habe Sindona gekannt. Ich kannte und bewunderte zunächst auch die ganze italienische Finanzwelt. Ich traf drei- oder viermal mit ihm zusammen und war beeindruckt von der Klarheit seiner Analysen.“

Als er zu straucheln begonnen habe, sei sein Rechtsberater an die damals von Andreotti geführten Regierung mit der Bitte herangetreten, einen Vorschlag zur Rettung der Sindona-Bank zu prüfen. Als Ministerpräsident habe er diesen Vorschlag zurückgewiesen. Der Ministerpräsident habe ihn jedoch verworfen. Eine parlamentarische Untersuchungskommission habe ihm, Andreotti, dann bescheinigt, daß auf ihn nicht einmal der Schatten eines Verdachtes falle.

## In Kairo muß Mubarak viel Rücksicht üben

Erstarkende Opposition und alte Wirtschaftsprobleme

PETER M. RANKE, Kairo  
Drei Jahre nach seiner Wahl zum ägyptischen Präsidenten sind die politischen Narben des Nachfolgers des ermordeten Präsidenten Sadat unverkennbar. Seine Politik der Rückkehr ins arabische Lager ohne Kündigung des Friedensvertrages mit Israel hat zwar erste Früchte gezeitigt, wie sein Besuch bei König Hussein in Jordanien zeigte. Auch innenpolitisch sitzt Mubarak (56) fest im Sattel, aber sein Reformwille ist gebremst, er steht heute vor denselben ungelösten Problemen wie Sadat.

Mubarak muß viele Rücksichten nehmen: auf die rege Opposition der Linken und auf die orthodoxen Moslembrüder und ihre fanatischen Geheimsekte. Ein Beispiel dafür ist, daß Mubarak seiner Frau Suzan (42), die wie er aus einer großbürgerlichen Familie stammt und europäische Ahnen hat, Auftritte in der ägyptischen Öffentlichkeit streng zugemessen hat. Sie studierte an der amerikanischen Universität in Kairo Sozialwissenschaften, durfte eine Arbeit über die Slum-Viertel Kairs aber nicht veröffentlichen. Das Familienleben der Mubaraks, sie haben zwei Kinder, verläuft ohne jede Publicity, so wie strenge Moslems es verlangen.

Mubarak, ein früherer Luftmarschall, duldet eine kritische Opposition und hat mit den ersten, weitgehend freien Parlamentswahlen im Mai ein demokratisches Beispiel gegeben. Aber der übermächtigen ägyptischen Plagen wird auch er nicht Herr: enormer Bevölkerungswachstum, Wohnungsnot, zu hohe Subventionen für Lebensmittel und Energie, Rüstungskosten und eine in die Arbeitslosigkeit hineinwachsende intelligente Jugend.

Ein mächtiger Mann im Hintergrund, Armeemarschall und Verteidigungsminister Abu Ghazala, wacht darüber, daß die Streitkräfte nicht zu kurz kommen und daß die eigene Rüstungsindustrie gut verdient, vor allem auf Iraks Seite im Golfkrieg. Ghazala hat durchgesetzt, daß die ägyptische Marine Anfang November mit der 6. US-Flotte im Mittelmeer übt, wenn schon keine Wüstenmanöver

mit US-Einheiten aus politischen Gründen stattfinden dürfen.

Die Streitkräfte des proamerikanischen Ghazala sind eine starke Stütze für Mubarak. Offiziere haben es nach wie vor gut in Ägypten. Der Militärdienst gilt als Auffangreserve für sonst arbeitslose Fellachen, die Universitäten mit einer Million Studenten dienen als Ausbildungsstätte für die städtische Schuljugend. Noch immer gibt ein längst unsinniges Gesetz jedem Studienabsolventen das verbrieft Recht auf einen Arbeitsplatz in der Staatswirtschaft und Bürokratie. Also studieren viele.

Den Ölverbrauch muß Kairo drosseln, nur die Hälfte der täglich geförderten 800 000 Barrel kann Ägypten wegen des wachsenden Eigenverbrauchs gegen kostbare Devisen exportieren. Mubarak hat das Kabinett angewiesen, den Eigenverbrauch 1985 drastisch zu senken und Benzin zu versteuern, sonst muß das Milliardenschon 1991 Erdöl importieren. Ob eine Verteuerung des Benzin durchzusetzen ist, bleibt nach den Unruhen wegen der Erhöhung des Brotpreises Ende September im Delta eine problematische Frage. Die Regierung will die Lebensmittelsubventionen fortsetzen, sonst gibt es Aufstände. Aber wegen der wachsenden Bevölkerung müssen 1985 schon 2,5 Milliarden Dollar für diese Subventionen aufgewendet werden, eine Steigerung gegenüber 1983 von 22 Prozent. Und das Geld fehlt im Haushalt für Wohnungsbau und soziale Dienste.

Wie in Paris will Mubarak in Bonn auf neue Friedensinitiativen der EG drängen, obwohl er selbst als Vermittler nichts zur Beendigung des Golfkrieges beitragen konnte. Mubarak hat kürzlich ein „Gipfeltreffen“ mit dem neuen israelischen Regierungschef Peres abgelehnt, da sich Israel erst aus Libanon zurückziehen müsse. Er fordert die Anerkennung der PLO, aber welcher? Die PLO ist so zerstritten, daß nicht einmal ihr Nationalkongreß tagen kann. Auch will er eine Lösung des palästinensischen Problems voranbringen, zu der nicht einmal König Hussein und PLO-Chef Arafat in der Lage sind.

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Ein Erwerb auf Zeit

„Kein zweites Wunder an der Weichheit“: WELT vom 20. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,  
hier wäre noch zu ergänzen, daß das „Ostpolen“ genannte Gebiet jenseits der Curzon-Linie die Beute eines 1920 geführten Eroberungskrieges gegen das damals durch Revolution und antisowjetische Generalsheere geschwächte Rußland war. Polen, das nach Ziffer 13 der Wilsonschen 14 Punkte auf einwandfrei polnischen Gebieten wiedererrichtet werden sollte, hatte 1930 nach eigenen Angaben 30,9 Prozent völkische Minderheiten. Das beweist doch, daß es auch in Weißrußland und der Ukraine nichts zu suchen hatte, die Polen waren dort eine Minderheit. Die Besitznahme war also nur ein Erwerb auf Zeit, auf Abwurf.

Wie kann also die Rückgabe dieser Gebiete einen Anspruch auf mehr als 100 000 Quadratkilometer im Westen begründen, die Vertreibung der dort seit 700 Jahren ansässigen Bevölkerung?

Die Verschiebung von Grenzen, die zum Teil wie nirgendwo in Europa seit über 600 Jahren dort festlagen? „Einen beispiellosen Vorgang in der Geschichte Europas“ nannte Pius XII. Landnahme und Vertreibung, „schlimmstes Vergehen gegen das Recht des geschichtlich Gegebenen und überhaupt gegen jedes menschliche Recht“: Albert Schweitzer 1954 in Oslo.

Bender, Stehle, Carola Stern: es sind immer dieselben Namen, für sie scheint die neuere polnische Geschichte am 1.9.1939 zu beginnen. Léon Blum, der französische Sozialistenführer, hat für ihresgleichen einen perfekten Namen geprägt: umgekehrte Chauvinisten nennt er die, die unentwegt den Chauvinismus der Gegner ihres Landes vertreten.

Ich grüße  
P. Wermzrowsky,  
Berg Gladbach 1

### Verlorener Schutz

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die Fünf-Prozent-Klausel (WELT vom 13. Oktober und Leserbrief vom 23. Oktober) sollte aufgehoben werden. Ihre „Schuttfunktion“ für die drei großen politischen Gruppierungen hat sie sowieso verloren. Die konservativ-kerikalen, die sozialdemokratisch-sozialistischen und die liberalen Abgeordneten haben grün-alternative Gesellschaft bekommen. Ein Verzicht auf die Klausel würde sich mit Sicherheit positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken. Außerdem wäre es für den Bürger sehr erfreulich, wenn sich noch mehr Parteien gegenseitig auf die Finger sehen würden.

H. Wosch,  
Berlin 21

### Anderes System

„Bildung und Rückblick“: WELT vom 20. Oktober

Fast alle Darstellungen des Autors sind sachlich falsch. Selbst wenn man seiner Ideologie der marktwirtschaftlichen Akademikerauslese folgen könnte, wäre das amerikanische System kein gutes Beispiel: Zum einen hat die Abwesenheit von Staatsinterventionen gerade dort Folgen in den USA, wo Herr Zehrn sie nicht erwähnt, nämlich in der Absicherung der Privilegien einer Professorenkaste, die in der Bundesrepublik Leistung immer nur von anderen fordert, aber ihre eigenen Rechte zu Lasten aller Studenten und des Mittelbaus umangestrichelt behalten möchte.

Andererseits gibt es in den USA kaum eine Universität, ob in privater oder staatlicher Trägerschaft, die nicht von Staatszuwendungen lebt. Außerdem ist der Altruismus der Familienväter (Mütter sind da wohl nicht beteiligt) auf eine gar nicht so breite Mittelschicht beschränkt, für die das Ausbildungsgeld zugleich schlichterhaltendes Statussymbol ist. Die in den letzten Jahren erschreckend angewachsene Armut der unteren 20 Prozent der US-Bevölkerung macht die Hochschule für deren Kinder ohnedies noch schwerer erreichbar, und die ebenso erschreckend anwachsenden Reichtümer der Reichen haben vor den horrenden Studiengeldern der Eliteuniversitäten ohnedies keine Scheu.

Schließlich gibt es in Westdeutschland auch keinen Altruismus privater Mäzene, weil Bildung, anders als in der USA-Geschichte, immer nur als Ideologie, aber selten als konsensstiftendes Gesellschaftsfundament angesehen wurde.

Alle diese Angaben können in den offiziellen Veröffentlichungen der amerikanischen Hochschulforschung und -medien gut überprüft werden.

Michael Daxner,  
Professor für Hochschuldidaktik  
Universität Osnabrück

### Wort des Tages

„Man braucht den Appetit des Armen, um das Vermögen der Reichen recht zu genießen.“  
Antoine Rivarol: frz. Moralist (1753-1801)

### Notwendige Änderung

„Kein Video streng“: WELT vom 20. Oktober

Die geplante Änderung des Paragraphen 131 Strafgesetzbuch wird auch die Verbreitung solcher Videofilme unter Strafe stellen, die exzessive Gewalttätigkeiten in einer der Menschenwürde verletzenden Weise beinhalten. In vielen einschlägigen Videofilmen geht es eben nicht um die Verherrlichung von Gewalt, sondern nur um die Darstellung brutaler Gewalttaten. Wer widerliche Kannibalisierung und härteste Pornographie ablehnt, der kommt nicht umhin, der von uns geplanten Änderung des Paragraphen 131 StGB zuzustimmen.

Auch auf das geplante Verbot und Verleiherverbot kann nicht verzichtet werden. Die Videotheken bieten eben nicht nur weiche Pornographie an, sondern eine Vielzahl härtester Pornofilme. Hier kann nur ein zusätzliches Verbot und Verleiherverbot.

bot unsere Jugend von Negativbeispielen bewahren.

Gestatten Sie mir noch zwei weitere Anmerkungen zur freiwilligen Selbstkontrolle (FSK) und der Bundesprüfstelle (BFS). Selbstverständlich begrüßen wir die verbesserte Tätigkeit der FSK, die aber erst auf Druck des Gesetzgebers zustandekam. Das neue Jugendschutzgesetz wird zudem Überschneidungen von FSK und der jetzt noch völlig überlasteten BFS bei der Beurteilung von Videofilmen durch entsprechende Regelungen vermeiden. Die SPD hat 13 Regierungsjahre lang den erschreckenden Gefährdungen unserer Jugend passiv zugehört. Jetzt können die Bürger sicher sein, daß die CDU/CSU diese so notwendige Gesetzesnovellierung zu einem erfolgreichen Abschluß bringen wird.

Hermann Kroll-Schlüter, MdB, CDU

### Möglichkeit der Klärung

„Savonarolas im Rolls-Royce“: WELT vom 20. Oktober und Leserbrief Dienstag: WELT vom 20. Oktober

Sehr geehrter Herr Dr. Krenz,  
da traute ich doch meinen Augen nicht, als ich die nicht so schnell erwartete Stellungnahme (TV-Erfahrung) als Leserbrief aus der Feder des Oppositionsführers H. J. Vogel zu Ihrem tags zuvor erschienenen Artikel: „Savonarolas im Rolls-Royce“ lesen konnte.

Ich bin Herrn Vogel wirklich dankbar, nunmehr zu wissen, daß er den „dicken Mercedes“ seit kurzem nicht mehr benutzt bzw. verwendet, da dieser ein „gepanzertes Fahrzeug des Bundeskriminalamtes“ ist (bei der Presse immer wieder Informationslücken). Ob der jetzige Wagen von Dr. Vogel ein „dünner Mercedes“ ist (das wäre Leichtsinns), erfährt der Leser nicht. Nur, daß er auch aus Steuermitteln finanziert wurde.

Diese mehr der Erheiterung dienenden Feststellungen können die

sehr schmerzliche Enttäuschung des Lesers nicht wettmachen, der erwartet hatte, Herr Vogel würde zur Aussage Ihres Satzes: „... Sozialdemokraten bekamen rund vier Millionen allein von Flick“ Stellung beziehen. Hierzu wurde Herr Dr. Vogel – nach Meinung eines mündigen und zugleich kritischen Bürgers – geradezu herausgefordert; nämlich durch ein Bild von ihm mit eindeutiger Unterschrift. Dies mußte nicht, wie Herr Vogel annimmt, als versuchte Verquickung seiner Person mit den laufenden Affären (Parteispenden jeder Art) aufgefaßt werden. Ganz deutlich war lesbar: Vier Millionen wg. SPD: Vogel. Wer sollte wohl kompetenter sein als Herr Vogel, hierzu Stellung zu nehmen? Die Möglichkeit, solches rechtzeitig zu tun, sollte niemand verpassen.

Mit freundlichem Gruß  
Heinz Neumann,  
Ellerau

### Personalien

#### EHRUNG

Der Pariser Philosoph, Soziologe, Germanist und Romanist Professor Paulus Lenz-Medoc ist mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet worden. Der heute 81jährige, in Konitz, Westpreußen, geborene, Student in Königsberg, war 1930 Generalsekretär des Friedensbundes Deutscher Katholiken geworden. Im Juli 1933 gehörte er zu den Jüngsten der katholischen Bewegungen und Verbänden, die von den Nazis verhaftet wurden. Zu seiner Freilassung aus der Gestapo-Haft trug damals entscheidend Kardinal Michael von Faulhaber bei. 1934 emigrierte Paulus Lenz-Medoc nach Frankreich. Während des Krieges war er der einzige Deutsche, der an den Universitäten von Paris und Lyon lehren durfte. Nach dem Kriege bemühte er sich sofort um die deutsch-französische Aussöhnung zwischen den Hochschulen. Er selbst lehrte 34 Jahre an der Sorbonne. Für den ersten deutschen Botschafter Wilhelm Hansen wurde er Mittler zwischen den Universitäten und der Kirche in Frankreich.

#### GEBURTSTAG

Dr. Erwin Sick, Vorsitzender der Geschäftsführung und Alleingesellschafter der Erwin Sick GmbH Optik-Elektronik, wird am 3. November 75 Jahre alt. Sein 1977 neu errichtetes Werk in Waldkirch und ein Münchner Betrieb beschäftigen heute mehr als 1000 Mitarbeiter. Das Unternehmen ist stolz auf ein Umsatzvolumen von mehr als 120 Millionen Mark. Außerdem gibt es Niederlassungen in Frankreich, Großbritannien, in den Niederlanden, in der Schweiz, in den USA

#### ERNENNUNGEN

Manfred H. Obländer, bisheriges geschäftsführendes Präsidialmitglied der Deutsch-Somalischen Gesellschaft, ist zum Ehrenpräsidenten ernannt worden. Die Gesellschaft würdigte so die mehr als 18jährige Tätigkeit Obländers im Dienste der deutsch-somalischen Beziehungen. 1966 hatte Manfred Obländer die Gesellschaft gegründet. Seit 1982 ist er Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Neuer Konsul Frankreichs in Freiburg ist Raymond Hulen. Sein Konsularbezirk umfaßt den Regierungsbezirk Freiburg.



Freundschaftsbesuch in Bonn: Von rechts Synen Enno, Pius des tuesischen Arbeits- und Sozialministers, „Kollegial“ Martin Sili, Frau des Bonner Arbeitsministers, Jella Sili, Frau des tuesischen Botschafters, und Ursula Daniels, Frau des Bonner Oberkonsultars. Im Hause Sili trafen sich die Damen zur Konzeptionsfeier. Synen Enno, in Bergen geborene, Mutter von Ned Klenner, ist heute die einzige Norwegerin, die fest in Tunesien lebt. Mit Martin Sili verbindet sie seit längerem eine persönliche Freundschaft. In Bonn geht ihr Interesse den gewerblichen Bildungsmethoden. FOTO: FAZ

Für Unternehmer und Führungskräfte

November 11/1984 14. Jahrgang DM 8,50 C 6634 E

# manager magazin

Unternehmensberatung

**McKinsey**  
**ist**  
**überall**

MISMANAGEMENT

Blockade  
bei  
Knorr-Bremse

STRATEGIE

Große Erfolge  
mit  
kleinen Teams

YOUNG & RUBICAM

Der Werberiese  
macht  
weltweit mobil

MANAGER MAGAZIN. WIRTSCHAFT AUS ERSTER HAND.

Erhältlich in ausgewählten Zeitschriftenverkaufsstellen. DM 8,50.



# Kurz vor der Wahl empfehlen US-Zeitungen ihren Kandidaten

Das Spiel einer Tradition als Spiegel absoluter Meinungsfreiheit / 85 Blätter für Reagan

TH. KIELINGER, Washington  
Während der Präsidentschaftswahlkampf in der Zielgerade der letzten Woche einsetzt, hat ein anderes Rennen begonnen, das wie immer zu diesem Zeitpunkt des Wahlkampfes für unterhaltsame Ablenkung des Publikums sorgt: Die Zeitungen entwickeln ihre politische Präferenz, kommen mit ihrem „Endorsement“ heraus, ihren Wahlempfehlungen.

Dies ist eine Tradition, die nach dem Bürgerkrieg einsetzte, als sich Pressezeitschriften das Recht sicherten, auch entgegen der redaktionellen Meinung ihrer Blätter politische Glaubensbekenntnisse abzugeben.

Heute führt dieses nur noch in den seltensten Fällen zu Konflikten zwischen Eigner und Chefredaktion. In Wahrheit nämlich haben sich die meisten Zeitungsunternehmen als Autoren dieser politischen Indossierung zurückgezogen und überlassen das Feld der Wahlempfehlung der jeweiligen politischen Redaktion, genauer gesagt, dem Kommentatoren-Gremium, das die Gestaltung der Meinungsspalte bestimmt. Ohnehin wird der gewichtige „Endorsement“-Leitartikel, mit dem eine spezifische Zeitung sich vor ihren Lesern politisch enthielt, namentlich nicht gezeichnet. Das wiederum gehört zur Tradition der allgemein ungezeichneten Kommentare in den redaktionseigenen Leitartikelspalten.

Soviel vorausgeschickt, darf das Lager Präsident Reagans zufrieden auf das bisherige Ergebnis des Wahlkampfes schauen: 85 Zeitungen haben sich schon jetzt für Ronald Reagans Wiederwahl ausgesprochen, meistens mit dem Hinweis auf die „starke Führung“ des Präsidenten und die Gesundung der Wirtschaft. Nur 40 Zeitungen entschieden

sich bisher für Walter Mondale, den demokratischen Opponenten, weil er sich mehr um soziale Gerechtigkeit und ein Ende des Wettrennens kümmere. Freilich darf sich Mondale schmeicheln, das Prestige von zwei der führenden Blätter der USA für sich gewonnen zu haben: der „New York Times“ und der „Washington Post“.

Von beiden Blättern hatte man nichts anderes erwartet, und mit ihrem Urteil werden sie landesweit so gut wie keine Wirkung ausüben. Überhaupt ist das Spiel des „Endorsement“ häufig eben nur ein Spiel. Es reflektiert in vielen Fällen nicht einmal die Mehrheitsmeinung der Leser, denen eine bestimmte Zeitung dienen möchte. Von der „New York Times“ und der „Washington Post“ wird man das zwar nicht behaupten wollen. Sie bedienen ein ebenso hochinformiertes wie in der Regel liberales Publikum.

Anders ist es bei weniger namhaften, dabei lokal vielleicht ebenso wichtigen Blättern. So hat sich die „New York Daily News“, das nicht dem australischen konservativen Pressezaun Murdoch angehörende New Yorker Massenblatt, überraschenderweise für Ronald Reagan ausgesprochen. Eine in Little Rock, Arkansas, angesiedelte Zeitung mit beträchtlicher Ausstrahlung, die „Arkansas Gazette“, entschied sich für Mondale, obwohl der Süden der USA in einem der wohl eindeutigsten Trends dieses Wahljahres in das Lager der Republikaner überwechselte. In all diesen Fällen demonstriert das „Spiel“ mit einer alten Usance zugleich den Triumph einer noch älteren amerikanischen Tradition: der vollkommenen Meinungsfreiheit und redaktionellen Unabhängigkeit.

Jedesmal, wenn die Zeit der Wahlempfehlungen herankommt, ist das Publikum gespannt, welche Zeitung in ihrer Indossierung die kühnste – oder schmerzhafteste – geistige Volte schlägt. Vor vier Jahren gebührte der erste Preis eindeutig der „Washington Post“, die sich mit allen Anzeichen der Selbstgeißelung ihr Votum für Jimmy Carter abrang.

Der erste Preis für Selbstquälerei im Prozess der Wahlempfehlung geht diesmal an die „Chicago Tribune“, eine namhafte „Big City“-Zeitung im Herzen der seit langem von den Demokraten regierten Metropole am Michigan-See. Die „Tribune“ erklärte sich für Ronald Reagan – aber unter der Bedingung, dass Reagans Weigerung, eine Beziehung zwischen Haushaltsdefizit und wirtschaftlicher Instabilität zu sehen, droht die USA in den Bankrott zu führen und die Weltwirtschaft ernsthaft zu beschädigen“, schreibt das Blatt in seiner „Begründung“ zugunsten Reagans.

Des Leitartiklers Lust an seinem Schmerz gipfelt in dem Satz: „Die Reagan-Regierung hat einen solchen traurigen Rekord der Unempfindlichkeit aufgeführt, einschließlich einer Kriegserklärung (gegen Grenada) ganz im Geheimen, dass eine Wahlempfehlung dieser Art für jede Zeitung eine bittere Pille sein muß.“

Wer dieses heroische Ringen um das gerechte Urteil verfolgt, versteht, warum eine so renommierte Zeitung wie die „Los Angeles Times“ schon seit zehn Jahren keine Wahlempfehlung mehr abgibt, und warum diesmal auch die „Baltimore Sun“, die alte Gewohnheit aufkündigt und folgert: „Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß der Leser nicht klug genug ist, sich seine eigene Meinung über die beiden Kandidaten zu bilden.“

# Khadhafi setzt Kampf gegen Numeiri fort

DW. Khartum

Die zu Wochenbeginn aufgedeckte Verschwörung in Sudan (WELT v. 30. 10.) ist, wie aus Khartum bekannt wird, seit Jahresmitte der zweite libysche Versuch, das Regime von Präsident Numeiri zu stürzen. Ende Juli dieses Jahres war es den sudanesischen Sicherheitskräften gelungen, eine Gruppe von vier im Ausland lebenden Sudanesen zu ergreifen, die illegal von Libyen nach Sudan eingereist waren. Sie hatten den Auftrag, Präsident Numeiri und seinen Stellvertreter umzubringen und die amerikanische Botschaft in Khartum in die Luft zu sprengen.

Der jetzt aufgedeckte Umsturzversuch geht auf das Konto einer in Libyen ausgebildeten Gruppe. Ende September waren die Männer über den teilweise von libyschen Truppen kontrollierten Tschad nach Sudan eingedrungen. Sie kehrten dann vorübergehend, nachdem sie mehrere Terroranschläge verübt hatten, über die Zentralafrikanische Republik nach Libyen zurück.

Die Aufdeckung des jüngsten Putschversuchs wird von westlichen Beobachtern auf den verstärkten Ausbau der sudanesischen Sicherheitsorgane in den vergangenen Monaten zurückgeführt. Präsident Numeiri hatte nach der Bombardierung sudanesischer Sendeanlagen durch libysche Kampfflugzeuge im vergangenen März die Verstärkung der sudanesischen Sicherheitsdienste vorantreiben lassen.

Numeiri wird von Libyen wegen seiner prowestlichen Haltung, seiner engen Bindungen an Ägypten sowie seiner gemäßigten Position im Nahost-Konflikt als einer der Hauptgegner angesehen.

Mit unterschiedlichen Aktivitäten versucht Oberst Khadhafi das Regime Numeiris zu beseitigen. So werden die christlichen und ananistischen Aufständischen im Süden des Landes, die eine Autonomie fordern, von Libyen mit Waffen, unter anderem auch mit Luftabwehraketen, beliefert.

Libyen koordiniert seine antisudanesischen Aktivitäten mit Äthiopien, dem anderen prosozialistischen Regime in der Region. Seit 1982 unterstützen Tripolis und Addis Abeba gemeinsam die Aufständischen im sudanesischen Süden: Äthiopien, indem es in erster Linie Trainingsbasen für die Rebellen zur Verfügung stellt, Libyen durch Geld und Waffenlieferungen.

Die jüngsten Attacken der sudanesischen Aufständischen gegen westliche Firmen seien teilweise von Libyen gesteuert worden, meinen gut informierte Beobachter.

Daß es Numeiri und seinen Sicherheitskräften in den vergangenen Monaten mit relativer Leichtigkeit gelungen ist, die von Libyen gesteuerten Umsturzversuche aufzudecken, wird auf die enge Zusammenarbeit Khartums mit dem Westen und Ägypten zurückgeführt.

Khartum hat ein vitales Interesse an Stabilität in Sudan. Ein radikales, antwestliches Regime in Khartum wäre eine Bedrohung nicht nur für Ägypten, sondern für eine Reihe gemäßigter schwarzafrikanischer und arabischer Staaten.

# Nicaragua hofiert die amerikanische Presse

PR-Agentur in New York gibt Rat und organisiert Reisen

WERNER THOMAS, Miami

Als der sandinistische Junta-Chef und Präsidentschaftskandidat Daniel Ortega Anfang Oktober durch die Vereinigten Staaten reiste, ließ er die grüne Comandante-Uniform und die Pistole zu Hause. Er trug graue Anzüge und gestreifte Krawatten. Der Revolutionär glich einem Buchhalter.

Die Männer in Managua versuchen mit einer Image-Pflege die Presse und die öffentliche Meinung gegen die Reagan-Regierung zu mobilisieren. Innenminister Tomas Borge hatte einmal betont: „Dieser Krieg wird auch in Washington entschieden.“

Wie andere Länder Lateinamerikas beschäftigt Nicaragua eine Public Relations-Agentur, Agencias Internacionales in New York. Für 27 000 Dollar im Monat wirbt das Unternehmen für die Sandinisten, vermittelt Interviews, organisiert Reisen und erteilt Ratsschläge.

Darryl Hunt, einer der Firmenchefs, einst Studienkollege des Außenministers Miguel d'Escoto, brachte Ortega bei, seine routinemäßigen Angriffe auf die „Zionisten“ einzustellen. Das würde viele Amerikaner abstoßen.

Dann erläuterte er ihm, daß die Maßnahmen gegen die „Presse“, das einzige Sprachrohr der Opposition, in Pressekreisen mißfallen finden. Die Sandinisten garantierten der Zeitung wieder Druckmaterial, obgleich sie weiterhin der Zensur unterliegt.

Die amerikanische Presse wird hofiert. Agencias Internacional informiert die Comandantes täglich über die Berichterstattung der Zeitungen und Fernsehsender. Wenn besonders kritische Betrachtungen erscheinen, greifen Mitarbeiter d'Escoto oder Junta-Mitglied Sergio Ramirez zur Feder und erläutern die Situation aus der Sicht der Sandinisten. In den letzten

Wochen erschienen Beiträge der beiden in der „New York Times“ und der „Washington Post“.

Journalisten, die heute Managua besuchen, werden auf dem Sandino-Flughafen wie Diplomaten abgefertigt – ohne lange Kontrollen. Kein Land der Region ist so kulant.

Das Regime weiß Frauen wirkungsvoll einzusetzen. Angela Sabalos, in Managua für die Auslandskorrespondenten zuständig, ist eine attraktive Erscheinung. Die stellvertretende Außenministerin Nora Astorga zählte zu Ortogas Begleitung, als er durch die Staaten reiste.

Ortogas „geheime Waffe“ („Washington Post“) ist jedoch Ehefrau Rosario Murillo, eine schöne Dichterin, die der linksliberalen Schickleria Hollywoods und New Yorks den Kopf verdreht. Sie knippte bereits vor Monaten Kontakte zu diesen Kreisen, die Ortega nun besuchte. In Hollywood wurde ein „Committee of Concern“ gegründet, das Nicaragua-Propaganda betreibt.

In den letzten zwei Wochen veranstalteten die Künstler eine Werbetour durch die USA, bei der sie Ortogas Beschwerden wiederholten: Reagan will eine arme kleine Nation nicht in Frieden leben lassen. Die Argumente der US-Regierung, daß die Comandantes mit ihrem Revolutionsexport Unruhe schüren und sich in der Nachbarschaft Feinde schaffen, wurden nicht erwähnt.

Die Image-Pflege brachte nicht immer die erhofften Erfolge. Die Leitartikel-Seiten der „New York Times“ und der „Washington Post“ beurteilten die Entwicklungen in Nicaragua plötzlich skeptisch. Schuld daran sind besonders die Wahlen am Sonntag, an denen sich keine ernsthafte Opposition beteiligte. (SAD)

# „Die Teilung frustriert die Deutschen“

SAD, New York

„Tatsache ist, daß die Teilung Europas und Deutschlands höchstens durch größere Kontakte und kleine Abkommen erleichtert werden kann.“ In absehbarer Zeit kann sie nicht überwunden werden. Aber die Frustrationen und gefährlichen Illusionen, die dies unter den Deutschen auslöst, sind auch harte Tatsachen.“ Dies schrieb die Kolumnistin Flora Lewis in der „New York Times“.

Unter der Schlagzeile „Frustrationen in Deutschland“ heißt es weiter, noch vor sechs bis sieben Jahren sei der Traum von der Wiedervereinigung praktisch tot erschienen. Aber erst jetzt wisse man, daß dies nicht so war, denn das Thema sei mit „neuer emotionaler Intensität“ aus der Versenkung aufgestanden. Das Phänomen könne jedoch nicht mit solchen Etiketten wie „Neutralismus“ oder „Nationalismus“ belegt werden.

In diesem Zusammenhang betont Flora Lewis, daß sich deutsche Politiker wie Lafontaine gefährlichen Illusionen hingeben, wenn sie den Austritt der Bundesrepublik aus der integrierten Befehlsstruktur der NATO predigen. „Frankreich und jetzt Spanien können es sich leisten, auf gewisse Distanz zur amerikanischen Supermacht zu gehen“, schrieb sie, „aber kein vorsichtiger Politiker kann sich das im Falle Deutschlands vorstellen.“ Das letzte, was die Sowjets tolerieren würden, wäre eine starke deutsche Nationalarmee, die mit den USA verbündet, aber nicht unter ihrem Kommando stünde.“

# Franzosen besorgt über den Nachbarn

A. GRAF KAGENECK, Paris

„Ich habe Weh an Deutschland“, überschreibt Michel Drancourt, ein maßgeblicher französischer Kommentator, einen Leitartikel im „Quotidien de Paris“ zum Ausgang der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Der Kommentator ist typisch für die Sorge in Frankreich über die Enthüllungen in der Flick-Affäre, typisch aber auch für tief sitzendes Mißtrauen der Franzosen allen deutschen Entwicklungen gegenüber.

Was zur Zeit in Deutschland geschieht, sei schwerwiegender als jene jener periodischen Erschütterungen, die alle Demokratien heimsuchen, meint Drancourt einleitend. Kohl sei ohne Zweifel der letzte deutsche Politiker, der noch an Europa glaube und, und die letzte Chance für die übrigen europäischen Regierungen, einen Schritt vorwärts in Richtung auf die politische Union des Kontinents zu machen. Gerade das aber wolle eine heterogene Koalition aus Neutralisten und Kommunisten in der Bundesrepublik nicht und tue daher alles, um den Kanzler zu stürzen.

Drancourt zeichnet dann ein düsteres Bild von einer Zukunft „nach Kohl“. Eine Annäherung beider deutscher Staaten unter Abseignung von Militär und Industrie, die schon lange an der einzig möglichen Zukunft Deutschlands an der Seite Moskaus glauben. Ein Deutschland, das zum Pol eines neutralisierten Europas würde. Amerika würde sich dann endgültig dem Wirtschaftsraum um den Pazifik zuwenden.

# Liefert Moskau Delhi neue Waffen?

MARTA WEIDENHILLER, Bonn

Sie besuchen sich in den letzten Jahren häufig, die Verteidigungsminister Indiens und der Sowjetunion. Gestern flog S. B. Chavan nach Moskau, begleitet von den stellvertretenden Stabschefs der drei Teilstreitkräfte. Die Delegation erwidert den Besuch Ustinows, der im März mit 55 Mann Gefolge in Delhi weilte.

Das Ergebnis damals: Ein Abkommen über die Lieferung von Flugzeugen und Panzern. Schon 1980 war ein Maxumut-Vertrag über mehr als drei Milliarden Mark abgeschlossen worden. Um den hochmodernen Panzer T-80, um U-Boote und Hubschrauber, vor allem aber um Flugzeuge vom Typ MiG 29 und die noch in Entwicklung stehende MiG 31 geht es wahrscheinlich bei den gegenwärtigen Gesprächen.

Ustinow versicherte seinerzeit, Moskau wünsche ein starkes Indien, das sich gegen die Bedrohung „von außen“ schützen könne. Gemeint ist Pakistan. Aktuell wäre diese Äußerung heute mehr denn je. Denn zwischen den Nachbarn auf dem Subkontinent kriselt es – indische Zeitungen melden immer öfter Grenzzwischenfälle im hochsensiblen Kaschmir; das Wort von einem Krieg macht wieder die Runde.

Als Ministerpräsidentin Indira Gandhi bei der Beisetzung Andropows im Februar mit dessen Nachfolger Tschernenko sprach, ließ auch er wissen, Moskau werde Indien beistehen, sollte es sich durch US-Rüstungstransfer an China und US-Waffenlieferungen an Pakistan bedroht fühlen.

Bedroht fühlt sich Indien – obwohl es Pakistan militärisch klar überlegen ist – vor allem von der F-16, mit der die pakistanische Luftwaffe von den USA ausgerüstet wird. Die MiG 29 und die in Frankreich bestellten Mirage 2000 gelten aus indischer Sicht als „Ausgleich“.

Die Sowjetunion ist Indiens größter Waffenlieferant, auch größter Handelspartner. Die Handelsbilanz ist für die Sowjets aber unausgeglichen. Moskau drängt nun Indien seit einigen Jahren geradezu zu neuen Rüstungsgeschäften. Es zeigt sich flexibel, läßt über hochmoderne Geräte mit sich reden und verspricht Ersatzteile pünktlich zu liefern. Es bietet niedrigen Zins und lange Laufzeiten. Zwei Ziele werden mit diesem Vorgehen verfolgt: Moskau will seine Schulden gegenüber Delhi abbauen und dessen Waffenkäufen im Westen entgegenwirken.

Seit Jahren schon ist Indien um

eine Diversifikation bemüht, um die Abhängigkeit von Moskau zu lockern, aber auch, um Spitzentechnologie aus dem Westen zu bekommen. Von Frankreich erhält es Mirage 2000, von Großbritannien Hubschrauber und Raketen, von der Bundesrepublik U-Boote. Bonn hält sich mit umfassenden Rüstungsvereinbarungen zurück – aus Rücksicht gegenüber Pakistan, wohl aber auch aus Sorge, Moskau könnte von westlicher Spitzentechnologie über den indischen Umweg profitieren.

Indien fühlt sich der Sowjetunion gegenüber verpflichtet, so etwa für die Hilfe im Krieg gegen China 1962 und im Krieg gegen Pakistan 1971. Moskau hat die Beziehungen zum strategisch wertvollen Indien immer sehr gepflegt. Der Ausbau der US-Präsenz im Indischen Ozean, die Lage in Afghanistan spielen dabei eine nicht unbedeutende Rolle.

Mit der sowjetischen Besetzung Afghanistans rückte die sowjetische Gefahr näher an Indien; mit der F-16 als Folge wurde ein neues Waffensystem in die Region eingeführt. Indiens außenpolitischer Grundsatz, wonach der Subkontinent frei bleiben soll von den Konflikten der Großmächte, wurde zerstört.

# Der Schatten Savimbis

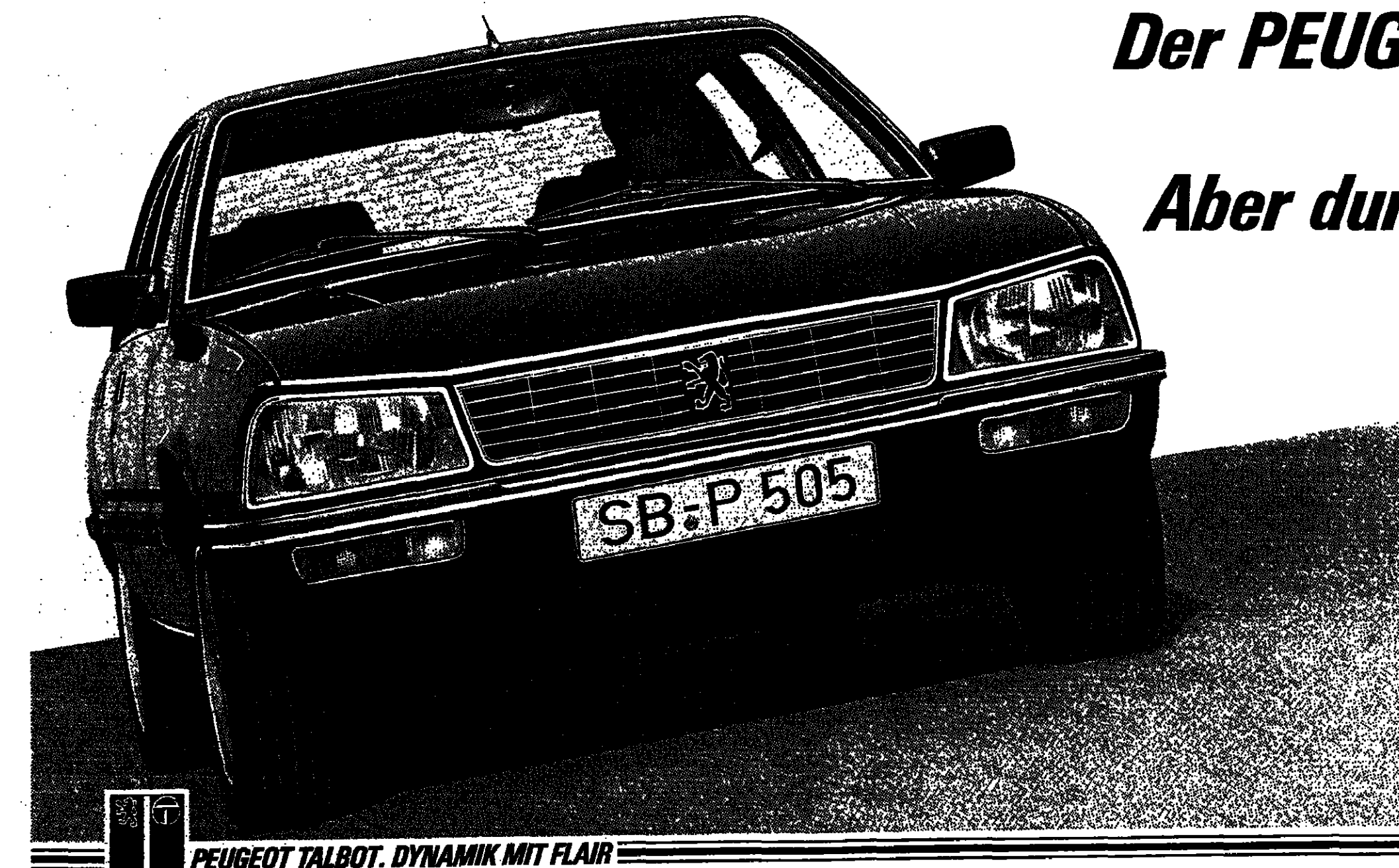
M. GERMANI, Johannesburg

Die Verhandlungen zwischen Südafrika und den Vereinigten Staaten um eine Lösung des Konfliktes in Südwestafrika und Angola sind in ein neues Stadium getreten. Nach dem Besuch von Unterstaatssekretär im US-State Department, Frank Wisner, in Luanda scheint eine leichte Annäherung zwischen den verhärteten Standpunkten im Gange zu sein. Aus wohl informierten Kreisen erfuhr die WELT, daß Frank Wisner zwar mit „konkreten“ Vorschlägen zurückgekehrt sei, es aber auf amerikanischer Seite keinen Grund zu übermäßigem Optimismus gebe. Washington sehe diese Anregungen als Ansatz zu weiteren Verhandlungen. Die USA sind der Haupthandelspartner Angolas. Abgesehen von den Erdöllieferungen aus der Enklave Cabinda, die sich seit 1982 verdoppelt haben, exportieren US-Firmen große Mengen von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern nach Angola.

Unter diesen Voraussetzungen ist das heutige Treffen zwischen dem stellvertretenden Staatssekretär für Afrika im US-Außenamt, Chester Crocker, Südafrikas Außenminister Roelof Botha und dem Administrator in Namibia, Wilhelm van Niekirk auf den Kapverden zu sehen. Bei den Ge-

sprächen wird es aller Wahrscheinlichkeit nach um den von Präsident dos Santos angelegten gemeinsamen Abzug der 31 000 Kubaner aus Angola und der südafrikanischen Truppen aus Südangola und Namibia, vor der Einführung der UNO-Resolution 435 zur Unabhängigkeit der ehemaligen deutschen Kolonie gehen. Beobachter vermuten jedoch, daß vor allem auch die südafrikanische Hilfe für den Führer der Unita, Savimbi, eines der Hauptthemen bei den Verhandlungen sein werde. Verträglich war der WELT noch vor wenigen Wochen erklärt worden, Südafrika sei „auf keinen Fall bereit, Savimbi fallenzulassen“. Beobachtern in Pretoria ist wohl bekannt, daß die Interessen Pk Bothas nicht immer mit den Wünschen der Experten im Verteidigungsministerium übereinstimmen. Verteidigungsminister Magnus Malan nimmt an den Gesprächen auf den Kapverden teil. Savimbis militärische Erfolge in Angola werfen lange Schatten.

Die Johannesburgers „Rand Daily Mail“ zitiert am Dienstag den Unita-Sprecher Chitunda aus Washington, der bekanntgab, daß 3000 Nordkoreaner im Oktober zur Verstärkung der kubanischen Truppen in Angola ein- getroffen seien.



# Der PEUGEOT 505 GTI. Ganz GTI. Aber durch und durch komfortabel.

Einerseits Kraft und Spitzen-Technik: 2165 cm<sup>3</sup>, 90 kW (123 PS), L-Jetronic-Einspritzung, Schubabschaltung, Servolenkung. Andererseits Komfort und Klasse: Türzentralverriegelung, elektrische Scheibenhebel vorn, Color-Verglasung, Velourssitze, Kopfstützen auch hinten, 2 von innen verstellbare Außenspiegel. Unter'm Strich: alles, damit GTI-Fahren noch mehr Spaß macht. Die PEUGEOT 505 Limousine gibt's in insgesamt 7 Versionen. Als Benziner, Turbo-Benziner, Diesel, Turbo-Diesel. Von 55 kW (75 PS) bis 114 kW (155 PS). Auf alle 6 Jahre Garantie gegen Durchrostung. Finanzierung und Leasing über P.A. Creditbank.

Abb. 505 GTI – DM 26.250,-  
505 GL bereits ab DM 19.550,-  
(Unverbindliche Preisempfehlung der PEUGEOT TALBOT DEUTSCHLAND GMBH zuzüglich Überführungskosten.)  
Leichtmetallfelgen gegen Aufpreis.

PEUGEOT 505

PEUGEOT TALBOT. DYNAMIK MIT FLAIR



Konrad Adenauers „Teegespräche“ mit Journalisten sind historisch im doppelten Sinne des Wortes: Sie gehören zur Zeitgeschichte, und sie zählen zu den wirkkräftigen Ereignissen der Kanzler-Zeit. Adenauer benutzte die Einladun-

gen, um in vertraulicher Runde auszusprechen oder anzudeuten, was er dachte, was ihn bewegte, was er plante. Er gab Impulse in Richtung öffentliche Meinung und nahm von dort Impulse entgegen. Der erste Bundeskanzler woll-

te das Denken beeinflussen, und er tat dies in der werbenden und zugleich kritischen Art, die ihm als Meister der Politik zu Gebote stand. „Die Medien waren für ihn der zündende Werkstoff in der Politik“, schreibt Autor Markus Schöne-

berger, der im folgenden Beitrag die „Teegespräche“ schildert und analysiert. Sie sind gerade unter dem Titel „Teegespräche I und II“ im Siedler-Verlag, Berlin, im Rahmen des achtbändigen Nachlasses von Adenauer erschienen.

## „Ich bitte zum Tee“ – Adenauer und die Journalisten

Von MARKUS SCHÖNEBERGER

Ich komme in den Ruf irgendeiner der Amerikaner. Ich habe damit gar nichts zu tun, meine Damen und Herren, sondern ich will Deutschland helfen... Ein Satz, typisch Adenauer. Eine Momentaufnahme vom 20. November 1952, aus der Frühzeit der Bonner Republik zu einem Kapitel, das jetzt erstmals in notwendiger Breite aufgeschlagen wird: Konrad Adenauer und die Journalisten. Konrad Adenauer als Medium und Faktor öffentlicher Meinungsbildung. Die Medien waren für ihn der zündende Werkstoff in der Politik – so ein Zeitzeugnis –, und dennoch ist eine eingehende, wissenschaftlich fundierte Beschäftigung mit der publizistischen Seite des Amtsverständnisses vom „Alten aus Rhöndorf“ bis heute weitgehend unterblieben.

Doch in diesen Tagen erscheinen im Siedler-Verlag innerhalb des achtbändigen Nachlasses von Konrad Adenauer als „Rhöndorfer Ausgabe“ die „Tee-Gespräche I und II“. Die vertraulichen Gespräche mit in- und ausländischen Journalisten.

Die Kenntnis jenes bis heute geheimnisumwitterten, mehr oder weniger regelmäßigen Frage- und Antwortrituals am Freitagmorgen im großen Kabinettsitzungssaal des Palais Schaumburg gibt eine „Innenansicht“ von Adenauers Regierungstil frei, die weitaus komplexer ist, als es so manche liebgewordenen Denkschablonen suggerieren.

Schlagworte von der „patriarchalischen Kanzlerdemokratie“, „dem von Unnahbarkeit und Strenge geprägten anti-intellektuellen Habitus“ oder dem angeblich „total verneinten geistigen Klima in der Republik“ finden teilweise kräftige Widerlegung. Und auch der Vorwurf, er habe im Innern tiefst autoritär regiert, sein autokratisches Machtverständnis habe für Stil und Funktion demokratischer Willensbildungsprozesse wenig Platz gehabt, muß unter mancherlei Aspekten neu bedacht werden. Sicher: Im Umgang mit den Medienmächten im Lande war er nicht pingelig; wie er zum Beispiel vor dem Forum des Deutschen Bundestages einen Frankreich-kritischen Leitartikel in der „Zeit“ vom 19. März 1953 aus der Feder seines einstigen Pressesprechers Paul Bourdin mit

Meinungsbildung in der Tiefe wirklich gewesen ist, wie subtil, oft doppelbödig sein Denken insgesamt immer wieder sein konnte.

Wer grundsätzlicher und differenzierter als es der plakative Sammelbegriff „Kanzler-Demokratie“ zuläßt, nach den wesentlichen Ursachen jener stabilisierenden und integrierenden Elemente der Adenauer-Ära forscht, die der frühen Bonner Republik Profil und Halt gaben, findet dazu in diesem Sammelwerk wertvolle Mosaiksteine. Wie Adenauer zum Beispiel am 20. Oktober 1953 in der illustren Korrespondentenrunde Klage führte darüber, daß viele Kabinettsmitglieder „sich nur noch als Fachminister fühlen“ und für politische Fragen zuwenig Interesse zeigten; wie er dann über seine Regierungsprinzipien philosophierte: „Ich bin der Auffassung, daß ein Kabinett auch politische Führungsfähigkeiten haben muß... und ich vermis- se in dem Kabinett, wie es bisher war, das politische Element, und ich halte es für nötig, daß eine Regierung auch ein politisches Element in sich hat... daß das politische Element stärker zutage tritt, auch in den Beratungen des Kabinetts...“ Dies alles ver- trägt sich nur schwer mit dem zu einem Klischee geronnenen Vorurteil, er habe im Kanzleramt das auf ihn allein fixierte Richtlinien- und Führungsprinzip derart verabsolutiert, daß sein Kabinett zu einer grauen Gehirnenrunde verkommen sei.

Damals, als noch niemand von „politischer Semantik“ sprach und der Strategie, Inhalte durch Begriffe zu „besetzen“, verstand es Adenauer bereits mit meisterhafter Konstanz und Konsequenz, in jeder dieser Sitzungen mit den Vertretern der veröffent- lichten Meinung seine zentralen The- men und Grundüberzeugungen stets aufs neue zu variieren und zu inter- pretieren. In den „Tee-Gesprächen“ findet man einen wesentlichen Schlüssel dafür, warum und wie Ade- nauer nach und nach den Umschlag im Meinungsklima zu seinen Gunsten bewirkte: nämlich gerade kraft seiner ausgeprägten Fähigkeiten zum Sin- plifizieren noch so komplizierter und undurchsichtiger Probleme und mit- tels des antiteilnehmenden Charak- ters seiner Sprache – Qualitäten, die er auch in diesem Kreise auf hohem taktischen Niveau auszuspielen ver- stand.

Ein Leitmotiv, das immer wieder- kehrte, brachte er am 23. Mai 1952 auf den prägnanten Nenner: „Am schlimmsten ist für uns der Gedanke, der in manchen Köpfen spukt, Deutschland solle versuchen, zwi- schen den beiden großen Mächte- gruppen ein eigenes Spiel zu spielen. Das ist eine Unmöglichkeit.“

Kein anderer deutscher Politiker jener Jahre verstand es, Staatshand- werk und diplomatische Kunst auf so eingängige, knappe Überzeugungs- muster zu reduzieren. Ein Schul Dra- matik dürfte freilich auch immer ger- ne mit dabei sein, so wie am 24. April 1953 die Drohung: „Die ganze Situa- tion in der Welt steht tatsächlich jetzt auf der Messers Schneide.“ Sätze, typisch Adenauer. Sprache und Poli- tik – pur und schöngeloes. Die „Tee- Gespräche“ sind ein eindrucksvoller Beleg dafür. Jeder dieser Auftritte wirkte wie ein wohlkalkulierter öf- fentlicher Appell, ein kühl und präzi- se berechneter informationspoliti- scher Imperativ. Exemplarisch hier- für ist sein am 6. September 1951 gerichteter Appell. „Die- ses macht daraufhin dem streitbaren Kanzler klar, daß es nicht seine Auf- gabe sei, Leserbrief zu schreiben. Und der Mitherausgeber des Blattes, Hans Baumgarten, wurde zum „Kanzler-Tee“ vom 6. September 1951 offenkundig eingeladen, um vor versammelter Runde von 37 angesehenen deutschen Korrespon- denten eine Rüge des Regierun- gschefs entgegenzunehmen. Adenauer, damals Kanzler und Außenminister in Personalunion, liebte es auch in solchen Situationen kurz und bündig: „Nun werde ich mich an Sie, Herr Baumgarten, wegen des Artikels, den Sie vor einigen Tagen geschrieben ha- ben. In einem Augenblick, in dem es sich für Deutschland um die entschei- dendsten Dinge handelt, sei es nicht zu vertreten, wenn angesehene deut- sche Blätter so tun, als wenn alle Deutschen mit der Politik des Außen- ministers unzufrieden seien; es dür- fe jetzt der Bundeskanzler und Außen- minister nicht in einer Weise an- gegriffen werden, die seine Stellung als erschüttert erscheinen lasse.“

Die Situation war da! Und in der Journalistenrunde vom 1. Juni 1951 empörte er sich bezüglich eines negati- ven Kommentars über den damali- gen Bundesfinanzminister. „Dreizeh- nentunde waren notwendig, um Schaffner wieder zur Ruhe zu bringen. Soviel Arbeit macht mir die Presse.“

Momentaufnahmen beim Kanzler- Tee. Aber die Lektüre der legendären „Tee-Gespräche“ macht vor allem deutlich, wie Adenauers Verhältnis zu den Wirkungsfaktoren öffentlicher



Dienstantritt: Adenauer verläßt sein Haus in Rhöndorf

FOTO: GEORG MUNKER

Manchmal freilich klang es noch drastischer. Bernd Leschenrider, dem Bonner Korrespondent der Nach- richtenagentur UPI, dessen agile Cle- verness er besonders schätzte, ver- trauete er freimütig und unbefangen einmal an: „Sie belügen mich, und ich sage Ihnen auch nicht die Wahr- heit. Auf diese Weise kommen wir ganz gut miteinander aus.“ Muß Ade- nauer deshalb als Medien-Machiavel- list apostrophiert werden?

Sicher wirkten bei ihm eine Reihe negativer Erfahrungen nach: Seine Zeit als Kölner Oberbürgermeister (1917 bis 1933), da Adenauer die kom- munalen Geschichte im Stil klassi- scher Arkanpolitik zu lenken pflegte und Einladungen der Presse zu Bier- abenden regelmäßig in der Abgabe der verletzten Ehre des CDU-Gründers, der nach 1945 bei der Erteilung der ersten Zeitungslizen- zen nicht hatte mitschneiden dürfen. Ob- drein taten jene intellektuellen Vor- behalte ihre Wirkung, die dem Staats- mann Kenntnis des Pressewesens und Verständnis für die Publizistik in einer freiheitlichen Demokratie weig- ernd abzuschreiben versuchten. Das ist freilich falsch. Denn spä- tens als er erkennen mußte, wie die Nationalsozialisten die Massenme- dien skrupellos als Instrument des Kampfes gegen die Republik ausge- beutet hatten, wurde Adenauer zue- hend nachdenklicher über das dyna- mische Phänomen Zeitung.

In seinem unheilbaren Gespür für die Techniken der Macht erkannte Konrad Adenauer im Laufe der Jahre instinktiv immer intensiver, welch große Bedeutung die Medien beim deutschen Wiederaufbau spielen wür- den.

Hatte er noch am 21. Juli 1949 öf- fentlich Klage geführt, die deutsche Presse erschöpfe sich in Kritik und lade damit ungeheure Verantwortung auf sich, so erkannte er ihre demo- kratische Funktion in der Folgezeit im- mer mehr an und attestierte ihr 1953 sogar unumwunden, ihr Gesamtni- veau habe sich seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ständig gehoben.

In den „Tee-Gesprächen“ wurde vor allem ein Talent Adenauerscher Regierungskunst offenbar, nämlich sein hochentwickelter „Nachrichtensinn“ für unterbewusste Stimmun- gen und kommende Strömungen; sein Gespür für die Nuancen einer Nachricht, für die in jeder Nachricht verborgenen, vielleicht sich nur an- deutenden Veränderungen der Wirk- lichkeit; seine Fähigkeit, mit hoch- entwickeltem Machtinstinkt politi- sche Entscheidungen stets vorher auf ihre psychologische Verträglichkeit für die öffentliche Meinungsbildung zu sondieren – ohne jemals seine Zie-

le dabei aus dem Auge zu verlieren, ohne vor Widerständen zu kapitulie- ren.

Der liberale Ton der „Tee-Gesprä- che“ mit ihrem offenen, wenn auch bisweilen recht harten Meinungsaus- tausch, die in den Protokollen oft- mals 15 bis 20 Seiten füllten, wurde eines der treffendsten Argumente gegen das Schlagwort vom „Kanzler der einsamen Entschlüsse“. Sie zeigten vielmehr, wie Adenauer Argumente hin und her bedenken konnte, bis er seine Entscheidungen schließlich traf – und hierbei kam den „Tee-Gesprä- chen“ oftmals eine wichtige Funktion zu, nämlich als „Nachtstille“ zwischen dem Politiker, der konzeptionelle Poli- tik zu entwickeln und die Initiative zu ergreifen hat, sowie den Wählern, bei denen er Resonanz braucht. Doch war seine Entscheidung dann gefal- len, ließ er sich durch nichts mehr davon abbringen. Auch öffentlich le- tet er dann seine Position bis zum letzten durch – selbst unter Inkauf- nahme so mancher Pressefehde.

Bei aller publizistischen Beratung entschied er sich nämlich in keinem

„Es liegt mir fern, etwa zu behaupten, daß die Alliierten namentlich in den letzten Wochen keine Dummheiten ge- macht hätten“

einigen Fall unter dem Eindruck oder gar Druck des öffentlichen Mei- nungsbildes. Am 11. Juli 1952 rief er den um ihn versammelten Presseleu- ten an: „Lassen Sie sich doch bei Fragen von solch weittragender Be- deutung nicht durch künstlich er- zeugte Stimmungen in der Bevölke- rung so hin- und herschwanken; ... in einer so schwierigen Lage, in der sich die Welt und Europa befin- den, ist es das Unklügste, was man machen kann, wenn man irgendwie die gerade Linie verläßt.“

Adenauer, der ein glänzender Zu- hörer war und sich dafür auch endlos Zeit nahm, verstand es, ein Problem erst zur Entscheidungsreife gedeihen zu lassen, den möglichen Widerhall in der Öffentlichkeit auszuloten, um darauf aufbauend die publizistischen Argumente für seine Position zu for- mulieren, gleichsam ein „Doppel- effekt von richtiger Entscheidung und publizistischer Aufklärung, demo- skopischer Erkenntnis und journalis- tischen Maßnahmen.“

Die „Tee-Gespräche“ waren kei- neswegs eine parteipolitisch ge- schlossene, festgefügte Verantwor- tung. In den Teilnehmerlisten findet man vielmehr auch Namen, wie den des sozialdemokratischen Chefredak- teurs und Hörfunkdirektors des West-

deutschen Rundfunks, Dr. Fritz Brühl; Fritz Sänger, dpa-Chefredak- teur und späterer Bundestagsge- ordneter der SPD; Egon Bahr, ab 1949 Bonner Korrespondent des Ber- liner „Tagesspiegels“ und 1950 Chef- redakteur und Korrespondent des Rias.

Und am 11. Juli 1952 versicherte ihm – bezeichnend für den offenen Stil – einer seiner journalistischen Fragesteller: „Ich möchte Ihnen ein- mal sagen, Herr Bundeskanzler, daß ich als Sozialdemokrat Ihre Linie in meiner Zeitung vorbehaltlos vertre- te, weil ich mir sage, daß ein Bundes- kanzler der SPD den gleichen Weg hätte gehen müssen.“

Personelle Besetzung wie Atmo- sphäre der „Tee-Gespräche“ sind ein Beleg für Adenauers Fähigkeit zu to- leranter Einsicht und dem seinem Wesen durchaus nicht fremden libe- ralen Grundzug, wie es Robert Stro- bel, einer der Teilnehmer, einmal be- schrieb. Beim „Kanzler-Tee“ wurde Tacheles geredet. Adenauer scheute am allerwenigsten offene Kritik – we- der an der Frankreich-Politik Ger- hard Schröders, noch an die Gaullies „Nein“ zum Londoner Antrag auf EWG-Beitritt; er war mit seinen Vor- haltungen keineswegs pingelig, we- der gegenüber den anwesenden Jour- nalistinnen, denen er auch einmal ge- genseitige Krakelei vorhielt, noch ge- genüber anderen. Mal meinte er (am 2. April 1952), er sei nicht gerade glücklich über die Zusammensetzung des Auswärtigen Amtes, bei dem die Bezahlung im übrigen sehr schlecht sei, mal tadelte er, „das Bundesver- fassungsgericht entspricht nicht mei- nen Vorstellungen“ (10. Dezember 1952); mal lobte er die Bayern als wirkliche Föderalisten – sie hätten sich „sehr bundestreuh verhalten“ (17. November 1950).

Selbst die Alliierten und die Ver- bündeten mußten sich immer wieder kritische Bemerkungen gefallen las- sen, sei es, weil sie die Bundesrepu- blik Deutschland im Europarat keine Befugnisse geben wollten, sei es, weil man ihr solange als nur irgend mög- lich die Entsendung diplomatischer Vertreter ins Ausland vorenthalten wollte. Bei solchen Gelegenheiten wie am 20. April 1950 machte Ade- nauer auch deutlich, „er pflege nicht immer das zu tun, was die Alliierten erwarteten und nichts liege ihm ferner als die Rolle des jungen Mannes der Alliierten“.

Oder er bekannte trocken: „Es liegt mir fern, etwa zu behaupten, daß die Alliierten namentlich in den letzten Wochen keine Dummheiten gemacht hätten.“

Offenheit der Aussprache mit viel Akribie und Verständnis für Gegen- argumente und Kontrapositionen

zeichneten die Debatten beim „Kanz- ler-Tee“ immer wieder aus. „Dann war es, als hätte der Regierungschef keine anderen Freunde als die Jour- nalistinnen, und als könnte er allein in ihrem Kreis sich alles von der Seele reden, was ihn bedrückte. Bei sol- chen Gelegenheiten konnte der Kan- zler sogar fröhlich sein. „Einigen we- nigen Journalisten vertraute er hier Dinge an, die er sonst kaum jeman- dem mitteilte“, erinnert sich Franz Rodens, einer der Gäste im Palais Schaumburg. Bei diesen Ausspra- chen, sagte Felix von Eckardt 1979 einmal, rückblickend mit leicht ironi- schem Unterton, erfuhr man biswei- len mehr als in so mancher Kabinetts- sitzung. Adenauer selbst formulierte es einmal im April 1952 so: „Ich bitte mir zu erlauben, daß ich sehr offen zu Ihnen spreche. Ich lege wirklich nicht die Worte auf die Goldwaage, und bitte blamieren Sie mich nicht, in dem Sie irgend etwas schreiben.“

Offenheit, das war immer auch ein Stück Selbstkritik. So erklärte der Regierungschef am 8. Mai 1953 frei- mütig, es seien ihm seit längerer Zeit Zweifel darüber gekommen, „ob wir mit unserer bisherigen Taktik in der Saarfrage gut gehandelt haben... Wir müssen sehen, wie wir da eine etwas andere Taktik einschlagen, oh- ne viel Aufhebens. Wir sind jedenfalls bisher nicht auf einem sehr klugen Wege gewesen.“

Aber, wenn es not tat, konnte er freilich auch sehr einsilbig werden, und bohrende Fragen mit Sätzen ab- wehren wie: „Je mehr wir von der Saar sprechen, desto weniger gut ist es.“

Und am 15. November 1951 hielt er den auf Neuigkeiten lauern den Jour- nalistinnen mit Bestimmtheit entgegen: „Abwarten und Tee trinken!“

Der erste dieser Kanzler-Tees fand am 20. April 1950 statt. 19 Teilnehmer hatte Adenauer eingeladen zu dieser kleinen, als vertraulich bezeichneten Pressekonferenz.

Diesen überschaubaren Zirkel, wo er frei über seine Ansicht sprechen konnte, zog Adenauer deutlich den Mammut-Pressekonferenzen vor, wo 300 und mehr Journalisten zusam- menhockten. Es durfte beim Tee oft- mals weder mitgeschrieben noch das Gehörte weitergegeben werden.

Die ererbte Vertraulichkeit der Gespräche wurde freilich im Laufe der Zeit immer fragwürdiger, als schon eine knappe Stunde nach dem „Kanzler-Tee“ über Fernsehkanäle von Bonner Redaktionen Berichte in die Welt gingen, was der Regierungschef angeblich gesagt habe. So gab Adenauer die „Tee-Gespräche“ schließlich auf, als der Teilnehmer- kreis im Laufe der Jahre immer mehr ausuferte, so daß der intime Charak- ter freimütiger Aussprachen verlo- renging.

Am 14. Dezember 1953 – es ging um die Pariser Verhandlungen – schüttelte er ausgesprochen unwillig den Kopf, als 64 Teilnehmer erschienen waren: „Ich bin gar nicht darauf ge- faßt, so viele Köpfe hier zu sehen... In so einem großen Kreis muß ich mich natürlich sehr vorsichtig ausdrücken. Wenn ich Sie dabei ent- täusche, bin ich nicht schuld, son- dern das Arrangement.“

Die Plattform der „Tee-Gespräche“ ermöglichte es ihm, durch ein ge- schicktes System abgestufter Infor- mationen, von Prinzipienfestlegung und Stellungswechseln, immer wie- der neuen Versuchsbällen über die Medien innen- wie außenpolitischen Manövrierraum zu gewinnen; erst in der historischen Rückschau lassen seine Berichte, Interviews und Erklä- rungen erkennen, mit welcher konse- quenten Systematik Adenauer dabei operiert hat; die Maximen seiner Si- cherheitspolitik formulierte er in fast jeder Journalistenrunde mit ein- schneidender Klarheit. So am 17. No- vember 1950: „Psychologische Vor- aussetzung für eine amerikanische Machtentfaltung in Europa ist die Be- reitschaft der westeuropäischen Völ- ker, an einer westlichen Verteidigung mitzuwirken... Ein starkes Westeu- ropa kann sogar die Russen bereitwil- ligen machen, in Verhandlungen über die internationalen Probleme einzu- treten. Das deutsche Ziel muß es so- gar sein, in friedlichen Verhandlun- gen mit den Sowjets zu einem Aus- gleich zu gelangen. Ein Krieg ist nicht notwendig, wenn man sich vorher stark macht.“ Solche immer wieder- kehrenden Passagen dokumentieren, daß „Politik der Stärke“ bei Ade- nauer das Gegenteil von „Kaltem Krieg“ bedeutete.

Seine Ziele und Absichten waren von Anfang an stets klar und ent- schieden. Und dennoch gab er sie – wie in der Sicherheitspolitik – der Öffentlichkeit nur wohnbrosiert preis. Wie er durch seine Informationspoli- tik die unterschiedlichen Meinungs- strömungen nach Kriegsende erst ra- tionalisiert, gebündelt und so politi- schen wirksam gemacht hat, die sou- veräne Art, wie er die öffentliche Mei- nung mit taktischer Meisterschaft ba- lancierte, mit Finesse aber ohne nach- billiger Popularität schielender Finte,

dies alles belegt, von welch exempla- rischer Wirksamkeit Adenauers Ver- hältnis zu den Medien als Schicksals- plus der Nation gewesen ist.

Dies keinesfalls im Sinne plumper Kameraderie. Den Kern seiner Politik brachte er bereits am 20. September 1951 auf die Formel: „Die deutsche Gleichberechtigung ist eine Condi- sine qua non des Bundeskanzlers.“ Ein Leitmotiv der Gründerjahre, da virtuos bei jeder sich bietenden Ge- legenheit angestimmt wurde. Am 6. September 1951 hieß dies: „Sie kör- nen kein Westeuropa schaffen ohn- uns. Ohne Deutschland geht es nicht.“

Am 13. Dezember 1951 mündet- sein Bekenntnis zur geplanten Ver- digungsgemeinschaft in der Erwar- tung, „daß auch wir im vollen Statu der Gleichberechtigung mit den an- deren diesen Vertrag schließen wer- den“, und am 20. November 1952 be- tonte er Deutschlands Interesse, „da- mit auch Einfluß zu bekommen. Es ist ja so eminent wichtig, daß Deutschland Einfluß bekommt auf die Strategie der Verteidigung.“

Adenauers Credo vom 6. Septem- ber 1951 lautete: „Wenn unsere Wün- sche erfüllt werden, dann bekomme wir damit die volle Souveränität... Wenn das gelingt, dann haben wir Deutsche einen ganz außeror- dentlichen Erfolg errungen, und e- beginnt dann eine neue Epoche in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands, die uns nicht nur die politische Si- cherheit gegenüber Rußland bring- sondern auch wirtschaftliche Vorte- le.“

Die Frage, warum Adenauer derau- immer wieder den öffentlichen Ap- pell statt der diplomatischen Füh- lungnahme wählte, ist oft gestellt un- stets sehr unterschiedlich interpreti- t worden.

Sicher war eines der Hauptmotiv- das Verlangen nach Rückhalt in der westlichen Öffentlichkeit, denn wenn die deutsche Forderung öffentli- chkeit formuliert wurde, so bedeutete die, auch, daß Bonn sich unwiderruflich auf diesen Standpunkt festlegte.

Diesem außenpolitischen Moti- korrespondierte ein zumindest ebe- so bedeutsames regierungstatistisches Kalkül: Konkurrierende Gruppen Strömungen und Meinungen inne- und außerhalb des eigenen Lager- alternativer Strategien wurden über- spielt und vor vollendete, weil bereit-

Der Schriftsteller Max Halbe schrieb ihm ein- mal bei einem gemein- samen Frühstück die- sen Vers auf die Spei- sekarte: „Machen Dir die Zeitungen Kummer, gräm' Dich nicht, morgen erscheint eine andere Nummer“

öffentlich artikulierten Positionen un- Tatsachen gestellt; Gesprächspara- nern und Kontrahenten wurden s- trickreich die eigenen Ziele und Wü- sche markiert. Adenauer war Akteur und Interpret zugleich.

Adenauer „List der Vernunft“ un- faßte eine klare und geschickte pub- lizistische Strategie, die bewies, w- präzise in seiner Politik Mittel un- Wege aller Aktivitäten ebenso aufei- ander abgestimmt waren, wie sein- geschickte Kombination erstrebte: Nahezule.

Sie beweist, mit welch genialer Fo- gerichtigkeit hinter seinen Darlegu- gen von Anfang an ein konzeptionel- les Ganzes stand.

Adenauer bewahrte sich zu de- Massenmedien einerseits sachlich- kühle Distanz – und verstand es da- für, um so perfekter, intuitiv ihre emo- tionalisierende Wirkung zur Ver- trauenswerbung für sein politisch- Programm zu aktivieren.

Nichts ist insofern für eine Chara- teristik Adenauers irreführender a- der gelegentliche Vorwurf einer „s- pziösen Unsensibilität für öffent- liche Gefühle“.

Mit der ihm eigenen Hartnäckig- keit konnte er sich an der Presse re- ben, aber selbst inmitten allen G- timmes und streitbaren Meinung- kampfes verlor er nie Gelassenheit und Distanz.

Max Halbe, der deutsche Schri- steller des heimatsgebundenen Real- mus, schrieb ihm einmal bei eine- gemeinsamen Frühstück auf d- Speisekarte den Vers: „Machen D- die Zeitungen Kummer, gräm' D- nicht, morgen erscheint eine ande- re Nummer.“ Auch dies – schlicht u- einfach – nachzulesen in Konrad A- denauers „Tee-Gesprächen“.

Die „Teegespräche I und II“ wird- im Rahmen des Adenauer-Nach- ses herausgegeben, im Auftrag d- Stiftung „Bundeskanzler Konrad A- denauer“, herausgegeben von Hans- Peter Schwarz u- Rudolf Moser, Siedler-Verlag, B- lin, 1984.

Dr. Markus Schöneberger ist stellv- tretender Sprecher der CDU. Er p- movierte 1981 über die Information- politik der Bundesregierung. Ve- öffentlichtung des Buches „Die Tee- Gespräche“, München.



## FINANZANZEIGEN

Rheinische Braunkohlenwerke Aldengeseellschaft, Köln  
- 379 903 -

## Bekanntmachung

über die Auslosung bezüglich der 6 % Anleihe von 1963 zum 1. April 1985

Die sechzehnte Auslosung von 6 % Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1963 hat gemäß § 3 der Anleihebedingungen am 24. Oktober 1984 unter Aufsicht eines Notars stattgefunden.

Gezogen wurden folgende Serien:

Serie 20 umfassend  
750 Stück zu je DM 100,- mit d. Nrn. 14 281-15 000  
350 Stück zu je DM 500,- mit d. Nrn. 36 651-37 000  
1 250 Stück zu je DM 1 000,- mit d. Nrn. 67 751-69 000  
200 Stück zu je DM 5 000,- mit d. Nrn. 87 801-88 000  
DM 2 500 000,-

Serie 28 umfassend  
750 Stück zu je DM 100,- mit d. Nrn. 20 251-21 000  
350 Stück zu je DM 500,- mit d. Nrn. 39 451-39 800  
1 250 Stück zu je DM 1 000,- mit d. Nrn. 77 751-79 000  
200 Stück zu je DM 5 000,- mit d. Nrn. 96 401-96 600  
DM 2 500 000,-  
DM 5 000 000,-

Die Einlösung erfolgt zum Nennwert ab 1. April 1985 gegen Einreichung der Teilschuldverschreibungen neben Zinsrechnungen per 1. April 1985 und (No. 22-25) kostenfrei außer bei der Gesellschaftskasse Stützweg 2, 5000 Köln 41 (Lindenhof), bei sämtlichen in Deutschland gelegenen Niederlassungen der nachstehenden Banken:

Deutsche Bank AG  
Deutsche Bank Berlin AG  
Dresdner Bank AG  
Bank für Handel und Industrie AG  
Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank AG  
Berliner Handelsbank AG  
Berliner Handels- und Bankverein AG  
Commerzbank AG  
Dresdner Bank AG  
Sal. Oppenheim jr. & Co.  
J. H. Stein  
Trinkaus & Burkhart  
Westfälische Bank AG  
Commerz-Credit-Bank AG Europartner  
Deutsche Bank Saar AG

Der Betrag etwa fehlender Zinsrechnungen wird vom Kapitalbetrag abgezogen.

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit dem 31. März 1985.

Von dem zum 1. April der Jahre 1976 bis 1984 ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 5, 6, 8, 10, 12, 14, 17, 18, 24, 27, 30, 31, 33, 38 und 40 sind noch nicht sämtliche Teilschuldverschreibungen zur Einlösung vorgelegt worden. Die Inhaber der vorgenannten Teilschuldverschreibungen werden hiermit aufgefordert, diese zur Einlösung vorzulegen.

Köln, im Oktober 1984

Der Vorstand

Rheinische Braunkohlenwerke Aldengeseellschaft, Köln  
- 379 904 -

## Bekanntmachung

über die Auslosung bezüglich der 6 % Anleihe von 1965 zum 1. März 1985

Die fünfzehnte Auslosung von 6 % Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1965 hat gemäß § 3 der Anleihebedingungen am 24. Oktober 1984 unter Aufsicht eines Notars stattgefunden.

Gezogen wurde die Serie 9 umfassend

1500 Stück zu je DM 100,- mit den Nummern 12 001-13 500  
750 Stück zu je DM 500,- mit den Nummern 35 801-36 300  
2500 Stück zu je DM 1 000,- mit den Nummern 64 001-65 500  
400 Stück zu je DM 5 000,- mit den Nummern 97 201-97 600  
DM 5 000 000,-

Die Einlösung erfolgt zum Nennwert ab 1. März 1985 gegen Einreichung der Teilschuldverschreibungen neben Erneuerungsrechnungen kostenfrei außer bei der Gesellschaftskasse Stützweg 2, 5000 Köln 41 (Lindenhof), bei sämtlichen in Deutschland gelegenen Niederlassungen der nachstehenden Banken:

Dresdner Bank AG  
Bank für Handel und Industrie AG  
Deutsche Bank Berlin AG  
Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank AG  
Berliner Handelsbank AG  
Berliner Handels- und Bankverein AG  
Commerzbank AG  
Dresdner Bank AG  
Sal. Oppenheim jr. & Co.  
J. H. Stein  
Trinkaus & Burkhart  
Westfälische Bank AG  
Commerz-Credit-Bank AG Europartner  
Deutsche Bank Saar AG

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit dem 28. Februar 1985.

Von dem zum 1. März der Jahre 1976, 1978 und 1979 bis 1984 ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2, 4, 5, 7, 9, 13, 15, 17 und 19 sind noch nicht sämtliche Teilschuldverschreibungen zur Einlösung vorgelegt worden. Die Inhaber der vorgenannten Teilschuldverschreibungen werden hiermit aufgefordert, diese zur Einlösung vorzulegen.

Köln, im Oktober 1984

Der Vorstand

## Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

W 3482

## Zum Thema

## Auslandsgeschäft

Rühle v. Lilienstern (Hrsg.)  
Aufbau und Durchführung  
des  
Auslandsgeschäfts

420 Seiten. Gebunden. DM 118,-

Im vorliegenden Buch stellen 32 Experten aus der Wirtschaftspraxis in 30 Beiträgen Möglichkeiten und Probleme des Aufbaus und der Erweiterung des Auslandsgeschäfts dar. Es werden insbesondere mittelständische Unternehmen angesprochen, die ihre Auslandsaktivitäten erst beginnen oder auch intensivieren wollen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

## Informations-Coupon

(einsenden an Alfred Metzner Verlag - Postfach 970148 - 6000 Frankfurt/M. 97)

Ich bitte um weitere Informationen zum Thema „Auslandsgeschäft“

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

## IMMOBILIEN / KAPITALLEHEN

## Betreiber gesucht

In einer expandierenden Industrie- und Wohnstadt mit sehr reger baulicher Weiterentwicklung und großem Einzugsgebiet, Nähe Nürnberg, plant unser Auftraggeber u. a. die Errichtung eines

- Altenwohn- u. Pflegeheimes für ca. 130 Personen
- Squash- und Fitness-Center mit Café (6 Courts)

Das Gesamtprojekt umfasst weiterhin einen Einkaufsmarkt (850 m²), mehrere Ladengeschäfte, eine Bankfiliale, Apotheke, Arztpraxen und einige Büro- und Wohneinheiten. Abgerundet wird dieses Angebot durch einen Gastronomiebetrieb mit kleinem Hotelteil.

Lage: S-Bahn und Bushaltestelle direkt am Projekt, neuerrichtetes Schulzentrum mit ca. 2500 Schülern in unmittelbarer Nähe, angränzendes Waldgebiet mit Trimpfad und Wanderwegen, weitere Freizeitmöglichkeiten (Hallenbad, Turn- und Tennisanlagen, Sportanlagen) im Umkreis von 400 m.

Weitere Informationen erhalten Sie über

IMMOBILIEN KOCH KG  
Irrenstraße 4 - 6, 8500 Nürnberg 1 - Telefon: (09 11) 20 43 35

## Aschau im Chiemgau

## Eigentumswohnungen,

Vll. 39-148 m², Parkwohn-

anlage, bayerischer Land-

hausstil, bezugsfertig.

Preis z.B. ab DM 229.000,-

bei 71 m² Vll. zuzügl. TG-Platz

DM 12.500,-

Gesamtpreis DM 241.500,-

Keine Käuferprovision

Telefon (089) 59 17 11

Leonberger Immobilien

## Feldberg-Falkau

## Hochschwarzwald

Hochschwarzwaldhaus als Ein-

oder Zweifamilienhaus,

Vll. ca. 155 m²,

bezugsfertig.

Preis ab DM 365.000,-

inkl. Garage(u) u. Stellplätze,

Keine Käuferprovision

Telefon (07 71) 50 41 / 42

Leonberger Immobilien

## Kempten/Allgäu

## Eigentumswohnungen,

Vll. 39-89 m²,

ideal als Ferienwohnung oder

Altersruhezitz.

Preis ab DM 109.000,-

zuzügl. DM 3.000,- Stellplatz,

Gesamtpreis ab DM 112.000,-

Keine Käuferprovision

Telefon (08 31) 2 26 51 / 2 60 20

Leonberger Immobilien

## Konstanz/Bodensee

## Eigentumswohnungen,

Vll. 88-127 m², bezugsfertig,

reizvolle Umgebung mit hohem

Freizeitwert.

Preis ab DM 288.000,-

inkl. TG-Platz.

Keine Käuferprovision

Telefon (07 71) 50 41 / 42

Leonberger Immobilien

## Puchheim bei München

## Reihenhaus, Vll. 103-106 m²,

ausbaufähiges Dachgeschoss,

bezugsfertig, S-Bahn-Anschluss,

Preis ab DM 488.000,-

zuzügl. Garage DM 12.000,-

Gesamtpreis ab DM 480.000,-

Keine Käuferprovision

Telefon (089) 59 17 11

Leonberger Immobilien

## Wangen/Allgäu

## Eigentumswohnungen,

Vll. 80-96 m², 20 Min. bis zum

Bodensee, bezugsfertig.

Preis ab DM 199.000,-

inkl. TG-Platz.

Keine Käuferprovision

Telefon (07 528) 69 69

Leonberger Immobilien

## Einsame Insel

## in Schweden

In einem See in Südschweden,

etwa 200 km von Kopenhagen

entfernt:

8225 m² große Insel (4875 m² Ufer)

mit kleinem, rustikal möbliertem

Häuschen, 1 Zimmer mit Kamin

und Balkenwerk, Küche, Boot

und Ponton. Auf der Insel ver-

streut 3 Hütten.

Angebotspreis: DM 120 000,-

Telefonische Informationen nach

18.00 Uhr:

46 (Schweden) 42 14 58 81

Anschrift: Madame Gosselle -

Edvin Berlinggata 32

Helsingborg 25254, Schweden

## RDM

## Großraum

## Toplagegeschäft

## im Luftkurort

## Stromberg/Hennrich

## Grundstück: rd. 37 100 m² groß,

vollständig ruhige Altlage, Spiel-

und Sportanlagen

Kurzweil: repräsentative Bauweise,

ca. 65 Einzel- und Doppelzimmer,

mehrere Außenanlagen und Land-

schaftsflächen, moderne Bäderaus-

stattung, Größte, Veranda, Veranda

Schwimmbad in einer Grotto - in

unmittelbarer Nähe: Schwimmbad,

Tennis, Reiten, Golf etc.

Nutzungsmöglichkeiten: Schulungs-

- und Seminarzentrum, Sanatori-

um, Sanatorium, Privatklinik,

Rehabilitationszentrum, Ferienwo-

hnungen, Hotel etc.

Kaufpreis: DM 2,8 Mio.

22 043 1

## Gelegenheit! Verkauf auf Rentenbasis!

Geeignet u. a. für: Kfz-Ärztin, Oralschirurgie, Versandhandel, Lehr-

bereich, Auslieferungslager. Bestehend aus 9 jährl. u. 1 jährl. m.

gehob. Ausstatt., dazu ca. 250 m² als gr. Fläche, leicht teilbar, in guter

Ausstatt., Instanz, usw., ebenerdig, nicht renov., Park auf eig.

Grst. Gut im Stadtbild der Kreisstadt Hünxter/Weser/Westf. ge-

legen. Guter Freizeitwert, alle Schulen.

Weitere Einzelh. u. Tel. 0 52 71 / 3 18 76, ab 10 Uhr an allen Tagen.

## Schweizer AG

mit Domizil und Vertretung sehr gut beleumundeter Personen, an

seriöse Person od. Gesellschaft zu verkaufen. Bei Kauf werden alle

Aktien überreicht.

Zuschr. u. S 10 918 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen

## Nähe München

kleines Wohn- u. Geschäfts-

haus, ausbaufähig, m. gut ein-

gefa. Fachgeschäft inkl. Waren-

best. und Ladeneinr. sowie

Einbauküche, im Landkreis

Präfringhofen.

Innomb. Haderlein

Tel. 08 91 / 73 65 od. 72 11

## Sehr gut eingeführte

## psychologische

## Beratungspraxis

an Diplom-Psychologen(in)/klin-

ischer Psychologin(en), mit oder

ohne Kassenzulassung, zu über-

geben. Zentrale Lage, großes

Einzugsgebiet, sehr gute Zusam-

menarbeit mit Ärzten und Insti-

tutionen. Raum westl. Münster-

land, ca. 80 000 Einwohner.

Zuschr. unt. N 10 918 an WELT-

Verlag, Postf. 10 06 64, 4300

Essen.

## BÜRGENSTOCK-WEST

bietet

schnellentscheidenden Investoren

## BETEILIGUNG AM

## AKTIENMARKT

Meine Konditionen:

Ihre Investition wird mit 30 % verzinst,

und die Laufzeit beträgt 3 Mon. Sie

investieren zwischen 500,-

50 000,- DM und erhalten bei 500,- eine

monatliche Rate v. 2150,-/2170,-/2170,-

bei 10 000,- 4250,-/4350,-/4350,-/Ren-

dite 1500,-/3000,-

Weitere Informationen bei

Bürgenstock-West, Wolfgang Jorda

Frankfurter Straße 16 a, 633 0 Bad Nauheim,

Tel. 0 60 32 / 16 72

Zu verk. oder zu verp.

4-Feld-Tennisanlage im Raum

Krefeld.

Zuschr. u. S 10 984 an WELT-

Verlag, Postf. 10 06 64, 4300 Essen

Wir wandeln Ihre Steuern in Im-

mobiliensparen um. Schon ab

50 000 DM p. a. interessant.

TerraReal GmbH

Widenmayerstr. 59, 8 München 22

Tel. 0 89 / 22 16 32

Kaufpreis: DM 2,8 Mio.

22 043 1

Nähere Angaben unter Chiffre

05-115 218 an Publicitas, CH-

3001 Bern.

Ostwestfalen, Raum Minden

Bad Oeynhausen, Osnabrück

restauriertes Fachwerkhaus, Vll.

150 m², auf idyll. gel. Grst. inner-

halb einer Parkanlage, an kunst-

stischen Anlagen, zu verm.

Zuschr. u. U 10 833 an WELT-

Verlag, Postf. 10 06 64, 4300 Essen

INKASSO

Erfolgreiches Team übernimmt

unkonventionell den Singsing In-

ter Forderungen in In- und Aus-

land, auch in schwierigsten Fäl-

len. Zuschr. u. R 10 302 an WELT-

Verlag, P. 10 06 64, 43 Essen.

Kapitalbeteiligung gesucht!

Zur Erweiterung unseres Betrie-

bes suchen wir Kapitalbeteili-

gung ab DM 100 000,-. Beste Si-

cherheiten durch Grundbuchab-

sicherung gegeben.

Zuschr. erb. und A 10839 an

WELT-Verlag, Postfach 10 06 64,

4300 Essen

Kaufpreis: DM 2,8 Mio.

22 043 1

Nähere Angaben unter Chiffre

05-115 218 an Publicitas, CH-

3001 Bern.

Ostwestfalen, Raum Minden

Bad Oeynhausen, Osnabrück

restauriertes Fachwerkhaus, Vll.

150 m², auf idyll. gel. Grst. inner-

halb einer Parkanlage, an kunst-

stischen Anlagen, zu verm.

Zuschr. u. U 10 833 an WELT-

Verlag, Postf. 10 06 64, 4300 Essen

INKASSO

Erfolgreiches Team übernimmt

unkonventionell den Singsing In-

ter Forderungen in In- und Aus-

land, auch in schwierigsten Fäl-



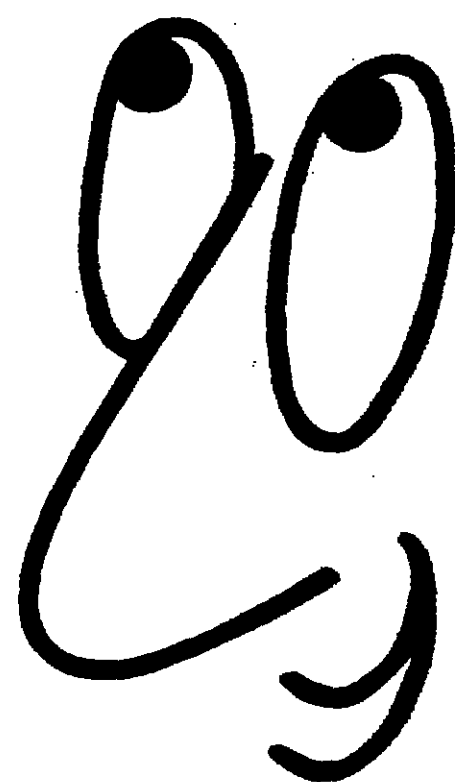
# 31.10.84

Die Orgatechnik ist vorüber. Herr Dienhart hat über 75 Computer-Stände besucht. Er hat bei dem einen dieses und bei dem anderen jenes gesehen. Doch dann trennte sich die Spreu vom Weizen: Herr Dienhart sah den ersten SPERRY PC.

So hätten Personal Computer von Anfang an sein sollen.

Mit dem SPERRY PC hat Herr Dienhart bereits heute über 100 getestete Anwendungsprogramme zur Verfügung – von der Textverarbeitung bis zur Branchenlösung. Und er hat eine Modellfamilie, die einen stufenweisen Ausbau ermöglicht. Dazu schätzt Herr Dienhart die Zusicherung, bei seinem Sperry-Händler jederzeit ein offenes Ohr zu finden. Und eine kompetente Fachberatung.

Wenn auch Sie einen Personal Computer kennenlernen möchten, der so ist, wie PCs von Anfang an hätten sein sollen, dann wenden Sie sich an Sperry.



Wenn Sie das gleiche Erfolgserlebnis wie Herr Dienhart haben möchten, schicken Sie den Coupon an Sperry.



**Der SPERRY PC:** Nutzung des größten Softwareangebots, 100% kompatibel durch gängigste Betriebssysteme MS-DOS und Concurrent CP/M-86, 7 Modelle ab 128K Bytes, hohe Verarbeitungsgeschwindigkeit durch „Turbochalter“, einzigartige Farbwiedergabe durch hochauflösenden Bildschirm, anschließbar an Großrechner von Sperry, IBM... Detaillierte Informationen: Sperry GmbH, Informationssysteme, Abteilung VW-3, Postfach 1110, 6231 Sulzbach/Taunus.

Name \_\_\_\_\_  
Firma \_\_\_\_\_  
Position \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_

**Sperry. Die Computer-Profis:**  
**Wir glauben an die bessere Idee.**

 **SPERRY**



# STANDPUNKT

## Knüppel aus dem Sack

Wenn's dem Esel zu wohl wird, geht er auf Eis. Einfach so? Sucht er sich dann in seinem Übermut eine Eisfläche, die ihm gerade Spaß macht, oder eine, in deren Nähe sein Stall steht? So bitte nicht, deutsche Esel haben sich an sportliche Regeln zu halten, wenn es ums Eis geht. Armes Grautier, wandelt dumm und störrisch durch Fabeln und Sprichwörter und müßte eigentlich in die Welt hinausschreien, daß die Menschen, die es verspotten, noch dümmer und störrischer sind, kurz zu jeder Eselslei fähig.

Zwei Eishockey-Spieler, wohnhaft in Essen, Mitglieder des Bundesliga-Klubs EHC Essen-West, möchten lieber bei der Düsseldorfer EG aufs Eis gehen. Dort trainieren sie auch schon, aber spielen dürfen sie nicht. Die Essener blockieren ihren Vereinswechsel mit einer Sperre von 18 Monaten, was den Satzungen entspricht. Die Düsseldorfer sind bereit, Ablöse zu bezahlen, die Essener bleiben weiter stur.

Das alles könnte alltägliche Sportnachricht sein. Im Profisport sind die, die ihn betreiben, nicht mehr Mitglieder, sondern Angestellte eines Vereins. Mit Verträgen, Kündigungsfristen, Gehältern.

Hier aber - haben Sie schon gewußt, daß es in einer deutschen Großstadt, noch dazu einer im Ruhrgebiet, heutzutage noch so viele Esel gibt - hier geht es um Schöler. Um zwei kleine Jungen, einer zehn, der andere elf Jahre alt. Ihnen verweigert Essen den Vereinswechsel und deutet an, vielleicht könne dieser Wechsel ja doch noch mit 10 000 Mark pro Stubse nas anstatt der angebotenen 5000 Mark zustande kommen. Schließlich, die eselschriigen Vorstandsherren, gehe es hier um Düsseldorfer Abwerbung.

Das muß man sich einmal vorstellen: Zwei Kinder (vielleicht auf Wunsch ihrer Eltern, einerlei) wollen in einem Verein ihrer Wahl spielen und werden behandelt wie gepfändete Möbelstücke, die nur mit amtlicher Genehmigung umgesetzt werden dürfen oder ausgelöst werden müssen. Hat da jemand Eishockey ohne Kopfschutz gespielt? Ist es da einem Grautier zu wohl geworden?

Tischlein deck dich, Esel streck dich, Knüppel aus dem Sack. DW.

## LEICHTATHLETIK / Hochbezahlter Schuh-Wechsel prominenter Stars beginnt mit Paukenschlag

### Thränhardt springt „made in Japan“

**CURT MORELL, Köln**  
Ein Märchen ist es nicht, auch wenn sehr oft märchenhaft bezahlt wird. Die Stars der deutschen Leichtathletik sind längst keine Aschenbrödel mehr, für sie heißt es: Geld liegt im Schuh. Morgen beginnt die vier Wochen lange Frist, in der Athleten offiziell ihre Schuhfirmen wechseln und neue Verträge abschließen dürfen. Schon bevor das Pokerspiel begonnen hat, konnte eine japanische Firma einen der attraktivsten und leistungsstärksten deutschen Athleten neubohlen. Er entspricht fast dem Wunschbild, das der deutsche Manager der fernöstlichen Schuhmacher, Peter Böttger, vor einigen Wochen so formulierte: „Wir wollen einen Olympiasieger, blond und möglichst hochgewachsen.“

Der große Blonde mit dem Japan-

Schuh ist zwar kein Olympiasieger, aber Europarekordler und Hallenweltrekordler im Hochsprung (jeweils 2,37 m): Carlo Thränhardt, 1,93 m groß. Er soll fortan Zugspeer für „Asics Tiger“ in Deutschland sein. Thränhardts Freund Dietmar Mögenburg, der Olympiasieger, war nicht zu haben. Doch seine Ablehnung erhielt, was es einbringen kann, wenn einer von der Qualität dieser beiden in neue Schuhe schlüpft: Mögenburg steht (wie vorher auch Thränhardt) beim deutschen Marktriesen „adidas“ unter Vertrag und ist mit der Tochter des Generalvertreters Graf Werner von Moltke, einem ehemaligen Zehnkämpfer der Weltklasse, befreundet. Die Summe, die Mögenburg dafür von „Asics Tiger“ gefordert haben soll, geschätzte und private Bande zu zerschneiden, läge etwa bei

500 000 Mark für zwei Jahre. Die Japaner lehnten ab. So heißt es, genaue Zahlen bleiben im dunkeln.

So auch bei Carlo Thränhardt. Er kassiere zwar auch sechsstellig pro Jahr, aber nicht so viel, wie es der Hochsprung-Freund gefordert hatte. Dafür erhalte er aber noch ein Zubrot: einen Posten als Produktmanager der deutschen „Tiger“-Niederlassung und einen Sportwagen Marke „Nissan“. Die Barzahlungen lassen sich nur schätzen. Beispiel dafür kann Thränhardts amerikanischer Kollege Dwight Stones sein, der von den Japanern jährlich 40 000 Dollar (rund 122 000 Mark) erhält, plus Prämien für Erfolge und Fernsehauftritte.

Das Fernsehen ist dabei wichtig, die großen Stars des Sports sind bei den größten Sportschuhfirmen der

Welt den Stars aus dem Showgeschäft gleichgestellt. Thränhardt sieht an den Füßen jetzt aus wie der französische Filmstar Jean-Paul Belmondo, das Aushängeschild der Japaner. Wagner-Tenor Peter Hofmann und Dirigent Herbert von Karajan halten es mit „adidas“, Rocksänger Mike Oldfield mit der deutschen Konkurrenz „Puma“. Und der amerikanische Schauspieler Dustin Hoffman joggt in Produkten von „Nike“ - bestimmt nicht nur, weil er wegen seines Films „Der Marathonmann“ besonders viel Spaß daran bekommen hat.

Der Kampf, die besten Athleten in die werbetreibenden Schuhe steigen zu lassen, wird den ganzen November über anhalten. Und immer treten die prominenten Füße dabei dorthin, wo Scheine knistern.

## DÜSSELDORF / Notvorstand eingesetzt

### Viel Theaterdonner, kein neuer Präsident

**ULLA HOLTHOFF, Düsseldorf**  
Die dürtigen Fakten: Die Entscheidung über einen neuen Präsidenten beim Fußball-Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf wurde vertagt. Nach dem Rücktritt des alten Präsidenten unter Vorsitz des FDP-Bürgermeisters Bruno Reht (63) führt ein Notvorstand die Geschäfte weiter. Ehrenratsvorsitzender Josef Schmitz-Weiß (64) steht an der Spitze des Interims-Vorstands. Nach der Kündigung der umstrittenen Geschäftsführerin Irene Gagsch erklärte sich der ehemalige Manager Werner Faßbender vorläufig zur Leitung der Geschäftsstelle bereit. Die Zukunft des gekündigten Managers Wolfgang Ley ist weiterhin ungewiß.

Das lange Theater: Schmutzige Wäsche wurde nicht gewaschen. Und doch erinnerte alles an unselige Schalker Zeiten. Auf dem Höhepunkt der Düsseldorfer Führungskrise wäre beinahe auch der letzte Rettungsversuch des Beirats an den Emotionen der Vereinsmitglieder gescheitert. „Das Volk will Blut sehen“, hatte Schatzmeister Gabel schon nach wenigen Minuten erkannt. Die rund 400 Mitglieder wollten einen neuen Präsidenten wählen, wollten dem geforderten Neuanfang personelle Konturen verleihen. Diese Hoffnung wurde mit dem Vorschlag des Beirats, die Wahl mangels geeigneter Kandidaten zu verschieben, enttäuscht.

Mit Dringlichkeitsanträgen und Satzungsinterpretationen versuchte insbesondere der ehemalige Schatzmeister Herbert Kreidt die Verunsicherung der Mitglieder auszunutzen und eine sofortige Entscheidung herbeizuführen. Er schlug den Stahlkaufmann Heinz Wirtz als Präsidenten vor und hoffte, in dessen Gefolge in den Vorstand zurückzukehren. „Die sind doch alle nur scharf auf einen Posten“, argwöhnten viele Mitglieder.

Enttäuschung, Verwirrung und Mißtrauen prägten die Stimmung. Versammlungsleiter und Beirat waren um sachliche Diskussion und Zeitgewinn bemüht, die Opposition emotionalisierte die Versammlung durch Pathos, einige Vereinsmitglieder zeigten sich in ihren Diskussionen beiraten nur noch verwirrt. Erst nach zwei Unterbrechungen gelang es dem Beirat, die Versammlung davon zu überzeugen, daß die Ver-

gung der Präsidenten-Wahl satzungsgemäß sei. Eine Entscheidung, die von den Mitgliedern nur widerwillig akzeptiert wurde, weil sie ein schnelles und endgültiges Ende dieser Krise erhofft hatten, die durch unglückliche Personalentscheidungen des einst souveränen Präsidenten Bruno Reht entstanden war. Weil diese Krise keine wirtschaftlichen, sondern personelle Ursachen hat, fürchtet der Beirat im Falle einer weiteren personellen Fehlentscheidung eine Verschärfung der Situation.

Den Anlaß für diese Befürchtung bietet die Satzung, die dem Präsidenten eine ungewöhnlich starke Position einräumt. In Düsseldorf wird nicht das Präsidium von der Mitgliederversammlung eingesetzt, sondern nur der Präsident, der den Kreis seiner Mitarbeiter anschließend selbst zusammenstellt. Deshalb werden Kandidaten für dieses Amt nach eingehender Prüfung von einem speziellen Gremium der Mitgliederversammlung vorgeschlagen. „Uns lagen mehrere Vorschläge zur Prüfung vor. Wir haben jedoch erst am 16. Oktober von Bruno Rehts Rücktrittsplänen erfahren und brauchen drei Monate Zeit, um einen für die Führung der Fortuna geeigneten Mann zu finden“, erklärte Professor Franz Loogen, der Leiter des Wahlgremiums.

Einer der möglichen Kandidaten saß im Publikum: Architekt Hans Hansen (43) hatte nach großer Kampagne am Samstag bereits einen Tag später seine Kandidatur zurückgezogen. Ein Schritt, den Stadionsprecher Bierbaum begrüßte: „Wir brauchen keine millionenschweren Männer. Ich erinnere an 1880 München, an Nürnberg, an Wormatia Worms und Eintracht Braunschweig, die alle auf millionenschwere Leute setzten und sportlich damit auf die Nase fielen.“

Weil die Fortuna wirtschaftlich gesund ist (die Bilanz wies erstmals einen Gewinn von 499 000 Mark aus), muß sie ihren zukünftigen Präsidenten nicht an seinem Bankkonto, sondern an seiner Persönlichkeit messen. Das macht die Sache so kompliziert. Weil so wenig Menschen über die Eigenschaften verfügen, die ein Präsident braucht: wirtschaftlichen und sportlichen Sachverstand, Führungsqualitäten, Souveränität und die richtigen Freunde für die Besetzung des Präsidiums.

## SCHACH / Zehntes Remis hintereinander

### Endlich ein harter Kampf

**LUDEK PACHMAN, Bonn**  
Endlich kam es in der 19. Partie der Schach-Weltmeisterschaft wieder einmal zu einem echten Kampf. Titelverteidiger Karpow versuchte einen weniger üblichen Aufbau im Damengambit und erreichte spürbaren Positionsvorteil. Herausforderer Kasparow mußte sich im Endspiel sehr präzise und aktiv verteidigen, um das zehnte Remis hintereinander zu erreichen. Karpow führt weiter 4:0.

Die Notationen (Weiß Karpow, Damengambit): 1.Sb3 d5, 2.Ld4 Sf6, 3.Lc4 e6, 4.Sd3 Lc7, 5.Lc5 h6, 6.Lc3 f7. In der 17. Partie erreichte Karpow in der „Tartakower Variante“ 6.Lb4 0-0, 7.Sb3 b6 gar nichts. Obigens pflegt er diese Variante oft mit Schwarz zu spielen, zum Beispiel in seinen Wettkämpfen mit Viktor Kortchnoi.

6... Lc7, 7.Ld2... Eine kleine Erinnerung: In Meran 1981 riet ich Viktor Kortchnoi dringend, es gegen Karpow gerade mit diesem Aufbau zu versuchen. Meine Idee war 7... 0-0 scharf mit 8.0-0-0? zu beantworten. Weiß kann danach einen Bauernsturm am Königsflügel versuchen.

7... Sc6, 8.e3 e4, 9.Te1 e6, 10.Lc2 dxc1, 11.Lxc1 e5, 12.d5 Sc7. Ein recht unnatürlicher Rückzug. Offenbar will Schwarz nach 13.Sc4 mit 12.S fortsetzen. Gute Chancen zum Ausgleich hat Schwarz nach 12... Se7, 13.Sc4 Sg5 nebst Lg4. 13.De2 Sc5. Eine überraschende taktische Fi-

nisse. Falls nun 14.Lxc5? axb5, 15.Sc5 so folgt 16.Sc5, 16.Sxc7 Dc5, 17.Dd2. Falls 18.Dxc5? Txc5 und Schwarz gewinnt den Bauern mit Vorteil zurück: 19.a3 d4 usw. 14.Sc5 axb, 15.Lb3 e4, 16.Sd4! Lxd4, 17.e3d e6, 18.Lf5, so folgt 18.Dxc7 Tc8, 19.Dxd8 Txd8, 20.Kd2 Txd1 (hoffnungsgeloes wäre Txd8, 21.Txc1 nebst 22.Tc5), 21.De7 und der weiße d-Bauer entscheidet. Oder 19... Txd8, 20.Kd2 nebst Kc5 und Tc5. 18.Dxc7 Dxc4, 19.0-0... c7 wäre wegen Td8 keineswegs gefährlich für Schwarz: 20.0-0 Tc8, 21.Dc2 Tc5 und der Bauer c7 fällt.

19... bxc2, 20.Dxc6 Ld7, 21.Dd5!... Der Übergang ins Endspiel ist für Weiß die beste Gewinnchance. Denn z.B. nach 21.Dc2 Tc8 gleich Schwarz das Spiel leicht aus.

21... Dxc5, 22.Lxd5 Td8. Bereits den Läufertausch vor. Sonst hätte der weiße Läufer eine dominierende Position.

22.Td1 Le6, 23.Ld5, 24.Td5 Td8, 25.Td4 Ta4, 27.Td1 Tc8, 28.Kf1... Nichts ergibt 28.Td8: Txd8, 29.Txd8 Kf7, 30.Tf8 Td4, 31.Kf1 Td5.

32... Tc2, 33.Td2 Txd2, 34.Txd2 Td4, 35.Kc2 b4, 36.Kc3 bxc3, 37.Td1... Falls sofort a4, folgt sofort e3, 38.fxc3 fxc3, 39.a5 Td2, 40.Sb4 Td2 oder 39.Kc3 Td4, 40.Kd3 e2 mit Remis.

37... Kf7, 38.a4 e3, 39.Kc3 Td8, 40.fxe2 fxe2, 41.Te1 Td8, 42.Kd3 Td8, 43.Kc2 Td8, 44.Tf1 verlagt.

## NACHRICHTEN

### Italien: Werbemillionen

**Mailand (sid)** - Ein Konsortium von acht Großfirmen (darunter Coca-Cola und Kodak) sicherten sich die Werberechte an Italiens Fußball-Nationalmannschaft. Dafür erhält der Verband bis 1986 umgerechnet 15 Millionen Mark.

### Klimper: Ermittlungen

**Freiburg (dpa)** - Beamte der Sonderkommission „Ärzte und Apotheken“ des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg haben beim prominenten Sportmediziner Professor Armin Klümper in Freiburg neue Unterlagen beschlagnahmt. Gegen Klümper läuft seit April ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugs zum Nachteil von Ersatz- und Ortskrankenkassen.

### Wimbledon: Gewinn

**London (sid)** - Das Tennis-Turnier von Wimbledon brachte in diesem Jahr ein Gewinn von umgerechnet 15 Millionen Mark. 55 Prozent dieser Summe resultieren aus dem Verkauf der Fernsehrechte.

### Laffite bei Ligier

**Paris (sid)** - Jacques Laffite wird in der Formel-1-Weltmeisterschaft 1985 nach zweijähriger Unterbrechung

wieder für Ligier starten. Der Franzose, mit Williams 14. der Titelführer dieses Jahres, ersetzt seinen Landmann François Hesnault.

### Spieler gegen Höher

**Nürnberg (sid)** - Die Mitglieder des Spielerrates des Bundesliga-Absteigers 1. FC Nürnberg haben sich öffentlich gegen ihren Trainer Heinz Höher ausgesprochen. Sie übergaben einer örtlichen Tageszeitung eine Erklärung, in der sie Höher „gravierende Fehler im Trainingsaufbau, im taktischen und psychologischen Bereich“ vorwerfen. Zum Spielerrat gehören Kargus, Hirsman, Lottermann, Weyrich und Brunner.

## ZAHLEN

### TENNIS

**Grand-Prix-Turnier in Stockholm:** Westphal (Deutschland) - Perikis (Israel) 6:3, 6:3. - Damen-Turnier in Zürich: Schropp (Deutschland) - Jolles (Schweiz) 6:3, 7:5.

### GEWINNQUOTEN

**Letzte:** 1. unbesetzt, 2. 242 790,60 Mark, 3. 12 243,20, 4. 156,40, 5. 9,80. - **Toto, Eiferwette:** 1. unbesetzt, Jackpot 694 227,30, 2. 28 936,10, 3. 1505,90, 4. aus 45: 1. 138 141,90, 2. 7802,70, 3. 1717,40, 4. 51,70, 5. 4,40. - **Rennqu Coast, Rennen A:** 1. 5,60, 2. 2,90. - **Rennen B:** 1. 58,10, 2. 98,10. - **Kombinationsgewinn:** 7446,10 Mark. (ohne Gewähr)

## Chips aus deutschen Landen



Dr. Rainer Köthe (36), Mitarbeiter bei der Zeit, seit 1980 STERN-Redakteur, beim STERN, beim Rundpromovierte im Fach Physikalische Chemie. Während „Bilder aus der Wissenschaft“ seines Studiums war er freier

Das Computer-Journal im STERN bietet Ihnen ein volles Programm: Märkte, Trends und praktische Tips rund um die Chips. Computerfachmann Rainer Köthe informiert Sie darüber, wie deutsche Micro-Chips den Weg ins Jahr 2000 ebnen.

Lesen Sie die Geschichte des Paderborner Computer-Pioniers Nixdorf, der mit Innovationsfreudigkeit und eigenwilliger Unternehmensphilosophie den Weg vom Kellerbastler zum größten deutschen Computerhersteller machte. Während andere Unternehmer klagen, strotzt der Mann aus Paderborn vor Optimismus: „Wir haben in der Bundesrepublik weit über 10 Millionen Wohnzimmer - ein gigan-



tisches Absatzgebiet für Heimcomputer.“ Bis 1990 will Nixdorf weitere 10.000 Mitarbeiter einstellen und den Umsatz verdoppeln. Lesen Sie das Computer-Journal. Diese Woche im STERN.

stern



## Warschauer Kritik an geplanter Agrarhilfe

jgg. Köln

Gegen die geplante Westhilfe für Polens Landwirtschaft hat sich die polnische Regierungszeitung „Rzeczpospolita“ ausgesprochen. Unter dem Pseudonym Jan Rem schreibt Regierungssprecher Jerzy Urban, diese Agrarhilfe sei vornehmlich als „Wunderwaffe gegen den Sozialismus und seine Errungenschaften“ in Polen gedacht, als Teil eines „antikomunistischen Polt-Kreuzzugs“. Urban spricht sich dafür aus, statt dessen die Industrie forciert auszubauen, weil diese nicht „von Dollars abhängig“ sei.

Der Regierungssprecher wirft der Kirche vor, daß die geplante Agrarhilfe nur praktizierenden Katholiken zugute kommen solle; sie sei zudem nur für Großbetriebe geplant, so daß die kleinen Bauern leer ausgingen.

Mit diesem Vorwurf widerspricht er allerdings den Agrarberatern der Kommunistischen Partei und Regierungschef General Jaruzelski, die sich bisher für die Schaffung großer Landwirtschaftsbetriebe ausgesprochen haben, da nur diese konkurrenzfähig sind.

## Wie tief ist Warschau in den Fall Popieluszko verstrickt? Glemp vor schwierigen Entscheidungen

„Solidarität“ vermutet, daß die Behörden bei der Suche nach der Leiche auf Zeit spielen, um das Begräbnis aufzuschieben

DW Rom/Warschau

Die Ermittlungen über den Mord an Popieluszko werden vor niemandem und nichts haltmachen“, sagte der stellvertretende polnische Ministerpräsident Roman Malinowski in einem Interview der Turner Zeitung „La Stampa“. Malinowski: „Wir müssen rasch handeln. Wir können nicht darauf warten, daß eine dritte Krise ausbricht.“ Daß das Warschauer Regime an einer schnellen und lückenlosen Aufklärung des beispiellosen Falles interessiert ist, wird aber inzwischen zunehmend in Zweifel gezogen. Janusz Onyszkiewicz, früherer Sprecher der „Solidarität“, sprach jetzt offen aus, was viele Polen denken: „Ich denke, die Behörden werden in der Hoffnung, daß die ganzen Spannungen sich legen, zuallererst auf Zeit spielen, um später vielleicht zu erklären, daß die Leiche nicht gefunden werden kann.“ Auf diese Weise, vermutet der Gewerkschafter, könnten die Herrschenden in Warschau den „unbequemen, möglicherweise auch schwierigen Augenblick des Begräbnisses vermeiden“.

In kirchlichen Kreisen im Westen

wurde gestern davor gewarnt, sich allzusehr auf die Versicherung der polnischen Regierungsspitze zu verlassen, mit der Entführung Popieluszkos nichts zu tun zu haben. Zwar sei es richtig, daß jegliche Art von Provokation in der derzeitigen innenpolitischen Phase von Schaden für die Regierung wie für die Nation sei und höchstens im Interesse des Kreml liegen könne. Aber über dem von Jaruzelski zur Schau getragenen Patriotismus dürfe nicht vergessen werden, daß Moskau den General durchaus habe unter Druck setzen können. Möglicherweise sei er gegen seinen Willen zu einem „Protagonisten im abgekarteten Spiel“ gemacht worden, kommentierte beispielsweise die katholische Nachrichtenagentur.

In dem Kommentar wurde darauf hingewiesen, daß zum ersten Mal seit der Machtübernahme Jaruzelskis mit der Entführung des Warschauer Geistlichen die bisher eher als unantastbar geltende Kirche direkt angegriffen worden sei. Der Überfall auf Popieluszko richtet sich möglicherweise auch gegen die Politik des Pap-

stes. Johannes Paul II. hat in den vergangenen Monaten mehrmals durch einen Beauftragten des Vatikans Unterstützung in seinem kompromißlosen Kampf gegen das Regime erhalten. Es war aufgefallen, daß der Papst keine Gelegenheit ausließ, Gläubigen aus Warschau Grüße an den Priester aufzutragen, der von Kardinal Jozef Glemp zu Zurückhaltung aufgefordert worden war.

Mit Interesse wird verfolgt, wie der polnische Primas sich jetzt verhalten wird. Der – wahrscheinliche – Mord an dem populären Warschauer Geistlichen wird die Diskussionen innerhalb der katholischen Kirche in Polen, welches Verhältnis der Episkopat zu den Machthabern einnehmen soll, beleben. Kann die Kirche sich mit Männern an einen Tisch setzen, in deren Machtbereich sich Priester-mörder tummeln können? Diese Frage wird von jetzt an häufiger gestellt werden. Gerade in den Tagen nach der Verschleppung Popieluszkos hatte sich die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei mit zwei wichtigen Problemen zwischen Kirche und Staat befaßt: mit dem Kirche-Staat-Statut,

das der katholischen Kirche einen öffentlich-rechtlichen Status garantieren soll, und mit dem seit langem diskutierten Hilfsprojekt westlicher Bischofskonferenzen für die private Landwirtschaft in Polen. Beide Projekte waren auf den Unmut der Sowjets gestoßen, deren Geheimdienst KGB seit dem 13. Dezember 1981 eine ganze Etage des polnischen Innenministeriums mit Beschlag belegt hat. Und aus eben diesem Ministerium, aus der Abteilung T (Technische Abteilung), kommen die im Fall Popieluszko verhafteten Beamten.

Steht Polen vor einer neuen Krise? Das Regime setzt zur Zeit alle Mittel ein, um Demonstrationen und Solidaritäts-Bekundungen für Popieluszko zu verhindern. So wurde in Breslau eine Kundgebung aufgelöst. Augenzeugen berichteten über starke Polizei- und Truppenverbände, die in die ehemalige Hochburg der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ eingerückt seien. Der Aufruf von Arbeiterführer Lech Walesa, die Ruhe zu bewahren, hat zur Verhinderung eines Streiks in den Warschauer Stahlwerken Huta Warszawa geführt.

## Die Ära Abrassimow in Ost-Berlin abgeschlossen

Revirement an Sowjet-Botschaft / Spekulationen um Semjonow

WERNER KAHL, Bonn

Mit einem größeren Revirement an der Botschaft der UdSSR in Ost-Berlin ist jetzt die Ära des früheren Botschafters Pjotr Abrassimow abgeschlossen worden. Unter den sechs versetzten Funktionären – vom Gesandtenposten bis zur Sekretärschleife – ist der dienstälteste Vertreter des Geheimdienstes KGB im diplomatischen Deutschlandstab der Sowjets in Berlin Walentin Kosobrodow. Politische Beobachter sehen das Revirement unter den Linden, das nach sowjetischer Gepflogenheit nicht bekanntgegeben wurde, als Teil des langwierigen Entscheidungsprozesses in der Kremlführung über die personelle Zusammensetzung wichtiger Botschaften wie Ost-Berlin, Bonn und anderer westlicher Metropolen in den kommenden Jahren.

Neuer Stellvertreter von Botschafter Watscheslaw Kotschennassow wurde nach offiziellen Angaben der Gesandte Walentin Nikolajewitsch Koptelzew. Der Russe war bisher Gesandter unter Kotschennassows Vorgänger Abrassimow, von dem es heißt, der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker habe 1983 dessen Ablösung in Moskau durchgesetzt. Abrassimow war von 1982 bis 1971 und von 1975 bis 1983 Botschafter in der „DDR“. Sein bisheriger Stellvertreter Goral Nikolajewitsch Gorinowitsch wurde in die 3. europäische Abteilung des Außenministeriums in Moskau versetzt. Aus dieser Abteilung rückte der Funktionär Waleri Popow auf den Posten des zweiten Gesandten in Ost-Berlin. Popow arbeitete kurze Zeit an der Bonner Sowjetbotschaft als dritter Staatssekretär.

Der algerienische Berliner KGB-Representant mit dem diplomatischen Status eines Botschaftsrates, Walentin Kosobrodow, hatte den Rang eines Generalmajors des Geheimdienstes. Von seinem Jahresurlaub kehrte er jetzt nicht auf seinen Posten unter den Linden zurück. Nach Angaben aus diplomatischen Kreisen soll er wieder unter Abrassimow im Komitee für Auslandstouristik in Moskau arbeiten. Auf dem internationalen Parkett in Berlin war er eine bekannte Erscheinung. Mitte der siebziger

Jahre wurde Kosobrodow stellvertretender Generalkonsul der UdSSR in West-Berlin. Er nahm zugleich Aufgaben des Presse- und Kulturattachés wahr. Von Berlin aus wurden ihm dem Vernehmen nach auch geheimdienstliche Aufgaben im westeuropäischen Bereich übertragen. 1978 hieß es, er werde nach Bonn versetzt, aber statt dessen wurde er an der Ostberliner Botschaft die „graue Eminenz“ bei Abrassimow und Spezialist für den Bereich West-Berlin einschließlich der Überwachung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zwischen West-Berlin und dem übrigen Bundesgebiet sowie dem Ausland. Aufsehen erregte es 1981, als bekannt wurde, daß Abrassimow zum vertraulichen Gespräch mit dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, auch Kosobrodow hinzugezogen hatte. Bei westlichen Stellen gibt es ansehend keine Erkenntnisse, welche Rolle der KGB-General demnächst spielen wird.

Mit den Umbesetzungen ist nach Expertenansicht nicht nur die Berliner „Hinterlassenschaft“ Abrassimows geregelt worden; die Bestellung des Gesandten Koptelzew zum Stellvertreter Kotschennassows macht Spekulationen hinsichtlich der Deutschlandkennens und spezielle Beobachter politischer Strömungen in den Unionsparteien werden wieder an den Rhein versetzt. Unter Botschafter Falin war Koptelzew Anfang der siebziger Jahre Botschaftsrat in Rom. 1975 wurde er Generalkonsul der UdSSR in Hamburg.

Ob der im Ansehen nach wie vor hochgeschätzte Bonner Botschafter Wladimir Semjonow mit Rückblick auf sein Alter von 73 Jahren in absehbarer Zeit abgelöst wird, ist Gegenstand von Spekulationen. Als Nachfolger war bereits im Vorjahr Julij Kwisinski, Moskauer Chefunterhändler bei den gescheiterten Verhandlungen über eurostrategische Waffen in Genf, genannt worden. Der Deutschlandexperte war zu Beginn der siebziger Jahre an den Verhandlungen über das Berliner Viermächteabkommen beteiligt und amtierte von 1978 bis 1981 als Gesandter in Bonn.

## „Mit USA Schritt halten“

ESA plädiert für Beteiligung an Weltraumstation

DW Bonn

Eine europäische und vor allem eine deutsche Beteiligung an der von den USA geplanten Weltraumstation ist nach Auffassung der Europäischen Raumfahrtagentur ESA sachlich geboten und „politisch unausweichlich“. In einem Interview des ESA-Generaldirektors Reimar Litz, eine solche Beteiligung und auch Kooperationen mit Frankreich bei Raumfahrtprojekten seien ein wichtiger Beitrag zur europäischen Technologieentwicklung. Wenn immer wieder beschworen werde, die Europäer und speziell auch die Deutschen müßten mit den Amerikanern und Japanern Schritt halten, dann sollten auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Europäer sind nach Auffassung des ESA-Generaldirektors inzwischen in der Raumfahrtforschung ein gleichwertiger Partner der Amerikaner geworden. Deshalb dürfe man jetzt „nicht wieder den Zug abfahren“, die USA eine Raumstation bauen lassen und sich selbst ins Abseits stellen. Bei gemeinsamen Projekten könnten mit den USA bessere Bedingungen ausgehandelt werden, um in echter Partnerschaft Forschung und Realisierung neuer Projekte voranzutreiben. „Nur wenn die

Bedingungen stimmen, darf sich Europa beteiligen.“

Ungeachtet der hohen Beträge, die eine Beteiligung an der amerikanischen Raumstation fordern würde – im Gespräch sind rund 4,5 Milliarden Mark – plädiert Litz für überlappende Forschungsprojekte, wofür allerdings zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten. Andernfalls habe „die ganze Geschichte keinen Sinn“. Die ESA denkt an die Entwicklung einer größeren europäischen Trägerakete – im Gespräch ist die Fortentwicklung der bereits erprobten „Ariane“. Die Europäische Raumfahrtagentur kalkuliert nach den Worten von Litz ein, daß die Finanzminister der Partner angesichts magerer Budgets Schwierigkeiten bereiten könnten, er geht aber davon aus, daß sich schließlich die Erkenntnis durchsetzen wird, Europa müsse auf diesem Gebiet der Technologie konkurrenzfähig bleiben.

Insgesamt gebe es keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Prioritäten, die in den nächsten Jahren gesetzt werden sollen. Jedoch seien die Engländer vor allem an den Nachrichten- und Meeresstationen interessiert, die Franzosen an der Weiterentwicklung der „Ariane“ und die Deutschen vor allem an der geplanten Raumstation.

## Zusammenarbeit im Weltraum

Fortsetzung von Seite 1

2. Anhebung der Freigrenzen und Freimengen für Waren zur Erleichterung des Reiseverkehrs;

3. Erleichterung der Kontrollen für Lastwagen und Autobusse;

4. Ausbau der Kooperation zwischen den Dienststellen der Justiz- und Polizeibehörden beider Länder;

5. Harmonisierung der Visa-Bestimmungen.

Als Ziel der im Mai in Rambouillet entworfenen Aktion bezeichneten Kohl und Mitterrand die vollständige Abschaffung aller Personen- und Warenkontrollen an der deutsch-französischen Grenze als Vorstufe zur Aufhebung sämtlicher Hindernisse für den freien Verkehr in der Europäischen Gemeinschaft. Rines Tages sollten „alle Angehörigen der Staaten der EG die Grenzen ungehindert überschreiten können“.

In diesem Zusammenhang begrüßten Kanzler und Staatspräsident die eingeleiteten Schritte zur Harmonisierung der den Grenzkontrollen zugrundeliegenden Rechtsvorschriften. Sie erließen den Auftrag, die dazu notwendigen weiteren Maßnahmen sofort in die Wege zu leiten.

Nach Angaben Kohls ist bei den Gipfelkonsultationen, an denen auf beiden Seiten zahlreiche Minister teil-

nahmen, ausführlich über die Arbeit der vom Europa-Gipfel eingesetzten Ad-hoc-Kommission zur institutionellen Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft gesprochen worden. Er sei sich mit Mitterrand darin einig, daß Bonn und Paris vor dem endgültigen Bericht der Kommission im kommenden Frühjahr prüfen würden, welche Vorschläge noch zusätzlich für die Herbeiführung der politischen Union gemacht werden könnten.

Kanzler und Präsident waren sich auch einig, daß der EG-Beitritt Spaniens und Portugals termingemäß zum 1. 1. 1986 verwirklicht werden soll. Dafür wollen beide ihren Beitrag leisten. „Mit besonderer Sorge“ erörterten die Gipfeltteilnehmer nach den Worten Kohls die Entwicklung in Polen. Sie wollten ihren Beitrag leisten, um die Beziehungen konstruktiv zu entwickeln.

Der Kanzler legte Mitterrand eingehend die Ansicht Bonn dar, daß gegen die „dramatische Entwicklung des Waldsterbens“ innerhalb der EG energisch vorgegangen werden müsse. Die Bundesregierung sehe in dem Katalysator für die Autos derzeit die beste Lösung, sei aber für andere andere Lösungen offen. Inzwischen sei, daß die Schadstoffe umso mehr reduziert würden.

## Wenn die Chefin einmal piept.

Dann kann Herr Breschwang davon ausgehen, daß es wichtig ist. „Piep“ sagt ihm: „Bitte noch heute im Büro melden“. Herr Breschwang und seine Leute sind für Gebäudereinigung zuständig. Die Signale der Chefin empfängt er mit einem kleinen Gerät, das er in der Jackentasche hat. Dieses Gerät heißt Eurosignalempfänger. Hört sich schwierig an, funktioniert aber ganz einfach.

Stellen Sie sich vor, Sie hängen gerade im obersten Stockwerk, gleich ist Feierabend. Ihre Chefin hat für morgen früh einen Großauftrag angenommen. Normalerweise würden Sie zu spät davon erfahren. Mit dem Eurosignal dagegen sind Sie jederzeit erreichbar. In Deutschland und sogar in Frankreich. Die Chefin wählt also Ihre Funkrufnummer. Das Eurosignal läßt es bei Ihnen piepen. Sie rufen bei nächster Gelegenheit Ihre Firma an und haben den Auftrag in der Tasche. Jetzt sagen Sie: „Ich hab' gar keine Chefin“. Macht nichts, denn jeder moderne Anrufbeantworter kann Ihnen das „Piep“ genauso gut rüberschicken. Dann rufen Sie eben den an und wissen auch Bescheid. Und wenn Sie keinen Anrufbeantworter haben, kann Sie der Fernsprechauftragsdienst erreichen. Sie sehen, das Eurosignal erwischt Sie so oder so.

Sollten Sie noch Fragen zum Thema Eurosignal haben, lassen Sie sich bei der Technischen Vertriebsberatung Ihres Fernmeldeamtes oder in jedem Telefonladen ausführlich beraten. **Damit Sie erreichbar sind. Eurosignal.**

Post

مكتبة الأمل



## Gefilterter Marktkampf

JB. - Die deutsche Zigaretten-Industrie hat ein Schlachtfeld früherer Jahre wiederentdeckt. Nachdem in den vergangenen Monaten als Wettbewerbsparameter der Preis im Vordergrund stand, rückt nun erneut das Produkt in den Mittelpunkt. Ausgelöst hat den Wirbel die BAT mit einer Marke, die mit einem neuartigen Filter ausgestattet von sich behauptet, sie sei „Die erste Kräfte, die eine Leichte ist“.

Gegen dieses „Wunderding“ ist die Konkurrenz auf die Barrikaden gegangen. Wie schon in den USA und der Schweiz, wo sich Gerichte seit Jahren um den neuen Filter kümmern müssen, spricht die Branche von einem „üblichen Bluff“ der BAT. Der Filter produzierte nur in den Abbruch-Maschinen die niedrigen Werte, nicht jedoch beim Rauchen durch den Mund.

Auswertungsergebnisse dieser Art gehören seit Jahren zum Wettbewerbs-Repertoire der Zigaretten-Industrie. Man erinnere sich nur an die heftigen Gefechte, die Mitte der siebziger Jahre mit der Einführung der „superleichten“ Zigaretten verbunden waren. Auf dem stagnierenden Markt, der Gewinne des einen nur zu Lasten des anderen zuläßt, gilt es zu verhindern, daß „Innovationen“ Fuß fassen können.

Fräglich bleibt allerdings, ob die Branche und vor allem die BAT gut beraten war, den Markt in neue Tur-

bulenzen zu stürzen, kaum daß er sich von den Preiskämpfen beruhigt hat. Der offene Streit über Nikotin- und Teerwerte könnte vor allem die Diskussion über Rauchen und Gesundheit neu beleben und den Gesetzgeber animieren, über neue Beschränkungen in der Werbung nachzudenken. Daran kann der Branche wenig gelegen sein, hat sie doch Probleme genug mit ihrem „sensiblen“ Produkt Zigarette.

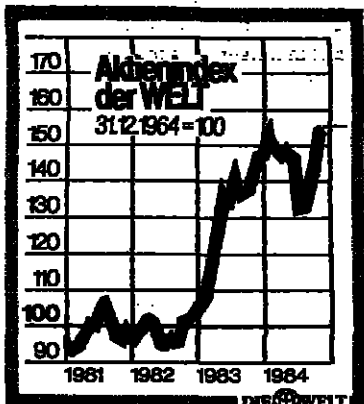
## Gutes Signal

J.G. - „Wenn wir für die Hoffnungen von Morgen wieder attraktiv sind, so sollte das auch für uns ein Grund sein, das Krisen-gedächtnis aus den Anzeichen zu schärfen.“ Ruprecht Vondran, Geschäftsführer des deutschen Stahlproduzentenverbandes, verkündete so jetzt ein gutes Signal aus dieser langjährigen Krisen-Branche. Zur nächsten Runde seines „Trainee-Programms“, das aus Jungakademikern kaufmännischen Führungs-nachwuchs macht, bekam der Verband auf Anhieb für kaum zehn offene Stellen rund 300 Bewerbungen, darunter viele mit hervorragender Qualifikation. Ein gutes Signal ist es immerhin. Das Gesund-schreien der Branche bringt qualifizierten Leuten eher bessere Chancen als zuvor. Viel hat das auch mit dem Marsch zu höheren Stahlqualitäten zu tun. Die konstante Zahl von Stahl-Ingenieuren belegt das seit langem. Junge Wirtschaftswissenschaftler und Juristen begreifen es nun wohl auch.

## Börsianer können hoffen

Von CLAUD DERTINGER

Die deutsche Aktienbörse hat eine Verschnaufpause eingelegt. Von dem Schwung, mit dem der Markt in einen, wie es schien, goldenen Oktober ging, ist nichts mehr zu sehen. Die schönen Kursgewinne, die den Aktienindex der WELT zum Beginn der dritten Dekade fast wieder auf seinen absoluten Höchststand steigen ließen – die Marke von 180 wurde nur um 0,2 Punkte verfehlt – sind größtenteils wieder verlorengegangen. Gestern lag der Index mit 156,6 praktisch auf dem gleichen Stand wie vor einem Monat (155,1). Nun ist eine Konsolidierungspause nach einem kräftigen Kursanstieg eigentlich etwas ganz Normales; immerhin war ja das Kursniveau seit dem Jahrestiefstand von



Ende Juli um 19 Prozent geradezu explodiert. Doch der Rückschlag wäre vermutlich mäßiger ausgefallen, wenn es nicht einige Ereignisse gegeben hätte, die den Börsianern überhaupt nicht ins Konzept paßten. Da war einmal die bescheidene Wachstumsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute, die an der Börse enttäuscht hat. Einiges scheint jedoch dafür zu sprechen, daß die Professorensicht nicht so ganz ins Schwarze getroffen haben, weil sie offenbar zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung noch nicht über die neuesten – und besseren – Daten verfügten.

Ein Wirtschaftswachstum von nur zwei Prozent im nächsten Jahr bedeutet, wenn man den statistischen „Überhang“ berücksichtigt, praktisch Stagnation. Und das ist ja wohl, selbst wenn man sich realistischere auf eine Verlangsamung des Expansionsstempels einstellen muß,

etwas zu pessimistisch. Darüber sollten die Börsianer zur Tagesordnung übergehen.

Auch sollten sie sich wegen der politischen Unfälle und Störungen nicht allzu verrückt machen lassen, weil derartige Belastungen erfahrungsgemäß nach einiger Zeit veratmet werden. Natürlich ist das Barzel-Beben äußerst mühsam, aber es erschüttert ja nicht die Grundfesten der Republik. Bedenklich ist es allerdings, wenn der Zinrück aufkommt, die Bundesregierung sei nicht stark genug, eine solche Krise rasch genug zu meistern. Und derartige Hörte man letztlich des öfteren von ausländischen Anlegern, was denn auch einer der Gründe dafür war, daß sie sich seit der vierten Oktoberwoche von der deutschen Börse zurückzogen. Aber warum sollten die Ausländer nicht wieder an den Markt zurückkehren, wenn es den regierenden Politikern gelingt zu verhindern, daß sich die Parteipensienäre zu einer Staatskrise auswachsen? Diese Hoffnung hat die Börsenplätze gestern bereits zu antizipieren begonnen, nachdem sie es selbst war, die zuvor – auch unter dem Eindruck des Wahlerfolgs der grünen Chartisten in Baden-Württemberg – mit Gattstellungen und Angstverkäufen die Kurse unter Druck gesetzt hatte.

Die Chancen, daß die Börse nach der Konsolidierungspause wieder in Schwung kommt, sind also gar nicht so schlecht. Vermutlich wird der Aktienmarkt auch wieder Impulse von der Zinsfront bekommen. Dort gab es zwar in der letzten Woche ebenfalls einen deutlichen Rück-schlag. Aber der spiegelt nicht etwa Pessimismus wieder, sondern eine Bereinigung nach spekulativer Überhitzung. Angesichts der nach wie vor sehr hohen Realverzinsung und des nur mäßigen Kreditbedarfs des Staates, der Wirtschaft und des Wohnungsbaus ist jedenfalls die Wahrscheinlichkeit eines weiteren Zins-rückgangs höher einzuschätzen als die Gefahr wieder steigender Zinsen. Natürlich hängt die Zinsentwicklung auch vom Zinstrend in den USA ab und davon, für wie attraktiv internationale Anleger die D-Mark halten. Doch auch bei den US-Zinsen gibt es noch Lichtblicke, und die D-Mark dürfte bei Dollarkursen von über drei Mark wohl noch nicht ausgereizt sein.

## KATALYSATOREN / Steuerbefreiung möglicherweise schon ab 1. Januar 1985

### Finanzielle Erleichterungen auch für Diesel-Personenautos vorgesehen

Auch schadstoffarme Diesel-Pkw sollen von der Kfz-Steuer befreit werden, allerdings nur halb so lange wie vergleichbare Benzinfahrzeuge. Das sieht der Gesetzentwurf von Finanzminister Stoltenberg vor, den das Kabinett am 7. November verabschieden will. Innenminister Zimmermann plädiert dagegen für gleich hohe Steuerbefreiung. Entweder kommt es noch vor dem 7. November zu einem Chefgespräch der beiden Minister, oder die Frage muß im Kabinett entschieden werden.

Das Argument des Finanzministers lautet, daß die Mehrkosten zur Schadstoffbeseitigung für diese Fahrzeuge nur etwa halb so hoch seien wie die für vergleichbare Benzin – eine Auffassung, der sich auch Verkehrsminister Dollinger anschließt. Eine gleich lange Steuerbefreiung führe daher zu einer „Übersubventionierung“ und brächte Bonn in Schwierigkeiten mit der EG. Angesichts der ohnehin nicht geringen Widerstände einiger Mitgliedsländer gegen die Bonner Politik soll hier keine neue Front aufgebaut werden.

Zur beschleunigten Einführung schadstoffarmer Pkw sieht der Gesetzentwurf ferner vor, daß die Kfz-Steuerbefreiung nicht erst, wie vom Kabinett am 19. September beschlossen, am 1. Juli 1985 wirksam wird, sondern voraussichtlich schon am Monatsanfang 1985. Das könnte, wenn alle parlamentarischen Hürden im Eilverfahren genommen werden, der 1. Januar 1985 sein. In diese Richtung gehen auch die Wünsche der Länder.

Auf deren Anregung wurden im Gesetzentwurf die Pkw mit einem Hubraum über 3500 Kubikzentimeter

nochmal unterteilt. Dadurch wird die Steuerbefreiung für Fahrzeuge von 3500 bis 4500 ccm von vier auf drei und für Fahrzeuge über 4500 ccm von vier auf zwei Jahre verkürzt.

Das Gesetz sieht außerdem eine Ermäßigung der Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um zwei Pfennig vor. Da gleichzeitig die Mineralölsteuer für verbleites Benzin um zwei Pfennig erhöht wird, entsteht eine Differenz von vier Pfennig, die nach Vorstellung der Bundesregierung die Mehrkosten für das bleifreie Benzin in etwa kompensieren könnte, so daß Preisgleichheit erzielt wird. Auch die Ermäßigung wird jetzt auf den Jahresanfang vorgezogen.

Daß von den verantwortlichen Politikern nach monatelanger Diskussion jetzt bald mit Kopf und Herz getaktet werden, erfordert schon alleine die inzwischen totale Verunsicherung des Marktes. Zunehmend registrieren die deutschen Automobilhersteller, wie eine Umfrage der WELT ergab, daß Neuausschaffungen aufgeschoben werden, bis klare Vorschriften erlassen werden. Und als total übertrieben werden Meldungen bezeichnet, die von einer schon leb-

haften Nachfrage nach Autos mit Katalysatoren berichten.

Fast einstimmig bewerten die vier deutschen Unternehmen (Daimler-Benz, BMW, VW und Audi), die seit Anfang 1984 Katalysator-Fahrzeuge in der Bundesrepublik anbieten, den Absatz solcher Modelle als äußerst zäh. So konnten Daimler-Benz, BMW und Audi im ersten Halbjahr lediglich jeweils nur rund 150 Fahrzeuge mit Katalysator-Technik verkaufen. Und selbst die Auslieferungen bei VW von 1850 Einheiten per Mitte Oktober nehmen sich vor dem Hintergrund von über zwei Millionen Kfz-Neuzulassungen, die für 1984 in der Bundesrepublik zu erwarten sind, recht bescheiden aus.

Auf ein etwas lebhafteres Interesse stößt – auch ein Zeichen der Verunsicherung – bei VW und Audi das jüngste Angebot, Wagen mit im Kofferraum beigelegtem Katalysator zum nachträglichen Einbau zu liefern. Für solche Modelle gingen in den letzten vier Wochen bei VW 3300 und bei Audi rund 600 Bestellungen ein. Bei BMW wird dieser Versuch für das eigene Haus als nicht praktikabel bewertet, da dies für Hochleistungs-motoren nicht möglich sei.

Betont wird von allen Herstellern, daß man die Angebotspalette der Katalysator-Autos erweitern will. Dabei komme es entscheidend darauf an, daß eine Bandbreite und flächendeckende Versorgung mit bleifreiem Super-Benzin gewährleistet ist.

## OPEC-SONDERKONFERENZ

### Noch immer Gerangel um die Aufteilung der Förderquoten

L. ZÜCKER, Genf

Auf der Opec-Sonderkonferenz wird zur Zeit darum gekämpft, welches Land wieviel des Erdölförder-schnitts übernehmen muß, nachdem die Konferenz in Genf einstimmig beschlossen hatte, vorübergehend die offizielle Fördermenge um 1,5 Millionen auf 16 Millionen Barrel zu senken. Diese mäßige Produktionskürzung wurde vom Opec-Präsidenten, dem indonesischen Energieminister Subroto, als temporär bezeichnet, da das Kartell auf einen kalten Winter in der westlichen Hemisphäre, auf einen höheren Ölverbrauch und damit auf eine Festigung der Ölpreise für die nächsten zwei Monate hoffe.

Beim Gerangel um die Quoten-zuteilung haben die meisten Staaten – außer den Saudis, die sich verbal bereits zu einem substantiellen Anteil verpflichtet haben – die Dollarein-nahmen dringend nötig. Doch nach Opec-Präsident Subroto sollen alle 13 Opec-Mitglieder solidarisch etwas Öl vom Markt zurückziehen. Gegenwärtig wird mit allen Mitteln versucht, auch Nigeria zu einer symbolischen Produktionsrücknahme zu bewegen, um damit die Disziplin der Opec-Mitglieder zu beweisen. Doch der Energieminister Tam David-West des mit 22 Milliarden Dollar Auslandsschulden schwer belasteten Nigeria will hart bleiben.

Bei der Höhe der Produktionsrück-nahme stützt sich die Opec auf die neuesten Zahlen des voraussichtlichen OECD-Verbrauchs im vierten

Quartal 1984, der auf 35,5 Millionen Barrel veranschlagt ist. Davon soll der Opec-Anteil 19,3 Millionen Barrel betragen – zwei Millionen mehr als im dritten Quartal.

Ölexperten der Genfer Konferenz sind sich einig, daß der Produktions-schnitt sich kurzfristig stabilisierend auf die Preise auswirken wird, sofern die Opec ihre 13 Mitglieder auf die Einhaltung der neuen offiziellen Fördermenge von 16 Millionen Barrel verpflichten kann. Gleichzeitig weisen sie jedoch darauf hin, daß die effektive Fördermenge heute bereits zwischen 16 und 16,5 Millionen Barrel liege. Danach versucht die Opec mit dem Kürzungsvorschlag also, mit einem Minimum an Aufwand den Markt kurzfristig zu beruhigen.

Ohändler sind der Ansicht, die Produktionsreduktion sei ein guter Anfang, damit sich jedoch nur eines der Probleme gelöst. Die gegenwärtigen Opec-Preise seien zu hoch, und solange sich die Opec nicht mit den Preisen befasse, sei der vorgeschene Produktions-schnitt nur als „erste Hilfe“ zu werten. Die zerbrochene Preisstruktur, welche den internationalen Ölmarkt bisher zusammengehalten hat, sei auseinandergebrochen. Sofern die Opec die Produktion nicht mehr kürze und zudem den Richtpreis nicht bis zum ersten Quartal 1985, wenn erfahrungsgemäß weniger Öl verbraucht wird als im vierten Quartal, auf 25 bis 27 Dollar heruntersetze, werde der Markt sein Gleichgewicht nicht finden.

## AUF EIN WORT



Die Frage der Arbeitszeit hängt davon ab, wie wettbewerbsfähig man auf dem Markt sein kann. Wenn man die Arbeitszeit einfach nur um fünf Stunden pro Woche reduziert, führt das zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit von elf bis zwölf Prozent.

Daniel P. Weadock, Präsident der ITT Europe Inc. FOTO: FERNAND ANTOINE

### Eser wird neuer IATA-Generalsekretär

dpa/VWD, Köln/Montreal

Prof. Günter O. Eser (57), Vorstandsmitglied der Deutschen Lufthansa in Köln, ist in Montreal zum neuen Generalsekretär der Internationalen Luftfahrtorganisation IATA gewählt worden. Diese beständige die Lufthansa, aus deren Diensten Eser damit ausscheidet. Eser tritt sein neues Amt am 1. Januar 1985 als Nachfolger des langjährigen schwedischen IATA-Generalsekretärs Knut Hammarström an. Ein Nachfolger für Eser im Lufthansa-Vorstand, wo er für den Bereich Verkauf zuständig war, steht nach Angaben der Lufthansa-Pressestelle noch nicht fest. Eser begann seine Lufthansa-Laufbahn 1955 in der kaufmännischen Direktion der Kölner Hauptverwaltung. 1978 wurde er in den Vorstand der Lufthansa berufen.

## DEUTSCHER EINZELHANDEL

### Hauptgemeinschaft fordert Politik der klaren Linie

JAN BRECH, Hamburg

Eine herausragende Rolle für die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg dem Handel bescheinigt. Auf der 35. Delegiertenversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in Hamburg versicherte Stoltenberg, daß für die Bundesregierung der Handel und die mittelständische Wirtschaft insgesamt ein zentraler Bereich sei, dem sie hohe Aufmerksamkeit widme. Ziel sei es, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch weiter zu verbessern. Mit der eingeleiteten Haushalts- und Steuerpolitik habe die Regierung klare Bedingungen für den Mittelstand geschaffen. Der Rückgang des Staatsanteils schaffe Freiraum für private Initiative.

Der scheidende Präsident der Hauptgemeinschaft, Friedrich Conzen, erklärte demgegenüber, daß der deutsche Einzelhandel noch immer die große mittelständische politische Komponente vermissen. Das Versprechen, die Rahmendaten zu verbessern, reiche noch nicht aus.

Zu einer Politik der klaren Linie passe nicht, wenn etwa die Diskussion um das Ladenschlußgesetz ohne Not wieder vom Zaun gebrochen werde oder wenn man während der gesamten Diskussion um die Steuerreform das Damoklesschwert einer neuen Mehrwertsteuererhöhung über dem Handel schweben lasse.

Als weitere Musterbeispiele, wie Staatsverdrössenheit provoziert werde, nannte Conzen das finanzpolitische Tauschen um die „Gewerbesteuerumlage“ für den Einzelhandel und „den Umfang der Schnaps- und Butterfahrten“.

## MINERALÖLWIRTSCHAFT

### Oehme: Niedrige Spotpreise geben zu Besorgnis Anlaß

HANS BAUMANN, Essen

Sorge über die niedrigen Spotpreise an Welt-Ölmarkt äußerte der Vorsitzende des Vorstandes der Esso AG, Wolfgang Oehme, in einem Vortrag in Würzburg. Einige Unternehmen – auch in der Bundesrepublik Deutschland – versorgten sich an diesem Markt, um kurzfristige Verluste einzugehen. Damit aber werde nur ein vorübergehender betriebswirtschaftlicher Vorteil gegenüber jenen Unternehmen erzielt, die sich auf der Basis langfristiger Kontrakte versorgten. Das Ergebnis sei, daß die Spotpreis-Nutzer eine längerfristige stabile Versorgung vernachlässigten.

Die Frage, ob „solche Signale mit den Versorgungsbedürfnissen in zehn bis 15 Jahren übereinstimmen“, beantwortete Oehme mit „Nein“. Die Gefahr einer erneuten Versorgungs-lücke in Energiefragen liegt nach Oehme vor allem darin, daß die Bedarfs-

entwicklung – etwa in der Bundesrepublik – hinter früheren Einschätzungen zurückbleibe. Jetzt würde mit wesentlich geringeren Steigerungsraten gerechnet. So erwartet auch Oehme, daß der Energieverbrauch in der Bundesrepublik im Jahr 2000 mit rund 400 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten nur um etwa zehn Prozent über dem Verbrauch von 1983 liegen wird. Weltweit aber werde die Explosion der Weltbevölkerung den Energiebedarf kräftig steigen lassen.

Um diesen Bedarf decken zu können, müßten rieseninvestitionen vorgenommen werden, die aber nur dann möglich seien, wenn das derzeitige Preisniveau wieder steige. Dies werde aber wohl dann erst möglich sein, wenn Angebot und Nachfrage sich einpendelten. Gegenwärtig jedenfalls seien weltweit die Ölförderkapazitäten nur zu 80 Prozent ausgenutzt.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Uneinheitliche Zinspolitik

Bonn (DW). - Während die Zinsausstattung der Bundesobligationen und der Finanzierungsschätze nach Mitteilung der Bundesbank vom kommenden Donnerstag an erhöht wird, senkt mit sofortiger Wirkung die Lastenausgleichsbank (LAB) die Zinssätze in den Förderprogrammen für Existenzgründungen und Umweltschutzinvestitionen. Die neuen Bundeskonditionen für die 7,00-Prozent-Obligations Serie 51 von 1984 (1989) lauten: Ausgabekurs 99,80 (100,50) Prozent, Rendite 7,05 (6,88) Prozent. Die Finanzierungsschätze werden verkauft bei einjähriger Laufzeit zu einem Verkaufspreis von 5,17 (5,12) Prozent und einer Rendite von 5,45 (5,40) Prozent, bei zweijähriger Laufzeit zu 5,83 (5,71) Prozent bzw. 6,40 (6,25) Prozent. Im LAB-Ergänzungsprogramm L hingegen kosten die Kredite jetzt statt 7,0 bis 7,5 Prozent. Bei gleichzeitiger Verbesserung des Auszahlungskurses von 95 Prozent auf 96 Prozent ergibt sich eine effektive Belastung von 7,1 (6,19) Prozent. Das LAB-Programm L ergänzt in erster Linie das ERP-Existenzgründungsprogramm, dessen Zins ebenfalls von 7 Prozent auf 6,5 Prozent (100 Prozent Auszahlung) gesenkt wurde.

### Nordseeöl dominiert

Eschborn (dpa/VWD). - Genau 29 Prozent des Import-Erdöls stammte in den ersten neun Monaten 1984 aus der Nordsee. Wie das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft gestern mitteilte, lieferten Großbritannien 12,9 Mill., Norwegen 1,48 Mill. und Dänemark 257 000 Tonnen Rohöl. Großbritannien steht damit an der Spitze von insgesamt 25 Lieferländern der Bundesrepublik, gefolgt von Libyen, Nigeria, der Sowjetunion und Saudi-Arabien. Insgesamt stiegen die Importe seit Jahresanfang um 3,5 Prozent auf 50,8 Mill. Tonnen.

### Ruhestand geregelt

Bonn (VWD). - Das Bundesfinanzministerium hat nach Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder die steuerrechtliche Bildung von Rückstellungen für die Ver-

pflichtung zur Zahlung von Vorruhestandsleistungen geregelt. Die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Zahlung von Vorruhestandsleistungen kann steuerrechtlich durch Bildung einer Rückstellung berücksichtigt werden. Die Rückstellung ist entsprechend den Grundsätzen des Paragraph 6 a EStG vorzunehmen. Das bedeutet u.a. Passivierungswahlrecht, Nachholverbot, Rechnungs-schluß in Höhe von sechs Prozent (in Berlin in Höhe von vier Prozent) und Verteilungswahlrecht nach Paragraph 6 a Abs. 4 EStG.

### Kein konkretes Angebot

München (dpa/VWD). - Die Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA, Düsseldorf, hat bisher für ihren Rüstungskonzern Krauss-Maffei AG, München, kein konkretes Angebot zum Werkzeug- und Maschinenhersteller Grob-Werke GmbH & Co. KG, Mindelheim, erhalten. Ein Flick-Sprecher sagte, es gebe nach wie vor viele Interessenten für den Hersteller des Kampfpanzers Leopard 2.

### Japanischer Bilanzrekord

Tokio (dpa/VWD). - Japans Leistungs- und Handelsbilanzüberschüsse erreichten im ersten Finanzjahr (April bis September) mit 18,8 Mrd. Dollar bzw. 23,3 Mrd. Dollar neue Spitzenwerte. Nach vorläufigen Zahlen des japanischen Finanzministeriums schloß hingegen die langfristige Kapitalbilanz mit einem Defizit von 26,8 Mrd. Dollar. Ursache dafür sei der anhaltende Kapitalabfluß in die US-Hochzinsregion. Die Exporte seien im genannten Zeitraum um 18,3 Prozent auf 85,5 Mrd. Dollar gestiegen, die Einfuhren um 14,8 Prozent auf 62,2 Mrd. Dollar.

### Mäßvolle Kreditlinie

Frankfurt (rd). - Die deutschen Banken stehen als Kreditgeber Südamerikas nach den Worten von Bundesverbandspräsident Christian Schroeder-Hohenwirth erst an sechster Stelle. Nach Schätzungen aus Bankkreisen verteilen sich die Lateinamerika-Engagements zu rund 40 Prozent auf US-Banken, zu 15 Prozent auf japanische, zehn Prozent auf britische und sieben Prozent auf deutsche Institute.

## MASCHINENBAU

### Aufträge aus dem westlichen Ausland fließen schneller

INGE ADHAM, Frankfurt

Der hohe Dollarkurs begünstigt die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer im Wettbewerb um Aufträge in den USA und auf wichtigen Dritt-märkten. Die gute Auftragsentwicklung aus dem Ausland schlägt sich inzwischen zunehmend auch in den Exporten nieder, hält der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) fest. In den ersten acht Monaten stiegen die Ausfuhren auf 51 Mrd. DM, gegenüber der gleichen Zeit 1983 ein reales Plus von mehr als fünf Prozent. Dabei gingen die Wachstumsschübe fast ausschließlich von westlichen Industrieländern aus, heißt es weiter. In sie gingen, mit den USA an der Spitze, 73 Prozent der Ausfuhren.

Das Bild wird vorerst so bleiben; denn auch im September stiegen die Bestellungen aus dem Ausland (real

plus 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr) deutlich stärker als die aus dem Inland (plus ein Prozent). Im Dreimonatsvergleich gingen 17 Prozent mehr Aufträge ein als im Vorjahr (Ausland plus 17, Inland plus zehn Prozent). Für die ersten neun Monate zusammen genommen, summiert sich das Plus bei den neuen Aufträgen für die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer auf real zehn Prozent; dabei wuchs die Auslandsorders um 14 Prozent, die Inlandsbestellungen dagegen nur um vier Prozent.

Auch 1983 rechnet der VDMA mit einer weiteren Zunahme der Auslandsaufträge, wobei es allerdings zu einer Abflachung der Zuwachsraten kommen werde. Sorgen macht den Maschinenbauern die Ausbreitung bilateraler Kompensationsgeschäfte, die bereits sechs bis acht Prozent des Welthandels ausmachen.

## INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT / Untersuchung zur Exportsituation

### Bundesrepublik verbessert Position

HANS-J. MARHKE, Bonn

Der deutsche Anteil am Export der Industriestaaten ist zwischen 1970 und 1983 um 0,7 Punkte auf 14,8 Prozent gestiegen. Nach Ansicht des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) darf dies jedoch nicht überbewertet werden. Denn die Weltmarktsituation der deutschen Exportwirtschaft erscheint in der Statistik wegen der D-Mark-Abwertung gegenüber dem Dollar in den letzten fünf Jahren ungünstiger, als sie in Wirklichkeit ist. Mehr noch: Bei einer Nettobetrachtung, bei der die Importaufwendungen von den Exporterlösen abgezogen werden, zeigt sich, daß die Bundesrepublik neben Japan das einzige Industrieland ist, das seine Position verbessern konnte.

Nach der Analyse des Instituts erstrecken sich die Anteilsverluste auf fast alle regionalen Absatzmärkte der Bundesrepublik. Ins Gewicht fällt vor allem der Verlust auf den Mär-

kten der Industrieländer um 0,6 Punkte. Auch wenn hier in den vergangenen Jahren die Wachstumsdynamik geringer war als in den Opec-Staaten und in den asiatischen Schwellenländern, so fließen immer noch 72 Prozent des Welthandels in die entwickelten Regionen. Das Marktvolumen der asiatischen Schwellenländer beträgt nur 4,5 und das der Opec-Gruppe 8,4 Prozent. Anteilsverluste konnten unter den Industriestaaten Japan und Italien verbuchen.

Da die Statistik in Dollar geführt wird, verzerren Wechselkursveränderungen den Vergleich. Hätten sich in den vergangenen Jahren alle Währungen parallel zum Dollar entwickelt, so hätte der deutsche Anteil am Weltexport 1983 nicht bei 14,8, sondern bei 18 Prozent gelegen.

Die Nettobetrachtung zeigt, daß die Bundesrepublik ihren Überschub während des Zeitraums um 12,5, Japan jedoch um 20,5 Milliarden Dol-

lar erhöhen konnte. Die USA mußten dagegen eine Verschlechterung ihrer Handelsbilanz um 60,8 Milliarden Dollar hinnehmen. Die Bundesrepublik erwirtschaftete im Beobachtungszeitraum fast Viertel ihres wachsenden Nettoexportüberschusses bei ihren traditionellen Hauptkunden, den europäischen Industrieländern.

Nur zwei Industrieländer, nämlich Großbritannien und die Bundesrepublik, erwirtschafteten gegenüber den Oststaaten wachsende Überschüsse. Für das deutsche Nettoexport-Plus von 2,54 Milliarden Dollar spielten der abgeschwächte Rohölbedarf und die Ölkäufe in anderen Ländern eine entscheidende Rolle.

Im Osthandel verbuchten die USA und Japan größere und schneller wachsende Überschüsse als die Bundesrepublik. Bei den USA liegt das an den Getreidelieferungen, bei Japan am Handel mit Industriewaren.

„Zum guten Ton gehört ein guter Sherry.“

**Harveys Bristol Cream.**



ÖSTERREICH / Fünf Prozent mehr Lohn für Metaller

## Keine Arbeitszeitverkürzung

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien  
Wenig zurückhaltend gaben sich die österreichischen Metallarbeiter bei der abgeschlossenen Lohnrunde. Wenigstens die geforderte Arbeitszeitverkürzung nicht sofort durchführten, so haben sie doch eine Erhöhung der Reallohn um 4,8 Prozent und der Mindestlöhne um sechs Prozent ab 1. November erreicht. Damit liegen sie doch deutlich über der für 1989 erwarteten Inflationsrate von maximal vier Prozent.

Was die Arbeitszeitverkürzung betrifft, so gehen in Österreich die Uhren anders als in der Bundesrepublik.

Anzeige

Wenn die  
**BÖRSE**  
für Sie  
ein Thema ist:

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten:  
Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-  
Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-  
Datum) gegen Entgelt schriftlich zu widerrufen bei:  
DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30,  
2000 Hamburg 36

Bestellchein  
Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen  
Termin bis auf weiteres die WELT. Der monat-  
liche Bezugspreis beträgt DM 35,00 (Ausland  
39,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige  
Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwert-  
steuer eingeschlossen.

Name: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung inner-  
halb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen-  
ständig zu widerrufen bei: DIE WELT,  
Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Wertpapierhandel  
in Ungarn gefragt

AP, Budapest

Zum ersten Mal seit der kommunistischen Machtübernahme hat in der Volksrepublik Ungarn wieder ein privater Handel mit Wertpapieren stattgefunden. Ein Budapest Wochenmagazin berichtete, der EF-fektenmarkt sei jüngst von der ungarischen Staatsentwicklungsbank in ihrer Zentrale organisiert worden. Das Blatt zitierte Bankdirektor Janos Radnoti mit den Worten, die Staatsentwicklungsbank habe, wenn auch nur für einen kurzen Moment, die Geburt der einheimischen Wertpapierbörse erlebt. Titel mit einem Nennwert von 10 000 Forint (rund 600 Mark) seien, "weggegangen wie warme Semmeln", nach Bankauskunft vorwiegend an Pensionäre. Der Zinsgewinn von jährlich elf Prozent bei sieben Prozent Inflation ist steuerfrei.

GROSSBRITANNIEN / 8. Jahreskonferenz des Industrieverbandes in Eastbourne

## Fragestunde mit der Premierministerin

WILHELM FURLER, London  
Nie zuvor waren die Sicherheitsvorkehrungen bei einem Treffen der britischen Unternehmenswelt so streng, wie sie es bei der 8. Jahreskonferenz des britischen Industrieverbandes CBI vom kommenden Sonntag bis Dienstag im südenglischen Seebad Eastbourne sein werden. Denn Premierministerin Margaret Thatcher hat sich zu einer "Fragestunde" am Eröffnungsbend der Konferenz bereit erklärt.

Mindestens zwei Stunden lang wird Frau Thatcher Fragen aus der Runde der rund 1000 erwarteten Unternehmer und Direktoren beantworten. Mit "Wirtschaft und Politik", oder "Was den Unternehmer bedrückt", könnte diese Fragestunde überschrieben werden, zu der zum ersten Mal in der Reihe der CBI-Eröffnungsbende mit führenden Politikern die Regierungschefin selbst Rede und Antwort stehen wird.

Der diesjährige Unternehmertag steht unter dem Motto "Innovation und Unternehmertum", und wird sich insbesondere auf die wichtige Aufgabe des Unternehmertums kon-

zentrieren, "zur Sicherstellung eines gesunden Wirtschaftswachstums während der achtziger Jahre und darüber hinaus eine mittelfristige Strategie zu erarbeiten". Der Ansatz einer solchen Strategie kommt in den einzelnen Tagesordnungspunkten deutlich zum Ausdruck.

So heißt es in dem Programm unter anderem, Großbritannien müsse "den Unternehmertum neu beleben" und ebenso zu einer "Kapitalbesitzenden Demokratie" werden. Die Aktienbesitzer müssten sich eine der wichtigsten Aufgaben, nicht zuletzt deshalb, weil dadurch die Bedeutung von Industrie und Handel für Wohlstand und Lebensstandard der Nation bewahrt werde. Das Land brauche dringend neue Ansätze, damit die Tugenden des Risiko-Bewusstseins, Unternehmertums, Schaffung von Wohlstand, Leistung, Tüchtigkeit und Initiative wieder für das ganze Land und die ganze Gesellschaft ihre alte Bedeutung erlangten.

Das Vertrauen der Unternehmer in die wirtschaftliche Zukunft der näch-

sten Monate hat übrigens durch den langen Bergleute-Streik und die damit verbundene Pfund-Schwäche einen merklichen Knacks erhalten. Zum Ausdruck kommt dies in der letzten Quartalsumfrage, die der CBI bei 1650 Mitgliedsunternehmen durchgeführt hat. Zum Zeitpunkt dieser Umfrage bestand allerdings noch die Drohung der britischen Steiger und des Graben-Sicherheitspersonals, ebenfalls in den Streik zu treten. Dies hätte die Schließung aller Zechen bedeutet und möglicherweise erhebliche Strom-Lieferungsschwierigkeiten im Winter zur Folge gehabt.

Der gleichen Umfrage zufolge erwarten die Unternehmen der verarbeitenden Industrie für die nächsten vier Monate aber auch eine weitere Zunahme von Nachfrage, Produktion und Exporten. Das Wirtschaftswachstum werde sich fortsetzen, sich allerdings dabei leicht abschwächen. Wie die meisten Wirtschaftsinstitute rechnet inzwischen auch der CBI mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, nämlich um 0,8 Prozent der gegenwärtig 3,284 Millionen Arbeitslosen in den nächsten vier Monaten.

CHAMPAGNER / Schwache Ernte - Bundesrepublik beim Import an dritter Stelle

## Real sollen Preise nur für den Handel steigen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris  
Mit 8500 bis 9000 Kilogramm Trauben pro Hektar dürfte die in diesen Tagen begonnene Weinernte der Champagne erheblich unter dem Durchschnitt der letzten Jahre liegen. Der Branchenverband CIVC, in welchem die Produzenten mit dem Handel zusammengeschlossen sind, veranschlagt den Ertrag dieser Ernte auf 1,5 Mill. Hektoliter. In den beiden letzten außergewöhnlich guten Jahren waren es 2,3 und 2,2 Mill. Hektoliter gewesen.

Obwohl der Traubenpreis für die beste Qualität gegenüber 1983 auf 18,07 (15,53) Franc je Kilogramm von dem mit legislativen Befugnissen ausgestatteten Verband kräftig erhöht wurde, um die Winzer für ihre Ausfälle zu entschädigen, soll der Champagner für den Endverbraucher zumindest real nicht teurer werden, auch nicht in der Bundesrepublik.

Nach den schlechten Ernten von

1978, 1980 und 1981 hatte der Handel seine Preise stets stark erhöht, um die Nachfrage in bessere Übereinstimmung mit dem knappen Angebot zu bringen. Auf dem deutschen Markt zogen die Großhandelspreise frei Grenze ohne Steuern von 10,95 DM in 1978 bis auf 18,41 DM in 1982 je Literflasche an. Seitdem ergab sich aber eine leicht rückläufige Tendenz dank der beiden letzten guten Ernten.

Bis zur nächsten Ernte ist jedenfalls in Frankreich ein realer Preisrückgang geplant. Diese Maßnahme glaubt man sich deshalb leisten zu können, weil inzwischen die Lagerbestände wieder ein normales Niveau erreicht haben. Bekanntlich lagert der Champagner mehrere Jahre in den Kellereien bis er auf den Markt kommt. So profitiert der Verbraucher schließlich doch noch von den beiden letzten guten Ernten.

Bereits 1983 war der Champagnerabsatz (gegenüber 1982) auf 159,4

(146,5) Mill. Flaschen gestiegen. Bis zum Jahre 1990 soll er kontinuierlich auf 200 Mill. Flaschen gesteigert werden, was in etwa dem Weltbedarf bei einem "angemessenen Preisniveau" entsprechen würde, heißt es. Allerdings war man schon 1978 bei eher unterbewerteten Preisen auf einen bisherigen Absatzrekord von 185,9 Mill. Flaschen gekommen.

In der ersten Hälfte dieses Jahres nahm der Champagnerabsatz um 18,3 Prozent auf 74,91 Mill. Flaschen zu. Davon wurden 23,97 Mill. (plus 28,2 Prozent) exportiert. Die Bundesrepublik stand mit 2,26 Mill. (plus 25,2 Prozent) an dritter Stelle nach Großbritannien und den USA, die jeweils 4,7 Mill. Flaschen Champagner importiert hatten. Pro Kopf der Bevölkerung waren 1983 die größten Verbraucher: Frankreich (2,07 Flaschen), die Schweiz (0,58), Belgien (0,42), Großbritannien (0,17) und die Bundesrepublik (0,09) Flaschen.

AFRIKA / Agrarsektor verliert deutlich an Bedeutung

## Deutscher Handel nimmt zu

dpa/VWD, Hamburg  
Zum ersten Mal seit vier Jahren ist der deutsche Handel mit Afrika in diesem Jahr etwas aufgeblüht. Nach Angaben der Dresdner Bank haben dabei vor allem die afrikanischen Importe zugenommen. Im 1. Vierteljahr 1989 importierte die Bundesrepublik Waren im Werte von 1,78 (1. Quartal 1988: 1,36) Mrd. DM aus Afrika. Umgekehrt verlief der Handel mit 2,03 (1,94) Mrd. DM eher schleppend.

Die Bundesrepublik wickelt rund fünf Prozent ihres Außenhandels mit Afrika ab. Wichtigste Handelspartner sind dabei vor allem die rohstoffreiche Republik Südafrika sowie Libyen, Algerien und Nigeria, die hauptsächlich Erdöl und Erdgas liefern. Rund ein Drittel des Afrikanischen Handels wickelt die Bundesrepublik mit diesen Ländern ab.

In den vergangenen 25 Jahren wuchs die afrikanische Wirtschaft nur langsam. Zu berücksichtigen sei auch das starke Gefälle innerhalb des schwarzen Kontinents, meint die Bank, in ihrer Übersicht "Afrika 1984". Der Großteil der laut Weltbank ärmsten Entwicklungsländer kon-

zentrierte sich nach wie vor auf Schwarzafrika. Besser gestellt sind die Elfenbeinküste, Gabun, die Volksrepublik Kongo und Nigeria. Libyen wird nach Weltbankmaßstäben sogar der Gruppe der Ölländer mit hohem Einkommen zugerechnet.

Die Wirtschaftsstruktur der meisten afrikanischen Länder hat sich in dieser Zeit ebenfalls gewandelt. Der Anteil des Agrarsektors am Bruttoinlandsprodukt ist von 50 Prozent auf ein Drittel zurückgegangen, obwohl noch 70 Prozent der Afrikaner in der Landwirtschaft beschäftigt sind, die der Welt wichtigste Lieferant von Kakao und Palmkernen ist und ein Viertel der Weltproduktion von Erdnüssen, Kaffee und Sesam stellt.

Die Zukunft Afrikas liegt dabei unter der Erde: Fast drei Viertel der Weltproduktion an Gold und Diamanten sowie rund die Hälfte der Kobaltförderung stammen aus afrikanischen Minen. Für die westlichen Industrien wichtige Rohstoffe wie Platin (45 Prozent der Weltproduktion), Chrom (44 Prozent), Uran (35 Prozent) und Kupfer (18 Prozent) wird in Afrika gefördert.

ITALIEN / Steuerhinterzieher den Kampf angesagt

## Den Einzelhandel im Visier

GÜNTHER DEPAS, Mailand  
Italiens Steuerbürger sind in zwei Lager gespalten: auf der einen Seite die Lohn- und Gehaltsempfänger, auf der anderen die selbständige Erwerbstätigen. Beide Fronten stehen sich feindlich gegenüber, seitdem sich die Regierung zum Ziel gesetzt hat, den Steuerhinterziehern zu Leibe zu rücken und die Grauzone aufzubrechen, in der sich Millionen von Steuerbürgern bisher den forschenden Blicken des Fiskus zu entziehen vermochten.

Den Casus belli dazu lieferte der von Finanzminister Bruno Visentini im Sommer vorgelegte und jetzt vom Senat in der ersten Lesung verabschiedete Gesetzentwurf zur Teilreform des Steuersystems. Im Visier von Visentini stehen in erster Linie die Einzelhandelsbetriebe und die Freiberufler, die nach Feststellungen der Steuerbehörden die höchste Hinterziehungsquote aufweisen. In ihrem Fall will das Finanzministerium das Prinzip der Eigenveranlagung in Zukunft durchbrechen und zur Zwangsveranlagung durch die Finanzämter übergehen.

Massive Unterstützung bei ihren Reformbestrebungen erhält die Regierung von den Gewerkschaften. In einer Sitzung ihrer Zentralvorstände haben die Arbeitnehmerorganisationen beschlossen, zum Generalstreik aufzurufen, falls der von Finanzminister Bruno Visentini ausgearbeitete Gesetzentwurf Punkten geändert werden sollte.

Gehört wird die Auseinandersetzung zwischen den selbständigen und den unselbständigen Erwerbstätigen durch Untersuchungen des Finanzministeriums, die für den gesamten Einzelhandel und viele Teile der freien ausgebildeten Berufe hohe Hinterziehungsquoten festgestellt haben. Amtlichen Schätzungen zufolge entsprach der gesamte Hinterziehungsbetrag im vergangenen Jahr ungefähr der Hälfte des Haushaltsdefizits.

Der Streit zwischen selbständig

und unselbständig Erwerbstätigen ist nicht nur eine Auseinandersetzung um mehr Steuerbereitschaft. Dahinter steht auch von Tag zu Tag mehr der Kampf um eine neue Konzeption der Vertriebswege. Während die Lobby der Einzelhändler ihre bisherigen Steuerprivilegien mit dem Ziel verteidigt, den Betrieben auch weiterhin eine Existenzgrundlage zu erhalten, ist für Regierung und Arbeitnehmerorganisationen das Anziehen der Steuerschraube nur eins der Mittel, um den Handel in moderne Formen des Verkaufs zu drängen.

Mit über eine Million Firmeneinheiten, die mit ihren Familienangehörigen zusammen mehr als vier Millionen Stimmen in die Urnen bringen, stellt der italienische Einzelhandel nicht nur eine große Wählermasse dar. Mit der von dieser Zahl ausgedrückten Dichte steht der italienische Einzelhandel in Westeuropa mittlerweile auch an der Spitze, was Zersplitterung und Übersetzung anbelangt. In keinem Partnerland der Europäischen Gemeinschaft ist das Verhältnis zwischen der Zahl der traditionellen Einzelhandelsbetriebe und dem der Einwohner so hoch wie in Italien. In keinem EG-Land ist aber auch die Zahl moderner Verkaufsförmen wie Warenhäuser und Lebensmittelsupermärkte so niedrig.

Um hier endlich frischen Wind einzubringen, hat Industrie- und Handelsminister Renato Altissimo vor wenigen Wochen einen Gesetzentwurf eingebracht. Ziel der Reformbestrebungen ist eine Liberalisierung der Lizenzerteilung, die auf kommunaler Ebene unter Beteiligung des Einzelhandels stattfindet.

Das schärfere Durchgreifen soll eine Veränderung der Strukturen im Handel in Gang setzen. Reiz zum Auscheiden ist jenes Fünftel bis ein Viertel der Einzelhandelsbetriebe, das sich nur noch deshalb über Wasser hält, weil es bisher durch alle Steuermaschinen schlüpfen konnte.

SONNENENERGIE / EG-Forschungskraftwerk auf Sizilien lieferte als erste Solaranlage Strom ans öffentliche Netz

## Technisch bewährt, allerdings nicht wirtschaftlich nutzbar

dpa/VWD, Taormina

Das thermodynamische Sonnenkraftwerk Eurelios der Europäischen Gemeinschaft in Adrano (Sizilien) hat sich nach Angaben seines Projektleiters Joachim Gretz bewährt. Wie Gretz vor Journalisten in Taormina mitteilte, hat es als erstes Sonnenkraftwerk der Welt Strom an ein öffentliches Netz abgegeben. Eine wirtschaftliche Nutzung ist allerdings nach seinen Angaben bei derzeit kleinen und technologisch bereits überholten Anlagen nicht möglich.

Sonnenenergieanlagen seien günstigstenfalls an 2000 von 8000 Stunden im Jahr benutzbar. Bei Eurelios seien es nur 1200 Stunden. Bei einem Solarkraftwerk von fünf Megawatt (MW) - Eurelios hat nur ein MW - liegt den Angaben zufolge der Preis

derzeit für die Kilowattstunde bei 1,42 DM gegenüber einem Preis von 0,35 DM bei Kohle- und Kernkraft beziehungsweise 0,30 bis 0,35 DM bei einer mit Leichtöl betriebenen Gasturbine. Das installierte Kilowatt, das bei Kohle und Öl derzeit 8000 bis 10 000 DM koste, schlage bei thermodynamischen Solaranlagen derzeit noch mit 25 000 DM zu Buche. Allerdings seien bei der Sonnenenergie die Betriebskosten ungleich billiger.

Bis zum Jahr 2000 wird die Sonnenenergie laut Gretz höchstens sieben Prozent des Gesamtenergieverbrauchs der Europäischen Gemeinschaft decken. Das entspräche etwa 100 Mill. Tonnen Rohöl im Jahr. Eine wirtschaftliche Nutzung sei dagegen besonders in Afrika möglich, wo elektrische Energie gespeichert und in Industrieländer exportiert werden könne.

Das von der EG, der Bundesrepublik, Frankreich und Italien 1981 finanzierte Forschungskraftwerk hat etwa zehn Mill. Ecu (rund 25 Mill. DM) Entwicklungskosten verursacht. Davon übernahm die EG etwa die Hälfte, die drei Mitgliedsländer jeweils ein Drittel der Restsumme. Die deutsche Herstellerfirma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), die sich zusammen mit der französischen Cethel und den italienischen Firmen Ansaldo und Enel an dem Projekt beteiligte, habe rund vier Mill. DM in das Vorhaben investiert.

Die Anlage besteht aus 182 sogenannten Heliostaten mit beweglichen Spiegeln in einer Gesamtfläche von über 6000 Quadratmetern. Die Sonnenstrahlen werden auf einen 55 Meter hohen Turm konzentriert, wo sie in einem Empfänger Wasserdampf erzeugen, der eine Turbine zur Stromerzeugung antreibt.

Während bei MBB derzeit keine Anschlussaufträge vorliegen, werde die thermodynamische Solarenergie in den USA stark ausgebaut, sagte Gretz. Nach Angaben von MBB sind derzeit in den USA drei Solaranlagen in Betrieb. Ein Solarkraftwerk mit 30 Megawatt Leistung soll 1985 begonnen und ein weiteres mit 100 Megawatt bis 1988 in Betrieb genommen werden. Auch in Israel werde derzeit ein Solarkraftwerk errichtet. MBB bemühe sich gegenwärtig um einen Auftrag für ein gemischtes Kohle-Sonnenkraftwerk in Ägypten.

nenstrahlen werden auf einen 55 Meter hohen Turm konzentriert, wo sie in einem Empfänger Wasserdampf erzeugen, der eine Turbine zur Stromerzeugung antreibt.

Während bei MBB derzeit keine Anschlussaufträge vorliegen, werde die thermodynamische Solarenergie in den USA stark ausgebaut, sagte Gretz. Nach Angaben von MBB sind derzeit in den USA drei Solaranlagen in Betrieb. Ein Solarkraftwerk mit 30 Megawatt Leistung soll 1985 begonnen und ein weiteres mit 100 Megawatt bis 1988 in Betrieb genommen werden. Auch in Israel werde derzeit ein Solarkraftwerk errichtet. MBB bemühe sich gegenwärtig um einen Auftrag für ein gemischtes Kohle-Sonnenkraftwerk in Ägypten.

Für die meisten Bausparer  
im öffentlichen Dienst  
sind wir die Bausparkasse  
des Jahres.

Und das jedes Jahr. Diese erfreuliche Tatsache muß mehr als eine Ursache haben. Deshalb haben wir unsere neuen Bausparer einmal gefragt, was unser Unternehmen für den öffentlichen Dienst so überaus attraktiv macht. Nun, es fängt schon damit an, daß öffentlich Bedienstete dem Bausparen besonders positiv gegenüber stehen, auch und gerade die jungen Bausparer in Daseinsvorsorge, und die Bereitschaft zum Bausparen hängt stark vom Vertrauen der Menschen in die Zukunft ab; more future also.

Außerdem wird die BHW-Bausparkasse vielen neuen Bausparern aus dem öffentlichen Dienst besonders empfohlen. Von Arbeitskollegen, Bekannten und Verwandten. Und noch mehr neue Bausparer haben gehört, daß wir mit mehr als 3,9 Mio. Bausparverträgen über eine Bausparsumme von 161 Mrd. DM eine der ganz großen, soliden und erfahrenen Bausparkassen sind. Unsere qualifizierte Beratung und die persönliche Bekanntschaft der neuen Bausparer mit unseren rund 1.600 festangestellten und freien Mitarbeitern im Außendienst werden als Entscheidungsgrund ebenfalls oft genannt.

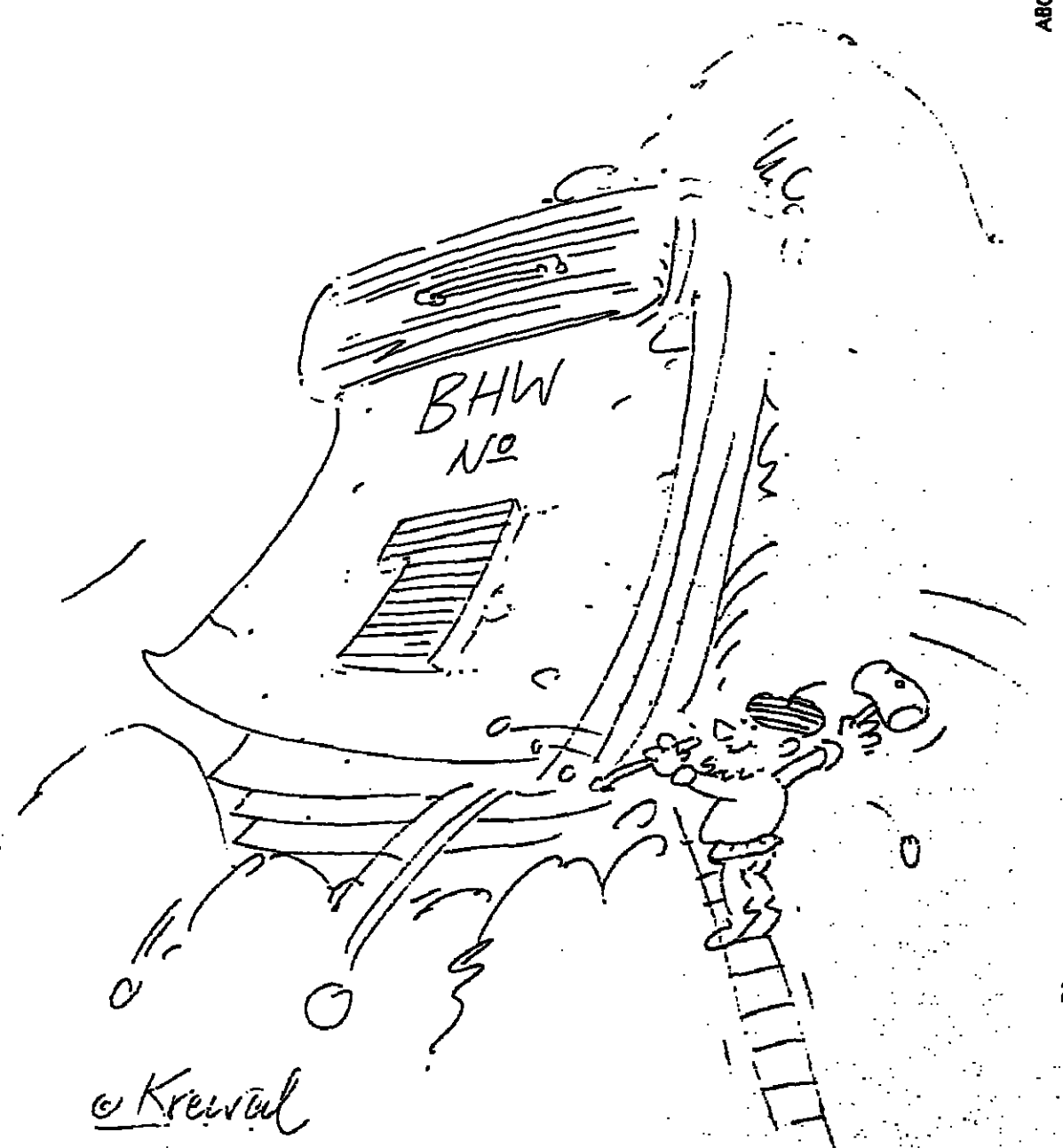
Im öffentlichen Dienst arbeiten also offensichtlich kluge Rechner, die unsere besonderen Leistungsvorteile schnell erkannt haben. Zum Beispiel die Gutschrift aus erzielten Überschüssen. Seit 1956 haben wir unseren Bausparern über 883 Mio. DM vergütet, davon allein im zurückliegenden Jahr fast 117 Mio. DM. Wie vorteilhaft die BHW-Tarife und Konditionen im Vergleich zu anderen Kassen und Finanzierungen sind, haben im übrigen auch die Zeitschriften Test und Capital unlängst festgestellt.

Bei so vielen guten Gründen für die BHW-Bausparkasse wundert es uns nicht, daß unsere neuen Bausparer rundweg erklären: Die BHW-Bausparkasse ist goldrichtig für den öffentlichen Dienst. Dem können wir nichts hinzufügen.

Die BHW-Bausparkasse ist als Teil der BHW-Gruppe der Spezialist für den öffentlichen Dienst in allen Fragen rund um's Sparen, Bauen, Wohnen und Finanzieren.

BHW

Auf uns baut  
der öffentliche Dienst.





# Die Chancen des U.S. Marktes erschließt Ihnen die Morgan Bank



Leitende Mitarbeiter des European Corporate Banking Department nach einer ihrer regelmäßigen Besprechungen in New York über Marktentwicklungen. Von links: Haño Roosen, Harvey Struthers, John Comfort, Julie Blake, William Holding (Leiter der Abteilung), François de Seroux, Bence András.

Für multinationale europäische Unternehmen, die sich in den USA dem Wettbewerb stellen, bietet die Morgan Bank eindeutige Vorzüge.

Wir haben eine spezielle Gruppe von Kundenbetreuern in New York, deren ausschließliche Aufgabe es ist, europäischen Großunternehmen und deren U.S. Tochtergesellschaften bei ihren Aktivitäten im amerikanischen Markt behilflich zu sein. Nur wenige Banken haben solche Spezialabteilungen.

Diese Fachleute kennen das Bankgeschäft sowohl in Europa als auch in den USA, da die meisten von ihnen bereits in Morgan-Niederlassungen rund um die Welt gearbeitet haben. Jeder von ihnen ist auf bestimmte Länder spezialisiert, arbeitet eng mit unseren Büros in diesen Ländern zusammen und reist häufig zu Besprechungen mit unseren Kunden in deren europäische Zentrale.

Mit ihrer Erfahrung und ihren Spezialkenntnissen bieten diese Kundenbetreuer, gestützt auf die weltweite Präsenz der Morgan Bank, ein breites Spektrum an Dienstleistungen an, die weit über den üblichen Service einer Bank hinausgehen.

□ Zur Deckung Ihres Finanzierungsbedarfs bei Expansionsvorhaben, Firmenkäufen oder bei beson-

deren Projekten setzen wir moderne Techniken ein wie etwa Privatplacierungen in Verbindung mit Zins- und Währungsswaps.

□ Unsere Kenntnisse in Steuerfragen in Europa und in den USA ermöglichen es uns, besonders steuergünstige Finanzierungen für Sie zu entwickeln.

□ Wir sind Spezialisten auf dem Gebiet der steuerbefreiten Finanzierung im Wege der Industrial Revenue Bonds.

□ Wir können Ihnen bei der Einführung, Begebung und Placierung Ihres Commercial Paper im U.S. Markt behilflich sein. Unsere Dienstleistungen umfassen weiterhin die Beratung im Zusammenhang mit dem Rating, die erforderlichen offenen Kreditfazilitäten sowie Konvertierung der Erlöse in andere Währungen zur Verwendung außerhalb der USA.

□ Wir nutzen die schnellsten, kosten- und steuergünstigsten Systeme zur Abwicklung Ihres firmeninternen und grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs.

□ Unsere europäischen Kundenbetreuer arbeiten eng mit anderen Morgan-Teams zusammen, um Firmenkäufe und -verkäufe erfolgreich durch-

zuführen. Morgan's Finanzanalysten verfolgen die Entwicklungen in vielen Industriezweigen, identifizieren zukunftssträchtige Sektoren und finden Unternehmen, die den Ansprüchen unserer Kunden gerecht werden könnten. Dann übernehmen unsere Mergers & Acquisitions Spezialisten die Verhandlungen des Geschäftsabschlusses unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Steuersituation von Käufer und Verkäufer.

Wenn Sie mehr darüber wissen möchten, wie diese Gruppe von Bankspezialisten Ihnen im U.S. Markt helfen kann, wenden Sie sich bitte an Ihren Morgan Banker in Frankfurt oder Düsseldorf. Oder schreiben Sie an das European Corporate Banking Department, Morgan Guaranty Trust Company, 23 Wall Street, New York, N.Y. 10015.

Morgan Guaranty Trust Company of New York.  
Frankfurt: Mainzer Landstraße 46, ☎ (0 69) 7 12 40.  
Düsseldorf: Cecilienallee 6, ☎ (02 11) 49 88 91.  
Niederlassungen in den wichtigsten Finanzzentren der Welt.

Mitglied der FDIC

## The Morgan Bank



PAPST-MOTOREN / 160 neue Mitarbeiter eingestellt

## Führende Position in Europa

WERNER NEITZEL, Stuttgart  
In den letzten zwölf Monaten hat die Papst-Motoren GmbH & Co. KG, St. Georgen/Schwarzwald, Europas führender Hersteller von Präzisionsmotoren und Geräteventilatoren für hochtechnische Elektronik-Erzeugnisse (beispielsweise Personalcomputer, Videorecorder, Datenspeicher), 160 neue Mitarbeiter eingestellt und zählt nunmehr in seinen drei Werken in St. Georgen, Herbolzheim und Spaichingen insgesamt rund 1500 Beschäftigte.

Hintergrund ist die zügige Expansion des Familienunternehmens, das in 1984 mit einem Wachstum um 20 Prozent einen Umsatz von knapp 150 Mill. DM anpeilte. In den zurückliegenden zwei Jahren hat sich die Exportquote von 50 auf nunmehr 60 Prozent vergrößert. Diese Entwicklung führt der geschäftsführende Gesellschafter Günter Papst auf den erfolgreichen Marktausbau in den USA und die Vertriebsaktivitäten in Fernost zurück. Eigene Vertriebsbüros bestehen in den USA, Großbritannien, Frankreich und Spanien. In Herbolzheim/Breisgau wurde dieser

Tage ein neues Werk, in das insgesamt 15 Mill. DM investiert worden sind, offiziell seiner Bestimmung übergeben. Mit diesem bedeutenden wirtschaftlichen Engagement wolle sich das mittelständische Unternehmen gegen die starke internationale Konkurrenz zur Wehr setzen.

Papst wertet die japanische Herausforderung wegen der vielen in Japan günstigeren Ausgangsbedingungen als große Bedrohung. Andererseits wird Japan aber auch als eine positive und stimulierende Größe im internationalen Wettbewerb gesehen. Mit Firmen im kalifornischen Silicon Valley pflegt Papst eine enge technische Zusammenarbeit.

Das Unternehmen habe sich zum Ziel gesetzt, seine Produktion weiter so zu rationalisieren und zu automatisieren, daß die Standortfrage von den Personalkosten her an Bedeutung verliere. Die Ertragslage habe sich verbessert und biete die Grundlage für weitere Rationalisierungsinvestitionen. Die in 1942 gegründete Firma hatte mit dem Bau von Antrieben für Plattenspieler und Tonbandgeräte begonnen.

MAX BAHR / Der Heimwerker-Markt wächst stetig

## Expansionsziele hochgesteckt

J. BRECH, Hamburg  
Die zu den führenden Filialunternehmen für Bau- und Heimwerkermärkte zählende Max Bahr Holzhandlung GmbH & Co. KG, Hamburg, hält an dem seit Jahren vorgelegten Expansionsstempo fest. Nach Angaben der Geschäftsführer Peter Möhrle (zugleich Mehrheitsgesellschafter der KG) und Peter Baron von le Fort wird die Gruppe den Umsatz in diesem Geschäftsjahr um gut 11 Prozent auf 325 Mill. DM steigern und das anvisierte Ziel nicht aus den Augen lassen, bis Ende dieses Jahrzehnts über mindestens 50 Filialen mit einem Umsatzvolumen von 500 Mill. DM zu verfügen.

Auf dem, wenn auch nicht mehr exorbitant, so doch stetig wachsenden Markt für Heimwerker sichert sich Bahr seit Jahren steigende Marktanteile über Expansion in der Fläche. Nachdem im Berichtsjahr 1983/84 (29.2.) die Filialkette um 4 Betriebe erweitert worden ist (die gesamte Verkaufsfläche stieg um 35 Prozent auf 78 230 qm), folgen in diesem Jahr nochmals 4 Filialen. In Koblenz, Kassel und Bremen sind die Märkte bereits eröffnet, im November kommt Osnabrück hinzu. Die Verkaufsfläche in den dann 35 Märkten

ten wird damit bis zum Jahresende auf mehr als 90 000 qm ausgeweitet.

Das Umsatzwachstum im Berichtsjahr von 29 Prozent auf 292 Mill. DM stammt ebenfalls zum überwiegenden Teil aus der Flächenvergrößerung. Aber auch das lächerliche Plus von 12 Prozent, so Möhrle, habe noch über dem Branchendurchschnitt gelegen. Die Belegschaft wurde um 17,5 Prozent auf 659 Mitarbeiter aufgestockt, deren Pro-Kopf-Umsatz um fast 10 Prozent auf brutto 443 000 DM stieg. Per Oktober dieses Jahres werden rund 700 Mitarbeiter beschäftigt, davon 10 Prozent in der Verwaltung.

Der Grundsatz, die Expansion nicht zu Lasten der Ertragslage gehen zu lassen, sei auch im Berichtsjahr gewahrt geblieben, betont Möhrle. Die Bruttorendite gibt er mit 5 bis 10 Prozent an, wobei Richtgröße eher die 10 sein dürfte. Als einzige Kennzahl für die Ertragsentwicklung nennt Möhrle den Cash-flow. Er ist im Vergleich zum Vorjahr um 36 Prozent auf rund 30 Mill. DM gestiegen. Investiert wurden im Berichtsjahr 26 Mill. DM, eine Größenordnung, die auch in den kommenden Jahren geplant ist. Als Zielrichtung für neue Märkte rückt zunehmend der Westen und Süden ins Blickfeld, nachdem der Norden weitgehend abgedeckt ist.

## NAMEN

Wilhelm Witte, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Unternehmen der Continental Versicherungsgruppe und der Europa-Versicherungen, wird am 1. November 65 Jahre.

Dr. Rudolf Eberhard, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerischen Vereinsbank AG, München, vollendet am 1. November das 70. Lebensjahr.

Dr. Herbert Henzler (43), übernimmt zum Jahreswechsel die Leitung der deutschen Niederlassung

der amerikanischen Unternehmensberatungsfirma McKinsey + Company Inc. Er wird Nachfolger von John McDonald (59), der die Deutschland-Praxis von McKinsey vor 20 Jahren gegründet hat.

Dr. Manfred Klis, Generalbevollmächtigter der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, übernimmt am 1. November zusätzlich den Alleinvorstand der Zewall AG. Er wird Nachfolger von Dr. Wilfried Vollmer, der in den Zewall-Aufsichtsrat eintritt.

OTTO-VERSAND / Wachstum auf äußerst solider Ertragsbasis

## Ausnahmestellung erneut bestätigt

J. BRECH, Hamburg  
Der Otto Versand, Hamburg, der einschließlich seiner ausländischen Engagements der Welt zweitgrößter Versender ist, hat im Berichtsjahr 1983/84 (29.2.) seine Ausnahmestellung im deutschen Versandhandels-Markt erneut bestätigt. Von der allgemein negativen Branchenentwicklung, die sich in einem Umsatzrückgang von 2 Prozent niederschlägt, koppelte sich Otto ab und leitete eine eigene Firmenkonjunktur ein. Der inländische Konzern steigerte den Umsatz um 6 Prozent, wobei der Versandbereich um 6,6 Prozent wuchs, die Gruppe legte 14,4 Prozent zu. Der Marktanteil im Inland verbesserte sich nach eigenen Angaben von 18,5 auf 20 Prozent.

Das Wachstum erreichte Otto zudem auf ungemein solider Ertragsbasis. Für den Konzern weist Otto einen um 14,6 Prozent gestiegenen Jahresüberschuss aus, für das Versandhaus von 115,4 Mill. DM (plus 12,25 Prozent). Die Umsatzrendite, die im Vorjahr noch leicht gefallen war, erreichte wieder den im Einzelhandel stolzen Satz von 3,8 Prozent. Von dem finanziellen Segen profitieren auch die Gesellschafter. Vom Bruttoüberschuss werden 88 Mill. DM ausgeschüttet, dazu kommen 30 Mill. DM aus Rücklagenauflösung. Das Kapital halten zu 65 Prozent die Familie Otto gehörende Otto AG für Beteiligungen, zu 25 Prozent die Verlagsgruppe Bertelsmann, zu 10 Prozent die KG Aumund Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH (Kapitalgeber unter der Führung der Vereins- und Westbank).

Zur Begründung des Erfolgs in einem schweren Umfeld bedient sich der Vorstandsvorsitzende Michael Otto eines Umkehrschlusses. Wenn ein schlechtes Ergebnis das Resultat schlechten Managements sei, dann müßten gute Ergebnisse wohl auf gutem Management beruhen. Im gesamten Unternehmen, so Otto, gebe es dank der strengen Organisation nach profit-centers hohe Motivation auf allen Ebenen. Als weiteren entscheidenden Punkt wertet Otto, daß für das Versandhaus frühzeitig neue Schwerpunkte gesetzt worden sind. Im Versandhandel komme es in zunehmendem Maße darauf an, die Positionen durch Innovationen zu behaupten. Einen generellen Aufschwung werde es in der Branche nicht mehr geben.

Daß Otto nach wie vor über „Systemvorteile“ in der Branche verfügt, belegt die Entwicklung in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres. Während für die Gesamtbranche im ersten Halbjahr ein reales Plus von 0,5 (nominal 3,5) Prozent angegeben wird, betrug das Wachstum bei Otto in den Monaten März bis Oktober rund 4,5 (nominal 5) Prozent. Diese Zuwachsrate soll über das ganze Jahr gehalten werden.

Für zügige Expansion sorgt außerdem das Auslandsgeschäft. Rund 40 Prozent des Gruppenumsatzes wickelt Otto inzwischen mit ausländischen Beteiligungsgesellschaften ab. Die Umsatzexplosion im Berichtsjahr beruht einmal auf starkem Wachstum in Frankreich und den USA, zudem auf Neuerwerbungen. Die französische Gruppe 3 Suisse International

erwarb die Mehrheit an dem Spezialversender Blanche Porte (1,4 Mrd. FF Umsatz) und eine Beteiligung von 49 Prozent an der VPC-Promotion mit 250 Mill. FF Umsatz. Die 3 Suisse-Gruppe erweiterte dadurch das gesamte Geschäftsvolumen um 36,3 Prozent auf 5,9 Mrd. FF aus. Auf Erfolgskurs blieb ferner die 100-Prozent-US-Beteiligungsgesellschaft Spiegel Inc., die dank gezieltem Know-how-Transfer des Otto Versands den Umsatz um 26,4 Prozent auf 612 Mill. Dollar steigerte, den Gewinn gar auf 23,6 Mill. Dollar mehr als verdoppelte.

Die Spiegel Inc. wird nach Angaben von Otto in diesem Jahr aus steuerlichen Gründen aus der Gruppe ausgegliedert und von den Gesellschaftern des Otto Versands übernommen. An der Konzeption ändere sich dadurch nichts, erklärt Otto. Die Abtreibung der Anfang 1982 erworbenen US-Firma wird dem Otto-Versand auf 180 Mill. DM in die Kassen spülen. Diese Liquidität, so Otto, begünstige weitere Zukunftsaktivitäten im In- und Ausland. Auf dem deutschen Markt soll die Großhandels-gesellschaft Fagro erweitert werden (Beteiligung 80 Prozent), die mit bislang nur 3 Märkten 413 Mill. DM umsetzt.

Otto Versand	1983/84	± %
Gruppenumsatz (Mill. DM)	9432	+14,4
Konzernumsatz	4372	+4,9
der Otto Vers.	3429	+4,6
Schwach	851	+2,4
Stärke	380	+6,9
Jahresüberschuss	115,4	+12,25
Eigenkapital	346	-2,3
in % d. Bil.-Summe	22,0	(20,5)

DWS / Impulse von den sinkenden Zinsen und vom Konjunkturaufschwung

## Gute Marktchancen im nächsten Jahr

JOACHIM WEBER, Frankfurt  
Nach Einschätzung von Ernst Bracker, Geschäftsführungssprecher der Deutschen Gesellschaft für Wertpapierberatung mbH, (DWS), Frankfurt, wird der deutsche Aktienmarkt nach den Höchstständen der letzten Tage zunächst wieder eine Konsolidierungsphase durchlaufen. Danach bestehe aber weiterer Spielraum für Höherbewertungen.

Seine derzeitigen Impulse beziehe der Markt in erster Linie von den sinkenden Zinsen, aber auch von der Konjunkturerwartung. Dabei erweise sich die Inlandsnachfrage ebenso als Konjunkturmotor wie der dollarbegünstigte Export. Die schon jetzt sichtbare Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen werde sich auch 1985 fortsetzen. „Die Gewinnerwartungen für 1985 schätzen wir aus heutiger Sicht auf plus 10 Prozent“, meint Bracker.

Auch von der Inflationsseite erwarten die DWS-Experten keine Gefahren, so daß für die Bundesbank kein Anlaß zu restriktiver Politik bestehen

werde. Unter so günstigen Voraussetzungen hält Bracker die Prognose der Institute - 2 nach 2,5 Prozent Wachstum des realen Sozialprodukts in 1985 - für zu pessimistisch.

Zuversichtlich ist er auch beim Blick auf die wichtigen Auslands-Aktienmärkte. Selbst, wenn in den USA die Wachstumsimpulse 1985 erlahmen sollten, sei noch mit weiteren Gewinnzuwächsen (1984: plus 20 Prozent) der Unternehmen zu rechnen. Zudem bleibe die Hoffnung auf Zinssenkungen, die neue Wachstumsanstöße geben könnten.

Mit der Entwicklung der nun neun DWS-Fonds im abgelaufenen Geschäftsjahr 1983/84 (30.9.) ist das Management „insgesamt zufrieden“. Durch Mittelzuflüsse von per Saldo 837 (1237) Mill. DM sowie durch Erträge und Kurssteigerungen wuchs das gesamte Fondsvermögen von 8,9 auf 10,1 Mrd. DM. Damit hat die DWS ihren Marktanteil von 28,2 Prozent am Gesamtvermögen der im Branchenverband erfaßten Fonds gehalten. Am Mittelaufkommen war die

Deutsche-Bank-Beteiligung mit 36 Prozent beteiligt.

Dabei vertiefte die Entwicklung der einzelnen Fondsgruppen höchst unterschiedlich. Bei den sechs „Basisfonds“ (siehe Tabelle) waren die Zinssätze fast völlig auf den auf US-Werte ausgerichteten Rentenfonds Interrenta ausgerichtet, während der deutsche Rentenfondsbereich ebenso wie die Aktienfonds Abflüsse zu verzeichnen hatten.

„Gemischt“ auch die Entwicklung bei den drei Spezialfonds (Rohstoffe, Energie, Technologie), die allesamt erst 1983 aufgelegt wurden. Beim Rohstoff- und beim Energiefonds kam es zu erheblichen Rückflüssen (ein Drittel bzw. die Hälfte des zunächst erreichten Fondsvermögens), die hier allerdings „zum Konzept gehören“. Der Technologiefonds dagegen hielt sein Vermögen fast unverändert. Alle drei schütteten in diesem Jahr zum ersten Mal aus. Die Barauschüttung des Rohstofffonds beträgt 3,70 DM, des Energiefonds 5,80 DM und des Technologiefonds 2,30 DM.

DWS-Fonds	Investi 1984 1983 (30.9.)	Interrest 1984 1983 (30.9.)	Akkumula 1984 1983 (30.9.)	Parenta 1984 1983 (30.9.)	Inter-Renta 1984 1983 (30.9.)	Re-Renta 1984 1983 (30.9.)
Fondsvermögen (Mill. DM)	1400,9	1613,4	180,3	179,4	13,7	11,1
Netto-Mittelaufkommen (Mill. DM)	-316,6	-229,6	-30,6	-14,5	+1,4	-0,3
Anteilwert (DM)	41,90	38,80	72,53	71,57	119,73	100,20
Borauszahlung (DM je Anteil)	1,90	1,90	3,50	3,50	5,30	5,30
Steuerguthaben	0,56	0,50	0,36	0,40	-	-
Wertveränderung in % (einschl. letzte Ausschüttung)	+14,18	+30,75	+7,61	+42,11	+11,16	+32,78
					+10,74	+6,63
					+10,37	+14,91
					+14,06	+12,76

PHYWE / Auf der Suche nach einem Partner

## Noch einmal rote Zahlen

KLAUS WÄGE, Göttingen  
Die Phywe AG, Göttingen, nach eigenen Angaben größter deutscher Lehrmittelhersteller, ist auf Partnersuche. Das Unternehmen, dessen Kurs im September dieses Jahres zeitweilig in Hannover ausgesetzt war und das 1983 bei einem Umsatz von 73,8 (79,4) Mill. DM einen Jahresfehlbetrag von 6,1 Mill. DM hinnehmen mußte, will dadurch die Kapitalstruktur verbessern und strebt eine mögliche Ergänzung der eigenen Produktpalette an.

Hinzu komme, so der neue Vorstandssprecher Klaus Abend vor der Hauptversammlung des Unternehmens, daß Phywe auch über Überkapazitäten verfüge. Das Unternehmen, das 1984 laut Abend einen Jahresfehlbetrag in nicht genannter Höhe ausweisen wird, will 1985 ausgeglichen abschließen und 1986 wieder in der Gewinnzone sein.

1984 gingen bei naturwissenschaftlichen und technischen Lehrmitteln die Auftragsengpässe im Inland um 10 Prozent zurück, während sie im Bereich Mobiliar sogar noch über die

sen Wert hinaus rückläufig waren. Die Nachfrage nach Mobiliar konzentrierte sich derzeit auf den Ersatzbedarf. Hinzu kämen immer noch Schulschließungen, führte Abend aus. Im Export soll es den Angaben zufolge etwas besser laufen.

Den Aufschwung will Phywe durch eine umfassende Reorganisation und die Verringerung der Abhängigkeit von der öffentlichen Hand erreichen. Die Belegschaft wird von derzeit 630 Mitarbeitern bis Mitte 1985 auf 450 (ohne Auszubildende) geschrumpft sein. Für die Jahre 1983 und 1984 wurden zwei Sozialpläne von insgesamt 3,5 Mill. DM aufgestellt.

In der Diskussion meinte ein Aktionär zu der Partnersuche, daß „kränke Mädchen selten verheiratet würden“. Im großen und ganzen verlief die Hauptversammlung ruhig, obwohl die Aktionäre für 1983 leer ausgehen. Für 1982 war eine Dividende von 6 Prozent aus den Rücklagen auf das Grundkapital von 9,375 Mill. DM gezahlt worden. F. Victor Rolf ist mit über 75 Prozent an Phywe beteiligt.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

## Kreditvolumen gewachsen

Hamburg (JR) - Die Vereins- und Westbank AG, Hamburg, hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres das Geschäftsvolumen um 12,8 Prozent auf 13,7 Mrd. DM und die Bilanzsumme um 13,5 Prozent auf 12,3 Mrd. DM ausgeweitet. Getragen wurde das Wachstum von einem um 12,1 Prozent auf 9,3 Mrd. DM gestiegenen Kreditvolumen. Zur Ertragslage heißt es in einem Zwischenbericht, daß das Gesamtergebnis für das Jahr 1984 zufriedenstellend ausfallen, nicht aber das Niveau des Vorjahres erreichen dürfte. Den um 8,9 Prozent gestiegenen Zinserträgen stehen 22,4 Prozent höhere Zinsaufwendungen gegenüber, so daß sich die Marge von 2,9 auf 2,4 Prozent ermäßigte und der Zinsüberschuss um 8,9 Prozent sank. Der Provisionsüberschuss erhöhte sich demgegenüber um 2,5 Prozent auf 87 Mill. DM.

## Aktionäre für Kooperation

Kulmbach (VWD) - Eine außerordentliche Hauptversammlung der Reichellbräu AG, Kulmbach, hat die im Sommer mit der Münchener Bräu vereinbarte Kooperation gebilligt. Damit ist eine Erhöhung des Grundkapitals der Reichellbräu AG von bisher 7,1 Mill. DM auf 8,2 Mill. DM verbunden. Sie erfolgt durch Ausga-

be von 22 141 neuen Aktien im Nennwert von je 50 DM zum Ausgabepreis von 250 DM je Stück.

## Kapazität verdoppelt

Düsseldorf (J. G.) - Auf 80 000 Jahrestonnen und mit 75 zusätzlichen Arbeitsplätzen verdoppelt das Gemeinschaftsunternehmen GAF-Hüls Chemie GmbH in Marl die Kapazität zur Herstellung von 1,4-Butandiol. Das aus Hüls-Acetylen hergestellte Produkt ist besonders ein wichtiger Baustein für die derzeit gut im Markt liegenden hochwertigen Kunststoff-Konstruktionswerkstoffe. Die nicht genannte Investitionssumme dürfte bei knapp 100 Mill. DM liegen.

## „Geburtsfehler“ beseitigt

Frankfurt (adh.) - Alle ehemaligen oder derzeitigen „Kapital- & Wert“-Amtsinhaber sind jetzt aus den Vorstandsgremien des Bundesverbandes privater Kapitalanlagen, Bonn, ausgeschieden. Damit wurde ein eklatanter „Geburtsfehler“ dieses Verbandes beseitigt, der nun eine größere Unabhängigkeit gewinnt und sich allein aus Beiträgen seiner - privaten - Mitglieder finanzieren muß. Die Geschäftsführung liegt derzeit bei Prof. Udo Kollatz, Vorsitzender des Kuratoriums ist Horst Schröder, Geschäftsführer der DEG.

## KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Savelberg GmbH, Herzogenrath; Dortmund: Böhmhoff GmbH & Co., Hohenwilde; Düsseldorf: Gillissen und Partner GmbH, Langenfeld; Völkstein: GmbH, Wobau Ges. f. Wohnungsbau u. Baubetreuung mbH; Hamburg: Nachl. d. Erich Max Wilhelm Krüger, Arbelter; Kassel: Nachl. d. Hertha Engel geb. Reune, Vellmar; Kassel: Klipbeck GmbH & Co. KG, Bedburg-Bau-Quarburg; Kassel: Klipbeck GmbH, Bedburg-Bau-Quarburg; KG d. Fritz Zumbly, Landmaschinen-Fachbetrieb, Kassel; Kassel: Bornheim Fernreisen Reisebüro GmbH; Mittenberg: Nachl. d. Karl Peter Gustav Beckmann; Flensburg: Franz Drews Heigoland GmbH & Co. KG.

Heigoland: Ravensburg: Kern Heigoland GmbH, Oberbachbach; Kassel: a. d. Fülle: Haack & Co. GmbH; Saarbrücken: Bernd Hawner; Weiden i. d. Ofr.: Nachl. d. Hans Lang, Waldenau; Wiesbaden: Nachl. d. Hildegard Schlotter; Wiesbaden: Interlex Verlagsges. mbH; Nachl. d. Heiga Berninger geb. Kalus. Ausschl.-Konkurs eröffnet: Düsseldorf: FIBA Industrie-Maschinen GmbH; Mannheim: Leun-Heimwerker-Fachmarkt für Haus und Garten GmbH & Co. KG. Vergleich eröffnet: Beckmann: Gebr. Becker GmbH & Co.; Kfz: Suchanek & Cremer; Damsenoberbekleidung GmbH.

Warum sollten Sie nicht auch in der Luft Abstand vom Üblichen halten.  
British Airways Club.

British  
airways

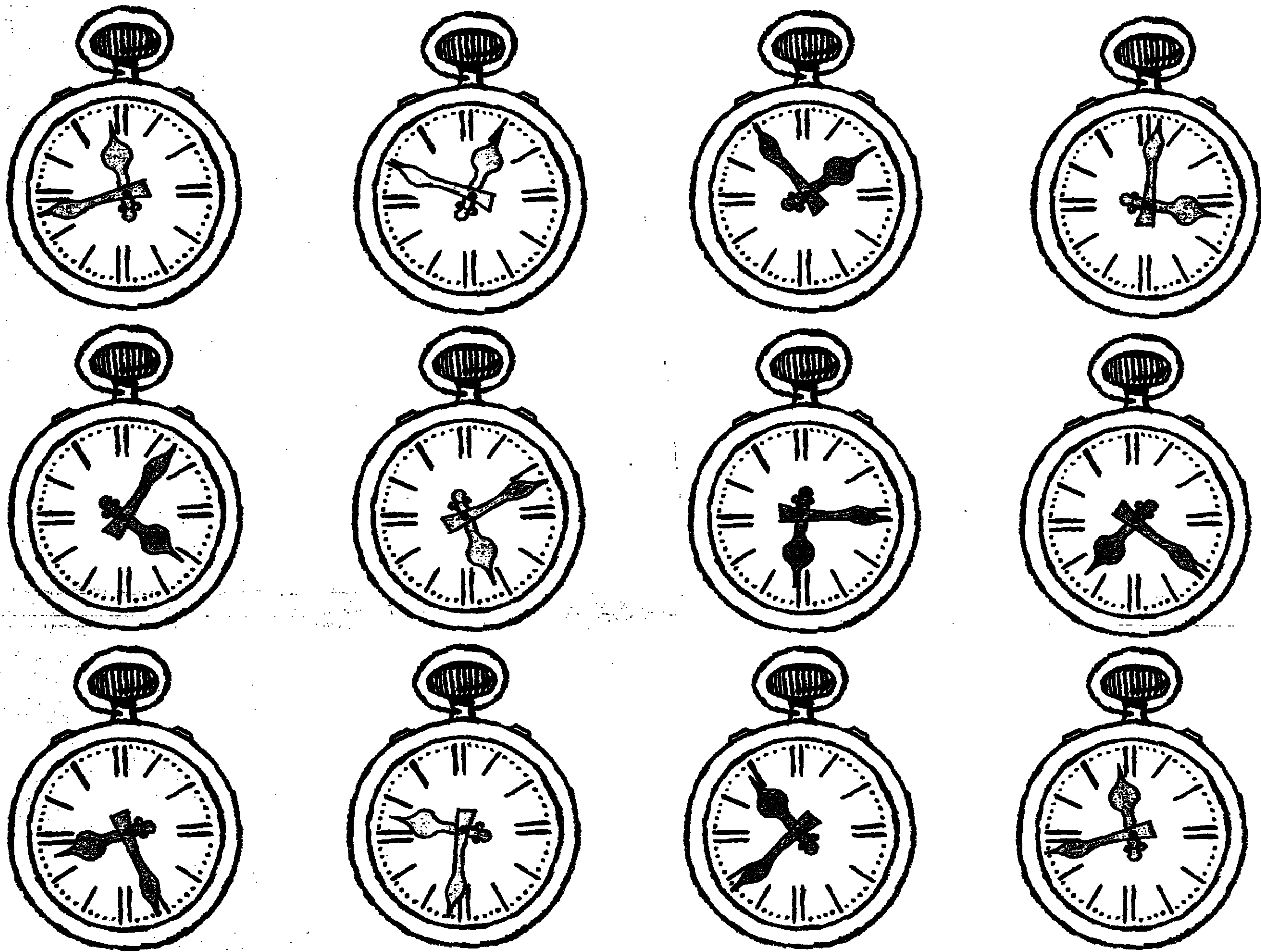
Club

British  
airways  
Die Airline

British Airways Club, die separate Klasse: Wir verwöhnen Sie selbst auf Kurzflügen mit delikaten Menüs und Getränken nach Wahl. Ein zuvorkommender Service und mehr Freigepäck (30 kg) gehören zu den weiteren Privilegien. Auf allen British-Airways und auch Continental-



# SIEMENS



## Alle 12 Stunden wird in Europa ein neuer Universalcomputer\* installiert – mit dem europäischen Betriebssystem BS 2000.

Computer-Anwender wissen, daß ein Betriebssystem für sie um so nützlicher ist, je weiter es verbreitet ist. Denn je weiter es verbreitet ist, desto mehr Anwenderprogramme wurden und werden dafür geschrieben. Je mehr Anwender-Software aber für ein Betriebssystem zur Verfügung steht, desto weiter wird es verbreitet.

\* Gemeint sind Universalcomputer mit Leistungen von 0,2 bis 8 MOPS (Millionen Operationen pro Sekunde), die Siemens in 10 verschiedenen Größen anbietet.

### Wachsen ohne zu wechseln

Das europaweit verbreitete Betriebssystem BS 2000 verbürgt nicht nur einen ständigen Zustrom an Anwender-Software, sondern sichert auch die Softwareinvestitionen. Denn bei einem Computerwechsel – etwa zu leistungsfähigerer Hardware – bleiben diese Investitionen nur dann erhalten, wenn auch das Betriebssystem beibehalten wird, auf das die Anwenderprogramme geschrieben wurden. Siemens bietet im System 7-500 jetzt schon 10 Computer unter dem Betriebssystem BS 2000 an – vom mittleren zum Einsteigen in die universelle Datenverarbeitung bis zum größten Computer, der überhaupt in Europa entwickelt und produziert wird.

### Entscheidende Wirtschaftlichkeit

Neben der Reichweite und der Verbreitung spricht die Wirtschaftlichkeit für das BS 2000 von Siemens. Wie Diebold ermittelt hat, kann ein Anwender mit dem BS 2000 sein EDV-Budget um bis zu 40% niedriger halten als

mit einem vergleichbaren anderen Betriebssystem, da die Aufwendungen für die Systembetreuung, für das Personal und für die Ausbildung erheblich niedriger sind.

Das BS 2000 von Siemens ist heute schon mehr als 2600mal im Einsatz. Seine ständig steigende Verbreitung zeigt, daß seine Zukunft gerade erst begonnen hat.

Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, schreiben Sie an: Siemens AG, ZVW13, Otto-Hahn-Ring 6, 8000 München 83.

**Aufgaben  
gibt's überall.  
Siemens Computer  
auch.**



A-18100-D-2-83



[illegible]



**Bundesanleihen**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

# Umschwung am Rentenmarkt

Am Dienstag setzte sich auf dem Rentenmarkt wieder eine freundlichere Tendenz durch. Optimisten sehen darin das Ende einer Konsolidierungsphase und sehen nun den Weg für weitere Zinssenkungen am deutschen Kapitalmarkt frei. Auch wenn die 7 1/2-prozentige Bundesanleihe zu einem Ausgabepreis von 97,75 Prozent in den Börsenhandel eingeführt werden ist, kann von einer echten Platzierung dieser Bundesanleihe nicht die Rede sein. Bei den Pfandbriefen wurden die Notierungen genau wie bei den öffentlichen Anleihen um 0,20 bis 0,30 Prozentpunkte heraufgesetzt.

**Bundespost**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Länder - Städte**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Bankschuldverschreib.**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Bundesbahn**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Wandelanleihen**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Währungsanleihen**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Düsseldorfer**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Optionsanleihen**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Sonderanleihen**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

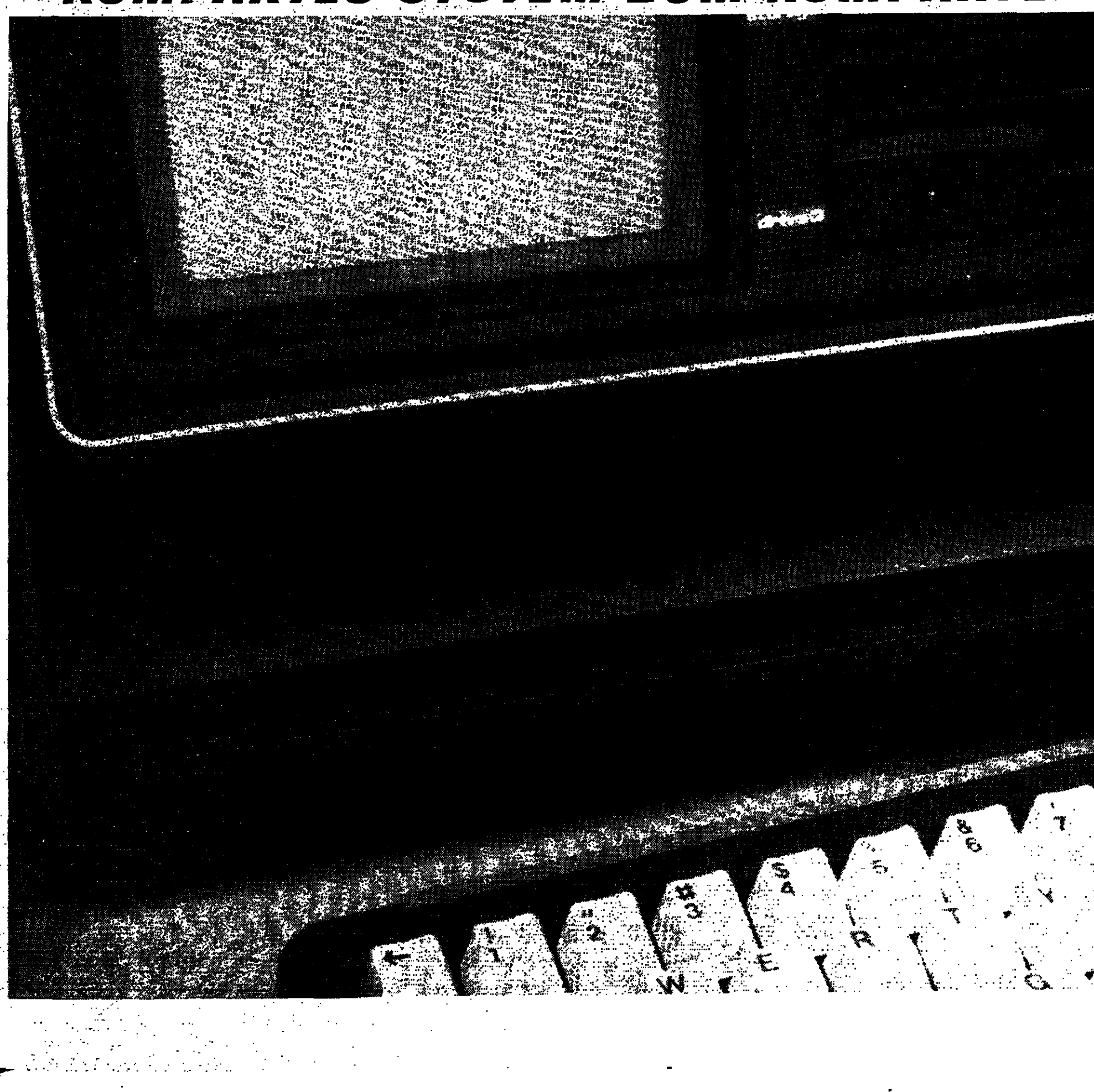
**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

**Ausländische Aktien in DM**

	30. 10.	29. 10.
5% Bf. 78/84	1294	1294
5% Bf. 79/84	1294	1294
5% Bf. 80/84	1294	1294
5% Bf. 81/84	1294	1294
5% Bf. 82/84	1294	1294
5% Bf. 83/84	1294	1294
5% Bf. 84/84	1294	1294

## KOMPAKTES SYSTEM ZUM KOMPAKTEN PREIS.



Der Commodore Executive SX 64, das kompakte Mikrocomputer-System am Griff: 380 mm breit - 140 mm hoch - 430 mm tief.

Komplett mit einer leistungsstarken Zentraleinheit. Mit einem eingebauten Diskettenlaufwerk, das rund 300 Seiten voller Zahlen oder Worte speichert. Und einem integrierten Farbmonitor für hochauflösende Grafik.

Überall mit hinzunehmen. Ob vom Büro nach Hause. Oder von Frankfurt nach London, wenn nötig.

Der Commodore Executive SX 64. Preiswert, vielseitig und leistungsfähig. Von der Nr. 1 unter den Mikrocomputer-Herstellern.

Beim Commodore-Vertragshändler, in führenden Warenhäusern, guten Rundfunk-, Fernseh- und Fotofachgeschäften und großen Versandhäusern.

Mehr Information und die Anschrift Ihres nächstgelegenen Commodore-Fachhändlers von: Commodore Büromaschinen GmbH, Aht. MK, Lyoner Str. 38, 6000 Frankfurt/M. 71. Oder per Telefon: Düsseldorf (0211) 3120 47 48 Frankfurt (069) 6 63 81 99 - Hamburg (040) 2113 86 - München (089) 46 30 09 - Stuttgart (0711) 24 73 29 - Basel (061) 23 78 00 - Wien (0222) 67 56 00.

Unsere BTX-Leitseite \* 18919 \*\*.

Technische Daten:  
 • 64 Kbytes RAM  
 • 32 Kbytes Programm- und Daten  
 • Alphanumeric ASCII-Schreibmaschinen-  
 -Tastatur  
 • Disketten-Massenspeicher 170 KB  
 • Drucker direkt anschließbar













Träume eines zu kurz gekommenen russischen Bourgeois - Lenin in Zürich

## Der gnadenlose Weltverbesserer

Es war an der Zeit, sich Lenins anzunehmen. Lange genug waren wir den künstlichen Schatten des russischen Weltveränderers ausgesetzt, sei es, sie fielen von den pathetischen Denkmälern bei seinen Enkeln im Osten, sei es, sie kamen aus den vergrößerten Karikaturen seiner Gegner im Westen. Beides ist entbehrlich, denn Lenin war machtvoll genug, um

Lenin in Zürich - ARD, 20.15 Uhr

von der Geschichtsschreibung nicht vergessen zu werden, und er war brutal genug, um ohne Übertreibung von den freiheitsliebenden Menschen in Ost und West verabscheut zu werden.

Das ist eine Überlegung, die man anstellt, wenn man die Fernsehproduktion „Lenin in Zürich“ aufmerksam betrachtet und angehört hat. Sie behandelt jene Zeit in Lenins Leben, da er in mehrfacher Beziehung mittellos in der Schweiz vor kläglichen Zirkeln seine Träume von der Diktatur des Proletariats, von der Notwendigkeit eines rücksichtslosen und blutigen Herrschaftsanspruchs vorträumte, schließlich - auch infolge einer menschlichen Enttäuschung - in dumpfe Resignation verfiel, bis das Schlimmste eintrat, das er denken konnte: In St. Petersburg war die bürgerliche Revolution ausgebrochen - und er, der auf eine Revolution hin überhaupt träumte und lebte und arbeitete, er saß mit gebundenen Händen im Schweizer Exil, von einer kümmerlichen Handvoll Mitstreiter aus der Intelligentsia umgeben, ohne Mittel, nicht einmal imstande, sich Zeitungen zu kaufen, um an aktuelle Nachrichten zu kommen.

Die von dem undurchsichtigen Revolutions-Financier Helfand arrangierte Zusammenarbeit mit dem deutschen Generalstab, ursprünglich empört zurückgewiesen, war Lenin jetzt recht: Mit Hilfe der kaiserlichen Regierung konnten die Revolutionäre im plombierten Wagen gen Russland reisen. Der deutsche Gesandte Brockdorff-Rantzau in Bern fädelte die Sache ein.

Alexander Soltschenizyn hatte diese trübe Episode im Leben Lenins mit Hilfe einer Unzahl von Quellen,

von zum Teil in Vergessenheit geratenen Dokumenten, Memoiren und Belegen ausgeforscht. Sein Buch (dtv, 9,80 DM) hat der Fernsehautor Claus Hubalek mit eigenen Recherchen erweitert. Das Drehbuch übernahm Rolf Busch zur Inszenierung, die schwierige Hauptrolle wurde Wolf-Dietrich Berg anvertraut. Es wurde ein Fernsehspiel daraus, das als besonderes Faszinosum die intensiv über die Rampe strahlende Glaubwürdigkeit aufweist, eine Glaubwürdigkeit, die um so höher zu veranschlagen ist, als die Hauptfiguren Lenin und Frau Krupskaja sich nicht allein per Maske den aus tausend Bildern bekannten Prototypen zu nähern hatten, sondern aus den originären Texten heraus.

Es entstand das Bild eines Lenins, der mit den ernsten oder gipsernen Standbildern des Heros mit der zerknautschten Mütze in der Linken und der in ferne Zukünfte weisenden Rechten (oder auch umgekehrt) nur wenig gemein hatte. Es ging um einen Menschen, der unsere Epoche geprägt hat, notabene: um einen Menschen. Weder der Wehrrauch seiner heiligen Routineverehrern noch die Dämonisierung durch seine millionenfachen Opfer fanden statt. Je menschlicher, je bürgerlicher sich der große Ijtsch aus den Dokumenten seiner Vita, aus den Bekenntnissen

seiner Freunde, aus den Erinnerungen seiner Zeit herauschälte, desto grausamer erschien seine spätere Skrupellosigkeit. Lenin, so lehrt der Film, so exzerpiert er es aus Soltschenizyns historischer Schau, war ein Bourgeois, nicht nur mit den Träumen eines Zukunftsgekommenen, sondern auch mit milder Frigidität in den natürlichsten Bereichen des Lebens.

Dies alles in die knapp neunzig Minuten zu packen ist eine Kunst für sich. Stellenweise versagte sie, das sei vermerkt. Die Übergänge von Spielort zu Spielort waren hart, die vorgeführten Personen waren nicht hinreichend eingeführt. Die Kenntnis der politischen, militärischen und geographischen Daten wurde zu oft vorausgesetzt.

Vielleicht ging es nicht anders, obwohl es unbedingt hätte gehen müssen. Defizite in der Kommunikation bleiben unentschuldigbar. Dennoch sei ausdrücklich gesagt: Diese Produktion aus der Hauptabteilung Fernsehspiel des NDR ist eine nützliche und zwingend sehenswerte Sache. Wir können uns davor nicht drücken, immer wieder nach den Mächtigen zu fragen, die unsere Zeit umgekrempelt haben, und danach, woher sie kamen, und wie sie zur Macht gelangten. Und vor allem: Wer ihnen dazu verhalf? VALENTIN POLCUCH



Lenin (W.-D. Berg) und sein Finanzier Helfand (H. Wyprechtger) FOTO: NDR

## KRITIK

## Rot sind nur noch die Tomaten

Können Kommunisten wirtschaften? Nun, wenn sie nicht die totale Macht in einem Staat, sondern „nur“ rund 30 Prozent des Volkes und damit traditionelles Wähler- und Denkverhalten hinter sich haben, dann können wohl auch Kommunisten ganz gut im Ökonomischen zu Hause sein. Jedenfalls vermittelte diese Einsicht die ARD-Montags-Reportage „Marx und Martella“ von Norbert Haringhausen, der es im übrigen mit Hilfe ironischer, ja satirischer Fragen und Kommentare verstand, nicht nur Informationen in Fülle zu bieten, sondern auch beste Unterhaltung.

Haringhausen recherchierte im „Roten Gürtel“ Italiens, in der Emilia Romagna und der Toscana. Seit 1818 ist diese Region zunehmend ein „Land der Genossenschaften“ geworden, die heute - in den verschiedensten Wirtschaftszweigen - marktherrschende Stellungen haben. Fleisch-, Wein-, Tomaten-, Bau- und Reinigungs-Genossenschaften wurden vorgestellt, ihre Organisationsstrukturen, Umsätze und die Ansichten der Manager und Führungskräfte. Möchte dieser oder jener Vorgesetzte (eine Dame war auch dabei) früher einmal Stalinist gewesen sein, heute bekommen sie sich vor allem zur Ideologie ihres Jobs, und der Präsident des Genossenschaftskonsortiums, sprach schlicht den Satz aus: „Ich glaube an das Unternehmertum!“ Logisch danach die Einsicht, daß mit dem guten alten Marx nicht mehr viel Wirtschaft, also Wein, Martella, Häuser, Tomatenmark und anderes - also Profit zu machen sei. An dieser nüchternen Manager-Sicht änderten auch kleine, gemeinwohl-orientierte Vorbehalte nichts.

Daß der Partei mit den an der Realität orientierten kommunistischen Wirtschaftsbossen dennoch auch in dieser Region immer mehr Wähler abhanden kommen, ist wohl die Kehrseite des Erfolges: Die KPI ist, zumindest für Jungwähler, auch nur noch ein etabliertes Politunternehmen. ULRICH SCHACHT

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesschau  
10.25 Show & Co mit Carlo  
Musik und Gäste mit Carlo v. Tiedemann

12.10 Panorama: Peter Götter  
Moderation: Peter Götter  
12.25 Presseschau  
13.00 Tagesschau

15.45 Tagesschau  
15.55 Helmut (in Vergessenheit)  
In der langen Geschichte Tuscaniens, der heutigen Toscana, siedelten auch die Etrusker in dieser wunderschönen Landschaft. Mitteilungs. Homologe Kelling durchstreifte mit einem Kamerasteam oberhalb der großen Städte diesen Landschaft und zeigt, welche Bauwerke noch aus der Zeit der Etrusker stammen und wie sehr ihr Erbe in der Gegenwart weiterlebt.

15.55 Reformationsinfante  
16.00 heute  
16.04 Morgen schon  
3. Teil: Das Kind in der Kommode  
Anschl. heute-Schlagzeilen  
16.35 Tee Tee  
Der Nordwind und die Eule  
17.00 heute / Aus den Ländern  
17.15 Tele-Marktförderung  
Zu Gast: Die Londoner Gruppe „Bratstvo“ kurz ihre „Creation“  
Anschl. heute-Schlagzeilen  
17.35 Wiedersehen macht Freude  
Elmar Gursch präsentiert Kabinettstückchen  
Wieder ein paar Film- oder Fernsehbonbons gefällig? Bitte schön  
Elmar Gursch hält Hörers- und Seherwartungen bereit. So zum Beispiel das Postfach aus „Der Millionär“, gesungen von Hans Moser.  
Außerdem: Parodierte Opernszenen von Otto Schenk  
Die Marx-Brothers in einer Spielszene  
Barbra Streisand und Ryan O'Neal bei einer Verlobungsfeier in „Is was, Doc!“  
Gert Fröbe als tollkühner Flieger  
Marilyn Monroe in „Bus Stop“  
18.00 mittwochletzte - 7 aus 38  
Spiel 77

16.40 Sendung (2)  
Eine Schützengasse für Fies  
Die alten Kaiserstadt Trier feiert in diesem Jahr ihren 2000. Geburtstag. Ihr Geschichtsbuch wurde in den vergangenen Wochen immer wieder aufgeschlagen. Und jetzt soll sich zeigen, wer gut aufgepaßt hat! Die Mannschaften von zwei Jugendzentren - in historischen Kostümen - stehen bereit zur Schützengasse und um den Dom und die Porta Nigra. Aber auch die Kinder am Fernseher können mitspielen - es gibt was zu gewinnen.

17.35 Weil der ja zu uns sagt  
Die einen finden es zum Weinen, andere geradezu lachhaft, daß sich die evangelische und die katholische Kirche - und die vielen übrigen auch - immer noch nicht wieder zu einer Kirche zusammengeschlossen haben.  
17.50 Tagesschau  
20.00 Donau-Regionalprogramme  
20.15 Lenin in Zürich  
Nach Alexander Soltschenizyn Rolf Busch und Claus Hubalek verfilmten die historische Rückschau des russischen Nobelpreisträgers Alexander Soltschenizyn auf Lenins Aufenthalt in der Schweiz von 1914 bis 1917. Die Rolle des Wladimir Ijtsch Lenin spielt Wolf-Dietrich Berg.

21.45 Breitenmat  
Thema: Hungertod in Äthiopien  
22.00 Tagesschau  
22.05 Oliver  
Musik pur  
Die italienische Rockband Gianni Nannini, der Jazzviolinist Bobby McFerrin, der amerikanische Sänger Danny O'Keefe, der Blues-Harmonikspieler Johnny Marr sowie der Jazzrockgitarrist Larry Carlton laden in der heutigen sechsten Folge der Sendung mit Frank Laufenberg zu einer vollen Stunde abwechslungsreicher Musik ein.

18.00 Tagesschau  
18.25 Show & Co mit Carlo  
Musik und Gäste mit Carlo v. Tiedemann  
18.55 Helmut (in Vergessenheit)  
In der langen Geschichte Tuscaniens, der heutigen Toscana, siedelten auch die Etrusker in dieser wunderschönen Landschaft. Mitteilungs. Homologe Kelling durchstreifte mit einem Kamerasteam oberhalb der großen Städte diesen Landschaft und zeigt, welche Bauwerke noch aus der Zeit der Etrusker stammen und wie sehr ihr Erbe in der Gegenwart weiterlebt.

19.00 heute  
19.04 Morgen schon  
3. Teil: Das Kind in der Kommode  
Anschl. heute-Schlagzeilen  
19.35 Tee Tee  
Der Nordwind und die Eule  
20.00 heute / Aus den Ländern  
20.15 Tele-Marktförderung  
Zu Gast: Die Londoner Gruppe „Bratstvo“ kurz ihre „Creation“  
Anschl. heute-Schlagzeilen  
20.35 Wiedersehen macht Freude  
Elmar Gursch präsentiert Kabinettstückchen  
Wieder ein paar Film- oder Fernsehbonbons gefällig? Bitte schön  
Elmar Gursch hält Hörers- und Seherwartungen bereit. So zum Beispiel das Postfach aus „Der Millionär“, gesungen von Hans Moser.  
Außerdem: Parodierte Opernszenen von Otto Schenk  
Die Marx-Brothers in einer Spielszene  
Barbra Streisand und Ryan O'Neal bei einer Verlobungsfeier in „Is was, Doc!“  
Gert Fröbe als tollkühner Flieger  
Marilyn Monroe in „Bus Stop“  
21.00 mittwochletzte - 7 aus 38  
Spiel 77

21.45 Breitenmat  
Thema: Hungertod in Äthiopien  
22.00 Tagesschau  
22.05 Oliver  
Musik pur  
Die italienische Rockband Gianni Nannini, der Jazzviolinist Bobby McFerrin, der amerikanische Sänger Danny O'Keefe, der Blues-Harmonikspieler Johnny Marr sowie der Jazzrockgitarrist Larry Carlton laden in der heutigen sechsten Folge der Sendung mit Frank Laufenberg zu einer vollen Stunde abwechslungsreicher Musik ein.

## III.

WEST  
20.00 Tagesschau  
20.15 Mittwoche in Wegberg  
Informationen und Unterhaltung  
21.45 25-25  
22.15 Kesseltanz ums Geld  
Holländischer Spielfilm (1954)  
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)  
22.35 Schenken am Max Opflein  
23.00 Letzte Nachrichten

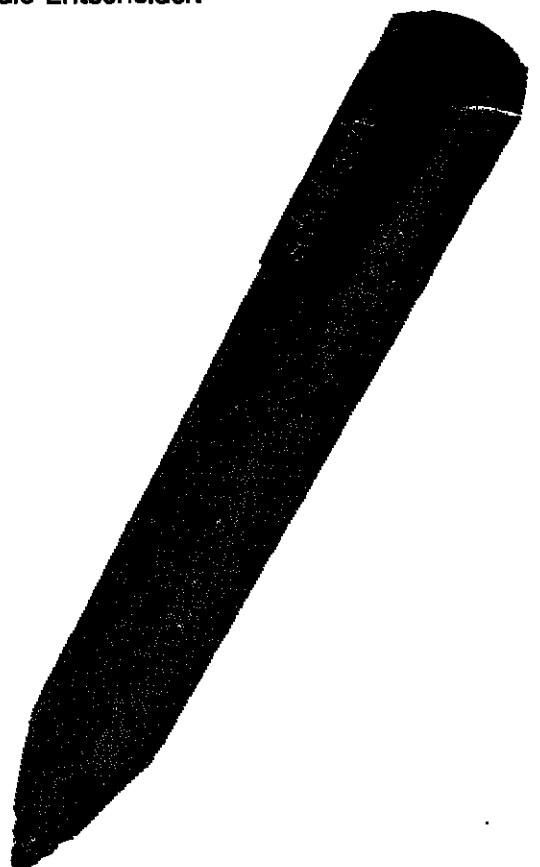
NORD  
19.00 Die Windklinge von Mami-Mami  
19.15 Media aktuell  
19.30 Das Jahr im Garten: November  
20.00 Tagesschau  
20.15 extra drei  
21.00 Wer hat die Skulptur erschaffen?  
21.30 Örtliche  
21.45 Mithras Forschung  
21.55 Thirty Minutes  
22.45 Nachrichten

HESSEN  
18.30 Flakvorte  
19.00 Deutschlands grüne Insel  
Das Meer der Mägen  
19.45 Fernsehspiele  
20.15 Show im Spinnstern  
Der Wunderstoff Spinnstern ist ins Geschehen gekommen.  
20.30 Film - Politik - Leistung  
Folgen der Reformation  
21.00 Drei aktuell und Sport  
22.00 Oldtimer  
Schwedischer Fernsehfilm

SÜDWEST  
Gemeinschaftsprogramm:  
19.30 Nachrichten  
19.55 Rockpalast  
Mit Roy Vaughan und  
Double Trouble  
20.15 Rockwege von Kunst: Bodrum und  
das Land der Lydier  
21.00 Der Bamber des Samstags  
Japanischer Spielfilm (1964)  
21.30 Theater-Talk  
Mit Werner Hinz  
Der 61-jährige Schauspieler ist einer der letzten ganz großen Bühnen-„Heiden“ in Deutschland.  
22.35 Nachrichten

BAVARN  
18.15 Hinterbogen der Abendsonne  
18.45 Sendung  
19.00 Bayern-Kini '84  
20.15 „Der nächste, bitte!“  
3. Teil: Sein letzter Wille  
19.15 Showstop  
20.45 Zeitspiegel  
21.30 Rundschau  
21.45 Skandal in Chelsea (1)  
Englischer Fernsehfilm  
22.35 Z & M  
22.45 A Time There Was  
0.20 Rundschau  
0.25 News of the Week

Zielgruppe  
Unternehmer, Führungskräfte, Leitende und Freiberufler:  
sie sind die Entscheider.



Zielgruppengerechte

Kontakte **Z. B. Eisenwaren** in den von Ihnen gesuchten Marktsegmenten **Z. B. Druckwerk** schaffen Ihnen **Z. B. Bindereport** die Fachtitel **Z. B. Niedersächsisches Ärzteblatt** der Schlüterschen Verlagsanstalt und Druckerei. **Z. B. Der praktische Tierarzt** Direkt, **Z. B. Deutsches Tierärzteblatt** ohne Streuverluste, **Z. B. TIHO-Anzeiger** in dem von den Lesern **Z. B. Niedersächsische Wirtschaft** gesuchten aktuellen redaktionellen Umfeld. **Z. B. Nordwestdeutsches Handwerk** Mit jedem **Z. B. Unsere Sicherheit** dieser Werbeträger **Z. B. Die Einzelhandelszeitung** maximieren Sie die Kontakte **Z. B. Die Industrie der Steine und Erden** zu Ihren Gesprächspartnern **Z. B. Fechtsport** in den jeweiligen Teilmärkten. **Z. B. Theaterzeitung**



## Wissenschaft und Forschung blühen inmitten der Wüste!

An der Ben-Gurion-Universität des Negev in Beer Sheva, Israels jüngster Universität, studieren heute mehr als 5000 Studenten, die Fächer Medizin, Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und vor allem Wüstenforschung in einer Vielfalt einzelner Disziplinen bilden die Schwerpunkte in Lehre und Forschung. Bei dieser Arbeit bedürfen die Studenten tatkräftiger Unterstützung. Seit nunmehr zehn Jahren helfen die „Förderer der Ben-Gurion-Universität des Negev e.V.“ als Vertreter der Universität in Berlin und im übrigen Bundesgebiet den Studenten bei der Lösung ihrer finanziellen Probleme am Studienplatz wie zu Hause. Helfen Sie uns helfen!



אנו בריסית בן גוריון בנגב  
FÖRDERER DER BEN-GURION-UNIVERSITÄT DES NEGEV e.V.  
Postfach 41 09 47, 1000 Berlin 41, Tel. (030) 711 41 05

HEINZ HERBERT KARRY-STIFTUNG  
HELLERHOFSTRASSE 2-4 · 6000 FRANKFURT AM MAIN

## Ausschreibung

## Heinz Herbert Karry-Preis 1985

Die Heinz Herbert Karry-Stiftung Gemeinnützige Gesellschaft mbH zeichnet Persönlichkeiten, die sich durch Wort, Schrift oder Handeln mutig und engagiert für das Gedeihen und den Ausbau unseres freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates einsetzen oder eingesetzt haben, mit einer mit einem Geldpreis von 10.000,- DM verbundenen Heinz Herbert Karry-Gedächtnismedaille in Gold aus. Die Preisträger werden durch Ausschreibungen, Bewerbungen oder Benennungen von einer unabhängigen Jury ausgewählt.

Mitglieder der Jury sind:

Reinhard Appel, Chefredakteur beim Zweiten Deutschen Fernsehen  
Dr. Fritz Ulrich Fack, Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung  
Werner Holzner, Chefredakteur der Frankfurter Rundschau  
Otto Kirst, Staatssekretär a. D.  
Heribert Reitz, Staatsminister a. D., Mdl.  
Professor Dr. Gerhard W. Wittkämper, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster

Bewerbungen und Vorschläge werden bis zum 15. Januar 1985 erbeten an:

Heinz Herbert Karry-Stiftung  
Hellerhofstraße 2-4 (Zimmer 109) · 6000 Frankfurt am Main 1

Der Heinz Herbert Karry-Preis wird am 10. Mai 1985 im Kaisersaal des Romers in Frankfurt am Main überreicht werden.

Frankfurt am Main, im Oktober 1984

Der Stiftungsrat  
Dr. med. Wolfgang Bechtold  
Dr. Wolfgang Gerhardt  
Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann  
Hans-Wolfgang Pfeifer  
Professor J.F. Volrad Deneke  
Rainund A. Bach  
Erhard Bouillon  
Dr. h.c. Walter Hesselbach

Wir arbeiten  
an den Gräbern der Opfer  
von Krieg und Gewalt  
für den Frieden  
zwischen den Menschen  
für den Frieden  
zwischen den Völkern



VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

WERNER-HILPERT-STRASSE 2 · 3500 KASSEL

POSTCHECKKONTO FRANKFURT 4300-60 BLZ 500 100 60

gepe Dia-Projektion  
in Perfektion...  
SYSTEM NORDIC









## Westfalens rote Erde mit Berlin verbunden

HANS-R. KARUTZ, Berlin  
Wo Hermann der Cherusker siegte, Westfalens rote Erde glänzt, die Milchkuhe und der Konsum gedeihen, die deutsch-holländische „Euro-Regio“ beginnt, gewann Berlin jetzt Anschluss: Seit Montag ist der blühende NRW-Wirtschaftsraum um Münster/Osnabrück nur noch einen Luftsprung von 50 Minuten von der Spree entfernt. „British Airways“ startete - 47 Jahre nach der verbliebenen Luftbundeslinie zwischen Berlin und Münster - jetzt zum Jungfernfahrt nach Westfalen.

„Wir haben zwei Jahre zäh gearbeitet - zwölf Monate an Gutachten und Studien, den Rest, um in London und von den drei alliierten Luftfahrtattachés in Bonn die Erlaubnis zu bekommen“, berichtet BA-Deutschlandchef Captain Richard Twomey. Die britischen Flieger mit den Farben des Union Jack lockte ein Einzugsbereich mit 7,5 Millionen Menschen - zwischen dem Ruhrgebiet und bis zum Teutoburger Wald und hinüber zur niederländischen Grenze. Im Maßstab des Kontinents, gedeiht dort die „Euro-Regio“.

### Eine Stadt, die wächst

Neben Osnabrück auf dem halben Weg von der Ruhr zum Hafenland Bremen lockte vor allem Münster als „Westphalia metropolis“. Mit seinen 372 000 Einwohnern, darunter fast 50 000 Studios aller Richtungen, seinem 62-Prozent-Anteil kaufkräftiger Beamter und Angestellter einer unternehmungs- und reiselustigen gehobenen „middle class“, bietet die Stadt ideale Voraussetzungen für eine Berlin-Partnerschaft. „Eine der wenigen Städte in der Bundesrepublik, die noch wächst“, lobte ein hochrangiger Stadtpolitiker am Rande des Premierien-Fluges.

„British Airways“ kalkuliert mit dem Optimismus guter Geschäftsleute mit jährlich 60 000 Passagieren auf der neuen Route. Seit zwölf Jahren ist es die erste neue innerdeutsche Linie, die BA ins Leben rief. „Ich prophezeie, daß wir bis zum 1. April 1989 pro Flug auf 60 Passagiere kommen“, meint Captain Twomey mit der angeborenen angelsächsischen Wettbewerbskraft.

Zunächst pendelt BA morgens und abends zwischen Spree und Aa. Das Normalticket an Bord der „County of Merseyside“ - so der Name der Münster-Maschine - kostet 360 Mark. Der Spartarif von 234 Mark liegt nur 73 Mark über dem 2. Klasse-Billet von Bundes- und Reichsbahn. Berlin läßt sich auf der Schiene nur mit Umsteigen erreichen.

### Touristischer Aspekt

Die Münsteraner rechnen damit, vom Berliner Kongreß-Kuchen im Milliardenbau des Kongreßzentrums nicht nur die Krümel sogenannter „Satelliten“-Meetings abzubekommen. Anders als Marschall Blücher, der freier sagte „Münster und die Münsteraner gefallen mir nicht...“, kommen Ärzte und Naturwissenschaftler beispielsweise nach Berlin-Kongressen zu kleineren Tagungen gern ins Münsterland. Berlin wiederum rechnet zur „Grünen Woche“, Deutschlands „Super-Landwirtschaftsschau“, und dem Sommerfest der Bundesgartenschau vom Frühling 1985 mit einer westfälischen Lodeninvasion...

Auch Berlins Fachsektoren vollführten am Wochenende einen Luftsprung vor Freude: Bundes Senator Rupert Scholz erinnerte an die Bedeutung einer „nähergerückten“ Bundesrepublik. Sein Wirtschaftsminister Elmar Pieroth rühmte den touristischen Aspekt. Am hartleibigsten hatten sich die Bonner gezeigt: Die meiste politische Kraft kostete es, den entscheidenden 60-Mark-Zuschuß aus der Bundeskasse für den Flug ins Land des Westfälischen Friedens zu sichern.



Der achtjährige Wallach „Bucky“, hier mit einer Tierpflegerin des New Bolton Center im US-Staat Pennsylvania, ist das erste Pferd, dem ein Herzschrittmacher eingepflanzt wurde. Das Zentrum gilt als „Mayo-Klinik“ für Großtiere. Die wohl berühmteste Klinik für Kleintiere ist hingegen das „Animal Medical Center“ in New York, an dem mehr als 70 Tierärzte tätig sind. Etwa 70 000 Tiere werden hier pro Jahr behandelt. Im Bild links wird ein Hund zur Operation geführt.

FOTO: DPA

## New Bolton Center - Mayo-Klinik für Tiere

DIETER KLAR, New York

Wenn „Bucky“ mit anderen Pferden auf der Wiese grasen, unterscheidet ihn nichts von seinen vierbeinigen Artgenossen. Erst beim Tastscheln des muskulösen Halses spürt man einen leichten Knoten. Dort, unter einem Muskel, liegt das Geheimnis, das den achtjährigen Wallach zu einer medizinischen Sensation macht: Bucky ist das erste Pferd mit einem Herzschrittmacher.

Der von ständigen Ohnmachtsanfällen geplagte, abgemagerte Wallach, den Tierärztin Dr. Virginia Reef vor einem halben Jahr bei einem Hausbesuch untersuchte, hat mit dem heutigen Bucky nichts mehr gemein. Sein Herz schlägt jetzt dank elektrischer Impulse aus einer Lithiumbatterie re-

gelmäßig 45mal pro Minute, er hat wieder sein normales Gewicht und läßt seine Retterin gerne spüren, wenn mehr Kraft hat, wenn sie ihn am Halfter spazierenführt.

Der Schrittmacher wurde im New Bolton Center der tiermedizinischen Fakultät der Universität von Pennsylvania, eine Stunde außerhalb Philadelphia, eingepflanzt. Bucky war dorthin gebracht worden, in der Hoffnung, seinen abnormal langsamen Puls von zehn Schlägen pro Minute mit Medikamenten auf den Normalwert von 40 Schlägen zu bringen. Doch nach einigen Wochen der Behandlung schlug das Herz immer noch nur 30mal pro Minute, nicht genug für das große Pferd. Mit speziellen Elektroden in den großen Herz-



kammern Buckys werden von dem eigentlich für Menschen gedachten Schrittmacher die Impulse übertragen, die dem Herz den richtigen Rhythmus diktiert.

Die Operation, obwohl ungewöhnlich und die erste ihrer Art, war zur eine von insgesamt jährlich 5000 Behandlungen im New Bolton Center. Das Zentrum gilt unter Fachleuten als eine Art Mayo-Klinik für Großtiere, zu der aus aller Welt wertvolle Pferde gebracht werden. Die Fakultät, zu der das Zentrum gehört, ist die zweitgrößte Ausbildungsstätte für Veterinäre in den USA.

Dort lernen die angehenden Tierärzte in täglicher Praxis an nicht weniger als 30 000 Fällen pro Jahr, welche Krankheiten Haustiere, Exoten

und Nutztiere wie Kühe, Pferde, Lämmer, aber auch Hühner und Enten plagen können. Bis 1960 wurden die großen Vierbeiner in Philadelphia behandelt. Danach entstand das New Bolton Center, das auf über 150 Hektar Land inmitten von Gärten und Wäldern liegt. Von Knochen- und Gelenkproblemen bis zu durchgebrochenen Kühnmägen gibt es nichts, was den angehenden Veterinären in New Bolton nicht begegnet.

Nicht viel anders geht es den Studenten in Philadelphia, wo eine Notaufnahme rund um die Uhr für plötzlich erkrankte oder verunglückte Haustiere zur Verfügung steht. Unter Aufsicht eines voll ausgebildeten Veterinärs diagnostizieren sie und

schlagen Behandlungsmöglichkeiten vor für gebrochene Gliedmaßen bei Eichhörnchen, geschwollene Prostata bei einem Dobermann, die fiebrige Tibetkatze oder den Nahrung verweigenden Kakadu.

Als die „Mayo-Klinik“ für Kleintiere gilt das „Animal Medical Center“ in New York, das in einem achtstöckigen Gebäude am Franklin-Delano Roosevelt-Drive untergebracht ist. Mehr als 70 Tierärzte kümmern sich pausenlos um das Wohl der Tiere, von denen fast 70 000 pro Jahr in dieser Klinik behandelt werden. Nicht nur aus New York und Umgebung, sondern sogar aus Übersee werden die kleinen Lieblinge zur Behandlung oder zur Operation ins „Animal Medical Center“ gebracht. (dpa)

## Japans Regierung verordnet ihren Beamten Pralinen

AP, Tokio

Die japanische Regierung will dem von Unbekannten mit vergifteten Pralinen erpressten Süßwarenhersteller Morinaga unter die Arme greifen. Sie rief die Mitarbeiter von rund 4000 Behörden gestern dazu auf, Morinaga durch den Kauf seiner Pralinen zu unterstützen. Die Süßwaren sollen direkt ab Fabrik an die Ämter geliefert werden.

### Keine Weihnachtsbäume

rr, Frankfurt

Die Bürger der nordhessischen Gemeinde Melsungen werden in diesem Jahr auf große Weihnachtsbäume im Stadtbild verzichten müssen. Der Bürgermeister erklärte gestern im Hessischen Rundfunk angesichts des zunehmenden Waldsterbens habe der Magistrat diesen Beschluß gefaßt.

### Verschleierte Türkinnen

AFP, Ankara

Achtzehn türkische Frauen, die in der traditionellen türkischen Verschleierung angetroffen wurden, sind in Gölük bei Istanbul vorübergehend festgenommen worden. Gegen sie wurde Anklage wegen Verstößen gegen die gesetzlich vorgeschriebene Kleiderordnung erhoben. Die Frauen hatten den Schador-ähnlichen Schleier am 31. Jahrestag der Republikgründung getragen.

### Messe für Gentechnologie

dpa, Düsseldorf

Zum ersten Mal steht die Bio- und Gentechnologie im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz mit gleichzeitiger Fachmesse. Die „biotec 85“, die Mitte Oktober kommenden Jahres in Düsseldorf eröffnet wird, will das Gespräch zwischen Wissenschaft und Praxis in diesem Forschungsbe- reich intensivieren.

### Mit Vollgas davon

dpa, Frankfurt

Mit einem uralten Trick hat ein unbekannter Kauterinteressent den Besitzer eines Ferrari-Dino-Sportwagens um sein 100 000 Mark teures Luxusfahrzeug gebracht. An der Autobahn-Raststätte Pfungstadt bei der scheinbar Kaufwillige, sich selbst aus Steuer setzen zu dürfen, und bevor der Begleiter nach dem Fahrerwechsel um das Auto herumgehen konnte, gab der Fremde Gas und verschwand mit quietschenden Reifen.

### Gaststätte angezündet

AP, Frankfurt

Bei einem Brandanschlag auf eine Gaststätte im Frankfurter Stadtteil Bornheim sind gestern der 34-jährige Gastwirt und zwei weitere Personen schwer verletzt worden. Zwei Männer im Alter von 23 und 27 Jahren aus Bad Vilbel und Frankfurt wurden kurze Zeit später unter dringendem Tatverdacht festgenommen.

### Anzeige

**Das beste ist: eine gute Versicherung.**  
**SIGNAL**  
VERSICHERUNGEN

**ZU GUTER LETZT**  
„Als seinen Beitrag zum Weltsparg hat ein 27-jähriger aus Watten- scheid gestern eine Sparkassenzweig- stelle in Gelsenkirchen überfallen.“  
Meldung der Deutschen Presse-Agentur.

## Athens rollender Schrott

Technische Kontrollen nach dem TÜV-System angestrebt

E. ANTONAROS, Athen

Es ist kein Wunder, daß Griechenland eine der höchsten Unfallquoten Europas hat: Eine stichprobenähnliche technische Untersuchung des Athener Verkehrsministeriums hat jetzt ergeben, daß die große Mehrheit aller öffentlichen Verkehrsmittel verkehrsuntauglich sind. „Wer so ein Fahrzeug besteigt, riskiert sein Leben“, stellte das Athener Massenblatt „Ta Nea“ fest.

Am gefährlichsten leben Schulkin- der und Touristen: Mehr als zwei Drittel aller Busse weisen nämlich so gravierende Mängel auf, daß sie so- fort aus dem Verkehr gezogen werden müßten. Defekte Bremsen, das Fehlen von Blinkern, Lichtern und Sicherheitsgurten und eine Fülle von technischen Mängeln bestimmen das Gesamtbild. Besser als die Touristen- und Schulbusse haben die Taxen ab- geschritten: „Nur“ 68 Prozent von ihnen haben eine Reparatur nötig.

Mit dieser Untersuchung haben die griechischen Behörden die Anwen- dung eines Systems von regelmäßi- gen technischen Kontrollen nach dem deutschen TÜV-System einge- leitet. Erfaßt wurden von Mitte Sep- tember bis Anfang Oktober insge- samt 1154 Fahrzeuge aller Art. Bis Ende 1985 sollen sämtliche in Athen zugelassenen Autos kontrolliert wor- den sein.

Ein Gesetz, das regelmäßige tech- nische Kontrollen vorsieht, ist seit gut anderthalb Jahren in Kraft. Aber

mit seiner Anwendung hapert es. Auch die jetzt durchgeführte Un- tersuchung hat keine Gegenliebe ge- funden: „Die betroffenen Fahrer haben auf eine perverse Art beleidigt re- agiert und sich mit allen Mitteln den Kontrollen widersetzt“, sagte der Ge- neraalsekretär im Athener Verkehrs- ministerium, Alkis Roussopoulos.

Daß die Behörden jetzt auf einmal den Groll der Autobesitzer in Kauf nehmen und Hunderte von Autos aus dem Verkehr zu ziehen drohen, falls sie nicht repariert werden, hat viele Gründe: Einmal verursachen die „rol- lenden Särge“, wie die klapprigen Vierräder im Volksjargon genannt werden, zunehmend oft folgenschwe- re Autounfälle; zum anderen führt das Umweltministerium die Ver- schmutzung der Athener Luft weitge- hend auf die kaum gewarteten Aus- puffspritzungen der meisten Autos zu- rück.

Es bleibt abzuwarten, ob das Ver- kehrsministerium seine TÜV-Kon- trollen auch auf die Privatautos an- wenden wird: „Es könnte einen Volksaufstand geben, wenn jedes zweite Auto zur Werkstatt geschickt werden sollte“, kommentierte eine Athener Zeitung. Aber die Politiker scheinen fest entschlossen, mit ihren Plänen voranzugehen. Dazu Generalsekretär Roussopoulos: „Wir können es nicht länger zulassen, daß diese Autos das Leben von Fahrern, Insas- sen und Fußgängern gefährden.“ (SAD)

## Bald offener Schlagbaum nach Benelux?

ELFRUN JACOB, Den Haag

„Wenn es um ein Duell ginge und ich die Waffen wählen dürfte, dann würde ich sagen, wir wollen mal sehen, wer die liberalste Politik macht.“ Siegesicher kreuze gestern die Haager Verkehrsministerin Nelie Smit den Degen mit Verkehrsminister Dol- linger auf dem Grenzverkehrstag der deutsch-niederländischen Handels- kammer in Haag.

Die beiden vereinbarten eine ge- meinsame Eröffnung des letzten Tei- lstücks der E 8. Im Sommer '85 soll die Autobahn Hengelo-Oldensaal-Hoer- st-Osnabrück fertig sein. Im Som- mer '86 die durchgehende Verbin- dung der linksrheinischen Autobahn, die heute bis Goch reicht, mit der Autobahn Nijmegen-Rotterdam.

Am liebsten sähe die Haager Re- gierung gleichzeitig ihr Nahziel ver- wirklicht: „Einfach durchrollen“ unter dem offenen Schlagbaum - wie es bereits in den Benelux-Staaten ver- wirklicht ist. Nur Sichtkontrolle, oft nicht mal das. Die holländischen Pragmatiker wollen kurzfristig die gegenseitige Anerkennung von Ge- sundheitsbescheinigungen für Pflan- zen und Tiere regeln und die Kontin- gentierung überhaupt abbauen, das heißt alle Transportunternehmer mit beliebig vielen Fahrten für den grenz- überschreitenden Verkehr zulassen.

Frau Smit sieht das so: „Alle be- nachteiligten Fuhrunternehmer können das durch Aufkleber auf der Wind- schutzscheibe angeben.“

## Eine Fahrt in den Orkus

Britische Forscher erkunden Höhle in Papua-Neuguinea

SIEGFRIED HELM, London

„Es gibt nicht mehr viele Orte auf unserem Planeten, wo noch kein Mensch gewesen ist. Höhlen gehören zu den letzten weißen Flecken.“ Mit diesen Worten charakterisierte Andy Eavis, Vorsitzender der Forschungs- gruppe der Internationalen Höhlen- gesellschaft, das Projekt eines Teams britischer Höhlenforscher, einen un- terrirdischen Flußlauf auf der zu Papua Neu-Guinea gehörenden Tropeninsel Neu-Britannien zu er- kunden, die bis zum Ersten Weltkrieg zum deutschen Besitz gehörte und den Namen Neu-Pommern trug.

Das britische Team, dem ein Stabs- arzt und ein Geologe angehören, reist in Kürze zu der von Korallenriffen umsäumten halbmondförmigen Insel vulkanischen Ursprungs im Pazifik ab. Die Engländer wollen die unge- heuren Schwierigkeiten bezwingen, an denen eine französische Expe- dition 1980 scheiterte.

Vor fünf Jahren war bei der Aus- wertung von Luftaufnahmen ein Schlund von 30 Metern Durchmesser entdeckt worden, in dem der Fluß spurlos in die Tiefe verschwindet. Um dorthin zu gelangen, müssen sich Höhlenforscher an einem freihängenden Seil über 300 Meter in die Tiefe gleiten lassen, in der ewigen Nacht der herrscht. Mitglieder einer französi- schen Expedition, die hier 1980 schei- terte, berichteten, daß sie sich den rund 20 Meter breiten Fluß auf teil- weise winzigen Felsvorsprüngen an beiden Ufern kriechend Meter um

Meter flußabwärts vorgetastet hätten. Jetzt wollen die Briten dank überle- gender Technologie in die Annalen der Erforschung unserer Erde eingehen.

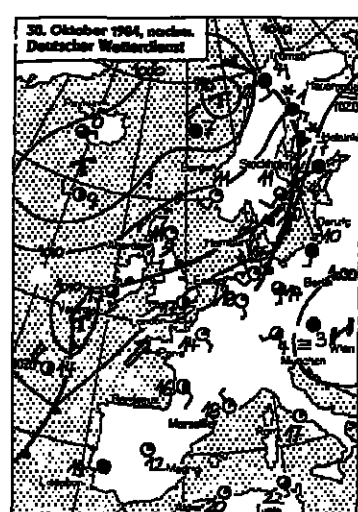
Das Basislager soll auf dem Grund des Schachtes errichtet werden. Die Spezialausrüstung im Gesamtge- wicht von fünfzehn Tonnen soll in diesen Schlund hinabgelassen wer- den, der vor Millionen von Jahren durch Erosion und Einbrüche ent- stand, wobei das Regenwasser durch Ritzen und Sprünge der kalkhaltigen Erdschichten drang.

Die Briten versprechen sich viel von ihren Entertaken mit Raketenan- trieb. Die wollen sie von Flußufer zu Flußufer schießen, um sich an den Seilen entlangzuhebeln. Zu der Aus- rüstung gehören karbidazetylen- und batteriegepeiste Lampen. Sogar ein Generator zum Aufladen der Lampen ist dabei. Die britische Expedition hat sich das Ziel gesetzt, den unterirdi- schen Flußlauf bis zu dem Punkt zu erkunden, wo er in einem von tropi- schem Regenwald gesäumten Tal wieder ans Tageslicht tritt.

Die Expedition wird von der Kö- niglichen Geographischen Gesell- schaft, einer Reihe von Sponsoren, aber auch aus Privatmitteln der Teilnehmer finanziert. Expeditions- leiter Dave Gill (42) aus Buxton in der Grafschaft Derbyshire ist von Beruf Elektriker. Er gilt als einer der ange- sehensten Höhlenforscher Englands, der in den Alpen, den Pyrenäen und in Mexiko unter Tage Erfahrungen sammeln konnte. (SAD)

## WETTER: Wolkig und heiter

Wetterlage: Ein nahezu ortsfestes Hoch über dem Süd- und Ost-Europas bestimmt im größten Teil Deutschlands das Wetter der nächsten Tage.



Quelle: DWD, 12.00 Uhr, 31.10.89, 01.11.89  
Legend:   
Hoch: Hochdruckgebiet  
Niedrig: Tiefdruckgebiet  
Wolken: Wolkendeckung  
Wind: Windrichtung und -stärke  
Temperatur: Temperatur in Grad Celsius

### Vorhersage für Mittwoch:

Norden: Wolkig. In Schleswig-Holstein strichweise Sprühregen. Temperaturen um 15, nachts um 10 Grad.  
Mitte: Frühdunst, ansonsten heiter und trocken. Temperaturen bis 18, nachts um 8 Grad.  
Süd: Wolkig. Temperaturen um 18, nachts um 10 Grad.

Wetter: Wolkig. Temperaturen um 18, nachts um 10 Grad.

Weitere Aussichten:  
Andauer des freundlichen Herbst- wetters.

Dresden	14°	Las Palmas	24°
Essen	18°	London	17°
Frankfurt	11°	Niedrid	12°
Hamburg	16°	Malland	15°
List/Sylt	13°	Mailorca	21°
München	4°	Moskau	2°
Stuttgart	10°	Nizza	19°
Algier	20°	Oslo	13°
Amsterdam	15°	Paris	14°
Athen	22°	Prog	5°
Barcelona	17°	Rom	17°
Brüssel	17°	Stockholm	11°
Budapest	5°	Tel Aviv	30°
Bukarest	14°	Tunis	20°
Helsinki	7°	Wien	3°
Istanbul	16°	Zürich	8°

Sonnenaufgang: am Donnerstag: 7.15 Uhr, Untergang: 16.36 Uhr; Mondauf- gang: 15.04 Uhr, Untergang: 23.59 Uhr  
\*in MEZ, zentraler Ort Kassel

## Wie ein Soufflé zum Ärgernis wurde

WALTER H. RUEB, Neuenburg

Schweizer und Franzosen schmun- zeln zur Zeit über eine alte Geschich- te, deren Brisanz die Bürger der bei- den Länder aber sicher noch einige Zeit in Atem halten wird.

Die ersten Schlagzeilen gab es 1983 nach dem Besuch des französischen Staatspräsidenten François Mitter- rand im Nachbarland. Der Vorliebe des Publikums, nicht nur über den Austausch verbaler Liebeswärtig- keiten, sondern auch über den Genuß kulinarischer Köstlichkeiten zu lesen, hat man mit vielen Zeilen befriedigt: Melone mit Rohschinken gab es, so- dann pochierte Forelle mit Sauce Mousseline und Salzkartoffeln, Schafskäse und zum Abschluß Souf- flé de la Fée.

Kenner schmalzten bei der Lektüre mit der Zunge, Gesetzestexte aber bleckten die Zähne: Das Soufflé de la Fée, ein Traum aus Eiern, Zucker und Schlagahne, enthält nämlich Anis- Likör, ein in der Schweiz seit Jahr- zehnten verbotenes Teufelszeug, das nach Meinung der Eidgenossen und ihrer größten Wochenzeitung „ein bö- ses Getränk ist, das süchtig macht und nervenkrank und impotent da- zu“.

Polizei, Staatsanwalt und schließ- lich das Gericht nahmen sich des Fal- les an. Zwar forderte niemand die Todesstrafe für den smarten Päch- ter des Neuenburger Luxuslokals „Pa- lais du Peyrou“, doch dem Sünder einen Denkzettel zu verpassen, hiel- ten Helvetas Medien, Politiker und Staatsschützer für angebracht.

Daniel Aimone sah sich in die Enge getrieben, wehrte sich und legte ein Geständnis ab: Er habe seiner Eier- speise in Wahrheit keinen Tropfen Absinth beigemischt. Damit kam er jedoch schlecht an: Kein Absinth im Soufflé - und dennoch wagte der Schurke auf der gedruckten Speise- karte von der Fée zu reden?

Der Polizeichef verdammte den Pechvogel wegen Betrugs zu vier Ta- gen Gefängnis und 500 Franken Geld- strafe. Aimone wehrte sich erneut, das Kassationsgericht befähigte sich mit der süßen Angelegenheit und hob das Urteil auf. Der phantasiereiche Gastronom aber ist noch nicht am Ende seiner Leiden angekommen. Jetzt bekommt er es mit der eidge- nössischen Lebensmittelverordnung zu tun. Diese schreibt vor, Angaben auf Speisekarten peinlich genau zu formulieren, verbietet andererseits

unklare oder gar irreführende Anga- ben. Der nächste Prozeß ist damit schon programmiert.

In der Pause zwischen zweitem und drittem Gerichts-Akt amüsiert sich das Publikum über weitere Ent- hüllungen des Neuenburger Gastro- nomen: Vor vier Jahren bedankte sich der Präsident der Neuenburger Kantonsrichter brieflich bei Aimone „für Köchentalent und perfekten Ser- vice“. Ein Essen mit sechs Gängen war die Krönung einer Feierlichkeit der Kantonsrichter im Hause des schlagzeilentragenden Restaurants gewesen. Zwei Jahre später labte sich auch die Spitze der Schweizer Poli- zeikommandanten an der Tafel von Daniel Aimone. Beide Essen wurden beschlossen durch ein früher be- rühmtes, inzwischen verfallenes Des- sert: Soufflé de la Fée.

Jetzt fragte Aimone in Paris schrift- lich an, ob der Präsident sich betro- gen vorkomme. Die Antwort läßt auf sich warten - auf der Speisekarte im „Palais du Peyrou“ in Neuchâtel aber steht noch heute ein Soufflé. Von der „Fée“ ist allerdings nicht mehr die Rede, nur vom „Soufflé selon ses dé- sirs“ - was soviel heißt wie „Eierspei- se nach Ihren Wünschen“.

## „Sponderorgan für Säugling stand zur Verfügung“

Scharfe Kritik an der Transplantation eines Pavianherzens

SAD, Los Angeles

Ist das 14 Tage alte Mädchen Fae, das mit dem Herzen eines Pavians im Loma Linda Hospital in Kalifornien liegt, ein Versuchskaninchen für den Fortschritt der Medizin und den Ruhm eines Mediziners? Der Ameri- kaner Paul Terasaki, Chef einer Or- gan-Agentur in Kalifornien, ist davon überzeugt. Nach seiner Auffassung habe ein geeignetes Sponderherz für das 14 Tage alte Baby Fae rechtzeitig zur Verfügung gestanden. Doch es sei ausgeschlagen worden. Dem Baby Fae sollte unbedingt als erstem Men- schen das Herz eines Pavians einge- pflanzt werden.

Paul Terasaki, dessen Agentur dar- auf spezialisiert ist, im Bundesstaat Kalifornien laufend Informationen über die Verfügbarkeit von Organen für Transplantationen zu sammeln, zu speichern und verfügbar zu machen, sagte über das Ärzteteam am Loma Linda Hospital: „Ich bin der Ansicht, daß die sich erst gar nicht die Mühe gemacht haben, ein menschliches Herz zu beschaffen, weil sie darauf versessen waren, einen Pavian zu ver-“

wenden.“ Terasaki enthüllte, daß das Herz eines zwei Monate alten Mäd- chens, das am vorigen Donnerstag ge- storben war, rechtzeitig zur Verfü- gung gestanden hätte.

Die kleine Fae erhielt bei der bahnbrechenden Operation am Freitag als erster Mensch ein Pavianherz. Tera- saki betonte, man habe das Loma Linda Hospital rechtzeitig über die Verfügbarkeit des menschlichen Her- zens in Kenntnis gesetzt.

Ein Sprecher des Krankenhauses bestätigte, daß nicht versucht worden sei, für das Baby Fae ein menschi- ches Herz zu beschaffen. Der Kran- kenhaussprecher erklärte zu der Ar- beit des Leiters des Chirurgenteams, Dr. Leonard Bailey: „Dr. Baileys For- schung konzentriert sich ausschließ- lich auf Transplantationen über die Grenzen der Gattungen hinweg.“

Der Säugling, dem das Herz des Affen am Freitag eingepflanzt wor- den ist, befindet sich gestern auf dem Weg der Besserung. Wie die Klinik mitteilte, bestehe keine unmittelbare Lebensgefahr mehr.







Von NEIL P. VAN HEERDEN

Mit ihrer Berichterstattung über Ereignisse in Südafrika während der letzten Wochen haben die Medien ein Bild gezeichnet, das – so fürchte ich – die Sachlage nicht sehr genau widerspiegelt. Aus der Berichterstattung – sowohl im Fernsehen als auch in der Presse – von den jüngsten Unruhen in von Schwarzen bewohnten Städten könnte der arglose Betrachter leicht den Eindruck gewonnen haben, daß das ganze Südafrika in Tumulten versank. Die Unruhen waren in Wirklichkeit hauptsächlich auf abgegrenzte Gebiete in Transvaal beschränkt, und – noch wichtiger – nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung beteiligte sich daran.

## Betroffen durch Untertöne des Spotts

Bei vielen der Berichte über die Ereignisse in Südafrika war ich betroffen von einer bequemen (vielleicht absichtlichen?) Verknüpfung nicht miteinander in Beziehung stehender Ereignisse, um eine besondere These zu erhärten. Tatsache ist, daß es reiner – wenn auch ein bedauerlicher – Zufall war, daß die Mieten in den von Schwarzen bewohnten Städten Sharpeville, Lekoa, Evaton, Sebokeng, Boipatong und Tembisa gerade zu dem Zeitpunkt von den schwarzen Kommunalbehörden (nicht von der südafrikanischen Regierung) im Rahmen der ganz normalen Haushaltsanforderungen dieser

autonomen Gemeinschaften erhöht wurden. (Die Erhöhung betrug übrigens 11,00 DM pro Monat per Haushalt.)

Dem Streik der schwarzen Bergarbeiter waren monatelange Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Bergbaukammer vorausgegangen, in deren Verlauf alle zu diesem Zweck bestehenden rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Der Streik dauerte genau einen Tag, ehe eine Einigung zwischen der Gewerkschaft und dem Management erzielt wurde. Ebenso hatten die Gewalttätigkeiten im Goldbergwerk Western Area und Unruhen in anderen

Bergwerken nichts mit der Boykottkampagne zu tun.

Ich meine, daß diese Aspekte, über welche die deutsche Öffentlichkeit nicht ausreichend informiert ist, ein anderes Licht auf die jüngsten Ereignisse in Südafrika werfen und uns an die große Verantwortung erinnern, die eine kleine Gruppe von Korrespondenten in Südafrika trägt, auf die sich die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland bei der täglichen Information verläßt.

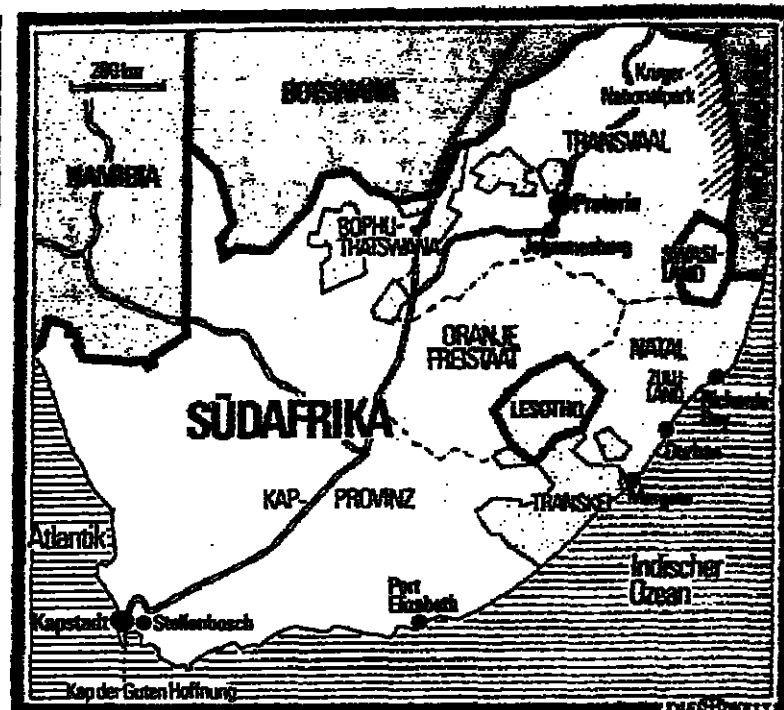
Ich habe den Eindruck, daß die englischsprachige Presse, die zumeist in Opposition zur Regierungspolitik steht, den Auslandskorrespondenten

als Hauptquelle für Informationen dient. Das Ergebnis ist häufig eine starke Betonung – wie ich es ausdrücken möchte – oppositioneller Standpunkte.

Eine Schlussfolgerung kann man übrigens daraus ziehen: Die Presse in Südafrika ist frei.

Ich bin manchmal auch betroffen von einem Unterton des Spotts, mit dem einige deutsche Journalisten über die Ereignisse in Südafrika zu berichten neigen. Ich meine, es wird der Wahrheit dienlicher sein, wenn persönliche Vorurteile beiseite geschoben werden und wenn auch jene Motive, die einer Regierungsentscheidung zugrunde liegen, in die Berichterstattung einbezogen werden.

N. P. van Heerden ist der Botschafter Südafrikas in Bonn.



## AUF EINEN BLICK

### TIPS FÜR REISENDE

#### VERBINDUNGEN

Größer als Deutschland, Frankreich und Portugal zusammengekommen, ist Südafrika ein Kontinent für sich. Es ist über die South-African-Airways international und innerafrikanisch durch die SAA und weitere regionale Fluggesellschaften wie Commercial Airways, Letaba Airways, Magnum-Airways, Margale-Airways gut erschlossen.

Hinzu kommt ein ausgedehntes Schienennetz, das von den South-African-Transport-Services betrieben wird, die sämtliche Fernstraßen mit Schlafwagen ausgestattet hat, deren Benutzung in den Preisen eingeschlossen ist. Busreisende können mit Hilfe von SAA-Travel das Land bereisen.

Die SAA hat mit Budget ein Abkommen über günstige Autovermietung für ihre Passagiere abgeschlossen. Über die Autoverleihfirmen wacht im übrigen die South-African-Vehicle-Rental-Association.

Beliebt sind Leih-Caravans, Campingwagen und -Campmobile, die von einer Reihe von Firmen angeboten werden und denen über 650 Plätze zur Verfügung stehen.

#### TOUREN

Die SAA bietet vom 9. bis zum 25. November aufgrund ihres 50. Jubiläums eine Diamant-, eine Gold- und eine Silber-Tour nach Südafrika an; neben ihren allgemeinen Programmen. Touren bieten sich an in die südafrikanische Vergangenheit etwa nach Stellenbosch in der Kap-Provinz, nach Kapstadt oder nach Transvaal. Ins Diamantenloch blickt man bei Kimberley, den Goldrausch empfindet man im goldenen Bogen vom Orange-Freistaat bis zum östlichen Witwatersrand. Frühgeschichtli-

ches findet man im Drakensberg. Naturfreunde werden sich für die Panorama-Route, die Garden-, die Küsten-Route von Natal und die Kap-Provinz interessieren. Für Weinfreunde gibt es gleich drei Routen, die Stellenbosch-Wienstraße, den Paarl-Weinweg und die Breede-River-Valley-Route.

#### WICHTIGE ANSCHRIFTEN

##### IN SÜDAFRIKA

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

180 Black Wood-Street, Pretoria, 0083

Deutsch-Südafrikanische-Kammer für Handel und Industrie

2006 Ancklandpark / Johannesburg

German National Tourist-Office

87, Rissak-Street, 2000 Johannesburg

National Tourist-Bureau

Suite, 4511, Carlton-Center, 2000 Johannesburg (auch in Kapstadt, Pretoria und anderen Städten)

Luxavia

87 Rissak-Street, 2000 Johannesburg (auch in Kapstadt, Durban, Pretoria und Port Elisabeth)

##### IN DER BUNDESREPUBLIK

Botschaft der Republik Südafrika

Auf der Hostert 3, 5300 Bonn 2, Tel.: 022635 10 91

Satour: An der Hauptwache 11, 6000 Frankfurt/Main, Tel.: 069 2 06 56

South-African-Airways, Bleichstr. 60, 6000 Frankfurt/Main, Tel.: 069 1 35 92 10 (auch in Hamburg, Düsseldorf, Stuttgart und München)

Luxavia, Große Bockenheimer Str. 21, 6000 Frankfurt/Main, 1. Tel.: 069 22 58 32/33 (auch in Düsseldorf und München)

SAFTravel, Butzackerstr. 48, 6000 Frankfurt 80

Southern Sun Hotels, Brentanostr. 17, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069 72 23 57

## Wenn Südafrika, dann Southern Sun!

25 Hotels für jeden Geschmack, jedes Budget – sei es für die Geschäftsreise oder den Urlaub:

5-Sterne-Hotels in Johannesburg und Kapstadt, Safari-Lodges und luxuriöse Strandhotels am Indischen Ozean.

Jedes Hotel hat seinen eigenen Charakter und ist aufgrund seines individuellen Stils immer ein Erlebnis.



SOUTHERN SUN HOTELS

Fordern Sie unseren kostenlosen Farbkatalog an.

Verkauf und Reservierung

SOUTHERN SUN HOTELS

Große Eschenheimer Straße 43

6000 Frankfurt 1

Tel. 0 69 / 28 32 78 u. 79, Telex 4 185 856

## SPITZENWEINE AUS SÜDAFRIKA

Edle Gewächse der berühmten Gärten „Groot Constantia“ und „La Motte“ sowie hervorragende Kapland-Abfüllungen der Ko-operative Wijnbouwers Vereniging van Zuid-Afrika (K.W.V.)

1981 GROOT CONSTANTIA CABERNET SAUVIGNON  
Üppiger, charaktervoller Rotwein von großer Noblesse

1979 LABORIE PAARL SUPERIOR  
hervorragender, reifer Rotwein edler Herkunft

1979 ROODEBERG  
vollmundiger, gehaltvoller, reifer Rotwein

1978 PINOTAGE  
fruchtiger, körperreicher Rotwein mit ausgeprägtem Duft

1979 CABERNET SAUVIGNON  
eleganter, rassischer, saftiger Rotwein

1981 CHENIN BLANC  
halbtrockener, vollmundiger Weißwein mit feinem Duft

1981 STEEN  
fruchtiger, lockerer Weißwein mit rassischer Blume

1981 STEEN SPECIAL LATE HARVEST  
stiftiger, körperreicher, sehr edler Weißwein

Lieferung frei Haus ab 24 Flaschen in Kartons mit 6 Flaschen pro Sorte. Weingesellschaft

Ruyter & Ast

2800 Bremen 1 - Postfach 10 66 32

## TOURISMUS / Gesunde Entwicklung

## Preise und Parks locken

Einen Zuwachs des Touristenstromes nach Südafrika verzeichnet die Statistik der ersten Monate 1984. Der Promotion-Direktor des Südafrikanischen Tourismusboards (Satour), Günther Dettweiler, sieht darin einen dauerhaften Trend: „Wir sehen eine gesunde Entwicklung für die kommenden Jahre von rund 10 Prozent Steigerung, basierend auf dem niedrigen Standkurs sowie auch darauf, daß sich die Preise in Südafrika im Tourismus stabilisieren und kaum Steigerungen für 1985 zu erwarten sind. Auch haben wir unsere Marketing-Investitionen in vielen Ländern, u.a. der Bundesrepublik Deutschland, erhöht, und das Produkt Südafrika genießt einen guten Namen.“

WELT: Wie hat es sich ausgewirkt, daß der Hotel-Board Satour zugeordnet wurde, und welches sind die Zielvorstellungen für die Zukunft?

Dettweiler: Die ehemalige Satour, das Hotel-Board und das Ministerium für Tourismus sind nunmehr im neuen Tourism Board integriert, das heißt, die Förderung des ausländischen Tourismus ist nunmehr in einer Hand, und dadurch können Reiseprodukte kreiert werden, die man im Inland, aber auch im Ausland absetzen kann. Dies ergibt eine bessere Auslastung, und man schafft eine sogenannte Push-and-Pull-Aktion.

Dadurch, daß das Hotel-Board – diese Abteilung heißt nunmehr Standards Control – unter demselben Dach ist, betreiben wir Tourismus-

Förderung, aber auch Qualitätskontrolle, nicht nur im Hotelbereich. Wir testen und registrieren Reiseleiter. Weitere Ziele sind, daß wir Qualitätskontrollen auch in anderen touristischen Bereichen unternehmen werden.

WELT: Auffallend ist die Zunahme der Touristenreisen aus Deutschland. Welches sind der Deutschen liebste Ziele?

Dettweiler: Besucher aus der Bundesrepublik bleiben im Schnitt 21 Tage und sind die aktivsten Reisenden innerhalb Südafrikas. Die klassische Reise führt nach SWA/Namibia, Etscha Pflanze, Johannesburg, Pretoria, Krüger Nationalpark, Durban, Garden-Route und Kapstadt.

WELT: Südafrika gewinnt als Standort für Tagungen und Kongresse an Bedeutung. Sieht Satour im Kongreß-Reisen und Anschlußprogrammen ein Betätigungsfeld, und welches sind die Pläne?

Dettweiler: Innerhalb des neuen Boards ist eine Kongreßabteilung gegründet worden, deren Aufgabe es ist, internationale Kongresse für Südafrika zu gewinnen. Dies ist ein Potential, welches man vergrößern kann, zumal Kongreß-Touristen im Schnitt 14 Tage bleiben und dies auch ein enormes Wiederholer-Potential beinhaltet. Wir helfen den verschiedenen südafrikanischen Organisationen bei ihren Angeboten im Ausland, begleiten sie auch, um so Kongresse für Südafrika zu gewinnen.



## BEI FACHLICHEM RAT IN FINANZFRAGEN ZU SÜDAFRIKA: TRUST BANK

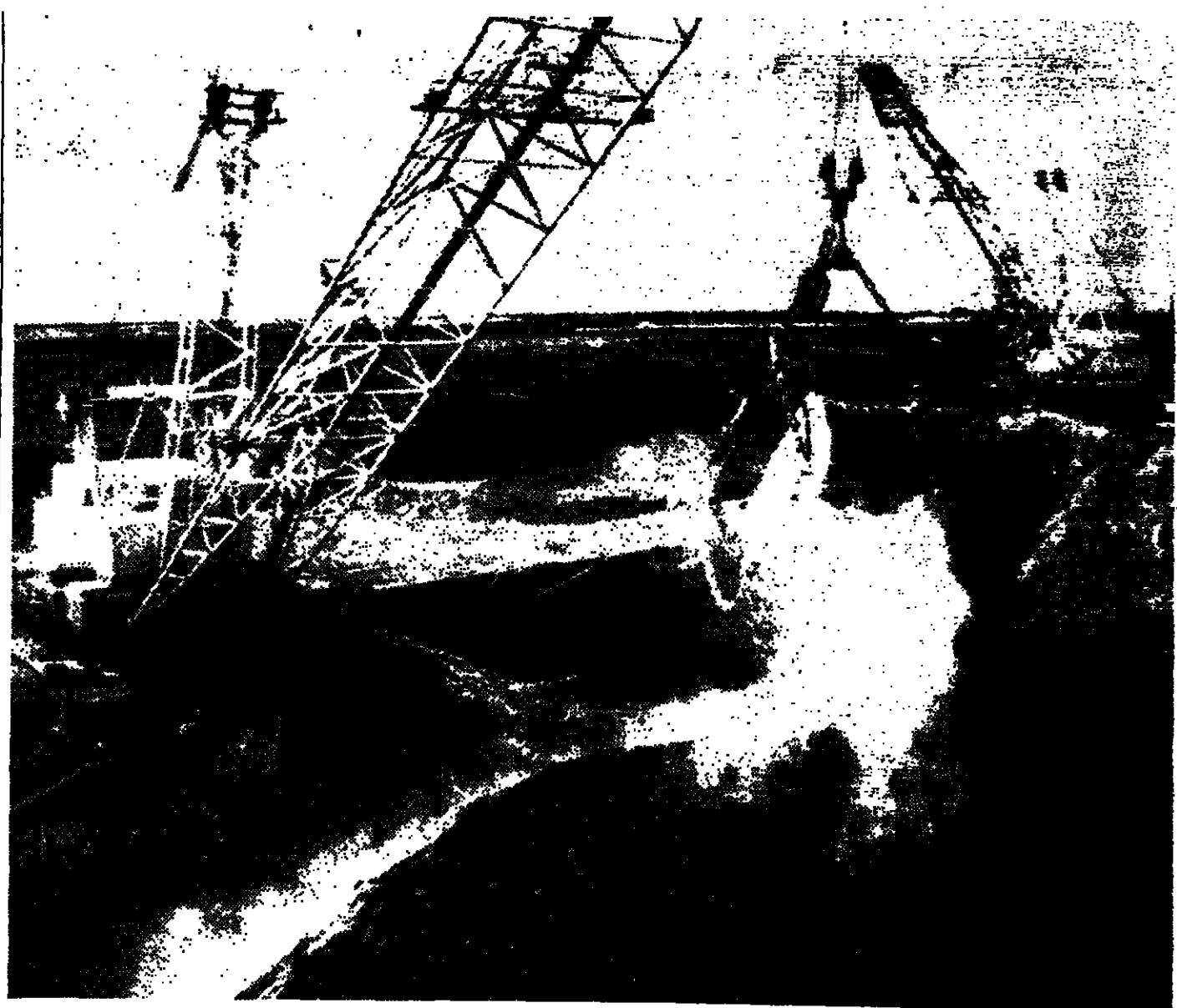
Die TRUST BANK ist eine der „5 großen Banken“ in Südafrika. Unsere Niederlassung in London verfügt über umfassende internationale Verbindungen und ist – natürlich – auf das Südafrika-Geschäft spezialisiert.

Da die Unternehmensphilosophie der Trust Bank darauf abgestellt ist, Geschäfte mit Firmenkunden „von Angesicht zu Angesicht“ abzuwickeln, dürfen Sie einen sehr persönlich gehaltenen Service erwarten.

Und natürlich auch einen prompten Service. Unsere interne Struktur ermöglicht es uns, ungewöhnlich schnell zu reagieren.

THE TRUST BANK OF AFRICA LTD. LICENSED DEPOSIT TAKER.  
20 Cannon Street, London EC4M 6XD. Dealing System: TBAL Reuters Information (General) Tel. 01-2367424, Telex 886 258. Page: TBAX. Chief Manager: Herbert E. Schultz. (Dealers) Tel. 01-2362155, Telex 886 137 Reuters. Treasury Manager: John Wharton.

**TRUST BANK**  
Die persönliche Note



Die Kohle- und Chromerzexporte des Rand Bergwerkskonzerns sind ein Pfeiler des südafrikanischen Exportgeschäftes. Als einer der ältesten Bergwerksbetriebe Südafrikas beliefern wir ununterbrochen seit vielen Jahren die Märkte Europas. Es kostete unsere Kohleproduktionsfirmen, Witbank Colliery und Weigedacht Exploration, harte Arbeit, sich ihren Ruf als solide, zuverlässige Lieferanten in Europa und auf der ganzen Welt zu erwerben. Auch unser Chromproduzent – Winterveld Chrome Mines – hatte damit Erfolg. Dies ist auch der Grund, warum der Rand Bergwerkskonzern seinen Bergbaubetrieb ausweitete und weiterentwickelte – nämlich um seine Position als Exporteur zu halten ... und zu festigen.

**RAND MINES**



A member of the Barlow Rand Group.



BERGWERKE / Der freien Wirtschaft verpflichtet

## Gewinnstreben und soziale Verantwortung

Die Bedeutung der Bergwerksindustrie für den sozialen Fortschritt in Südafrika ist lebenswichtig. Daraus ergeben sich gerade im Kontext der gegenwärtigen Situation weitreichende Verpflichtungen. Darüber gab John Imrie, Information Manager der Chamber of Mines, der WELT Auskunft.

Imrie: Die südafrikanische Bergwerksindustrie, wie sie heute existiert, und die letzten Jahre Mineralien im Wert von 13 Milliarden US-Dollar auf die Weltmärkte exportierte, wurde von Unternehmern aufgebaut, die nach Gewinn streben, und die Bergwerksindustrie bleibt den Prinzipien der freien Wirtschaft verpflichtet. Wir sind der Überzeugung, daß ein freies Wirtschaftssystem das beste ist, ja der einzige Weg ist, das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen nicht nur der Angestellten der Bergwerksindustrie, sondern aller Bürger in Südafrika zu fördern.

Das Streben nach Gewinn bedeutet gleichwohl nicht, daß eine soziale Verantwortung verneint würde, im Gegenteil. Der sozio-wirtschaftliche Fortschritt der Bürger aller Rassen ist wichtig für die andauernde politische Stabilität der Region, und das ist demzufolge das kurz- und langfristige Ziel unserer Industrie.

WELT: Sind Sie der Ansicht, daß soziale Beschränkungen durch politische Prinzipien erzwungen werden sind?

Imrie: Die Bergwerksindustrie ist lebenswichtig für Südafrika. Sie ist eine große Quelle staatlicher Einkünfte und ausländischer Devisen.

Während diese Ebene unserer wirtschaftlichen Tätigkeit uns einen gewissen Einfluß einräumt, ist es uns nicht erlaubt, der Regierung irgend etwas zu diktieren, und doch hatten unsere Aktionen eine positive Wirkung.

Ich glaube, daß das Bekenntnis der Industrie zur freien Wirtschaft wesentlich zum politischen Bewußtsein beigetragen hat, daß sozio-wirtschaftliche Entwicklungen nicht gewaltsam werden können in einem Kontext von rigiden und überholten Gesetzen.

Wir sind mit Kraft bei vielen Gele-

genheiten gegen Beschränkungen im Arbeitsbereich und gegen Diskriminierung aufgetreten. Wir verfolgen eine Politik gleicher Chancen mit Nachdruck. Das Ergebnis dieser Politik ist für uns alle deutlich zu sehen. Die Löhne ungeschulter Arbeiter sind im vergangenen Jahr innerhalb der Industrie um reale 300 Prozent gestiegen. Die letzten Reste von Berufsbeschränkungen verschwinden in schnellem Tempo. Ausbildung und Berufsbildungsprogramme haben Priorität, und die Bergwerksindustrie verfolgt eine Politik, nach der Angestellte aller Rassen den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bekommen sollen.

Die gegenwärtige Politik gegenüber den Wanderarbeitern in der Bergwerksindustrie ist Gegenstand uninformierter Kritik gewesen. Wanderarbeit entsteht durch wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen Ländern und Regionen, und sie existiert in allen Kontinenten.

Wanderarbeitssysteme haben gut bekannte, hinreichend dokumentierte Nachteile. Diese Systeme können aber zweifellos auch Vorteile haben.

Dies trifft besonders in der Bergwerksindustrie in vielen Gegenden der Welt zu, wo Gruben mit einer beschränkten wirtschaftlichen Lebensdauer in isolierten, abgelegenen Regionen eingerichtet werden, wo es keine menschliche Niederlassung gibt.

Auch die Behörden in den Nachbarstaaten begrüßen die Bezüge der Wanderarbeiter. Letztes Jahr waren es mehr als 200 Millionen Dollar, welche die Erträge dieser Länder in fremden Devisen nach oben brachten. Ein weiterer Vorteil ist, daß die Arbeiter, wenn sie heimkehren, neue Fähigkeiten mitbringen, die sie in den Minen gelernt haben, Fähigkeiten, die der örtlichen Entwicklung zugute kommen können.

So hat das Wanderarbeitssystem eindeutige Vorteile. Und doch ist dieses gegenwärtige System nicht ideal, denn die Industrie würde es vorziehen, eine konstantere Arbeitnehmerschaft zu haben.

INTERVIEW MIT DEM STV. AUSSENMINISTER NEL / Demokratie breitet sich aus

## Wunsch nach mehr Frieden und Kooperation in Afrika

Die Wahlen der Inder und der Farbigen in Südafrika wurden von Skeptikern im Westen als Versuch gewertet, die Basis der Weißen im Lande zu vergrößern, ohne der größten Gruppe des Landes, den Schwarzen, die langgeforderten Mitspracherechte einzuräumen. Und die niedrige Wahlbeteiligung könnte zeigen, daß dieser Versuch keinen Erfolg hatte. H.-H. Holzamer fragte Louis Nel, ob er gleichwohl positive Effekte in den Beziehungen Südafrikas mit dem Westen sieht.

Nel: Es ist klar, daß in Südafrika ein Prozeß sich ausbreitender Demokratie vollzieht. Inder und Farbige hatten nie zuvor in der Zentralregierung dieses Landes mitzureden, und sie können nun ihre eigenen Abgeordneten ins Parlament wählen. Abgesehen davon, daß vier Minister sich direkt mit den eigenen Angelegenheiten der Farbigen und der indischen Bevölkerung befassen werden, haben wir auch einen Farbigen, Rev. Allan Hendrickse, und einen Inder, A. Rajbansi, als Mitglieder des südafrikanischen Kabinetts. Das bedeutet, daß die Farbigen und die indische Bevölkerung nun direkt in der Regierung Südafrikas vertreten sind.

Eine Zahl westlicher Länder hat die Verabschiedung der neuen Verfassung begrüßt. In welchem Ausmaß, daß die eingefahrenen Vorurteile verschiedener Länder gegen Südafrika es ihnen erlauben wird, die Bedeutung des neuen Entwicklungsprozesses zu erkennen und anzuerkennen, bleibt abzuwarten.

WELT: Wird nach dem Besuch von Präsident Botha ein Wechsel in der Außenpolitik Südafrikas stattfinden?

Nel: Ziel dieser Reise, als P. W. Botha noch Premier-Minister war, war nicht, die Zustimmung europäischer Regierungen oder ihrer Führer für die südafrikanische Politik zu gewinnen.

Der Sinn war vielmehr, die europäischen Regierungen über die Entwicklung in Südafrika und im südlichen Afrika zu informieren.

Südafrika definiert seine Politik nicht, um irgendeinem anderen Land in der Welt zu gefallen. Südafrikas

Innenpolitik wird vielmehr aufgrund der dort bestehenden einzigartigen Situation geführt in Entsprechung mit den Notwendigkeiten und Bedürfnissen, die wir selbst ausgemacht haben. Wir werden es nicht zulassen, daß uns Außenstehende diktieren, wie wir unsere eigenen Angelegenheiten zu regeln haben.

WELT: Was die politische Zusammenarbeit im südlichen Afrika angeht, gab es in den letzten Monaten Fortschritte. Plant Ihre Regierung konkrete Schritte, um die politische Stabilität in dieser Region zu erhöhen?

Nel: Es ist immer unser glühender Wunsch gewesen, daß Südafrika in Frieden und in einem Zustand gegenseitiger Kooperation mit den Nachbarländern leben könnte.

Denn wir sind uns bewußt, daß unsere Zukunft, unser Wohlergehen und unsere Entwicklung unauflösbar verknüpft sind mit anderen Ländern im südlichen Afrika.

Es ist ebenso wahr, daß politische Stabilität praktisch unmöglich ist ohne Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung. Unsere Einstellung zur Kooperation im gegenseitigen Interesse mit unseren Nachbarn wurde immer unterstrichen durch gemeinsame Vorhaben über unsere Grenzen hinweg.

Aber wirtschaftliche Stabilität wird bedroht und wirtschaftliche Entwicklung ist unmöglich in einer Umgebung, in der Sicherheit nicht garantiert werden kann.

Angesichts dieser Notwendigkeiten hat Südafrika eine Politik der Zusammenarbeit in die Wege geleitet auch mit Nachbarländern im Bereich der Sicherheit. Diese erreicht einen Höhepunkt beispielsweise in den Sicherheitsvereinbarungen mit Mosambik und Swasiland. Die Kommission, die infolge der Prätoria-Deklaration vom 3. Oktober 1984 etabliert wurde, umfaßt Delegationen der Regierung aus Mosambik, Renamo und Südafrika und ist ein weiterer Beweis des südafrikanischen Wunsches, eine konstruktive Rolle beim Versuch zu übernehmen, Frieden

und Sicherheit auf dem Subkontinent zu erreichen.

WELT: Sind Sie der Meinung, daß eben erwähnte Kontakte zu verschiedenen schwarzafrikanischen Staaten auch geeignet sind, eine Lösung für Namibia zu finden?

Nel: Die Lösung der Südwestafrika/Namibia-Frage hängt nicht ausschließlich von Südafrika ab, im Gegenteil, die Einstellung Südafrikas zu Südwestafrika ist eindeutig. Das Volk von Südwestafrika/Namibia hat über seine Zukunft selbst zu entscheiden. Die Feststellung ist richtig, daß der Kontakt mit verschiedenen schwarzafrikanischen Staaten, den wir schon über einen langen Zeitraum hin hatten, und den wir in den letzten Monaten verstärkt haben, sehr wohl geeignet ist, eine Lösung für die Südwestafrika/Namibia-Frage zu beschleunigen.

WELT: Der starke wirtschaftliche Niedergang in einigen Nachbarstaaten führte zu einer massenhaften Einwanderung nach Südafrika und zu Problemen für den Arbeitsmarkt ihres Landes. Welche Maßnahmen wird Ihre Regierung ergreifen?

Nel: Wir haben mit unseren Nachbarn weiche Grenzen, es ist für Südafrika sehr schwierig, den Zustrom von Leuten zu verhindern, die hierher kommen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Südafrika wird seinen Beitrag leisten, die wirtschaftliche Entwicklung in den Nachbarstaaten anzuregen.

WELT: Es scheint einen generellen Mangel zu geben, die Politik Ihrer Regierung zu verstehen.

Nel: Der Westen versteht nicht die Komplexität der südafrikanischen Situation. Ich halte es für äußerst wichtig, daß die gesamte Welt versteht, daß die südafrikanische Gesellschaft heterogener ist als jede andere Gesellschaft in der Welt heute, daß weite Elemente der Ersten und der Dritten Welt die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ausmachen.

Die Welt muß erkennen, daß wir alle zusammen daran arbeiten, Frieden im südlichen Afrika zu sichern.

FANAKALO / Die Sprache aus der Erde

## Aus dem „Mach das so“ wurde eine Sprache

Die Vielfalt der Bewohner des südlichen Afrika mit seinen verschiedenen Rassen, Völkern und Sprachen zeigt sich in verkleinertem Maße, gleichsam einem Konvexspiegel, in den verschiedensten Menschengruppen, die in den Goldminen Südafrikas arbeiten.

Die Minen sind seit der Entdeckung des Goldes vor über hundert Jahren im heutigen Transvaal und Orange-Freistaat Anziehungspunkt für schwarze und weiße Arbeiter, nicht nur aus den mittelbaren und unmittelbaren Nachbarländern wie Mosambik, Botswana, Lesotho, Swasiland und Malawi, sondern auch für die Einwanderer aus dem überbevölkerten Europa.

Sie bilden ein geradezu babilonisches Sprachengewirr, und das hat zur Entwicklung einer eigenen Sprache, einer Art Minen-Esperanto, dem Fanakalo, geführt.

Auf der Randfontein Estate Goldmine, einer ehemaligen Farm, die ebenso wie Johannesburg 1988 100 Jahre wird, arbeiten 18 000 Schwarze und 2500 Weiße. Minendirektor Wally van der Meulen legt besonderen Wert darauf, daß sich alle Mitarbeiter untereinander verständigen können, gleich welcher Hautfarbe. Die Tatsache, daß Randfontein von den Minenstreiks Mitte September verschont geblieben war, führt er auf den Umstand zurück, daß er als Umgangssprache sowohl der Schwarzen untereinander als auch für schwarze und weiße Angestellte zumindest die Grundkenntnisse von Fanakalo zur Pflicht gemacht hat. „Wenn wir miteinander arbeiten, müssen wir uns auch verständigen können“, sagt van der Meulen.

So unterrichtet heute der 33jährige Andreas Meje aus Soweto, dessen Eltern 1946 aus Thaba'nchu im Orange-Freistaat nahe der Lesotho-Grenze in die schwarze Stadt bei Johannesburg kamen, seine Kollegen in Fanakalo. Dies bedeutet wörtlich „Mach das so“ und deutet damit bereits an, daß sich die Sprache aus der Befehlsform herleitet, sich im Laufe der Jahre aber zu einer Umgangssprache entwickelte.

Sie existiert nur im Präsens und im Perfekt und bestand anfänglich nur aus Verben wie geh („hamba“), hol („landa“), bring („fikisa“). Die meisten

Worte kommen aus den verschiedenen Eingeborenensprachen, hauptsächlich Zulu. In Natal, auf den Zuckerrohrfeldern, auf denen die Zulus, mehr aber noch die indischen Kontraktarbeiter arbeiteten, nahm die Sprache ihren Ursprung. Die meisten Ausdrücke kommen von den Nguni (Zulu, Swazi, Xhosa) und den Sotho-sprechenden Völkern (den Basuto in Lesotho, Nord-Sotho aus Lebowa, West-Sotho von Bophutatswana und Botswana).

Somit ist es für Schwarze wesentlich einfacher, Fanakalo zu lernen, als für Weiße. Die Worte mit hauptsächlich englischem Ursprung sind jedoch gerade in den technischen Bereichen dieser Gruppe am häufigsten, wie die Übersetzungen für Motor, im Englischen „engine“, in Fanakalo „enji“, Wagen „wegen“ und (Schraubenschlüssel) Spanner „spanel“ zeigen. In seiner Unkompliziertheit ist es eine Art Minen-Pidgin geworden.

Dabei kommt es manchmal zu komischen Ausdrücken: Das englische „thin“ (dünn) und „small“, wird zum „pikinin“, das sich sichtlich vom portugiesischen „pequeno“ (klein) herleitet. Die „pikinin“ sind jedoch im ganzen südlichen Afrika die Kinder der schwarzen Farmarbeiter. Das Wort für Dieb ist „skelm“, die afrikaanse Bezeichnung, dem deutschen Schelm verwandt. Ein Diamantbohrer wird zum „dayiman mashin“ (Diamant-Maschine), aus „Paß auf“ wird wie in Afrikaans „pas op“. Die Worte aus den Nguni-Sprachen überwiegen: „maningi“ für viel, „mfasi“ für Frau, „nkomo“ für Rind. „Lala pantsi“ bedeutet „Leg dich nieder“, ist aber auch der Name eines kleinen Motels kurz vor der Zimbabwe-Grenze auf der großen Nord-Route von Kapstadt nach Harare. Die vertrauten Begriffe sind aus den Eingeborenensprachen übernommen worden, die neuen, technischen Begriffe wurden phonetisch aus dem Englischen übersetzt.

Über die Goldminen hinaus ist Fanakalo zur Universalsprache im südlichen Afrika geworden. In Mosambik herumreisende Mineningenieure konnten sich so weit mit den Eingeborenen verständigen, wie die Rekrutierungsbüros und -beamten ins Land vorgedrungen waren.

MONIKA GERMANI

Was Südafrika braucht, ist ein umfassendes Energieprogramm.

Wenn die Einwohner Südafrikas irgendein gemeinsames Interesse haben, so ist es der Wunsch nach Wirtschaftswachstum. Und wenn es eine Energiequelle gibt, die zur Erfüllung dieses Wunsches beitragen kann, dann Escom. Escom ist einer der größten Stromhersteller der Welt. Escom erzeugt 90 Prozent des in Südafrika verbrauchten Stroms, und fast 60 Prozent des auf dem gesamten Kontinent verbrauchten Stroms. Escom erzeugt allerdings nicht nur Strom. Die Firma trägt zur Entwicklung aller Menschen in Südafrika bei, einer Entwicklung, die niemals durch fehlende Energie aufgehalten werden wird. Es gibt eine Art Energie, die jeder braucht. Die Energie, an der jeder teilhaben kann. Die Energie von Escom.

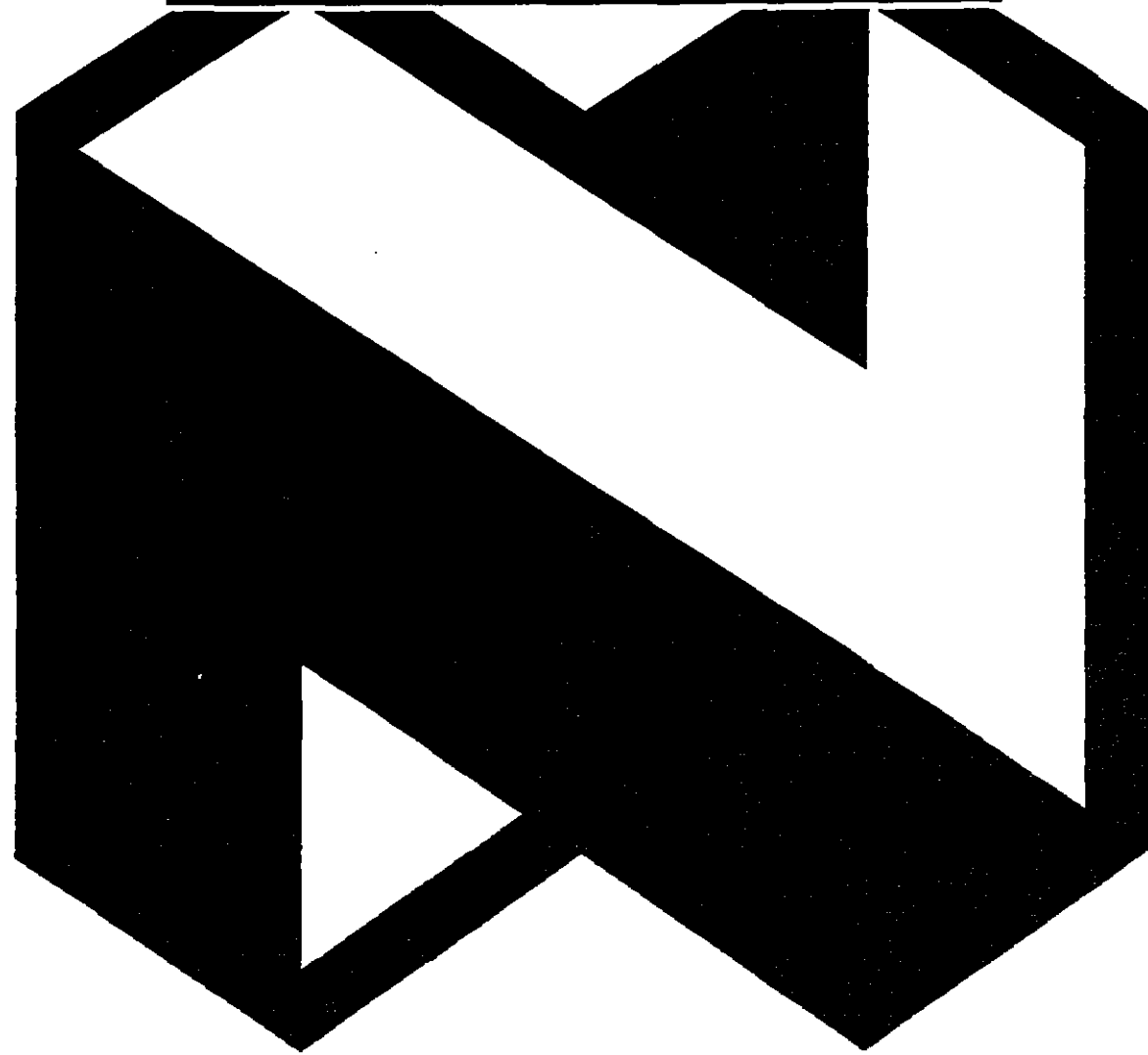
ESCOM  
Electricity Supply Commission.



Wenn Sie mit Südafrika  
Geschäfte machen, bedienen  
Sie sich der Bank, die das  
Südafrikageschäft kennt.

Eine Macht im südafrikanischen Bankwesen  
seit 1888 – zu Hause auf den Finanzmärkten der  
Welt. Internationale Geschäftsstellen geleitet von  
Berufsexperten mit intimer Finanzkenntnis  
Südafrikas.

Das Konzernkapital übersteigt heute  
\$ 9 Milliarden.



**NEDBANK**  
Kapital mehr als \$ 9 Milliarden

Hauptbüro: 81 Main Street, Johannesburg 2000, Südafrika, Fernschreiber: 8-7547  
Londoner Zweigbüro: Nedbank House, 20 Abchurch Lane, London EC4 N7AD, England, Fernschreiber 886208  
New Yorker Zweigbüro: 333 Madison Avenue, New York 10017, USA, Fernschreiber 237815. Vertretungen in Frankfurt und Zürich.



GESPRÄCH MIT DEUTSCH-SÜDAFRIKANISCHER HANDELSKAMMER

## Es gibt mehr Silberstreifen in der Politik als in der Wirtschaft

Südafrika war für deutsche Investoren jahrzehntlang eine der interessantesten Destinationen. Rezession und politische Instabilität scheinen dies jetzt zu bedrohen. Der Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer, Achim Stracke, gab H.-H. Holzamer Auskunft.

**Stracke:** Grundsätzlich hat sich das nicht geändert. Die Verhältnisse sind jedoch undurchsichtiger geworden, und die Zeit der glatten Abläufe von Investitionen und hohen Gewinnen ist – zur Zeit zumindestens – vorbei. Das liegt in der Verschlechterung der Weltwirtschaftslage in den frühen 80er Jahren, die sich erst nachträglich in Südafrika bemerkbar gemacht hat und an einer nicht steuerbaren Wetterentwicklung über die letzten drei Jahre in Südafrika, an einer enormen Dürre.

Aber das sind zwei Facetten, die sicherlich mit der Zeit sich ändern werden. Die Weltwirtschaft macht ja wieder eine leichte Kurve nach oben; davon wird Südafrika sicherlich auch in naher Zukunft profitieren, und sollte das Wetter sich bessern, bleiben bestimmte Ausgaben erspart. Und der Zuwachs im landwirtschaftlichen Bereich könnte im Export ebenso wieder Erlöse bringen. Das würde gleichzeitig bedeuten, daß die Währung Südafrikas wieder stärker wird. Sicherlich ist der Randpreis im Moment zur Mark sehr gering, so gering, wie er seit Jahren vielleicht nie gewesen ist, so daß man zunächst an Investitionen denken würde. Andererseits sind natürlich Zinsen mit einem Diskontsatz von 25 Prozent und effektiven 25 bis 30 Prozent für jeden Investor ein abstoßendes Erlebnis.

### Die Stabilisierung trägt Früchte

**WELT:** Der Investor schaut auch auf das politische Wetter.

**Stracke:** Ich glaube, das politische Wetter zeigt mehr Silberstreifen als das meteorologische. Die Politik der südafrikanischen Regierung auf Öffnung zu den Nachbarstaaten, auf Stabilisierung der Verhältnisse im südli-

chen Afrika scheint Früchte zu tragen. Ich betone die Möglichkeit.

**WELT:** Also die regionale Stabilität zeigt Silberstreifen; zeigt die nationale Stabilität genauso viele?

**Stracke:** Die eigentlichen Probleme liegen noch vor den Südafrikanern. Aber es ist, glaube ich, schon so, daß man wenigstens die Probleme richtig erkannt hat. Es gibt so viele konkurrierende Gruppen in diesem Lande, die sich nicht nur durch die Hautfarbe unterscheiden.

### Es gibt keine Patentlösung

Im Gegenteil, ich würde eher sagen, die Hautfarbe ist heute lange nicht mehr das Kriterium, sondern die Gruppen finden mehr im intellektuellen, soziologischen und letztlich auch im Klassen-Umfeld ihre Unterschiede. In diesem Land gibt es keine Patentlösung.

**WELT:** Kann man davon reden, daß inzwischen die Schwarzen Teil des Marktes sind?

**Stracke:** Ich glaube, man erkennt heute, und das gilt nun in gar keiner Weise nur für die deutsche Industrie, daß das südliche Afrika als Markt eben mehr Konsumenten möglich macht als nur 5 Millionen Weiße in Südafrika.

Die können nicht von einem zum anderen Tag zu Konsumenten werden, denn die Kaufkraft ist noch nicht da. Bezahlen kann nur, wer Einkünfte hat, und die hat nur, wer eine vernünftige Ausbildung hat.

Das heißt, es ist in ganz klarem erstklassigem Interesse der Industrie hier, die Nicht-Weißen mit einer guten Ausbildung zu versehen. Und das sind auch insbesondere die deutschen Firmen sehr führend.

**WELT:** Wird so etwas durch den EG-Verhaltenskodex gefördert?

**Stracke:** Die Berichterstattung der letzten Jahre durch die Firmen hat gezeigt, daß die Forderungen des ersten Codex von 1977 erfüllt sind. Nach oben ist natürlich jetzt keine Grenze zu setzen, was an Forderungen noch gestellt werden kann. Das bleibt einfach abzuwarten.

Sicherlich, es ist so, das muß man

ganz klar sagen, daß die südafrikanische Regierung Ausbildungsmaßnahmen, insbesondere im Bereich von Investitionen, in einem enormen Maß fördert. Das ist nicht immer so gewesen, und wir können uns eigentlich alle nur glücklich schätzen als Industrie, als Vertreter der deutschen Wirtschaft, daß diese Möglichkeiten vorliegen.

**WELT:** Bei Bildungsanreizen für Unternehmen denken Sie in erster Linie an Steuervergünstigungen?

**Stracke:** An eine Reihe von Vergünstigungen, etwa die bis zu 200prozentige Absetzbarkeit von Ausbildungskosten.

**WELT:** Und Anreize generell...

**Stracke:** Es gibt einen ziemlich großen und umfangreichen Katalog einzelner Maßnahmen, der auch wieder für einzelne Regionen innerhalb Südafrikas gestaffelt ist, weil man da auch eine Prioritätenliste erstellt hat.

### Die Stimmen der Vernunft werden lauter

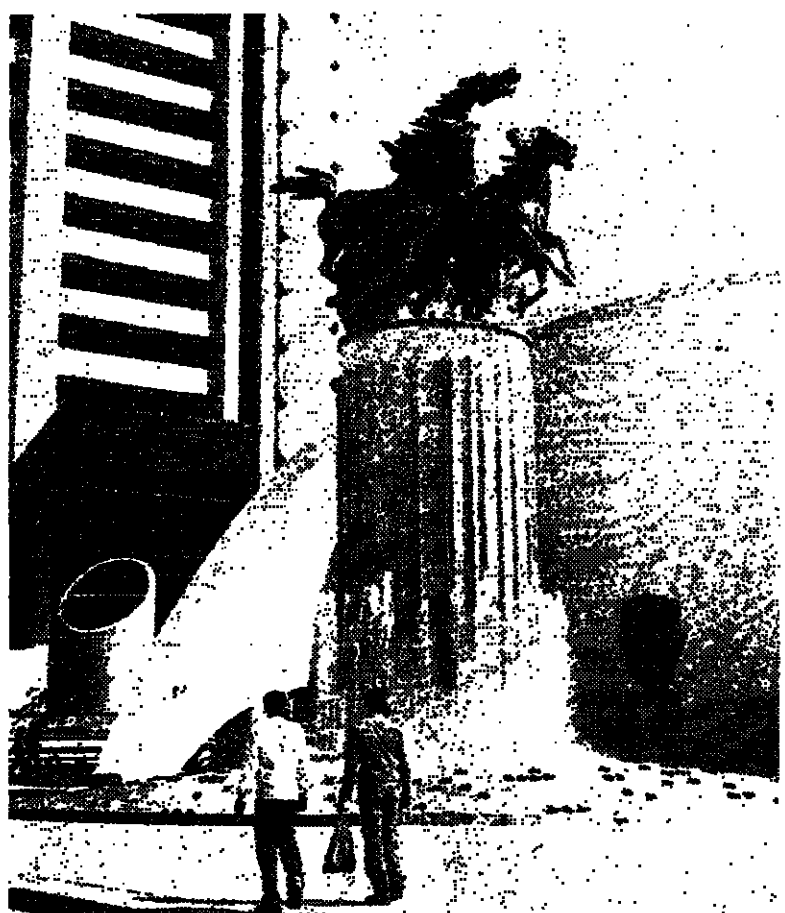
Das Zauberwort heißt Dezentralisierung, und der Wasserkopf Südafrikas – Pretoria im Norden und Johannesburg mit seinen vor- und umliegenden Städten und Vereinigungen der Stahlbaukomplexe ungefähr 100 Kilometer südlich davon, es ist wirklich das industrielle, das wirtschaftliche Herz Südafrikas.

**WELT:** Sie sagen doch unter dem Strich, daß im politischen und wirtschaftspolitischen Bereich in Südafrika die Stimmen der Vernunft immer lauter werden?

**Stracke:** Eindeutig.

**WELT:** Im Zusammenhang mit der Botha-Reise durch Europa; meinen Sie, daß die europäischen Länder diese Chance für die Vernunft, wenn man das so formulieren will, genügend gewürdigt haben?

**Stracke:** Sagen wir mal so, die Atmosphäre wurde allgemein als eisig bezeichnet. Man kann aber diesem Bild folgen und sagen, das Eis ist zumindest gebrochen worden, aber für jeden, der schon mal Winter erlebt hat, ist klar, auch wenn das Eis bricht, ist das Wasser noch ziemlich kalt.



Der Mittelpunkt Pretorias, der Church square

FOTO: HHH

### BANKEN ZUR WIRTSCHAFTSLAGE

## Rand, Gold und Dollar

Wenn eine Wirtschaft, wie die Südafrikas, auf Diamanten und Gold gebaut ist, müßte es ihr glänzend gehen. Aber auch Südafrika wurde von der Rezession erreicht.

„Das kommt daher“, sagt der General Manager der Nedbank, Merton Dagut, „daß der Randpreis nach unten geht und der Rand ihm folgt. Es gibt hinter beidem ein gemeinsames Element, das ist der Aufschwung des US-Dollars.“ Mittel dagegen hat der Nedbank-Manager nicht zur Hand.

Dagut: „Kurzfristig kann nichts getan werden. Längerfristig müssen wir unsere Handelsbilanz verbessern, und wir müssen eine straffe Geld- und Währungspolitik führen.“

Auch bei der Barclays Bank ist man über die wirtschaftliche Entwicklung nicht begeistert. Der Wirtschaftler van Ryn meint: „Wir haben damit gerechnet, daß die Regierung Maßnahmen gegen die Verschuldung und Inflation unternehmen würde. Aber als sie ihr Budget im März vor-

legte, waren wir unangenehm überrascht. Tatsächlich mußte nur 6 Wochen, nachdem das Budget vorgelegt wurde, die Mehrwertsteuer um 2 Prozent erhöht werden. Eine weitere Steigerung erfolgte im Juli, nachdem sie schon 2 Monate vorher angekündigt worden war – mit dem Ergebnis, daß der Verbraucher ausgab, was er ausgeben konnte. Aber was kaufte er? – Importware.“

Der General Manager der Trust Bank, van Wyk, betont, daß vor allem die Staatsausgaben gedrosselt werden müßten. Er warnt aber zugleich vor Pessimismus. „Wir raten unseren Kunden nur zu kurzen Anlagen in Dollar, denn der Rand wird sich Ende des Jahres wieder erholen.“

So setzen Südafrikas Banker, nachdem das Jahr 1984 nicht hielt, was 1983 versprochen wurde – wie es der General Manager der Standard Bank, Schütte, formuliert – „Aufschwungphase, die 1985 einsetzen wird und die von Dauer ist.“ M.M.

ENERGIE / Ein Koeberg reicht zur Versorgung

## Die Nachfrage kommt primär aus der Industrie

Escom hat vor kurzem das erste Kernkraftwerk in Südafrika eröffnet, aber es gibt keine Pläne darüber hinaus. Der Senior General Manager von Escom, dem größten Stromlieferanten Afrikas, ID van der Walt, nennt Gründe:

**Van der Walt:** Die erste Einheit des Koeberg Kernkraftwerks von Escom ist seit einigen Wochen am Netz. Seit dem ersten Anschluß am 4. April hat es über zwei Milliarden Kilowattstunden produziert, das ist mehr, als die Escom-Kraftwerke der Kap Provinz im ganzen Jahr 1983 produziert haben.

Wir nehmen an, daß die zweite Einheit im Winter 1985 voll operationsfähig sein wird.

Bei voller Auslastung von 1854 Megawatt ist Koeberg instand, die gesamte Provinz mit Strom zu versorgen. Es kann darüber hinaus das Zentrum der Provinz, den Westen, der etwa 120 000 Quadratkilometer groß ist, bei Beibehaltung der gegenwärtigen Wachstumsrate bis ins nächste Jahrzehnt mit Energie versorgen.

Die Arbeiten gehen auch an einem Wasserkraftwerk mit 400 Megawatt in der Nähe von Kapstadt voran. Die Inbetriebnahme ist für 1988 vorgesehen. Darüber hinaus sollen fünf kohlebetriebene Kraftwerke, jedes 3600 Megawatt, in Transvaal im nächsten Jahrzehnt vervollständigt werden.

Mit der gegenwärtig niedrigen Wachstumsrate von fünf bis sechs Prozent pro Jahr (in den letzten 15 Jahren waren es über acht Prozent) ist es unwahrscheinlich, daß eine neue Nuklearanlage vor der Jahrhundertwende ihren Dienst aufnehmen wird. Nach den vorliegenden Berechnungen ist davon auszugehen, daß die Elektrizität aus Kernkraftwerken einen wesentlichen Anstieg erst nach dem Jahre 2020 erfahren wird.

Hohe Kapitalkosten der Kernkraftwerke sind ebenfalls ein einschränkender Faktor, wenn man das mit den im Überfluß vorhandenen Kohlereserven vergleicht, die zu einem relativ vernünftigen Preis zu haben sind.

**WELT:** Die Weltrezession hat in vielen Ländern zu einem Überschuss an Strom geführt. Ist das auch in Südafrika der Fall? Und von woher erwarten Sie verstärkte Nachfrage? Am Anstieg des Le-

bensstandards oder von einer wiederbelebten Industrie?

**Van der Walt:** Aufgrund kurzfristiger Veränderungen innerhalb der Wirtschaft hat Escom schon heute eine Überkapazität von etwa zehn Prozent über der normalen Reservemarge. Das jedenfalls wird sich erledigen, sobald die Wirtschaft sich wiederbelebt.

Zukünftige Nachfrage wird sowohl von den Bergwerken und der Industrie als auch vom höheren Lebensstandard kommen, mit Schwerkraft bei ersterem.

Hier ist wichtig festzustellen, daß Escom einen lebenswichtigen Beitrag leistet, innerhalb der Infrastruktur Südafrikas Arbeitsplätze zu schaffen und bessere Lebensqualität für alle unsere Bürger zu gewährleisten.

**WELT:** Escom hat eine Technologie mit Weltstandard entwickelt, etwa bei der Trockenkühlung. Abgesehen von der Versorgung Südafrikas mit Energie – sehen Sie eine Exportchance für Escom-Technologie?

**Van der Walt:** Escoms Trockenkühlungs-Technologie ist nicht neu, aber der Anwendungsbereich ist einzigartig. Die letzte Anlage ist zehnmal größer als die zur Zeit größte der Welt, die in den USA steht. Unsere Technologie ultrahoher Spannungsübermittlung mit 765 000 Volt mit hohen Altituden ist ebenfalls von Interesse. Auf einer wissenschaftlichen Basis haben wir eine Kooperation mit den Nachbarstaaten und dem Rest der Welt. Wir glauben, daß ganz Südafrika von technischer und wirtschaftlicher Kooperation profitieren kann.

### Internationale Sonderbeilage

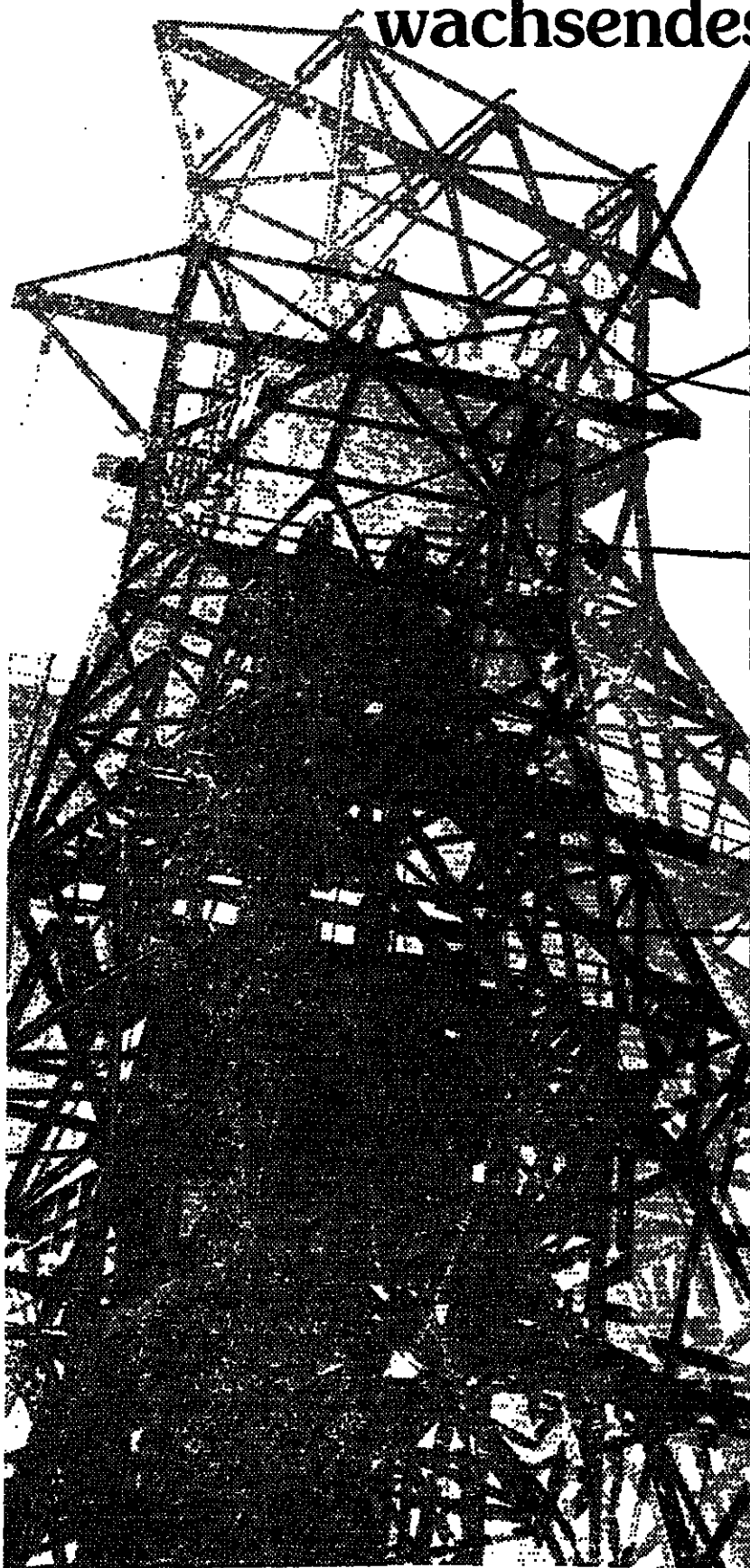
#### SÜDAFRIKA

#### DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND  
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn  
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Internationale Sonderbeilagen  
Stala Gesellschaft mbH & Co. KG  
Leo C. F. Bursky  
W 203 24 94

## Bergbau. Ein erfolgreiches und stets wachsendes Unternehmen



Schon seit 1887 widmen wir uns und unsere Kräfte hauptsächlich dem Bergbau. Als eine Gruppe von Unternehmen fördern wir unter anderem jährlich 13% des Goldes der Freien Welt. Und immer noch ist Gold Fields ein wachsender Konzern – trotz der bereits hohen Kapitalisierung von 9 Milliarden Dollar.

Dem Bergbau gilt unser Haupteinsatz. Darauf konzentrieren wir auch unsere Kapitalanlagen, denn im Bergbau – Exploration, Erschließung und Abbau – und dessen Finanzierung liegt unsere besondere Stärke.

Unser Erfolg beruht aber nicht nur auf Metallen und Mineralien, sondern auch auf anderen Werten, wie unseren drei- und vierstausend Mitarbeitern und Experten.

Es ist durch deren Einsatz und Streben dass wir schon fast einhundert Jahre an der Spitze des Bergbaus stehen, und ihre Tüchtigkeit macht Gold Fields heute zu einem der erfolgreichsten Bergbau- und Finanzkonzerne der Welt.

Gold Fields  
of South Africa Limited

## WIE AUS DER ALTEN TANTE JU DIE NEUE GOLD-CLASS DER SAA WURDE



Als 1934 die SAA ihren Flugbetrieb mit drei Junkers JU 52 startete, hielt sie schon damals sehr viel vom bequemen Fliegen. Die alte Tante JU wurde von 18 auf nur 14 Sitze und damit auf mehr Komfort umgerüstet.

Das war vor 50 Jahren.

Doch bis heute hat sich am Ehrgeiz der SAA, ihren Gästen einen optimalen Flug zu bieten, nichts geändert. Hier ein weiterer Beweis: Ab dem Jubiläumsjahr 1984 fliegen Sie mit noch mehr Komfort nach Südafrika. In SAA's verbesserter Gold-Class. Jetzt hat jede Reihe nur noch 8 Sitze. Und diese Sitze sind 9 cm breiter, satt gepolstert, anatomisch ideal geformt und noch tiefer neigbar. In denen können Sie den

großzügigen Gold-Class-Service voll genießen. Mit freien Drinks, freier Menüwahl, freiem Kinobesuch. Und bei der großen Beinfreiheit von 99 cm können Sie sich ausstrecken und ausspannen. Auch deshalb, weil Ihnen SAA einen „gesunden“ Flugplan bietet: Abflug in Frankfurt, Abendessen, lange schlafen, Frühstück, Landung.

Das ist gut für Ihren Lebensrhythmus und Sie bleiben ganz Mensch.

**SAA**  
SOUTH AFRICAN AIRWAYS

Es gibt keinen besseren Weg nach Südafrika.  
Und seit Januar '84 keinen bequemeren.